



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 38. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**2. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 26. November 2020, 12.30 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101

Vorsitz: Vorsitzender Udo Schiefner, MdB

**Tagesordnung - Öffentliche Beweis-**  
**aufnahme**

	<b>Seite</b>
1. Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer, PricewaterhouseCoopers GmbH (Beweisbeschluss Z-58)	<b>10</b> Sitzungsteil Nichtöffentlich siehe Stenograf. Protokoll 19/38 II
2. Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Blum, autoTicket GmbH (Beweisbeschluss Z-66)	<b>51</b>
3. Vernehmung des Zeugen Michael Kucharski, Kucharski Public Relations (Beweisbeschluss Z-67)	<b>91</b>

Die Zeugin Dr. Gisela Kramer hat Änderungswünsche übermittelt, siehe Anlage 1  
Der Zeuge Dr. Michael Blum hat Änderungswünsche übermittelt, siehe Anlage 2  
Der Zeuge Michael Kucharski hat keine Änderungswünsche übermittelt.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**

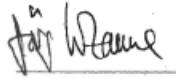



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b> Frieser, Michael Lange, Ulrich Warken, Nina		<b>CDU/CSU</b> Kießling, Michael Kuffer, Michael Sendker, Reinhold	
<b>SPD</b> Lühmann, Kirsten Schiefner, Udo		<b>SPD</b> Klare, Arno Müller (Chemnitz), Detlef	
<b>AD</b> Wiehle, Wolfgang		<b>AD</b> Mrosek, Andreas	
<b>FDP</b> Jung Dr., Christian		<b>FDP</b> Luksic, Oliver	



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>DIE LINKE.</u> Cezanne, Jörg		<u>DIE LINKE.</u> Lutze, Thomas	_____
<u>BÜ90/GR</u> Krischer, Oliver		<u>BÜ90/GR</u> Gelbhaar, Stefan	_____



Nur zur dienstlichen Verwendung

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
AfD	_____	_____
FDP	_____	_____
DIE LINKE	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Tüngler	CDU/CSU	
Köller	Grüne	
Hawxwell	SPD	
Kunkel	SPD	
Wolf	B90/Grüne	
T. HURZLINA	SPD	
Wagner	AfD	
Pränse	AfD	
Kobus	CDU/CSU	
Beasß	AfD	





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Bundesrat**

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbezeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	_____	_____	_____
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vorpommern	_____	_____	_____
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	_____	_____	_____
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	_____	_____	_____
Thüringen	_____	_____	_____







## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.32 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 38. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode begrüßen. Ich darf auch recht herzlich die Öffentlichkeit begrüßen, die sich im Paul-Löbe-Haus befindet und dort mit der Übertragung die Befragung heute verfolgen kann. Der Öffentlichkeit also auch noch mal ein herzliches Willkommen, auch den Pressevertretern!

Und ich darf natürlich auch ganz herzlich begrüßen unsere erste Zeugin, Frau Dr. Gisela Kramer. - Frau Dr. Kramer, bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Ich bitte die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich führen, den Sitzungssaal wieder zu verlassen. Sie dürfen nicht während der öffentlichen Beweisaufnahme Ton- oder Bildaufnahmen fertigen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des gesamten Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe jetzt auf den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** - öffentliche Beweisaufnahme aufgrund der Beweisbeschlüsse Z-58, Z-66 und Z-67 -:

1. Vernehmung der Zeugin  
Dr. Gisela Kramer  
PricewaterhouseCoopers GmbH
2. Vernehmung des Zeugen  
André Laux  
Kapsch TrafficCom AG
3. Vernehmung des Zeugen  
Dr. Michael Blum  
autoTicket GmbH
4. Vernehmung des Zeugen  
Michael Kucharski  
Kucharski Public Relations

Damit wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag (Bundestagsdrucksache 19/15543) durch

Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer, des Zeugen Dr. Michael Blum und des Zeugen Michael Kucharski.

Der in den Einladungen aufgeführte und zur heutigen Sitzung geladene Zeuge André Laux hat über seinen Beistand gestern angekündigt, zur heutigen Sitzung weder zu erscheinen noch im Wege der Videovernehmung zur Verfügung zu stehen. Diese Zeugenvernehmung nach dem Beweisbeschluss Z-65 wird daher heute leider nicht stattfinden.

### Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer

Noch mal recht herzlich willkommen, Frau Dr. Kramer! Frau Dr. Kramer, der Ausschuss hat beschlossen, Ton und Bild dieser Beweisaufnahme in einen anderen Sitzungssaal heute, in den Raum PLH E 600, zu übertragen, in dem die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen kann. Sind Sie damit einverstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der erneuten Ladung, auf den heutigen Sitzungstag, am 5. November 2020 bestätigt. Haben Sie zunächst einmal vielen Dank, dass Sie nach einer so langen Wartezeit bei der Sitzung am 8. Oktober unserer erneuten Ladung trotz der schwierigen Coronazeiten gefolgt sind.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich stelle fest, dass Sie von Herrn Rechtsanwalt Lubinski aus Frankfurt am Main als Rechtsbeistand begleitet werden. - Auch Sie darf ich recht herzlich hier begrüßen und Sie auch bitten, sich kurz vorzustellen.

**RA Georg-René Lubinski:** Mein Name ist Georg-René Lubinski, Herr Vorsitzender, wie Sie schon gesagt haben, Rechtsanwalt, tätig für die Heussen Rechtsanwalts-gesellschaft mbH, Büro Frankfurt.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr Rechtsanwalt, dass Sie die Zeugin zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen natürlich jederzeit hier gerne beantragen.

Frau Dr. Kramer, ich möchte Sie nun belehren vor Ihrer Anhörung:

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschuss-gesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geord-

neten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäfts-geheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschuss-gesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**RA Georg-René Lubinski:** Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir nur dazu bitte die Bemerkung, dass die Entbindungserklärung, die Frau Dr. Kramer erteilt wurde, um heute hier aussagen zu können, unter eine Auflage gestellt wurde, nämlich zu Umständen, die laufende Schiedsverfahren betreffen, nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen zu müssen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön, dass Sie noch mal darauf hinweisen. Das war bei anderen Zeugen bisher auch schon der Fall. Und dann werden wir eben entsprechend auch die Einstufung vornehmen und gegebenenfalls dann nichtöffentlich bzw. in einer eingestuften Sitzung die entsprechenden Fragen stellen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs darf ich Sie noch mal zur Person befragen. Dann haben Sie die Möglichkeit nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschuss-gesetzes, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Und danach steigen wir dann ein in die Fragerunde, die nach der sogenannten Berliner Uhr abläuft. Jeweils nach den Stärken der Fraktionen haben dann die Fraktionen hier die Möglichkeit, in einer Fragerunde Ihnen die entsprechenden Fragen vorzutragen.

Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Pause, am besten immer nach einer kompletten Fragerunde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift noch einmal vorzustellen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mein Name ist Gisela Kramer. Ich bin 53 Jahre alt. Mein alter Beruf ist - - Ich bin Beraterin, von der Ausbildung her Diplom-Wirtschaftswissenschaftlerin. Meine Adresse ist die Schumannstraße 10 in Frankfurt am Main.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann möchte ich Sie wohl noch vorab bitten, bevor wir dann in die Fragerunde eingestiegen sind - - wie Sie sich auf diese Sitzung vorbereitet haben, vielleicht zwei, drei Sätze zu sagen. Konnten Sie noch irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben Sie Gespräche geführt? Ist Ihnen Hilfestellung noch mal gegeben worden? Wenn Sie vielleicht dazu zwei, drei Sätze sagen, und dann können wir mit der Befragung beginnen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, also, ich habe mich insbesondere auf die Besprechung am 8. Oktober vorbereitet, habe dafür mit Kollegen gesprochen und auch mit dem Rechtsbeistand wie Herrn Lubinski.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, vielen Dank. - Dann kommen wir zur ersten Befragungsrunde. Es beginnt die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Lange.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Frau Kramer, auch von unserer Seite willkommen in Berlin! Ich möchte mal ein bisschen - ja, wie soll ich sagen? - ganz einfach einsteigen. Vielleicht können Sie uns zunächst ein bisschen grundsätzlich Ihre Tätigkeit beschreiben, in welchem Umfang Sie tätig waren. Sie waren seit der Einführung der Infrastrukturabgabe im Jahr 2015 ja mit oder im BMVI - da kommen wir dann auf die genauere Definition etwas später noch zu sprechen - tätig. Vielleicht können Sie uns auch über Beratungsmandate ein bisschen aufklären, neben dem jetzt hier rein Streitgegenständlichen, in welchem Umfang Sie im Zusammenhang mit dem Verkehrsministerium tätig waren.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm. - Wir als PwC haben im - - Ende des Jahres zweitausend- - Wir haben uns im Jahr 2016<sup>1</sup> auf die Beratung von Los 2 beworben. Los 2 umfasste die wirtschaftliche und technische Beratung bei der Einführung der Infrastrukturabgabe. Ich glaube - - Wir haben den Zuschlag erhalten, und die ersten Besprechungen waren dann Ende Oktober 2016. Ich war bis zum Juni 2018 stellvertretende Projektleiterin in dem Projekt und wurde dann, nachdem - - wurde dann Projektleiterin.

Wenn ich sage: „Wir haben die wirtschaftliche und die technische Beratung gemacht“, haben wir die technische Beratung zusammen mit dem Unterauftragnehmer, der TÜV InterTraffic, gemacht. So. Wir haben, wie gesagt, alle wirtschaftlichen und technischen Fragen mit behandelt. Das heißt, gerade an den Anfängen ging es um den Leistungsschnitt<sup>2</sup>. Wir haben die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt, wir haben bei den wirtschaftlichen Themen der Leistungsbeschreibung des Vertrages mit unterstützt und auch die technischen Teile der Leistungsbeschreibung der Bewerbungsbedingungen mit bearbeitet, und zwar je nach - - Also, wir haben für alle Vergabeverfahren, die im Rahmen der Infrastrukturabgabe durchgeführt worden sind, diese Beratungsleistung erbracht, also nicht nur

<sup>1</sup> Richtigstellung der Zeugin: „2015“, siehe Anlage 1, S. 12

<sup>2</sup> Richtigstellung der Zeugin: „Systemschnitt“, siehe Anlage 1, S. 12



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die hier gegenständlichen der automatischen Kontrolle und der Erhebung.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Sie waren dann im Hauptkontakt, sage ich mal, mit dem Mautreferat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm, ja.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Können Sie uns mal bitte nennen, wer dort so Ihre Hauptgesprächspartner, Ansprechpartner auf welcher Ebene waren und mit wem Sie sich, sage ich mal, im Alltäglichen ausgetauscht haben?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, die Hauptansprechpartner im Wesentlichen waren Frau Henke und Herr Stadler und die anderen Mitarbeiter in dem entsprechenden Referat.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Kontakte zur Leitungsebene, zur Hausleitung, Gespräche mit beamteten Staatssekretären und noch darüber?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In wenigen Fällen. Also, ich kann mich jetzt aktuell an zwei Gespräche mit Herrn Dr. Schulz erinnern.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Darüber hinaus mit der Hausleitung keine Gespräche?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Gut. - Können Sie uns so ein bisschen den Alltag der Zusammenarbeit mit der Arbeitsebene schildern? Wie hat sich das so für Sie dargestellt? Wer hat welche Aufgaben wahrgenommen? Wer hat wie, sage ich mal, zugearbeitet bzw. immer wieder bei der einen oder anderen Frage dann den Hut aufgehakt bzw. die Aufträge formuliert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die Aufträge wurden von dem Referat formuliert. Es gab regelmäßige Besprechungen, soweit ich mich erinnere. Also, das ist eine sehr frühe Phase, 2016/17<sup>3</sup>, deswegen versuche ich mich gerade daran zurückzuerinnern. Es gab dann Besprechungen, wo Arbeitsaufträge erteilt worden sind, entweder in diesen

Besprechungen vor Ort oder dann auch telefonisch. Die Aufträge kamen hauptsächlich direkt von Frau Henke oder Herrn Stadler. Es mag auch sein, dass es dann zum Teil mal Themen gegeben hat, wo wir darauf hingewiesen haben, dass es sinnvoll wäre, sich noch mit dem einen oder anderen Thema auseinanderzusetzen. Das haben wir aber auch immer erst dann nach Abstimmung mit der Referatsleitung getan.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Sie haben jetzt gerade den Herrn Stadler schon erwähnt. Der Herr Stadler war ja bereits hier als Zeuge, und der Herr Stadler hat als Zeuge ausgesagt, Frau Dr. Kramer - ich zitiere jetzt Herrn Stadler -:

... für mich ein ganz klares Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis.

Können Sie uns das in der Grundbewertung so bestätigen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Auf alle Fälle.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Ja, Sie werden sich wundern, aber das - - Wir brauchen gewisse Dinge einfach zur Einordnung des Ganzen. - Können Sie uns ein bisschen schildern: „Wie war bei der Erstellung der Vergabeunterlagen die Auftragsverteilung und dann die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Abteilung?“? Jetzt ganz grundsätzlich; es geht jetzt nicht um einzelne Details, sondern für uns geht es momentan einfach um die Einordnung der einzelnen Arbeitsabläufe und Zusammenhänge.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, grundsätzlich war es so, dass wir darüber gesprochen haben, dass bestimmte Dokumente zu erstellen sind. Dann haben wir als Berater einen ersten Entwurf gemacht, haben den gegebenenfalls mit den rechtsanwaltlichen Beratern vorab auch noch mal besprochen, gerade wenn es sich um Fragen handelte, die in einer Schnittmenge sich befanden.

<sup>3</sup> Richtigstellung der Zeugin: „2015/16“, siehe Anlage 1, S. 13



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann wurde es immer dem Ministerium vorgestellt und mit diesem besprochen und auch entsprechend freigegeben vom Ministerium.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Jetzt sagen Sie: Das wurde dann freigegeben vom Ministerium. - Können Sie uns noch ein bisschen genauer beschreiben, wie Steuerung und Kontrolle durch das BMVI aussah?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wir haben ja recht- - Also, es wurden immer rechtzeitig die Dokumente zur Verfügung gestellt. Wenn PwC den Lead hatte, ein Dokument zu erstellen, kam es aus unserem Haus. Wenn es die rechtsanwaltlichen Berater hatten, kam es aus dem Haus der Rechtsanwälte. Es wurde dann immer eine Entwurfsfassung zur Verfügung gestellt und wurde entweder durchgesprochen mit dem Ministerium, oder die Vertreter des Referats haben auch Anmerkungen im Dokument gemacht.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Danke. - Jetzt muss ich mal ganz kurz unterbrechen, weil die Uhr, die eigentlich für mich hinten mitläuft, kann irgendwie -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein, plus vier Minuten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - so nicht stimmen. - Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ist richtig. Es sind jetzt fünf Minuten um.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Deswegen: Bitte nicht wundern, da läuft nämlich meine Uhr über meine Zeit mit. Deswegen habe ich immer noch so einen Nebenblick. Und jetzt wurde ich auf null gesetzt.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein, nein, also, Sie dürfen nicht von vorne anfangen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Schade. Okay. - Entschuldigung. - Kommen wir ein bisschen zu Fragen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Sie haben ja schon gesagt, Sie waren für die Fragen von Wirtschaftlichkeit und Technik zuständig, Frau

Kramer. Der Bundesrechnungshof hat in seinen Berichten zu den erwarteten Mauteinnahmen die Einnahmeschätzungen immer wieder kritisiert. Inwieweit waren Sie, PwC, im Rahmen dieser Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und Einschätzungen auch mit dem befasst, was, sage ich jetzt mal, von Dritten in die Diskussion eingebracht wurde? Und vielleicht können Sie das auch noch so ein bisschen unterscheiden in die einzelnen Verfahrensstadien. Sie haben ja gesagt, Sie hätten dann im Oktober 2016 angefangen, und wir hatten ja etliche sehr unterschiedliche Stadien dieser Einführung der Infrastrukturabgabe. Hier sitzen ein paar Kolleginnen und Kollegen, die das vom ersten Tag an mit begleitet haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mit der Schätzung der Mauteinnahmen waren wir nur am Rande beteiligt, und zwar flossen die Mauteinnahmen in einer bestimmten Weise mit in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein, weil schon in einem recht frühen Stadium auch - jedenfalls nach meiner Erinnerung in einem recht frühen Stadium - die Vergütung des Betreibers abhängig war von den Mauteinnahmen. Und dann musste man natürlich die Mauteinnahmen für den entsprechenden Betrachtungszeitraum der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auch prognostizieren, wobei wir uns da im Wesentlichen auf die Prognosen des Ministeriums verlassen haben. Ich sage: im Wesentlichen; wir mussten noch eine Aufteilung vornehmen auf bestimmte Zahlungsmittel beispielsweise, und wenn ich mich richtig erinnere, mussten wir auch für einen längeren Zeitraum prognostizieren als die Zahlen, die im Ministerium vorlagen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Noch mal ganz langsam, weil es ist ja nicht ganz unwesentlich. Sie sagten gerade: Die Vergütung war abhängig von den Einnahmen. - Das heißt, Sie sind gekommen in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von der Seite der Einnahmen und haben dann die Kosten gegengerechnet und haben nicht erst geschaut, welche Kosten Sie haben unabhängig von den Einnahmen, die Sie haben, sondern Sie sind gekommen von der Einnahmenseite.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Dann habe ich mich eben verkürzt ausgedrückt. Abhängig von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Mautumsatz fallen auch Kosten an. Also, wenn ein bestimmter Umsatz beispielsweise über Kreditkarten abgewickelt wird, fallen ja Kreditkartenprovisionen an. Das sind Kosten, die auch entsprechend mit in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mitberücksichtigt werden müssen. Das ist eben nur ein Teil der Kosten. Und um die Höhe dieser Kosten abzuleiten, mussten wir natürlich auch Annahmen treffen zu den Mengen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Sie haben außerdem gerade gesagt, Sie haben sich bei den Prognosen auf die Zahlen des Ministeriums gestützt. Haben Sie zumindest eine kursorische Schlüssigkeitsüberprüfung dieser Zahlen vorgenommen, oder wie haben Sie diese Zahlenbasis als - - Ich meine, es gibt eine Zahlenbasis, die kann ich nehmen und sagen: So ist es. - Ich kann mir aber auch Zahlen anschauen und sagen: Na ja, die steht zwar da, aber so ganz schlüssig erklären, oder wie das Ministerium die hergeleitet hat - - kann ich die nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich jetzt an die einzelnen Arbeitsschritte nicht mehr erinnern. Soweit ich mich erinnern kann, sollten wir die Zahlen aus - - oder die veröffentlichten Zahlen des BMVI so übernehmen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Entschuldigung, wenn ich jetzt an der Stelle so ein bisschen nachbohre, weil das ist, glaube ich, nicht ganz unerheblich. Das heißt - noch mal -: Wir hatten ja unterschiedliche Phasen dieser Einführung, auch immer wieder mit, sage ich mal, zumindest modifizierten Berechnungsmodellen, zumindest auf unserer Seite -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Welche Berechnungsmodelle ... (akustisch unverständlich)

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - der Wirtschaftlichkeit der Infrastrukturabgabe -, haben ja dann auch immer wieder Parameter verändert, um gewisse Fragen der Wirtschaftlichkeit zu klären. Jetzt noch mal für uns zum Verständnis: Sie haben letztlich ausschließlich gerechnet dann auf der Basis der

vom Ministerium zur Verfügung gestellten Zahlen, die als fest angenommen wurden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Soweit es möglich war, ja. Also, ich sage: soweit es möglich war. Weil die gingen, ich weiß jetzt nicht<sup>4</sup>, über den gesamten Prognosezeitraum. Das heißt, wir mussten hier nach hinten verlängern. Aber die vorhanden waren, die haben wir genommen. Und da spielte es dann auch keine Rolle, dass wir verschiedene Modelle berücksichtigt hatten. Das sind einfach nur verschiedene Modelle jeweils in der Phase des Vergabeverfahrens, die wir genau berechnet haben.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. Ich hätte zwar noch Zeit, mache aber an der Stelle für diese Runde - - und gebe weiter. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Wiehle.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Und danke schön, Frau Dr. Kramer, dass Sie uns zur Verfügung stehen für Fragen, die wir Ihnen stellen möchten. - Sie haben vorhin schon gesagt, Sie haben sich im Jahr 2016 - Sie und Firma PwC - auf das Projekt beworben bzw. auf das Los 2. Sie haben den Zuschlag bekommen. Und darf ich fragen, bis wann Sie dann im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand tätig waren für das BMVI?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Hier geht es ja nur um den Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses, und wir waren bis zum Ende dieses Zeitraums für das BMVI tätig.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Also auch bis zu dem Zeitpunkt, wo dann der Betreibervertrag gekündigt wurde?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. Mhm.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Da waren Sie immer dabei. Vielen Dank. - Ich möchte jetzt hauptsächlich auf die Aufklärungs- und Verhandlungsgespräche zu sprechen kommen, insbesondere

<sup>4</sup> Ergänzung der Zeugin: „nicht“, siehe Anlage 1, S. 15



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann auf dasjenige vom 22. November. Ich möchte Sie zunächst fragen: Waren Sie denn bei diesem Gespräch und bei weiteren Gesprächen zugegen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich war im November an Aufklärungsgesprächen zugegen. Ich kann jetzt, ganz ehrlich, nicht sagen, ob es am 22. November auch der Fall war. Ich war von Anfang an dabei. Wenn das das erste war, dann ist es, glaube ich, auch im Protokoll dort nachzulesen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das war das erste. Wir haben im Protokoll auch Ihren Namen gefunden. Aber auch das muss ja nicht unbedingt stimmen; deshalb frage ich da eben auch nach Ihrer Erinnerung.

Da gab es einen Gesprächsleitfaden. Den haben wir in dem Untersuchungsmaterial gefunden. Vielleicht ist der Ihnen auch noch präsent. Ich kann aber fürs Protokoll auch noch eine MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-7/9u, Blatt 74 bis 77. Wissen Sie, wer diesen Gesprächsleitfaden geschrieben hat?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Möchten Sie das erst noch sehen, das Dokument?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich an den Gesprächsleitfaden erinnern.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Okay.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich müsste mich mal ganz kurz - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Bitte. Sie können auch, wenn Sie die Unterlage sehen wollen, die Unterlage - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Dokument habe ich noch in Erinnerung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Bitte.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, nach meiner Erinnerung wurden diese Gesprächsleitfäden, zumindest im ersten Entwurf, immer von den juristischen Beratern erstellt. Ich kann es jetzt nicht sicher sagen, dass es in dem Fall auch der Fall war, aber das war der Regelfall nach meiner Erinnerung.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das heißt, Herr Dr. Neumann und seine Kollegen haben das geliefert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau, Greenberg Traurig, und KPMG Legal [sic!] waren, glaube ich, da auch noch mit dabei, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, danke. - Dann waren Sie aber mit dem Leitfaden insgesamt beschäftigt und wahrscheinlich auch mit dem Anhang zu dem Gesprächsleitfaden. Auch zu dem habe ich eine Nummer, aber vielleicht kann ich Ihnen das Stück, das Dokument, erst mal schildern. Vielleicht können Sie sich daran auch erinnern. Das ist eine Liste mit potenziellen - - Das hat so drei Zwischenüberschriften: „Potentielle, nicht wesentliche Leistungsänderungen“ und „Beistellungen von Teilprozessen durch den AG“, Auftraggeber, und „Aufklärungsbedarf von Annahmen des Bieters ...“.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Haben Sie da eine Materialnummer?

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Die gebe ich Ihnen gerne. Das ist der gleiche Pfad, also MAT A BMVI-7/9u, Blattnummern 87 bis 94. - Zunächst meine Frage: Können Sie sich an diese Liste, die Anhang von dem Gesprächsleitfaden war, erinnern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Ich würde gerne einen Blick auf diese Liste werfen, ob ich mich daran erinnern kann.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, gerne.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, also, ich habe noch eine vage Erinnerung an eine solche Liste.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke. - Es ist aus dem Grund wichtig, dass wir über Anforderungen und die Umsetzung von Anforderungen, auch aus vergaberechtlichen Gründen - ist ja Teil des Untersuchungsgegenstands -, sprechen müssen. Und bevor ich tiefer in solche vergaberechtlichen Fragen einsteige, möchte ich gerne fragen, inwieweit Sie von Anfang an bei diesen Gesprächen sich damit beschäftigt haben, dass es rechtlich erforderlich sein könnte, Aufklärung und Verhandlung voneinander zu trennen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie ich ja eingangs gesagt habe: Wir haben die wirtschaftliche und technische Beratung gemacht, nicht die rechtliche Beratung. Deswegen haben wir uns mit den rechtlichen Fragen nicht auseinandergesetzt.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Und jetzt könnte es ja sein, dass beim Führen von Gesprächen man mal vom Aufklären und Erklären auch in so eine Art Verhandeln hinübergleitet. Wie ist denn das nach Ihrer Erinnerung in den Gesprächen gelaufen? Haben dann da die juristischen Berater diese Dinge geleitet? Haben die Ihnen Tipps gegeben? Oder haben die eingegriffen, wenn das Gespräch sich in eine heikle Richtung entwickelte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Geleitet wurden diese Gespräche, also, zumindest nicht von uns. Deswegen muss ich um Verständnis bitten, dass ich zu diesen juristischen Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, wirklich keine Auskunft geben kann. Also wir haben - - Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Vielen Dank. - Bevor ich jetzt in das nächste Stück Materie einsteige, springe ich in die nächste Runde, weil ich an der Uhr sehe, dass meine Zeit gleich abläuft. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann hat Frau Kollegin Lühmann das Wort.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja. - Hallo, Frau Kramer! Ich nehme mal wieder ein ganz anderes Thema.

Das wird Ihnen öfter passieren, dass wir springen. Das liegt halt an der Systematik. - Mir geht es um den Zeitraum Frühjahr 2018. Während der Verhandlungen mit den vier Bietergemeinschaften sind Sie ja in die Entscheidungen mit einbezogen worden. Mir geht es konkret um die Frage Bruttounternehmenswert versus Equity Value. In den Vergabeunterlagen der Erstangebotsphase war noch der Equity Value als Entschädigung festgelegt. Können Sie uns erklären, warum das dann verändert wurde zum Bruttounternehmenswert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich hatte - - Oder: Es gibt ja eine Zusammen- - Oder: Die Bieter haben jeweils ihren Verhandlungsbedarf ja benannt in ihren Angeboten, und verschiedene Bieter hatten genau zu diesem Punkt auch Verhandlungsbedarf angemeldet. An die genaue Diskussion dazu kann ich mich, ehrlich gesagt, leider nicht mehr erinnern. Wirtschaftlich betrachtet kann ich den Verhandlungsbedarf der Bieter nachvollziehen. Wieso gerade in dem Punkt - - Es sei denn - - Sie haben, glaube ich, nur insgesamt gefragt, ne? Das war nicht der Kündigungsgrund, sondern nur Equity Value.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann frage ich da weiter: Was für Folgen hat das? Also, Sie sind ja Beraterin für das Ministerium. Das waren jetzt Verhandlungen mit den Bietenden. Sie haben eben gesagt, Sie konnten das verstehen, dass die da Verhandlungsbedarf hatten. Und dann haben Sie eine Änderung vorgenommen oder vorgeschlagen. Vorgenommen haben Sie es ja nicht; Sie haben ja eben gesagt: Es wurde dem Ministerium vorgeschlagen und das Ministerium ist dem gefolgt. - Das heißt, aus Equity Value wurde Bruttounternehmenswert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wir haben kein Dokument gefunden, in dem erläutert ist, was das konkret für Folgen für den Vertragsnehmer Verkehrsministerium haben wird. Können Sie uns die Folgen erläutern? Und die zweite Frage ist natürlich: Wie haben Sie diese Folgen dem Ministerium erläutert?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Erst mal: Was ist der Unterschied zwischen dem Equity Value und dann dem objektivierten Unternehmenswert oder dem Bruttounternehmenswert, wie er jetzt drinsteht, insbesondere für den Fall - - So. Was ist der Unterschied? - Das eine ist: Man würde nur - sehr vereinfacht gesprochen - den Wert des Eigenkapitals bekommen. Beim Zweiten werden auch die Rückflüsse, ich sage mal, an die Fremdkapitalnehmer mitberücksichtigt.

Es ist sinnvoll, den Bruttounternehmenswert zu nehmen, weil ein solches Projekt natürlich auch über Fremdkapitalgeber mitfinanziert wird und die natürlich auch schauen, wie sie ihr Geld wieder zurückbekommen, und auch mit einem höheren Risikoaufschlag reingehen würden, wenn es unsicher wird, dass sie, beispielsweise bei einer ordnungspolitischen Kündigung, gegebenenfalls ihr eingesetztes Fremdkapital nicht wieder zurückbekommen. Erhöhte Risikoaufschläge würden sich dann ja in den Kosten des Betreibers niederschlagen und auch entsprechend dann in der Vergütungsforderung.

Deswegen ist es auch aus unserer Sicht - und das ist, was ich eben auch sagte, dass es auch nachvollziehbar ist, dass die Bieter das genannt haben - ein sinnvoller Entschädigungsmechanismus. Ich vermute mal, dass wir insbesondere über den Fall der Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen sprechen; denn das ist ja ein Fall, wo der Betreiber alles richtig gemacht hat, auch die Kündigung selber nicht beeinflussen kann, sondern der Kündigungsgrund allein in der Hoheit des Auftraggebers liegt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, wir haben ja auch schon mit den Bietern gesprochen, warum - - und haben denen dann natürlich die gleiche Frage gestellt. Was wir uns natürlich fragen, ist: Was ist vor Vertragsabschluss passiert? Und der Projektleiter aus dem Mautreferat, Stefan Stadler, hat hier bereits ausgesagt, dass es vor Unterzeichnung des Betreibervertrages keine Überlegungen dazu gegeben hat, wie hoch die zu zahlende Entschädigung nach dem Bruttounternehmenswert sein würde, wenn der Vertrag nach dem EuGH-Urteil gekündigt werden müsse. Wurden Sie bzw.

das Los 2 irgendwann mal aufgefordert, zu errechnen, welche Entschädigungen in solchem Fall auf den Bund zukommen würden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir wurden am Tag der Kündigung gebeten, eine Berechnung vorzunehmen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Das heißt, vor Unterzeichnung, also vor dem 30.12.2018, nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Am 18. - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung! Vor dem - - Nein, wir wurden am 18. Juni - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich hatte gefragt: vor Unterzeichnung.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung! Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es geht nicht um den 18.; es geht mir: vor Unterzeichnung, -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. - Nein, vor Unterzeichnung - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** - vor dem 30.12.2018.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. - Nein, nicht vor Unterzeichnung.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Ich gehe jetzt aber mal zu diesem 18. Juni, den Sie gerade angesprochen haben, wo die Entscheidung fiel. Können Sie uns bitte mal beschreiben, wie dieser Tag und die folgenden Tage für Sie abliefen? Wann und wo haben Sie von dem Urteil erfahren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich war im Büro in Frankfurt. Ich glaube, wir haben es aus - - Wir - ich sage dann: meine Kollegen und ich; ich weiß nicht, wer es als Erstes gesehen hat - haben es im Internet gelesen. Dann weiß ich, dass wir vormittags einen Anruf erhielten von - - Ich habe mich auch im Vorfeld noch mal versucht zu erinnern. Ich weiß jetzt nicht, ob er von Herrn Dr. Neu-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mann oder von Herrn Dr. Lütje kam. Einer der beiden Herren bat uns, im Auftrag des Ministeriums einmal die potenzielle Belastung auszurechnen, die im Falle einer Kündigung auf den Haushalt zukäme.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Waren Sie Mitglied bei der Taskforce, die dann die Entscheidung gefällt hat, ob gekündigt wird oder nicht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Waren Sie nicht. - In den Unterlagen, die wir haben, haben Sie nach Kündigung des Betreibervertrages, also am 20. Juni 2019, Herrn Winderlich eine überschlägige Abschätzung von Entschädigungszahlungen geschickt. - Das ist MAT A BMVI-6-20a, Blatt 20/21. - Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag bereits gekündigt. Sie haben jetzt gesagt: Am 18. kam mittags die Frage: Gebt uns mal Zahlen! - Wann sind die denn geliefert worden? Ist der 20., ist das, was wir da gefunden haben, die Antwort auf die Frage vom 18., oder gab es dazwischen irgendwelche Meldungen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es gab dazwischen auch Zahlen. Ich müsste jetzt im Einzelnen in meinen Unterlagen nachschauen, aber wir haben auch am 18. schon was übersandt, was natürlich nur eine erste, sehr überschlägige Berechnung sein konnte.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Mhm. Gegebenenfalls würde ich da gerne dann noch mal in einer nicht-öffentlichen Sitzung mit Ihnen drüber reden. - Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung - haben wir ja eben schon mal drüber gesprochen - haben Risikoworkshops stattgefunden. Und wir haben auch gehört, dass der BRH ja gewisse Dinge geäußert hat. Und der BRH hat den Vorwurf gemacht, das BMVI hätte keine Unterlagen vorlegen können, „aus denen hervorgeht, ob und ggf. wie es dabei das Risiko eines vollständigen Scheiterns des ISA-Vorhabens durch ein Urteil des EuGH bewertet hat“. - Das war ein Zitat aus diesem Papier.

Und in seiner Antwort hat dann das BMVI unter anderem auf das Risikocluster 3.7 verwiesen. Das

hat die Risiken - - Sie können sich erinnern, wunderbar! Wie ist dieses Risiko in diesem Workshop beachtet worden, und zwar ausreichend, wie das BMVI es sagt, wenn aber es vorher nie eine Berechnung zur möglichen Höhe der Entschädigungszahlungen gegeben hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Vielleicht vorweg eine Bemerkung: Für die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei uns im Haus war mein Kollege, der Herr Arnold, verantwortlich, zuständig. Ich habe beispielsweise nicht an den Risikoworkshops teilgenommen, habe mich aber mit meinen Kollegen darüber unterhalten.

Was ich sagen kann: Wie finden solche Risikoworkshops grundsätzlich statt? Dort werden in einem ersten Schritt - - Also, wir halten uns immer sehr eng zunächst einmal an den Leitfaden des BMF, wie solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auszusehen haben, wie man vorgehen muss und wie auch Risikoworkshops stattfinden sollen. Das heißt, in einem ersten Schritt werden erst mal alle Risiken identifiziert, dann wird die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Risiken bestimmt, und dann wird der Schaden bestimmt, um dann in einem letzten Schritt zu sagen: Welche Partei soll denn dieses Risiko tragen?

Das Risiko des EuGH-Urteils ist ja in einer zunächst vielleicht etwas seltsam anmutenden Kategorie gefasst. Das liegt aber daran - und wir haben uns seit der Kündigung auch intern darüber unterhalten -: Nach unserem Verständnis bedeutete eine Kün- - Ach nee, ich muss, glaube ich, noch einen Schritt zurück machen: Als wir die Risiken definiert haben, da haben wir aufgrund unserer - - also, hat das Haus PwC aufgrund unserer Erfahrung erst mal einen Vorschlag gemacht, welche Risiken in diesem Projekt auftreten. Diese Liste wurde aber zunächst mit den juristischen Beratern vorbesprochen und wurde dann in einem gemeinschaftlichen Workshop, wo mindestens die Vertreter des BMVI und auch des KBA anwesend waren, noch mal durchgesprochen. Wie die Diskussion im Einzelnen lief, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich dort nicht beteiligt war. - Das vielleicht erst mal so zur gesamten Geschichte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und mein Verständnis war immer, dass ein EuGH-Urteil zur ISA zu einer gegebenenfalls technischen Anpassung führen würde, also dass man an der Leistungsbeschreibung etwas tun müsste, was dann zu einer Verzögerung führt, aber nicht, dass das Urteil dazu führen könnte, dass die ISA an sich nicht erhoben werden darf.

**Kirsten Lüthmann (SPD):** Danke schön. - Meine Zeit ist fast um, und ich komme zu einem neuen Punkt und würde deshalb weitergeben.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann hat der Kollege Jung für die FDP das Wort.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Kramer, ich versuche gerade, Sie anzuschauen, aber es geht eigentlich ganz gut. - Wir haben in den Beratungen insgesamt hier im Ausschuss mehrfach gehört, dass zwischen dem BMVI und den Betreibern zeitweise über einen Betrag von 2,6 Milliarden Euro so gut wie Einigkeit bestand. Können Sie uns sagen, welche Leistungen im Wert von 400 Millionen Euro hier dann herausgenommen wurden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ganz ehr- - Nein, leider nicht.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Ich kann vielleicht versuchen, ein bisschen die Erinnerung anzustupsen. Es gibt einen Auszug aus einem Gespräch vom 29.11.2018, in dem Herr Minister Scheuer und Herr Staatssekretär Schulz und die Betreiber über die Kosten der Pkw-Maut sprechen. Ich zitiere in dem Zusammenhang das vorläufige Stenografische Protokoll vom 01.10.2020, Seite 79.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Darin heißt es von dem Zeugen Klaus-Peter Schulenberg - Zitat -:

Das war ja auch alles ein positives Gespräch, und es hatte eine gute Atmosphäre. Trotzdem blieben wir in der Sache aber klar. Seine

Haltung: 2 Milliarden. Wir hatten ... uns schon angenähert, ich glaube, von 3 Milliarden auf 2,6 Milliarden, so in etwa.

Zitat Ende. - Können Sie sich erklären, wie man sich auf den Betrag von 2,6 Milliarden Euro annähern konnte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Für die Einzelheiten müsste ich noch mal in meine Unterlagen schauen oder auch die Unterlagen, die Ihnen ja zwischenzeitlich zur Verfügung gestellt worden sind. Nach meiner Erinnerung wurde in den Gesprächen der Bieter auf verschiedene Dinge hingewiesen, wo er gegebenenfalls die Leistungsbeschreibung missverstanden hat, was dann auch zur Anpassung seiner Kosten führte. Alles andere würde jetzt zu Spekulationen führen ohne weitere Dokumente, weil ich mich da leider in den Einzelheiten nicht erinnern kann.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat jetzt Herr Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, danke, dass Sie für unsere Fragen zur Verfügung stehen. - Ich fange noch mal bei einer etwas banalen Frage an. Der Herr Papkalla war schon bei uns. Welche Position - - Oder: Wie war der in Ihr Team eingebunden? Und wie groß war das Team ungefähr, das an dieser Aufgabe gearbeitet hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Herr Papkalla war mit für die technische Beratungsleistung, hier beim Untersuchungsgegenstand für den Bereich der Erhebung, zuständig, zusammen mit anderen Kollegen. Ich denke, wir können insgesamt von einem Kernteam sprechen für die wirtschaftliche und technische Beratung in diesen beiden konkreten Vergabeverfahren von rund 12 bis 15 Personen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verpflichtet waren, ich glaube, um die 70 Personen<sup>5</sup> bei uns, die dann irgendwann mal für das Projekt gearbeitet haben, gegebenenfalls auch nur für Detailfragen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - In den Vergabegesprächen zu den Erstgeboten hatten ja praktisch alle Bieter ein ungewöhnlich hohes Maß an Vertragsstrafen moniert, was wiederum bei den Angeboten zu Risikoaufschlägen führte. Wie kamen diese Vorschläge für diese, wie gesagt, aus Sicht der Bieter hohen Vertragsstrafen zustande, und wie haben Sie die damals bewertet?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich habe auch da leider keine konkrete Erinnerung mehr, wie die Vertragsstrafen zustande kamen. Auch hier muss ich - - Das war ja ein Teil der Verträge. Insofern hatten dann hier letztlich die Hoheit auch die juristischen Berater.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Sie haben aber selber jetzt unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten dieses Vertragsstrafenregime nicht noch mal durchgerechnet oder überschlagen, was das bedeutet und was das unter Umständen auch für den Angebotspreis bedeuten könnte, wenn man da Modifikationen vornimmt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Sie haben eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erst am 24.05.2019 vorgelegt. Eine Kurzfassung war innerhalb extrem kurzer Zeit am 13.12.2018 in einer Telefonkonferenz abgestimmt worden. Und in der Version vom 24.05. wurde noch immer von einem geringen Risiko wegen der EU-Rechtslage ausgegangen. Waren Sie an dieser abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beteiligt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Haus PwC war beteiligt. Ich persönlich war nicht daran beteiligt. - Ja.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Können Sie sich erinnern, inwieweit im Mai 2019 bei dieser abschließenden Untersuchung absehbare Zusatzkosten für den Bund durch die Integration der Toll-Collect-Zahlstellen in diese abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeflossen sind?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Bericht, den Sie aus dem Mai 2018 zitiert haben, das ist ein - -

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** 19, die abschließende Wirt - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** 19, Entschuldigung, 19. - Das ist eine ausführliche Fassung des Berichtes, den wir im Dezember 2018 gegeben haben. 2018 war ja sehr kurz- - wie Sie gerade gesagt haben. Und um das noch mal ausführlich zu dokumentieren, hat es etwas länger gedauert. Aber wir haben auf dem Stand von der damaligen Kurzfassung den Bericht erstellt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber zu dieser damaligen Kurzfassung gab es ja noch keine Verständigung, in welcher Form diese Toll-Collect-Zahlstellen finanziell zu Buche schlagen werden, oder?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, den Stand, den wir damals hatten, haben wir berücksichtigt und haben ihn dann auch so in dem Bericht dargestellt. Da müsste man, glaube ich, noch mal in den Bericht der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung „Erhebung“ schauen, wie es dort berichtet worden ist. Das waren die Dinge, die abgestimmt waren, vorab, mit dem Ministerium und dem KBA, mit dem Ministerium insbesondere.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Dann komme ich noch mal zu den Erstangeboten, die eingegangen sind. Da gab es ja relativ große Unterschiede zwischen den Erstangeboten. Wie wurde das bei Ihnen bewertet oder diskutiert?

<sup>5</sup> Anmerkung der Zeugin: Diese Zahlen beziehen sich allein auf die PwC GmbH WPG, siehe Anlage 1, S. 20



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Worauf hat man diese Unterschiede zurückgeführt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, soweit ich mich erinnern kann, haben ja die Bieter auch explizit geschrieben, dass sie mit dem - - oder zumindest ein Bieter hat das geschrieben, dass er den Verhandlungsbedarf entweder vollumfänglich eingerechnet hätte oder vollumfänglich nicht berücksichtigt hätte. Ich weiß jetzt leider nicht mehr, in welcher Richtung das war. Das war beispielsweise ein Unterschied. Und ansonsten ist es, glaube ich, auch nicht ungewöhnlich, dass Erstangebote weit auseinanderliegen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Nun war es aber auch so, dass von diesen Erstangeboten keines die Mindestanforderungen erfüllt hat. Ist das auch nicht ungewöhnlich?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, das ist meine persönliche Meinung: Das finde ich ungewöhnlich, ja.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und hat das dann eine Rolle gespielt in der Bewertung dieser Erstangebote im Rahmen Ihrer Beratung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wenn ich mich recht erinnere, wurden dann die Erstangebote nicht weiter bewertet, sondern es wurden mit den Bietern Aufklärungsgespräche geführt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber mich interessiert jetzt, wenn ich die Frage noch anhängen darf: Sie, als Beraterin, haben Sie denn dem Ministerium gesagt - Sie haben eben gesagt, Sie fanden das jetzt schon eher ungewöhnlich, dass keiner die Mindestanforderung eingehalten hat -: „Hört mal, Leute, das ist - - Wir müssen da noch mal drüber reden, wie ihr in die Verhandlungen geht“? Oder haben Sie nur empfohlen: „Lasst uns offene Gespräche führen, und dann schauen wir mal, wie weit wir kommen“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die Mindestanforderungen - und jetzt muss ich dazusagen: ich bin Wirtschaftswissenschaftlerin; aber auch so, wie ich es von den Technikern verstanden habe -

wurden ja abgestimmt und definieren ja auch tatsächlich bestimmte Mindestanforderungen, die zu erfüllen sind von den Bietern. Also, insofern verstehe ich vor dem Hintergrund Ihre Frage nicht ganz, weil gewisse Dinge mussten die Betreiber ja erfüllen, um ein allen rechtlichen Anforderungen genügendes System auch zu errichten.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank. - Frau Kramer, ich will noch mal zu dem ganzen Thema „Ermittlung Kaufpreis bei Vertragsbeendigung“ zurückkommen. Dafür waren Sie ja auch zuständig. Wie würden Sie die da insgesamt in dem Vertrag getroffene Regelung im Fall einer Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen bewerten? Also, was hat das auf Sie für einen Eindruck gemacht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie meinen dann die Regelung, dass jetzt der Bruttounternehmenswert gemäß IDW S1 in dem Fall - -

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine angemessene Regelung. Ich hatte das ja eben schon einmal gesagt: „Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen“ heißt ja, dass der Betreiber selbst keinen Einfluss auf den Kündigungsgrund hat, er sich aber vorher vertraglich dazu committet hat, ein bestimmtes Risiko einzugehen, dieses System zu errichten und über zwölf plus gegebenenfalls Verlängerungsjahre zu betreiben. Das ist seine Kalkulationsgrundlage gewesen, auch dass er bestimmte Risiken oder auch Ertragschancen eingegangen ist über diesen Zeitraum, die sich über den Zeitraum insgesamt ermitteln.

Was vielleicht noch wichtig ist, zu sagen, weil das in der Presse häufig steht: Der Bruttounternehmenswert entspricht ja nicht einfach dem entgangenen Gewinn, sondern es wird dort nach den Vorschriften des IDW S1 ja genau geschaut, welche Szenarien mit zu berücksichtigen sind,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

welche Risiken vielleicht gegebenenfalls bereits schon eingetreten sind oder noch zukünftig eingetreten wären. Diese werden mit berücksichtigt, wenn man die Zahlungsströme ermittelt, die dann ja - - Also die Zahlungsüberschüsse werden dann errechnet und diskontiert. Das ergibt dann den Bruttounternehmenswert. Das heißt, da berücksichtigt man auch schon bestimmte Risikoereignisse, die gegebenenfalls noch eintreten können oder bereits schon eingetreten sind.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es ist ja wahrscheinlich nicht das erste Mal, dass Sie mit solchen Fragestellungen konfrontiert sind. Hat es denn schon andere Verträge gegeben, wo solche Bruttounternehmenswerte im Falle ordnungspolitischer Kündigung vereinbart worden sind, oder ist das etwas Ungewöhnliches hier gewesen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich meine, es wäre damals auch bei der Lkw-Maut so gewesen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass da auch Bruttounternehmenswert war.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Jetzt hatten wir hier den Sachverständigen Professor Müller, der beschrieben hat - ich zitiere mal -: eine völlig unübliche Vertragsgestaltung im Vergleich zu anderen Mautprojekten. Und er hat sich gerade auch auf diese Regelung bezogen. Gab es da eine Diskussion drüber, also, war das in irgendeiner Weise umstritten, ob man so eine Regelung da reinschreiben sollte? Also, offensichtlich schätzten ja andere Leute - - oder haben sie im Nachhinein zumindest anders eingeschätzt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich erinnere mich leider nicht mehr an die konkrete Diskussion damals. Und zu der Einschätzung von Herrn Müller kann ich leider auch nichts sagen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Also für Sie war das damals kein relevanter, wesentlicher Diskussionsgegenstand, wo man noch mal überprüft hat, wo man vielleicht

noch mal im Unternehmen nachgefragt hat oder mit den zuständigen Menschen aus dem Ministerium - - Das war keine Debatte.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das, was ich eben meinte: Ich kann mich an die konkrete Debatte dazu leider nicht erinnern. Wenn wir so etwas vorgeschlagen haben, war das aber nicht immer nur eine Person, sondern es wurde ja schon sowohl bei uns im Team besprochen als auch dann immer im größeren Kreis, sowohl mit den Juristen als auch mit dem Ministerium.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Aber ich verstehe Sie so richtig, dass die Frage „Bruttounternehmenswert oder eine andere Größe“ keine Diskussion war, also, dass man da jetzt nicht gesagt hat - - zwischen verschiedenen Varianten gespielt hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich muss wirklich - - Ganz ehrlich: Ich kann mich leider nicht daran erinnern, also weder im Positiven noch im Negativen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Jetzt haben Sie eben auf die Fragen von der Kollegin Lühmann gesagt: Vor Vertragsabschluss hat es keine Berechnung gegeben - so habe ich Sie verstanden -, was das dann bedeuten würde für eine zu zahlende Entschädigung. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Von uns wurde keine Berechnung vorgenommen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Aber im Ministerium hätte - - Das heißt: War da noch jemand anderes mit beschäftigt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das weiß ich leider nicht.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Hätte ja sein können, dass - Sie haben ja nun mit den Kollegen zusammengesessen - sie gesagt haben: Wir haben das berechnet. - Also, von Ihnen ist da, an der Stelle nichts berechnet worden. Jetzt nach Vertragsabschluss auch nicht, logischerweise nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das, was ich eben erwähnt hatte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Aber zum ersten Mal berechnet worden ist es dann, nachdem das Gerichtsurteil da war.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da haben wir überschlägig die maximale Haushaltsbelastung abgeleitet, ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Können Sie sich noch erinnern, was die erste Berechnung da ergeben hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Höhe nach? Im Moment nein; das müsste ich nachschlagen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Dann komme ich zu einem anderen Komplex, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann steigen wir in die zweite Fragerunde ein, und ich gebe das Wort wieder an Herrn Lange für die CDU/CSU-Fraktion.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, Frau Dr. Kramer, nachdem jetzt vieles, ich sage mal, abgearbeitet wurde, möchte ich es nicht nach dem Motto machen: Es hat noch nicht jeder die gleiche Frage gestellt. Beim Bruttounternehmenswert möchte ich aber noch mal ein bisschen bleiben. Vielleicht noch mal zur Verdeutlichung: Hätte dieser realistisch überhaupt vor der Vertragsunterzeichnung eingeschätzt werden können?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Bruttounternehmenswert setzt ja immer voraus, dass man ihn zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelt. Das heißt, man hätte, um einen solchen Bruttounternehmenswert vorab zu bestimmen, ja auch definieren müssen: Zu welchem Zeitpunkt wäre gekündigt worden, und wie wäre die Entwicklung bis zum Kündigungszeitpunkt gewesen? Und das ist - - Ja. Insofern hätte es natürlich vorab - - oder hätte man sehr viele Ereignisse definieren können, die zu einer Kündigung geführt hätten, auch zu verschiedenen Zeitpunkten mit verschiedenen möglichen Szenarien, wie sich das Unternehmen

vorab entwickelt hätte. Insofern ist es von uns aus auch aus Sicht der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung plausibel gewesen, vorab diesen Wert nicht zu berechnen, weil man dann ja wirklich einen sehr großen Bogen hätte aufspannen müssen: Was wäre der konkrete Kündigungszeitpunkt gewesen? Was wäre das Ereignis gewesen - nicht das Ereignis, Entschuldigung - - sondern wie wäre die Entwicklung des Unternehmens vorab gewesen? Und dann hätten sich wiederum verschiedene Werte daraus ergeben. Insofern, um Ihre Frage sehr kurz zu beantworten: Man hätte dann sehr genau definieren müssen: Was wäre der Kündigungszeitpunkt gewesen? Und von welcher Entwicklung vorab wäre man ausgegangen?

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Also, das waren jetzt extrem viele „hätte“, stelle ich jetzt einfach mal fest. Warum frage ich das? - Der Herr Dr. Neumann hat hier ausgeführt, dass die Bezugnahme auf den Bruttounternehmenswert für den Auftraggeber Bund günstiger gewesen sei als der in der Vorversion verankerte Equity Value, da eben festgestellt wird - und jetzt zitiere ich -:

... dass für jede Lage, in der sich das Projekt jeweils befindet, ein angemessener Wert in dem Fall

- also auf den Zeitpunkt bezogen, so wie Sie es gerade gesagt haben -

geleistet wird ...

Jetzt bitte ich noch mal unter dem - ja, wie soll ich sagen? - Hintergrund der Nichtwirtschaftler: Vielleicht können Sie, damit wir das irgendwie auch greifbar haben, ein einfaches, verständliches Beispiel bilden - muss jetzt nicht die Infrastrukturabgabe sein -, an der sich die beiden Berechnungsmethoden unterscheiden lassen aus wirtschaftlicher Sicht. Sie dürfen gerne auch die Infrastrukturabgabe nehmen. Ich habe nur gedacht: Die ist vielleicht zu kompliziert. Ich bin Jurist; ich rechne nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich überlege gerade, wie man es einfach darstellen kann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Kirsten Lühmann (SPD):  
Es kann auch kompliziert  
sein! Wir können ja  
nachfragen!)

Ja, das ist das Thema - - Bei dem Thema Unternehmenswert haben wir Experten bei uns aus dem Haus hinzugezogen, die das mit Sicherheit leicht erläutern könnten. Dass ich jetzt versuche, es Ihnen richtig darzustellen und dann trotzdem noch leicht - - und das fällt mir gerade, im Moment etwas schwer. - Ja, deswegen - - Also, ich - - Spontan - -

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Vielleicht versuche ich es hintenherum. Nachdem wir ja die Diskussion auch in der Öffentlichkeit immer wieder geführt haben: Handelt es sich beim Bruttounternehmenswert über den - - für die Betreiber für die gesamte Vertragslaufzeit kalkulierten Gewinn?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Danke. Ich hätte es jetzt ganz - - Deswegen bin ich andersherum gekommen, weil ich gerne ein Beispiel gehabt hätte, weil wir ja an dem Punkt immer wieder eine etwas schräge Diskussion führen. Deswegen hatte ich, ehrlich gestanden, erst gehofft, über ein Beispiel dann die Begründung des Nein zu haben. Aber vielleicht können Sie jetzt das Nein begründen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Nein kann ich begründen. Ich hatte es eben schon mal kurz ausgeführt: Beim Bruttounternehmenswert zu einem bestimmten Zeitpunkt berechnet man die erwarteten Zahlungsüberschüsse und diskontiert diese. Und diese erwarteten Zahlungsüberschüsse ergeben sich aber auch unter Berücksichtigung von verschiedenen relevanten Szenarien. Das heißt, ich benutze nicht nur ein Szenario wie beispielsweise das gute Szenario: „Ich habe mein Angebot abgegeben, habe dort einen bestimmten Gewinn kalkuliert und den Gewinn nehme ich jetzt und diskontiere ihn, weil das mein Zahlungsüberschuss ist“, sondern man muss sich sehr konkret anschauen zu dem jeweiligen Stichtag der Untersuchung - deswegen hatte ich mich eben mit so viel „hätte“ und „wäre“ ausgedrückt -: Wie hat

sich das Unternehmen bis dahin entwickelt? Was muss man also gegebenenfalls noch fortschreiben? Und welche anderen Risiken können auch noch in der Zukunft eintreten, die man auch mitberücksichtigen muss? - Nur als ein Beispiel zu nennen: Der Bieter wird vermutlich in sein Angebot und auch in der Kalkulation seines Angebots, die auch übermittelt wurde, nicht schon von Anfang an Vertragsstrafen mit einkalkulieren, die ja besagen, dass er etwas nicht vertragsgemäß umsetzen kann. Nichtsdestotrotz besteht ja immer eine Wahrscheinlichkeit, dass Vertragsstrafen anfallen können, die man dann auch mitberücksichtigen muss, wenn man einen solchen Unternehmenswert berechnet.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** In diesem „hätte“ und „wäre“ der Berücksichtigung würde ein zeitlicher Verzug der Feinplanung zu einer Reduzierung des Bruttounternehmenswertes zum Zeitpunkt der Kündigung - - eine Rolle spielen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau. Eine solche Verzögerung würde sich negativ auswirken.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Danke. - Ich gebe weiter.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Kollege Wiehle.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Vielen Dank. - Jetzt werde ich gerne, Frau Dr. Kramer, fortfahren mit meinen Fragen zu den Verhandlungs- bzw. Aufklärungsgesprächen, was es leider mit sich bringt, dass wir wieder thematisch springen müssen. Wir hatten Ihnen ja schon ein Dokument zur Verfügung gestellt, eine Liste mit potenziellen Leistungsänderungen etc. Ich glaube, die liegt noch vor Ihnen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Gut. - Sie haben die Mindestanforderungen geprüft; das ist jetzt noch nicht dieses Dokument. Sie haben die Erfüllung der Mindestanforderungen geprüft, sowohl bei dem ersten finalen Angebot als auch bei dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zweiten finalen Angebot - habe ich das vom Ablauf her richtig verstanden? -, also Sie persönlich und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die wurden bei dem zweiten Angebot geprüft, ja, bei dem ersten Angebot auch.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke. - Und da, in der Zwischenzeit, ist ja dann einiges geschehen, eben durch Aufklärung und auch durch Verhandlungen. Und diese Übersicht, die jetzt schon gerade vor Ihnen liegt, ist die von Ihrem Haus erstellt worden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich, ganz ehrlich, nicht dran erinnern.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Sie haben mit der auf jeden Fall gearbeitet. Sie hatten die als Unterlage.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wie ich auf Ihre erste Frage schon gesagt hatte: Ich kann mich vage an die Unterlage erinnern. Ich habe sie im Zusammenhang meiner Vorbereitung jetzt nicht noch einmal gesehen und kann sie deswegen nicht weiter einordnen. Ich habe schon in meiner Vorbereitung gemerkt, dass es eine Reihe von Unterlagen gibt, an die ich mich jetzt, nach Ablauf von zwei Jahren, nicht mehr erinnern konnte.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Weil die Anforderungen, die hier aufgelistet sind - das ist ja offensichtlich ein Ausschnitt aus dem gesamten Anforderungskatalog -, das sind typische Mindestanforderungen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Und wurde über Änderungen bei den Mindestanforderungen mit dem Betreiber verhandelt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, zum einen waren es ja Aufklärungsgespräche. Und zum Zweiten waren wir bei den Gesprächen dabei. Und was jetzt zulässige Änderungen sind oder nicht aus vergaberechtlicher Sicht, konnten wir dann ja wiederum nicht beurteilen. Wenn ich mich rich-

tig erinnere, ist ja die Formulierung der Anforderungen selbst nicht geändert worden, sondern immer nur der Erläuterungstext einer Anforderung.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Wir haben uns diese Dokumente sehr genau angesehen in unserer Vorbereitung und haben Beispiele dafür gefunden, dass zwar der Text der Anforderung nicht geändert wurde, in der Erläuterung dann aber etwas hineingeschrieben wurde, was eigentlich nach unserer Einschätzung doch den Text der Anforderung ändert. Ich möchte das gerne anhand von einem Beispiel betrachten; das finden Sie auch in Ihrer Unterlage. Da geht es um die Anforderung 1.6. Das finden Sie auf dem Blatt 91; das ist also fünfte Druckseite von dem Umfang, vielleicht Vorder- und Rückseite, jetzt hier dann das dritte Blatt und dort das erste. Da geht es darum, was der Betreiber zu tun hat, wenn ein Brief, den er verschickt hat, als unzustellbar zurückkommt. Und die Anforderung selber sagt: Der Betreiber muss „nach Möglichkeit“ - ich zitiere das hier - „die neue Adresse ermitteln und die Bescheide oder Schreiben neu zustellen“. Und bei der „Aufklärung“ steht dann hier der Text: „Verlagerung der Anforderung in den Verantwortungsbereich des AG“, Auftraggebers. Und an der Stelle möchte ich Sie zunächst fragen: Erinnern Sie sich an diesen Gesprächsgegenstand?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich erinnere mich an den Gesprächsgegenstand Adressermittlung, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das ist ja diese Sache. Und wurde da darüber gesprochen, dass das ursprüngliche Verständnis der Anforderung jedenfalls war, dass der Betreiber das selber zu machen hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich erinnere mich auch hier leider nicht mehr an die konkreten Gespräche und den Verlauf der Gespräche. Aber nach meiner Erinnerung sollte Adressermittlung beim Betreiber liegen, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Und der Betreiber hat - das ist mal als Frage zwecks Bestätigung gemeint - dargestellt, dass das aber ein aufwendiges



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterfangen ist, das eben zu einem höheren Angebotspreis geführt hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Na, ich kann mich wirklich nicht mehr an den konkreten Gesprächsverlauf erinnern. Ein Punkt, an den ich mich erinnere in diesem Zusammenhang, ist, dass diskutiert worden ist, dass ein Privater - - oder dass die öffentliche Hand leichter Zugang auf bestimmte Adressdaten hat als ein Privater, wenn ein Privater es überhaupt kann. Aber das ist wirklich - jetzt muss ich sagen - eine Spekulation, die ich nicht machen sollte, ja? In meiner Erinnerung - - Also, ich habe wirklich leider keine konkrete Erinnerung mehr daran.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Gut. - Aber es wurde jedenfalls über Aufwände beim Ermitteln der Adressen gesprochen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meiner Erinnerung wurde auch über die rechtlichen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang gesprochen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Verstehe. - Ich schaue auf die Uhr und sehe, dass ich beim nächsten Mal weiterfragen muss. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke sehr. - Frau Kramer, wieder mal ein ganz anderes Thema: finale Angebote. Am 17. Oktober 2018 ging das finale Angebot ein. Es war nur eins. Es waren ja früher mehrere im Rennen; die haben zwischendurch dann immer die weiße Flagge gehisst. Und das eine, das einging, lag deutlich über dem vorgesehenen Haushaltsrahmen. Wann haben Sie Kenntnis von diesem eingegangenen finalen Angebot gekriegt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sicher weiß ich es nicht. Ich würde vermuten, an dem gleichen Tag, an dem das Angebot eingegangen ist.

**Kirsten Lühmann (SPD):** PwC hat dann die Aufgabe gekriegt, dieses finale Angebot wirtschaftlich zu prüfen. Als Sie sich das angeguckt haben: War Ihnen sofort klar, dass das etwa 1 Milliarde

über dem vorgesehenen Haushaltsrahmen liegt, oder kam diese Erkenntnis erst später? Und wenn sie später kam, wann?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir hatten uns mit dem Haushaltsansatz selbst nicht beschäftigt. Dass das Angebot über dem Haushaltsansatz lag, war eine Information, die wir dann aus dem Ministerium erhalten haben, wobei ich jetzt nicht mehr konkret sagen kann, wann wir die Information bekommen haben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich sage Ihnen, warum ich frage: Am 16. November 2018, also fast einen Monat nach Eingang des finalen Angebots, wurden von - Zitat aus einem Dokument - den Beratern Handlungsoptionen vorgelegt. Das ist jetzt einen Monat später.

Dazwischen, am 14. November, also 14 Tage oder gut zwei Wochen nach Eingang dieses finalen Angebotes, gab es ein Krisentreffen im Ministerium, in dem - das hat die Zeugin Geese gesagt - der Staatssekretär Dr. Schulz sich furchtbar aufgeregt hat, weil er erst so spät von der Höhe des Angebotes erfahren hat. - Das steht im vorläufigen Protokoll der Sitzung vom 29.10., Seite 118.

Können Sie sich erklären, warum vorher nichts passiert ist? Also, wenn ich jetzt Ministerin wäre oder von mir aus auch Staatssekretärin und ich warte auf dieses Angebot und das kommt und das liegt 1 Milliarde über dem, was ich an Geld zur Verfügung habe, dann würde ich eigentlich erwarten, dass ich da zeitnah, sobald es jemand mitkriegt, also 24 Stunden später, davon Kenntnis kriege und reagieren kann. Wenn man der Aussage von Herrn Schulz von diesem Treffen da Glauben schenken darf, dann hat er es erst deutlich, deutlich später erfahren. Darum meine Frage an Sie: Haben Sie Alarm geschlagen? Und wenn Sie Alarm geschlagen haben, wann haben Sie Alarm geschlagen? Denn Sie hatten ja die Aufgabe, das wirtschaftlich zu prüfen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, nach meiner Erinnerung war uns damals der Haushaltsansatz nicht bewusst. Wir haben die Angebote formal geprüft, aber nicht im Hinblick auf den Haushaltsansatz.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kirsten Lühmann (SPD):** Können Sie mir „die Angebote“ erklären? Es war nur eins.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung, das ist eine ungenaue Ausdrucksweise gerade von mir. Wir haben *das* Angebot geprüft.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Also, Sie haben das Angebot nur auf Formalien - - also, ob die Mindestanforderungen eingehalten sind.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, auch bestimmte Anforderungen im Hinblick auf das wirtschaftliche Angebot, wo auch in den Bewerbungsbedingungen bestimmte Anforderungen genannt worden sind, dass Mindestkriterien für wirtschaftliche Größen einzuhalten sind. Das haben wir uns auch angeschaut.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und zu was für einem Ergebnis sind Sie gekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meiner Erinnerung - - Also, ich habe es jetzt nicht im Ein- - Nach meiner Erinnerung war das so weit in Ordnung. Aber ich habe mir jetzt zuletzt auch die Unterlagen dazu nicht mehr angeschaut. Wir<sup>6</sup> haben jedenfalls keinen Hinweis zum Haushaltsansatz gemacht, weil das auch nicht bei uns mit in dem Aufgabenbereich lag.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Mhm. - Bei diesem Treffen am 14. November - also, das Datum ist da relativ irrelevant; aber Sie merken schon: das ist deutlich nach dem ersten Angebot -, wo Herr Dr. Schulz gesagt hat: „Warum kriege ich jetzt erst Kenntnis davon? Da ist ja wichtige Zeit verloren gegangen“, waren Sie dabei?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wussten Sie - - Haben Sie vorher davon erfahren, hinterher davon erfahren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß es ganz ehrlich nicht. Ich müsste in meinen Unterlagen noch

mal schauen, wann - - ob ich es daran erkennen kann, wann wir es erfahren haben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. Wenn Sie es nicht wissen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie können ja nur sagen, was Sie wissen. - Sie verstehen: Am 16. November wurden von den Beratern - also, ich gehe mal davon aus, dass Sie dabei waren - Handlungsoptionen vorgelegt, um noch im Jahr 2018 zum Abschluss des Betreibervertrages zu kommen. - Das ist die MAT A BMVI-6/19c, Blatt 1 bis 5. - Erinnern Sie sich an dieses Dokument, und waren Sie an der Erarbeitung beteiligt? Natürlich können wir es Ihnen auch vorlegen, wenn Sie es möchten.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Beides mal: ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Wissen Sie, wann der Auftrag kam, diese Handlungsoptionen auszuarbeiten? Also: Wie lange haben Sie an der Erarbeitung gebraucht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann komme ich jetzt zu den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen mit Paspagon, die danach waren. Sie haben laut der Protokolle an allen sieben Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen teilgenommen. Was war Ihre Aufgabe in den Gesprächen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir haben weiterhin die wirtschaftlichen Themen betreut und haben dazu entsprechende, nach meiner Erinnerung, Fragen gestellt oder auch Nachfragen zu Dingen, die die Bieter - - die *der* Bieter - Entschuldigung - vorgetragen hat.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Jetzt müssen Sie mir eins erklären - Herr Lange hat schon gesagt: wir sind da nicht so vertraut mit; er ist Jurist, ich bin Polizeibeamtin -: Wenn Sie mir sagen, Sie haben die Wirtschaftlichkeit untersucht, dann heißt das

<sup>6</sup> Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1, S. 28



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für mich auch: Was ist eigentlich der Gesamtpreis, und wollen wir den zahlen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das aber nicht Ihre Form von Wirtschaftlichkeit, sondern Ihre Form von Wirtschaftlichkeit ist: In dem Angebot, ist das drin, was wir wollen? Und sind die Annahmen, die da getroffen sind, auch für Risikoaufschläge oder so was, in einem üblichen Rahmen? - Habe ich das so richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wenn ich von den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gesprochen habe, dann ist das für uns immer der Vergleich: Ist es wirtschaftlicher, dass es eine öffentliche Bereitstellung gibt oder eine private Bereitstellung? Das heißt, ich habe immer den Public Sector Comparator. Ich versuche also, zu ermitteln: Wie teuer wäre die Bereitstellung durch die öffentliche Hand selbst, und wie teuer - - welche Kosten entstehen bei der Bereitstellung durch einen Privaten? Und nur wenn es wirtschaftlich vorteilhaft ist oder eine gleiche Wirtschaftlichkeit hat, dann darf die öffentliche Hand auch einem Privaten den Zuschlag geben. Das ist immer die Wirtschaftlichkeit, wenn ich von Wirtschaftlichkeit selber geredet habe.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Auch bei der Bewertung des eingegangenen finalen Angebotes?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Bei der Bewertung der finalen Angebote - jetzt auch im Plural - haben wir immer geprüft, ob die wirtschaftlichen Anforderungen, die wir in den Bewerbungsbedingungen gestellt haben, erfüllt sind. Und dann unterstellt man ja bei Angeboten, die im Wettbewerb eingehen, auch, dass es dann sich um einen wirtschaftlichen Preis handelt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Da haben Sie dann aber nicht mehr verglichen, ob die öffentliche Hand das günstiger machen würde. Sie reden immer von Wirtschaftlichkeit. Aber das eine Mal geht es um die Wirtschaftlichkeit bezogen auf: Wer erbringt die Leistung? Und jetzt, bei der Bewertung des finalen Angebotes, ging es um die Frage der Wirtschaftlichkeit: Ist alles das, was wir haben

wollen, da auch drin? Und die Höhe des Preises, sagen Sie: Wenn das so ein Verfahren durchlaufen hat, gehen wir davon aus, dass es wettbewerbsmäßig wirtschaftlich ist.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau. Wir haben ja die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dann noch vorgeführt<sup>7</sup>, vor Zuschlagserteilung.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Also konnte Ihnen gar nicht auffallen - - oder konnten Sie gar nicht Alarm schlagen, weil aus Ihrer Sicht das, was Sie beurteilen mussten, hätte nicht zu einem Alarmschlagen geführt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meinem Wissen war uns auch der Haushaltsansatz nicht bekannt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Als Sie in diesen Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen waren - - Zumindest zu dem Zeitpunkt muss Ihnen das ja bekannt gewesen sein.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und wenn Sie jetzt sagen, Ihre Aufgabe war lediglich wieder diese Wirtschaftlichkeit - also zu prüfen: bei allem, was wir dann da besprechen, müssen aber diese Mindestanforderungen eingehalten werden, und alles das, was das Ministerium erwartet, muss da auch drin sein -, wer hatte dann die Aufgabe in dieser Runde, dafür zu sorgen, dass der Preis runtergeht? Denn das war ja der eigentliche Sinn des Ganzen. Das haben wir hier mit mehreren Zeugen auch erörtert. Das Ding war 1 Milliarde zu teuer, und diese Milliarde musste runter. Der Betreiber übrigens hat hier mal als Zeuge ausgesagt, er ist der Meinung gewesen: Dann gibt es eben mehr Geld aus dem Bundeshaushalt. ... Und da hat der Minister ihm ziemlich klargemacht: Nee, wird es nicht geben. - Also musste diese Milliarde runter. Wer war dafür da in dieser Verhandlungsrunde, dafür zu sorgen, dass die Milliarde runtergeht?

<sup>7</sup> Richtigstellung der Zeugin: „durchgeführt“, siehe Anlage 1, S. 29



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich glaube, das war etwas Gemeinschaftliches, also, wo auch alle Berater mit dabei gegessen haben. Und es wurde eben auch einmal der Leitfaden zitiert. Ich glaube, der Bieter wusste auch sehr genau, wie der Haushaltsrahmen aussah. Und natürlich haben wir auch bestimmte Hinweise gegeben, wie man bei dem Angebot - gegebenenfalls durch eine sinnvolle Anpassung von Annahmen - auch den Angebotspreis reduzieren könnte. Ein Punkt, der ja auch mit umgesetzt worden ist, beispielsweise: die angenommene Inflationsrate.

**Kirsten Lüthmann (SPD):** Jetzt hatten wir hier den Zeugen Schneble, und der hat die Situation dieser ersten Gespräche wie folgt beschrieben - ich zitiere -:

Wir waren mitten in Aufklärungsgesprächen. Ich meine, wir redeten ja über einen Gap von 1 Milliarde Euro zwischen der Verpflichtungsermächtigung oder Wirtschaftlichkeit und unserem Angebot. Und zu dem Zeitpunkt, als sich Herr Schulenberg, Herr Kapsch mit Bundesminister Scheuer und Staatssekretär Dr. Schulz trafen, waren wir ja noch meilenweit voneinander entfernt.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Das ist das vorläufige Stenografische Protokoll der Sitzung vom 01.10.2020, Seite 21 und 22. Und der Tag, wo die sich getroffen haben, das war der 29.11.

Können Sie diese Aussage verstehen, also aus Ihrer Sicht dieser ersten Gespräche? Stimmt das? War man zu diesem Zeitpunkt noch meilenweit voneinander entfernt? Wie war da die Stimmung oder die Atmosphäre?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, es gab ja relativ viele Verhandlungsrunden - Entschuldigung,

nicht Verhandlungsrunden, sondern Aufklärungsgespräche - - weil es sich sehr lange hinzog, bis dieses Gap weiter reduziert wurde.

Wie war die Stimmung? Ich glaube, alle Parteien oder - - Nein, ich kann ja nur was zu meiner Stimmung sagen. Also, ich fand es zum Teil mühselig.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Jung.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Frau Kramer, Sie haben eben sinngemäß gesagt - ich würde Sie zitieren; bitte berichtigen Sie mich, wenn das nicht stimmt; Zitat -: Uns war der Haushaltsansatz nicht bekannt. - Ist das so richtig?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Jedenfalls war es uns nicht bewusst, dass wir ihn mit im Auge haben sollten, ja.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Und da ist es - - Also, ich frage vielleicht ein bisschen doof jetzt, weil ich habe als Kommunalpolitiker, als ich mit 19 Stadtrat wurde, als Erstes gelernt: Du musst immer auf die Haushaltsansätze gucken. - Warum spielte das bei Ihrer Arbeit als Beraterin keine Rolle? Wir haben es ja hier jetzt nicht mit einem Unternehmen zu tun, wo das auch sicherlich eine Rolle spielt, sondern wir haben es mit dem Staat zu tun, und da spielt es ja immer eine Rolle. Das ist ja eigentlich die erste Frage, die man immer so innerlich stellen sollte.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Um das Thema Haushalt hatte sich das Referat gekümmert. Also, wir waren in die ganzen Themen Haushalt nicht mit eingebunden. Es war auch nicht Teil unseres Auftrags.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Cezanne.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Frau Dr. Kramer, tut mir leid, ich muss da jetzt aber auch noch mal nachhaken. Also, dass Ihnen der Haushalt wurscht sein kann mit der Aufgabe, die Sie haben, das kann ich noch nachvollziehen, weil das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ja die Aufgabe der politisch Verantwortlichen. Aber von Ihnen stammt doch die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die Schätzung des Auftragswertes, die Grundlage für die Ausschreibung des ganzen Projekts waren. Wenn das Auftragsvolumen oder der Auftragswert bei ungefähr 2 Milliarden berechnet ist und dann ein Angebot kommt, das bei 3 Milliarden liegt, dann muss man doch nicht über den Haushalt nachdenken, um zu erkennen, dass da was nicht zusammenpasst, oder?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, das Angebot war erstaunlich hoch. Aber, wie gesagt, die Themen Haushalt gehörten nicht zu uns. Da hat sich das Ministerium drum gekümmert. Und es ist ja auch immer die Frage, ob man noch einen Nachtragshaushalt oder - wie immer es dann formal richtig heißt - zusätzliche Haushaltsmittel beschaffen kann.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja, gut. Das kann ja sein. Das stellt doch aber auch noch mal die Wirtschaftlichkeit dieses ganzen Vorhabens infrage, wenn es so sehr viel, also um 50 Prozent, teurer wird, als man ursprünglich angenommen hat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie verstehen Sie jetzt Wirtschaftlichkeit?

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Na ja, naiv. Für so einen kleinen Betriebswirtschaftler wie mich ist ein Projekt, wofür ich 2 Milliarden ausgeben will und wofür ich dann aber 3 Milliarden ausgeben muss, wahrscheinlich nicht mehr wirtschaftlich, weil ich mir dann sagen muss: Das bringt mir ja nicht den Gegenwert, den ich ursprünglich zu einem gewissen Preis erwartet habe.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Für uns war die Wirtschaft- - Also, wenn wir von Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sprechen, ist es immer der Vergleich zu der öffentlichen Herstellung des Leistungsgegenstandes. Den haben wir zu dem Zeitpunkt nicht berechnet, sondern dann erst zu einem späteren Zeitpunkt im Dezember.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber gemessen am geschätzten Auftragswert - wie soll ich sagen? - ist das doch trotzdem ein Problem. Also, das ist doch ein Unterschied, ob Sie den Vergleich mit der öffentlichen Ausführung mit 3-Milliarden-Angebot machen oder ob Sie den dann - wie lange war es dann? muss ich selber rechnen - sechs Wochen, acht Wochen später machen, zu einem Zeitpunkt, wo man dieses Angebot ja schon wieder erheblich runterreduziert hat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich leider im Moment nicht erinnern, ob wir es zu dem damaligen Zeitpunkt dem, ich glaube, zu einem früheren<sup>8</sup> Zeitpunkt ermittelten Auftragswert noch einmal gegenübergestellt haben.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Gut, dann springe ich zurück - aber wir bleiben eigentlich beim gleichen Thema - doch noch mal zu der Frage mit den Erstangeboten, die alle deutlich drüber lagen, und mit den Mindestanforderungen, die bei den Erstangeboten von keinem der Anbieter erfüllt waren.

Jetzt nicht als Vorwurf an Sie, sondern wirklich als Frage: Wäre das nicht ein Indiz dafür, dass der Rechnungshof mit seinem Vorwurf nicht völlig danebenlag, das Projekt sei zu dem Zeitpunkt noch nicht ausschreibungsreif gewesen, wenn an beiden Stellen, also sowohl bei den Kosten als auch bei den technischen Angeboten, bei der Erfüllung der Mindestanforderungen, die Erstangebote so weit ab vom Schuss liegen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann die Kritik vom Bundesrechnungshof insoweit nicht nachvollziehen, dass das Projekt nicht - - Also, für uns war es ausschreibungsreif. Und ich weiß jetzt auch nicht, woran der Bundesrechnungshof es konkret festmacht. Man müsste sich dann ja die einzelnen Mindestanforderungen anschauen, wo er sagt, dass das nicht ausschreibungsreif gewesen sei. Deswegen kann ich dazu jetzt leider nichts sagen.

<sup>8</sup> Richtigstellung der Zeugin: „frühen“, siehe Anlage 1, S. 31



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Dann springe ich jetzt mal zu den Absagen der drei freiwillig ausgeschiedenen Bieter, nachdem man die Gespräche geführt hat, nachdem es dann noch mal - - Nach unseren Befragungen ist relativ klar, dass die technischen Bedingungen für die Bieter nicht so schwierig gewesen sind, sondern zumindest - - Jetzt muss ich selber überlegen. Also, mindestens zwei, aber ich meine, sogar alle drei hätten gesagt, dass für sie ausschlaggebend waren die finanziellen Risiken und insbesondere die nötige Vorfinanzierung der Infrastruktur und dann die sehr langen Zeiträume, in denen sich das Projekt dann auch rechnen würde, wie wir so schön sagen.

Wie haben Sie denn in den Beratungen mit dem Auftraggeber, also mit dem Ministerium, dann darüber diskutiert, wie man diesem Problem, das sich Ihnen vielleicht so nicht gestellt hat, aber beim Ergebnis, wenn nur noch einer übrig bleibt, der dann noch da war - - Welche Empfehlungen haben Sie gegeben, um dem zu begegnen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie reden jetzt von den zweiten finalen Angeboten? Von den ersten finalen Angeboten?

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Von den ersten finalen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In den ersten finalen Angeboten<sup>9</sup> konnten die Bieter ja die Dinge benennen. Die konnten ihren Verhandlungsbedarf anmelden. Das haben sie ja sowohl in technischer Hinsicht getan, im Hinblick auf den Vertrag, aber zum Teil auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wurden dann ja in diesen Gesprächen mit allen Bietern jeweils behandelt, sodass man dann auch im Nachgang gemeinsam versuchte, eine - - das heißt, aufseiten des Beraters und des Ministeriums das dann zusammenfasste in die neuen, überarbeiteten Vergabeunterlagen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Okay, ich glaube, wir haben jetzt aneinander vorbeigeredet. Das werde

ich dann in der nächsten Runde noch mal nachfragen. Entschuldigung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte noch mal zum Thema Bruttounternnehmenswert kommen. Also, Sie haben eben auf die Fragen des Kollegen Lange erläutert, das sei etwas, was dann relativ kompliziert zu berechnen sei. Sie haben von Szenarien gesprochen.

Eigentlich ist das doch jetzt ein Projekt, was mit Parametern kalkuliert ist, die jetzt eigentlich ganz gut kalkulierbar sind. Also, der Autoverkehr ändert sich nicht dramatisch. Klar, da gibt es Veränderungen, aber das ist jetzt nicht - - Warum ist das kompliziert, das dann zu berechnen? Können Sie mir das erklären?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es sind ja Szenarien, die man sich betrachten muss: Wie hat sich der Projektverlauf, insbesondere auch für die Betriebsgesellschaft, entwickelt?

Vielleicht ist das aber auch ein Thema, wo ich denke, man sollte es dann eher in der nicht-öffentlichen Sitzung besprechen, weil ja gerade das Thema Bruttounternnehmenswert auch ein wesentlicher Teil des Schiedsverfahrens sein wird.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, wir haben es gerade jetzt hier diskutiert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, man muss sich ja einfach verschiedene - - Ich kann es ja auch abstrakt unabhängig von der ISA beschreiben. Wenn man ein Unternehmen bewerten will, dann muss man sich ja anschauen: Wie sieht denn die Kosten- und die Ertragsstruktur dieses Unternehmens aus? Dann kann man sich ja auch überlegen - oder man muss sich das sogar überlegen -: Was können denn auch bestimmte Risiken sein? Was könnten Kostenrisiken sein auf der Personal-

<sup>9</sup> Richtigstellung der Zeugin: „finalen“-Streichung, siehe Anlage 1, S. 31



## Nur zur dienstlichen Verwendung

seite? Was sind Risiken vielleicht auf der Produktionsseite, gerade wenn ich ein Softwareunternehmen habe? Stimmen meine Releases? Muss ich vielleicht noch was nachbessern, das besonders teuer ist?

Dazu muss man verschiedene Szenarien entwickeln und dafür die entsprechenden Kosten ableiten. Dann setzt man jeweils auf den Vergangenheitswerten, die man hat, auf. Das heißt, wenn man gesehen hat, dass es in der Vergangenheit zu Kostenüberschreitungen gekommen ist, dann muss man die ja in gewisser Weise nachvollziehbar fortschreiben oder ein Szenario bilden: Wie entwickelt sich das? Bekommt man Kostenüberschreitungen in den Griff?

Das sind die Szenarien, die zu bilden sind. Das heißt, man muss sich da aber auch, ich sage mal, ein in sich schlüssiges Gesamtbild überlegen: Was heißt das denn in allen Konsequenzen, die damit zusammenhängen?

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber bei dem Equity Value wäre das alles nicht der Fall? Da müsste man das alles nicht machen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da ich da nicht vollkommen firm bin, möchte ich dazu nicht antworten, um nicht was Falsches zu sagen.

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber noch mal die Frage - - Klar, dass man eine Entwicklung eines Unternehmens berechnen muss und dass man bestimmte Annahmen treffen muss. Aber jetzt ganz allgemein formuliert: Das ist doch kein grundsätzliches Problem. Weil ich würde sagen: Jeder Unternehmer macht das jeden Tag. Und das ist doch jetzt erst mal keine Aufgabe, die jetzt unerfüllbar ist.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein, es ist keine Aufgabe, die unerfüllbar ist. Aber üblicherweise braucht auch unser Haus für eine Unternehmensbewertung, um sie verlässlich zu machen, nach dem Standard IDW S1, ich sage mal, zwei bis drei Monate.

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann wäre meine letzte Frage zu dem Komplex: Normalerweise, gerade wenn man für einen Entschädigungsfall eine Regelung trifft, versucht man ja eigentlich - so habe ich Vertragsverhandlungen, Vertragsgespräche immer verstanden -, klare Regelungen zu finden, damit es möglichst wenig Streit gibt, man sich darauf verständigt. Warum kommt man dann eher - ich verstehe Sie jetzt so: es war ein komplizierterer festzulegender Wert - - Warum ist man dann zu dem gekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Weil es natürlich sehr viele äußere Einflüsse gegeben hätte, die man alle in dem IDW S1 mit berücksichtigen kann. Insofern ist es eine recht einfache Regelung, die natürlich etwas umfangreicher umzusetzen ist. Ansonsten hätte man immer ein Spektrum an Sonderregelungen für Einzelfälle aufziehen müssen. Es ist eben schon einmal Herr Dr. Neumann zitiert worden, der auch in die entsprechende Richtung argumentiert hat. Man kann durch diese allgemeine oder diese schlichte Regelung mit dem Verweis „Bruttounternehmenswert gemäß IDW S1“ sehr viel abfangen.

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. Belassen wir es mal dabei. - Mich würde jetzt noch mal interessieren, wo der Kollege Cezanne eben nachgefragt hat. Sie haben gesagt, Ihre Aufgabe bestand darin, zu überprüfen, ob nicht eine öffentliche Erledigung der Aufgabe eventuell günstiger sein könnte als die Vergabe an Private.

So, jetzt haben Sie selber dargelegt: Das Angebot war sehr hoch, 3 Milliarden. - Es lag 1 Milliarde über dem Haushaltsansatz. Ist bei Ihnen da denn nicht irgendwann mal der Gedanke gekommen: „Wir müssen noch mal zurück auf Los und müssen überlegen, ob der Bund es nicht selber macht“, jetzt mal losgelöst von der Kenntnis der jeweiligen Haushaltsstelle? Habe ich verstanden, dass das nicht Ihre Baustelle war, aber da hätte doch die Beraterin, die an der Stelle unterwegs ist, diesen Vergleich zu überprüfen, eine Frage stellen müssen nach meinem Verständnis. Oder haben Sie die Frage gestellt? Oder haben Sie es thematisiert?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich ehrlich gesagt nicht daran erinnern. Ich weiß, dass wir wussten, dass wir noch eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung machen<sup>10</sup>. Da sie hauptsächlich von einem anderen Kollegen betreut worden ist, weiß ich nicht, wie der Stand zu dem Zeitpunkt war.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion. Kollege Lange hat das Wort.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Könnten wir vielleicht eine kurze Pause machen?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, machen wir erst eine Pause. Sie möchte gern eine Pause haben.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, ich wollte nur gleich sagen: Von uns kommt nichts mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, danke. - Dann machen wir jetzt die Pause. Dann können wir ja die 21 Minuten der CDU für eine Pause nutzen. Nein, ich würde sagen: zehn Minuten, dass wir dann um kurz vor halb wieder fortfahren.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke.

(Unterbrechung von  
15.17 bis 15.29 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** So, dann würde ich eigentlich gern die Sitzung fortsetzen. Und die CDU/CSU-Fraktion hat im Moment keine Fragen mehr. - Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Herr Wiehle.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, ich komme wieder zurück zu dem Faden, den wir das letzte Mal zurückgelegt haben, Aufklärung und Verhandlung,

und jetzt speziell zu dem Beispiel mit den Ermittlungskosten oder erst mal überhaupt mit der Ermittlung von unbekanntem Adressen. Und wenn ich es richtig verstanden habe, war Gesprächsgegenstand, dass sich eine öffentliche Stelle leichter tun würde mit der Ermittlung als ein Privater, was ja durchaus plausibel ist. Wurde in dem Zusammenhang auch über Geld gesprochen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich nicht konkret erinnern. Ich weiß, es gab Überblickslisten. Da wäre das dann entsprechend vermerkt gewesen. Aber ich habe jetzt eine solche leider nicht konkret vor Augen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Also, das Dokument, das bei Ihnen auf dem Schreibtisch liegt, gibt da auch eine Zahl an. Da ist dann auf der fünften Seite bei A1.6 von einem Einsparpotenzial von 20 bis 50 Millionen die Rede. Das ist dann da die letzte Spalte, die rechte Spalte.

Und mir geht es jetzt gar nicht darum, ob jetzt genau diese Zahl genannt wurde, sondern darum, ob eben Teilnehmer der Aufklärungs- und Verhandlungsgespräche in dem Zusammenhang überhaupt über Summen gesprochen haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, es wurde auch in den Aufklärungsgesprächen über Beträge gesprochen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Dann - - Einen kleinen Moment. - Ist das nach Ihrer Auffassung immer Aufklärung gewesen, also in Abgrenzung zu Verhandlung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das kann ich tatsächlich nicht bewerten, weil das ist wieder eine Frage, die auf das juristische Terrain geht.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Dann darf ich anders fragen. Wurde darüber gesprochen, beispielsweise Abschnitte von den Gesprächen als Aufklärung und Abschnitte von den Gesprächen als

<sup>10</sup> Richtigstellung der Zeugin: „zu machen haben“, siehe Anlage 1, S. 33



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verhandlung zu führen, vielleicht sogar mit unterschiedlichen Teilnehmern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da kann ich mich nicht dran erinnern, also weder im positiven noch im negativen Sinne.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Gut. - Im Ergebnis stellen wir jedenfalls fest: Da gibt es jetzt dann noch ein Prüfergebnis aus Ihrem Hause zu dem zweiten finalen Angebot, dass eben die Erläuterung zu der betreffenden Anforderung geändert worden ist. Und ich gebe dazu auch mal die MAT-Nummer weiter. Das ist jetzt aus den Unterlagen vom Bundesrechnungshof. Das ist MAT A BRH-2/2q-38 und in dem Fall jetzt das Blatt 3. Das können wir Ihnen auch zur Verfügung stellen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

In dem Dokument, das wir hier haben, ist dann die betreffende Stelle, auf die ich Sie jetzt ansprechen möchte, auch schon markiert. Das ist also jetzt Blatt 3, und in der untersten Zeile in der Tabelle zu der Anforderung 1.6, in der Spalte „Erläuterung“, findet sich da der markierte Satz:

Diese Datenübermittlungen und Auskünfte sowie deren gebührenfreie Ermittlung und Bereitstellung an den Betreiber stellt das KBA sicher.

Also das Kraftfahrt-Bundesamt.

Das ist ja dann ein, ich sage es jetzt mal neutral, offensichtliches Besprechungsergebnis, das dann am Schluss rauskam, das am Anfang, so wie ich das jetzt werte, was Sie schildern, nicht selbstverständlich war, aber am Schluss war es jedenfalls das Resultat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Was meinen Sie mit „am Anfang war es nicht selbstverständlich“?

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Wenn über Beträge gesprochen wird, hat jedenfalls der Bieter angenommen, dass er mit der Aufgabe zu tun hat, dass er die erfüllen muss.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Hat er zum Zeitpunkt des ersten finalen Angebots angenommen, dass er das erfüllen muss. Und am Ende der Gespräche kam diese Ergänzung raus. Und jetzt vermute ich - danach möchte ich Sie aber auch fragen -, dass Ihnen für die Prüfung des zweiten finalen Angebots dann das Wissen aus diesen Verhandlungs- und Aufklärungsgesprächen hilfreich war.

Wenn ich das Datum von diesem Prüfungsergebnis richtig deute - warten Sie mal, ich habe es irgendwo gesehen; Prüfung und Wertung des zweiten finalen Angebots vom 13.12. -, das Dokument selber, ist dieses Prüfungsergebnis ja innerhalb kürzester Frist entstanden, sonst wäre es gar nicht möglich gewesen, dann anschließend einen Zuschlag zu machen. Der ist dann ja am 18. erklärt worden, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. Und so ein komplexes Dokumentenkonvolut zu prüfen, das dauert ja seine Zeit. Haben Sie da noch eine zeitliche Erinnerung, wie lange Sie gebraucht haben für die Prüfung von dem ersten finalen Angebot im Vergleich zu der Prüfung des zweiten finalen Angebots, aus dem dieses Dokument entstanden ist, das Sie jetzt gerade sehen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Leider nicht. Also, ich habe keine Erinnerung mehr, wie lange es zeitlich gedauert hat. Aber vielleicht noch der Hinweis: Wir hatten ja auch schon das erste finale Angebot - - Aber es wäre jetzt eine Spekulation. Entschuldigung, ich weiß es nicht mehr.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, gut. Jedenfalls das zweite finale Angebot haben Sie geprüft gegen diesen Satz von Anforderungen einschließlich Erläuterungen. Und in der Erläuterung hier steht ja das, was wir gesehen haben. Das ist in dem ersten nicht gewesen. Das könnten wir auch nachweisen. Ist wahrscheinlich jetzt nicht nötig. Da werden wir uns einig sein, dass das so war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Worum es mir an der Stelle eigentlich geht, das ist, dass darüber lange gesprochen wurde. Die Erinnerung aus der letzten Runde, die ich jetzt aus Ihrer Aussage so im Kopf habe, die ist schon so. Da wurde lange darüber gesprochen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich daran erinnern, dass das Thema besprochen wurde. Wie lange, kann ich mich nicht - - Also, ob es jetzt lange war oder wie lange, daran kann ich mich nicht erinnern.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Verstehe. Gut. Weiter in der nächsten Runde. Meine Zeit ist um. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Frau Kramer, wir hatten da aufgehört, wie die Stimmung in dieser Verhandlungsrunde war. Nein, also, ich sage: Verhandlungsrunde; offiziell heißt es ja: Aufklärungsgespräche. Da sehen Sie, da haben wir auch immer einen Dissens, was das nun für einen Charakter hatte. Ich glaube, Sie wurden auch schon mal danach gefragt, was das eigentlich charakterisierte und wann man von Aufklärung in Verhandlungen übergang. Aber das ist jetzt gar nicht mein Punkt.

Sie hatten gesagt: „Das war sehr zäh“, diese Termine, um sie mal neutral zu benennen. Und ich hatte darauf hingewiesen, dass es ja kurz nach Beginn oder nach den ersten Gesprächen dieses Treffen mit Herrn Schulenberg, Herrn Kapsch, Herrn Scheuer und Herrn Schulz gab. Und danach berichtete Herr Schneble, dass sie anschließend auf einem Parkplatz waren. Nach diesem Gespräch sind sie auf einen Parkplatz gegangen, da wartete noch ein Mitarbeiter, und da wurde berichtet, was da rausgegangen ist. Und dann - - Aus dem Protokoll vom 01.10., Seite 20, zitiere ich jetzt:

Da wartete ein Team, wie es jetzt weitergehen soll. Wir waren ja mitten in den Aufklärungsgesprächen. Die begannen am 24. November, und der Termin mit Bundesminister Scheuer fand am 29. November statt. Insofern saßen

wir ja auf Kohlen. Wir mussten wissen: Was ist jetzt der Stand der Dinge? Was ist besprochen worden? Ist irgendwie ein Durchbruch erzielt worden?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Das klingt so, als hätte es auch ein Scheitern geben können. War das Ihre Empfindung auch? Oder war das für Sie von Anfang an klar, dass diese Million jetzt runterverhandelt wird?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Milliarde.

(Dr. Christian Jung (FDP):  
Milliarde!)

**Kirsten Lühmann (SPD):** Milliarde, natürlich.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, mir fällt es schwer, das jetzt zu beantworten; denn es war dann ja ab dem Datum, was Sie eben auch nannten - ich glaube, ab Mitte November -, klar, wie der Haushaltsansatz ist und dass man ihn auch nicht erweitern könnte. Insofern war es - - Ich spekuliere jetzt an meine Erinnerung. Wenn man den Vertrag nicht zu dem entsprechenden Betrag hätte abschließen können, dann hätte man - - Also, das ist jetzt Spekulation. Also, für mich war es nicht klar, dass es eindeutig in eine Richtung läuft, sondern es hätte auch noch anders sein können. Aber das ist jetzt für mich - - Das ist meine persönliche Einschätzung aus meiner Erinnerung damals.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau, danach hatten wir gefragt, nach Ihrer Erinnerung. - Die protokollierten Verhandlungen beginnen dann nach diesem Gespräch wieder am 4. Dezember. Hat sich da dann irgendwas verändert von der Stimmung? Ging es dann schneller, oder war es dann genauso zäh wie vor dem Gespräch?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, mühselig oder zäh war mein Eindruck. Ich habe keine konkreten Erinnerungen mehr daran, auch nicht, ob sich etwas an einer Stimmung geändert hat.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja. - Was war aus Ihrer Sicht denn der Knackpunkt oder der Knoten, den man irgendwann durchschlagen hat, um diese Milliarde runterzukommen? Denn wenn wir uns das angucken - Sie sagten: es war sehr zäh; das haben uns übrigens andere auch gesagt -: Nach diesem Gespräch mit Herrn Scheuer gab es noch 14 Tage, ein Zeitfenster. Weil da mussten ja auch die Verträge geschrieben werden, und die mussten auch irgendwann unterschrieben werden, alles noch vor dem 31.12. Was war aus Ihrer Sicht der Moment, wo man den Knoten durchgeschlagen hat? Welches Thema - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich glaube, es war weniger ein Moment, sondern es war das Thema der sogenannten Digitalisierungsquote.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, ein Thema, genau. Sie sagen jetzt: Digitalisierungsquote. Können Sie das erläutern? Also, was es ist, wissen wir. Da haben wir schon drüber geredet. Aber warum war das ein so wichtiges Momentum?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das hängt - - Verbunden mit der Digitalisierungsquote ist die Anzahl von Gebührenbescheiden, -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** - die per Post oder digital versendet werden. Und da gerade das Porto einen großen Umfang an den Aufwendungen ausmachte, wäre es natürlich wirtschaftlich sinnvoll, wenn man einen Großteil der zu versendenden Bescheide auch digital versenden könnte.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ist das nicht aber eine Veränderung der Mindestanforderung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es war eine Veränderung im Vertrag. Inwieweit das als eine Veränderung der Mindestanforderung zu bewerten ist, das kann ich nicht beurteilen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Also, jeder andere Anbieter hätte auch eine andere Quote ansetzen können? Aber die war doch vorgegeben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es war dann in den Verhandlungen oder es war dann in dem - - Nicht „Verhandlungen“. Da habe ich mich versprochen. Es war in dem Vertrag der letztendlichen Vergabeunterlagen vorgegeben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und die wurden dann verändert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es ist ein neuer Teil der Vergütung da eingeführt worden. Es wurde etwas, was so ähnlich war, dann umgewandelt in die Digitalisierungsquote.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie verstehen, warum ich da so insistiere: weil natürlich hier immer wieder das Thema ist: Wenn man die gleichen Dinge, die man jetzt Paspagon angeboten hatte, auch anderen Bietern angeboten hätte, dann hätten die auch andere Angebote - das haben die hier auch gesagt - abgegeben. Und Sie sagen, das ist nicht Ihr rechtliches Thema. Wir haben das hier erörtert. Die Veränderung der Mindestanforderungen darf nicht nach einem finalen Angebot passieren. Sehr wohl dürfen aber Aufklärungsgespräche geführt werden, und es darf auch eine Summe verändert werden, die auf Irritationen beruht und dass eben der Anbieter das falsch interpretiert hat und so. Das sind ja diese Aufklärungsgespräche. Die dürfen alle sein, aber eine Veränderung der Mindestanforderungen nicht.

Sie haben jetzt gesagt: Das hat erhebliche Auswirkungen auch auf die Finanzen gehabt, also um das Angebot runterzubringen, und es ist eine Veränderung in diesen Anforderungen gewesen. Ob es nun Mindestanforderungen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In dem Vertrag.

**Kirsten Lühmann (SPD):** In dem Vertrag. Danke für die Korrektur.

Ich möchte jetzt auf eine andere Veränderung in dem Vertrag zu sprechen kommen, und zwar zu den Regeln zur Vergütung. Wir haben eine Präsentation von PwC. Die haben wir ja schon mehrfach vorgelegt. Das ist MAT A BRH-2/2q-02, Blatt 21 bis 30.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich könnte es Ihnen vorliegen, aber ich vermute mal, dass Sie da mitgearbeitet haben und sie kennen. Das ist die Präsentation von PwC vom 19. Dezember 2018. Ich kann sie Ihnen aber auch vorlegen.

Da stellen Sie die Veränderung bei der Variablen, unter anderem - - Da stellen Sie alle Veränderungen dar, übrigens sehr anschaulich. Wir haben es alle begriffen. Danke. Sie stellen die Veränderung der Variablen, unter anderem der variablen Vergütung, dar - das ist die Seite 4 - und auch bei der Digitalisierung, von der Sie eben gesprochen haben. Und da würde ich gerne noch mal tiefer einsteigen. Sie sagen: Das ist ja nur eine Vertragsbedingung, die da geändert wurde.

In den Vertragsunterlagen war zunächst vorgesehen, dass 500 000 Erstattungen im Jahr durch feste Vergütung abgedeckt sind, und beim zweiten finalen Angebot waren es dann nur noch 250 000 Vorgänge. Wie ist es zu dieser Halbierung gekommen? Es muss ja einen sachlichen Grund haben; denn man geht ja davon aus, dass man in einer festen Vergütung eigentlich das abbildet, was erwartungsgemäß anfällt. Und wenn Sie zuerst gesagt haben: „Aus unseren Erwartungen her“ - Sie haben vorhin gesagt, Sie mussten ein paar Bedingungen annehmen - „gibt es 500 000 Vorgänge“, und jetzt sagen Sie plötzlich: Es sind nur noch 250 000. - Wie kam es dazu?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In dieser Vergütungskomponente, die Sie gerade zitiert haben, haben sich, glaube ich, zwei Sachen geändert. Der Betrag oder - - Die Anzahl wurde von 500 000 auf 250 000 reduziert, und es wurde dann ja verändert von nur „Erstattung“ auf „Vorgänge“. Das heißt, da waren noch andere Bereiche mit enthalten. Also, neben Erstattungen sind, glaube ich, auch Behandlungen von Ausnahmetatbeständen und Ähnlichem - -

Ganz konkret kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Ich meine, dass im Rahmen der Aufklärungsgespräche mal darüber diskutiert worden ist, ob man die Anzahl der Erstattungen auch reduzieren könnte, weil das ja auch nur eine

Annahme ist, wie viele Erstattungsvorgänge es tatsächlich geben kann. Und damals ist auch immer diskutiert worden oder ist auch diskutiert worden, dass der Bund ja noch weiterhin<sup>11</sup> Verordnungen zu erlassen hat, die die Erstattungsvorgänge selbst regeln und damit auch Einfluss auf die Anzahl der Erstattungsvorgänge haben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, aber zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gab es das ja noch nicht, und insofern war das ja eine Wette auf die Zukunft, die eintreten kann und die nicht eintreten kann.

Jetzt gibt es eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von Ihnen. Und auf Seite 98 ist dann von einer variablen Vergütung Vorgänge von circa 122 Millionen Euro ausgegangen - das ist die MAT A BRH-2/2s, Blatt 3751 - und von einer variablen Vergütung Digitalisierung von 259 Millionen. Können Sie uns bitte erklären, wie Sie auf diese Zahl 122 Millionen für die Vorgänge kommen?

Da gibt es auch einen Hinweis drauf, und zwar auf Seite 49 der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vom 24. Mai 2019. Also, nach Vertragsabschluss wird die Herkunft der Zahlen wie folgt beschrieben:

Die Vergütungsansprüche des wirtschaftlichsten Bieters für die Variable Vergütung Vorgänge und Variable Vergütung Digitalisierung wurden für Zwecke des aWU mittels der angebotenen Preise des Bieters und einer dem jeweiligen Erwartungswert entsprechenden Menge ermittelt (nominal, brutto).

Das ist die MAT A BRH-2/2s, Blatt 3700 bis 3702.

Also, ich würde mal sagen, die 122 Millionen sind Ihr Erwartungswert. Woher kam der? Wie kam es zu diesen Erwartungen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie ich an einer anderen Stelle ja auch schon mal gesagt habe: Wir

<sup>11</sup> Richtigstellung der Zeugin: „weitere“, siehe Anlage 1, S. 38



## Nur zur dienstlichen Verwendung

haben uns mit verschiedenen Mengen sehr intensiv auseinandergesetzt und hatten auch schon für die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die entsprechenden Mengen ermittelt, weil wir die auch für die öffentliche Leistungserbringung mit berücksichtigen mussten. Insofern waren es die Annahmen unseres Hauses PwC, die wir getroffen hatten, wobei wir uns da auch wieder an die Vorgaben des BMF gehalten haben, dass wir die Erwartungswerte zu dem damaligen Zeitpunkt mit berücksichtigt hatten, weil, wie Sie auch selber gesagt hatten, die Verordnungen selber noch nicht da waren.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Also, wenn ich das mit meinen Worten sage: Sie haben bei der ersten Zahl 500 000 - - sind Sie da von dem Istzustand ausgegangen, also jetzige Rechtslage. Und dann hat man Ihnen gesagt - wer? -, dass man bitte nicht die jetzige Rechtslage nimmt, sondern die zu erwartende Rechtslage, und darum sind Sie auf 250 000 gekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Na, die 250 000 sind ja ein Wert, der in dem Vertrag steht.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, aber erst hatten Sie 500 000 drin.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau, und dann wurde im Zuge der Anpassung der gesamten Vergabeunterlagen auch dieser Teil des Vergütungsmechanismus angepasst, reduziert auf 250 000, verbunden mit der Annahme oder - - nicht verbunden mit der Annahme, sondern verbunden mit der Tatsache, dass der Bund ja die entsprechenden Verordnungen noch zu erlassen hat.

Wir haben uns bei der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, weil ja auch diese Verordnungen noch nicht vorlagen, noch mal auf eigene Schätzungen verlassen und haben dann die entsprechenden Mengen mit in die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung einfließen lassen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Im Mautreferat ging man davon aus, dass die 250 000 Vorgänge nicht ausreichend gewesen sind. Herr Winderlich hat

dazu eine Zusammenfassung gemacht. MAT A BMVI-6/5x, Blatt 310 bis 312. Herr Winderlich schreibt da zwar von Zusatzschreiben, er meint aber die Vorgänge, also die zusätzlichen Schreiben, die man machen muss bezüglich unseres Vorgangs mit der Erstattung und Ausnahme.

Ich verstehe es immer noch nicht. Sie haben allen Bietenden, die ein finales Angebot abgeben sollen, gesagt: Liebe Leute, geht davon aus bei der Abgabe eures Angebotes: Ihr werdet mit 500 000 zusätzlichen Schreiben, also Restanten, zu tun haben. Und bitte, wenn ihr kalkuliert, geht davon aus: Das müsst ihr machen, das muss in eurem Angebot drin sein, da müsst ihr Porto reinrechnen, da müsst ihr die Ermittlung der Adressen reinrechnen und alles.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und die haben gesagt, nicht nur wegen dieses Punktes, aber auch wegen anderer Punkte - die wussten übrigens alle davon, das haben die uns hier gesagt, dass sie nur 2 Milliarden Euro zur Verfügung hatten -: Nee, das können wir wirtschaftlich nicht abbilden.

Und dann plötzlich, in diesen Aufklärungsgesprächen, heißt es: Na ja, die anderen hätten vielleicht für 500 000 Angebote abgeben müssen, aber euch erlassen wir das, und ihr müsst nur für 250 000 diese ganzen ... (akustisch unverständlich) Das Porto müsst ihr auch nicht bezahlen, und die Adressermittlungen machen auch andere Leute. Und wenn ihr dann doch mehr Aufwand habt, dann vergüten wir euch das extra, und das schreiben wir aber nicht in die Gesamtsumme rein.

Verstehen Sie, dass wir da etwas stutzig sind und sagen: „Nennen Sie uns doch bitte einen sachlichen Grund“? Ich war ein bisschen polemisch, aber wenn Sie den Gesamtsachverhalt sehen, dann frage ich mich doch - - Oder verstehen Sie meine Überlegung, dass ich sage: „Es waren keine sachlichen Gründe, die zu dieser Veränderung geführt haben, sondern es waren politische Gründe“? Denn einen sachlichen Grund konnten Sie eben auch nicht sagen. Sie haben nur gesagt:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir sind davon ausgegangen, dass sich möglicherweise die Rechtslage ändert und es dann zu weniger als den 500 000 kommt. - Herr Winderlich hat aber gesagt: Das werden wahrscheinlich mehr werden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie haben ja auch die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zitiert, wo wir ja auch schon von mehr ausgegangen sind.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Aber diese Differenz? Wie können Sie die erklären? Warum ist es dann zu dieser variablen Vergütung gekommen, wenn Sie sowieso schon von mehr ausgehen?

Jetzt mal wirtschaftlich gesprochen: Eine variable Vergütung ergibt ja nur Sinn, wenn ich sage: Wahrscheinlich wird es nicht dazu kommen. Aber wenn dann doch der Worst Case eintritt, dann muss ich halt mehr zahlen. - Wenn Sie aber sagen: „Der Worst Case ist schon eingepreist“, dann müsste doch dieses Geld in die Gesamtangebotssumme auch schon eingepreist werden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Variable Vergütung heißt nicht nur: „Es ist der Worst Case“, sondern es sollten immer die Dinge sein, die der Betreiber nicht beeinflussen kann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Deswegen fällt es ihm schwer, es einzukalkulieren.

Das Zweite ist: Wir hatten ja den Punkt - - Wir haben in der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wie wir jetzt ja schon mehrfach festgestellt haben, mit anderen Werten gerechnet. Wir haben auch das Ministerium darauf hingewiesen, auf diese Diskrepanz zwischen unseren Erwartungen und dem, was in dem Vertrag selber steht, und haben aber auch gesagt, wie das haushaltsrechtlich zu bewerten ist, was ich in dem Haushalt entsprechend mit ansetzen muss. Das

wäre eine Prüfung, die wir nicht machen könnten, sondern das würden wir dann noch einer Prüfung überlassen<sup>12</sup>.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Jung jetzt das Wort.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Frau Kramer, ich habe im Moment nur noch eine vermeintlich banale Frage. Hat Ihnen eigentlich irgendjemand aus dem BMVI irgendwann einmal gesagt: „Soundso viel darf die Pkw-Maut kosten“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** An diese konkreten Worte kann ich mich nicht erinnern, aber ich glaube, es war dann klar, nachdem es zu den Aufklärungsgesprächen im November 2018 kam, dass nur noch bestimmte Haushaltsmittel verblieben.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Und ab wann wussten Sie das doch dann genau, wie viele Haushaltsmittel zur Verfügung stehen? Was war also der Grund, dass Sie es dann plötzlich wussten? Weil das spielte ja in Ihren Vorüberlegungen, wie Sie ja gesagt haben, jetzt erst mal gar keine Rolle.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß nicht mehr, wann bei uns die Information angekommen ist. Ich konnte es jetzt auch in meinen Unterlagen nicht nachvollziehen. Ich denke, sehr deutlich steht es ja mindestens dann auch in dem ersten Gesprächsleitfaden drin, der von Herrn Wiehle zitiert worden ist.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Also, Sie haben das anhand von Unterlagen mitgeteilt bekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Sie haben gerade gefragt, ab wann ich es wusste, und ich kann das Datum nicht mehr rekonstruieren. Ich kann es nur anhand der Unterlagen rekonstruieren, wann ich es spätestens wusste.

<sup>12</sup> Richtigstellung der Zeugin: „...muss und dass das eine Prüfung wäre, die wir nicht machen können, sondern dass

dies einer gesonderten Prüfung überlassen sei.“, siehe Anlage 1, S. 39



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Christian Jung (FDP):** Wie hat Sie diese Zahl 2 Milliarden jetzt erreicht? Ich meine, das war ja vorher nicht klar. Sie haben ohne diesen Haushaltsansatz gearbeitet, wie Sie gesagt haben. Wie ist Ihnen denn diese Nachricht: „Wir haben nur 2 Milliarden“ übermittelt worden? Gab es da jemanden, der gesagt hat: „Also, Leute, hört mal her“, wie es auch in der Politik normalerweise ist, „alles schön und gut, was ihr macht, aber es sind halt nur 2 Milliarden da. Bitte guckt mal, dass ihr das irgendwie löst“? Gab es solche Gespräche? Also, so läuft das in der Politik normalerweise ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß, dass es vielleicht merkwürdig klingt, aber ich habe wirklich keine konkrete Erinnerung mehr dran. Ich müsste jetzt spekulieren. Ich meine, dass wir - - Ich weiß noch nicht mal, ob ich die Nachricht erhalten habe oder einer meiner Kollegen. Ich würde jetzt spontan vermuten - aber es ist nur eine Vermutung -, dass es telefonisch passiert ist, dass es ein Problem gibt, weil der Haushaltsansatz nur einen bestimmten Betrag habe.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Das heißt, Sie können sich jetzt nicht direkt an ein Gespräch erinnern, -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Dr. Christian Jung (FDP):** - wo gesagt worden ist: „Also, wir müssen da jetzt mal ein bisschen vorsichtig sein, weil das Angebot ist viel zu hoch, und deswegen“ - das ist ja die Gretchenfrage -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich leider an - -

**Dr. Christian Jung (FDP):** - „müssen wir vielleicht kreativ irgendwie ein bisschen rumsfuseln“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich konkret an kein Gespräch erinnern. Was ich jetzt im Rahmen meiner Vorbereitung gesehen habe, war aber auch, dass ein Dokument erstellt worden ist - ich glaube, das ist auch eben schon mal kurz zitiert worden -, wo verschiedene Handlungsoptionen dargestellt worden sind, die man nun hat.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Cezanne, bitte.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, ich fange mal lieber mit den mehr so praktischen Dingen an, bei der Bewertung dieses ersten finalen Angebots - das einzige, das eingegangen ist - von Paspagon am 17. Oktober - war es das? -, ja, 17. Oktober 2018. Der Herr Kapsch hat bei seiner Befragung hier als Gründe für dieses hohe Volumen dieses ersten Angebots - jetzt ein bisschen umgangssprachlich - erklärt - ich zitiere aus dem Protokoll der Befragung -:

Natürlich machen wir bei jedem großen Projekt ein Risikomanagement, sagen: Wie ist der Zeitplan? Wie ist die Technologie? Wie sind die Erfüllungsrisiken? ... Wie sind zum Beispiel auch Schnittstellen zu anderen Institutionen? Wie schwierig könnte das sein, die Genehmigungen zu bekommen? Und, und, und. - Diese Risikoabschätzung machen wir. Dann sagen wir: Welche Pönalen stehen dem gegenüber, und wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir Pönalen zahlen werden? - Das machen wir bei jedem Projekt ...

... Bei den 3 Milliarden - weil das war ja unser ursprüngliches Angebot - sind die Risiken abgedeckt.

Das war seine - - Gut, jetzt umgangssprachlich, nicht betriebswirtschaftlich formuliert.

Konnten Sie denn bei der wirtschaftlichen Prüfung des Angebotes diese hohen Risikoauflage erkennen und nachvollziehen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, die Risikoauflage sind so explizit nicht ausgewiesen in dem Angebot. Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich die Eigenkapitalrendite erhöht, dass man es daran erkennen konnte. Die Ausschüttung auf das eingesetzte Eigenkapital ist das, was man ver-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

muten würde, was sich erhöht, wenn man Risiken erwartet, weil man ja die Risiken aus seiner Rendite dann trägt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Haben Sie denn mal überschlagen als erfahrene Prüferin, wie groß das Volumen dieser Risikoaufschläge ist und wie man die unter Umständen durch ein Entgegenkommen des Auftraggebers reduzieren könnte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Zum einen: Ich bin keine Wirtschaftsprüferin. Man muss ja davon ausgehen, dass die Angebote immer im Wettbewerb entstehen. Das heißt, dort werden dann auch die Risikoaufschläge im Wettbewerb gemacht. Dabei sind die individuellen Risikoaufschläge natürlich auch immer abhängig von den Erfahrungen der jeweiligen Bieter, wie häufig sie das schon gemacht haben oder wie sie einfach auch die Risiken einschätzen, von dem Risikoappetit, den sie eingehen wollen. Deswegen haben wir es dann im Einzelnen nach meiner Erinnerung nicht noch mal nachgeprüft. Ja.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber da sprechen Sie jetzt natürlich eine interessante Sache an. In dem Fall war ja nur ein einziges Angebot da, sodass also eine Bewährung im Wettbewerb ja praktisch für Sie ausgefallen ist zur Prüfung oder zum Abgleich.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es wurden aber vier Bieter zur Abgabe eines finalen Angebotes aufgefordert. Und die Frage ist immer - und die kann ich nicht beantworten -: Was wusste der Bieter? Wusste der Bieter, dass er der Einzige ist, der noch im Wettbewerb ist, oder musste er von einem Wettbewerbsgedanken ausgehen?

Wir sind noch davon ausgegangen - wir hatten es jetzt auch in der Vorbereitung hierauf noch mal intern besprochen -, dass wir schon von dem Eingang von mehr Angeboten ausgegangen sind.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber wir haben ja jetzt über das endgültige, also das erste finale Angebot von Kapsch/Eventim gesprochen, wo am 17.10. klar war: Da kommt nichts mehr.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, aber nur weil nur ein Angebot eingegangen ist, heißt es ja nicht automatisch, dass kein Wettbewerb vorlag. Wenn derjenige, der das Angebot abgegeben hat, glaubt, dass er im Wettbewerb ist, dann gibt er ja einen Wettbewerbspreis an.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Der aber deutlich zu teuer war. - Ich frage jetzt noch mal eine andere Sache. In dem Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch mit der Bietergemeinschaft Paspagon am 26. November 2018 - jetzt muss ich gucken; MAT A BMVI-6/14-18, Blatt 465 f.; wenn Sie wollen, können Sie gerne reinschauen; aber ich erläutere es Ihnen mal; Sie waren ja dabei - ist vermerkt: Es gab den Hinweis des Bieters unter dem Stichwort „Vertragsstrafen“:

Hinweis des Bieters, dass der Angebotspreis um 20 % reduziert werden könne, wenn auch die Vertragsstrafen um 20 % reduziert würden ...

Herr Schneble hat uns das in seiner Aussage ja auch noch mal bestätigt.

Und dann folgt der Vermerk:

Erklärung AG, dass dies nicht erwogen werden könne

Jetzt würde mich einerseits interessieren: Wer war AG in persona, der dies erklärt hat, und warum hat man sich so verhalten? 20 Prozent von 3 Milliarden wären ja schon mal Geld gewesen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung, wer das damals gesagt hat.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kramer, ich komme noch mal zu dem Thema Bruttounternehmenswert, da, wo ich eben aufgehört habe. Wir springen jetzt etwas. Meine Frage wäre:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

War Ihr Unternehmen damals, bei Vertragsabschluss 30.12.2018, in der Lage, den Bruttoundernehmenswert zu einem bestimmten Zeitpunkt - Gerichtsurteil, halbes Jahr später - zu berechnen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir wären in der Lage gewesen, ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, Sie wären in der Lage gewesen, das zu machen. - Der Auftrag ist aber nie an Sie ergangen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wir haben diesen Auftrag nicht bekommen. Ich habe jetzt Ihre Frage auch eher als, sagen wir mal, theoretische Frage verstanden: Sind wir grundsätzlich in der Lage, so etwas zu berechnen, mit den entsprechenden Vorgaben? Ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Und das heißt aber, der Bruttoundernehmenswert für etwas, was in dem Fall ja ein halbes Jahr in der Zukunft liegt, war für Sie berechenbar. Also, das ist etwas, was Ihr Unternehmen leisten kann.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Hier wäre es natürlich mit den besonderen Anforderungen verbunden gewesen, einen Bruttoundernehmenswert für ein Unternehmen zu berechnen, was es zu dem Zeitpunkt noch nicht gegeben hätte; denn der Auftrag oder der Vertrag begann ja erst zum 1. Januar. Dann begannen ja erst bestimmte Annahmen. Das heißt, es wäre ein Bruttoundernehmenswert wieder mit verschiedenen Annahmen gewesen, den man hätte berechnen können.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass das mit Annahmen verbunden ist, ist völlig klar. Jede Prognose in die Zukunft ist mit Annahmen verbunden; das gibt es an der Stelle nicht anders. Gut.

Sie haben eben auf die Frage des Kollegen Lange gesagt: Der Bruttoundernehmenswert ist nicht der entgangene Gewinn. - Sie haben uns dann Szenarien erklärt. Kann das auch bedeuten, dass am Ende der Bruttoundernehmenswert höher ist als der entgangene Gewinn?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** „Der entgangene Gewinn“ ist insofern auch etwas vereinfacht ausgedrückt. Ich habe es immer so verstanden - und so wird es ja auch in der Presse verstanden -: Das ist der Gewinn, der zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe mit eingeplant worden ist und eingepreist worden ist. Wenn alles - - Sagen wir mal, wenn die Risiken sich nicht negativ, sondern positiv darstellen, dann könnte es im Ausnahmefall auch höher sein, ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut, danke. - Dann hätte ich noch eine Frage - wir springen jetzt ganz zum Anfang; dieses ganze Thema, wo auch die Kollegen schon nachgefragt haben - zum Thema: Toll Collect und Inanspruchnahme der entsprechenden Infrastruktur.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung, darf ich Sie noch mal ganz kurz unterbrechen?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Zu Ihrer letzten Frage: Kann das auch höher sein? - Sie sagen ja: höher als der entgangene Gewinn. - Dann muss man sich immer anschauen: Was ist denn der Maßstab, von dem ich ausgehe?

Wenn ich natürlich sehr konservativ gerechnet habe und ich sehr viele Risiken schon eingepreist habe, dann wäre der entgangene Gewinn geringer. Dann kann es sich tatsächlich auch mal höher darstellen. Insofern muss man es immer - - Wir bewegen uns in einem sehr theoretischen Raum hier. Wenn wir auch immer mit dem entgangenen Gewinn vergleichen, dann muss man sich, glaube ich, auch anschauen: Was sind denn eigentlich die Annahmen, die mit dem entgangenen Gewinn verbunden sind?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber genau so habe ich es auch verstanden und gemeint. Das ist schon klar.

Ich würde noch mal gerne zu dem springen, was am Anfang der ganzen Geschichte war, 2015. Und da waren Sie ja auch schon dabei. Und da gab es Kick-off-Meetings, zum Beispiel eines am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

04.11.2015 - lange her, länger her -, und da sind mögliche Synergiepotenziale mit der Lkw-Maut analysiert worden bzw. das BMVI wollte, dass das analysiert wird. Können Sie sich noch daran erinnern, was da besprochen wurde, worum es da ging?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Reden wir wirklich von 15?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich bin - -

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe auch die Unterlage hier, also das Protokoll dieses Gespräches.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. Dann mag es sein, dass mein Gedächtnis mich - - Ich dachte, wir wären erst ab 16 dabei gewesen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, also nach unserem Stand 15. Aber gut.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Und da waren auch PwC-Vertreter dabei?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, da waren Sie dabei.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. - Ich kann mich in den Einzelheiten nicht mehr erinnern.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben hier einen Stundennachweis über Gespräche, die Sie auch mit dem BMVI über Kontrollbrücken geführt haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da können Sie sich dran erinnern? Und mich würde da einfach interessieren, in welchem Zusammenhang das war, was das ist. Also, es ging offensichtlich - so verstehe ich das; mein Verständnis - - dass es um jetzt bei der Lkw-Maut vorhandene Kontrollbrücken geht, wie die eventuell mitgenutzt werden können. Können Sie uns da berichten, was Sie da genau untersucht haben?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich daran erinnern, dass es Gespräche zu der Mitnutzung der Kontrollbrücken gegeben hat. Also, ob die jetzt an dem Zeitpunkt stattgefunden haben, das weiß ich leider nicht mehr. Und da ging es eben tatsächlich um die Frage - weil ja auch Kontrollbrückeneinrichtungen zu errichten gewesen - - oder es war damals noch in der Planungsphase; es sollten auch Kontrolleinrichtungen für die ISA mit errichtet werden - - ob man dazu zusätzliche Kontrollbrücken errichtet oder ob man die vorhandenen Brücken von Toll Collect mitbenutzen kann.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es war zu diesem frühen Zeitpunkt schon so, dass darüber nachgedacht wurde, wie man die Infrastruktur von Toll Collect mitnutzen kann.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich glaube, ob und wie. Also, nach meiner Erinnerung ging es dann ja auch immer darum: Kann man das überhaupt machen? Ich war ja eben zeitlich schon etwas nicht ganz sauber da. Nach meiner Erinnerung ging es dann ja auch los mit der Neuausschreibung von Toll Collect. Toll Collect war ja noch im privaten Besitz oder kurz - - da bahnte sich das Vergabeverfahren an. Aber das werden Sie wahrscheinlich besser wissen als ich. Da ist einfach die Frage: Konnte man dann einen zweiten Privaten mit auf die Brücken drauflassen, wo ja Toll Collect selber schon die Brücken hat und auch in der Verantwortung für eine bestimmte Qualität steht?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann sind wir am Ende dieser Runde. Ich frage jetzt noch mal nach wegen der zeitlichen Planung. In etwa 15, 20 Minuten haben wir ja die namentliche Abstimmung. Da werden wir ja auf jeden Fall unterbrechen.

Wer hat jetzt noch Fragen? - Der Herr Wiehle. - Die CDU/CSU-Fraktion hatte keine mehr. - Frau Lühmann?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Kirsten Lühmann (SPD):  
Eine!)

- Hat noch eine. - Herr Jung?

(Dr. Christian Jung (FDP):  
Keine!)

- Keine. - Herr Cezanne?

(Jörg Cezanne (DIE LINKE):  
Ich habe noch Fragen, ja!)

Und Herr Kollege Krischer?

(Oliver Krischer (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Hat keine Fragen mehr.

Gut, dann versuchen wir erst mal, das jetzt vielleicht noch abzuschließen. Wir haben dann ja auch eine halbe Stunde Zeit zur Stimmabgabe. - Dann darf ich Herrn Wiehle bitten.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Herr Vorsitzender, danke schön. - Frau Dr. Kramer, ich komme gerne noch mal zurück auf die Frage mit den Adressermittlungen und dem ganzen Drumherum. Es ging ja darum, in vielen kleinen Stücken diese Milliardenlücke zu schließen, egal zu welchem Zeitpunkt das Bewusstsein dazu entstanden ist, dass eine Milliardenlücke zu schließen ist. In der Unterlage, die Sie von uns eingangs bekommen haben, finden Sie auf dieser fünften Seite - also, das ist jetzt, für das Protokoll noch mal: MAT A BMVI-7/9u, Blatt 91 - jetzt auf dem Blatt 91 diese Anforderung 1.6, und in der Spalte „Aufklärung“ ist ja hier geschrieben:

Verlagerung der Anforderung in  
den Verantwortungsbereich des  
AG.

Obendrüber, in der Überschriftszeile von jeder Seite, steht:

Arbeitsstand 2018-11-21

- so lese ich das -

19:30

Das ist der Abend vor dem ersten Aufklärungsgespräch; das war am 22. nach den uns vorliegenden Protokollen. Und dieses Dokument, sagen Sie, das kennen Sie irgendwoher; aber Sie waren ja selber nicht beteiligt an der Erstellung. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung mehr daran, wer an der Erstellung beteiligt gewesen ist. Ich erinnere mich vage daran, dass wir hier, glaube ich, auch gemeinsam noch mal mit den juristischen Beratern drüber gesessen haben, um bei diesem Einsparpotenzial das in bestimmte Kategorien aufzuteilen, also eine Größenordnung zu klassifizieren. Da habe ich eine vage Erinnerung dran, aber sonst wenig Konkretes, leider.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Also, es gab jedenfalls eine Vorbereitungsphase.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Da waren Sie wenigstens am Rande beteiligt, aber jetzt ohne konkrete Erinnerung.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Es gibt noch weitere Unterlagen zu dem Ergebnis, insbesondere von dem Verhandlungs- und Aufklärungsprozess. Ich habe hier noch ein weiteres Dokument, das nennt sich:

ISA Erhebung  
Grundlagen der Rekalkulation  
autoTicket

Möglicherweise stammt das vom Bieter. MAT-Nummer ist MAT A BMVI-6/14-18. Und das ist jetzt hier ab Blatt 530 bis 535.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Die  
Zeugin und ihr Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Sie haben es in der Hand.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Meine allererste Frage: Kennen Sie dieses Dokument?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich wurde gerade darauf hingewiesen, dass das „Vertraulich“ gekennzeichnet ist, das Dokument.

(RA Georg-René Lubinski:  
Weil die Entbindungserklärung von Frau Dr. Kramer auch darauf verweist, dass vertrauliche Gegenstände in nichtöffentlicher Sitzung gefragt werden sollen!)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Da ja gleich noch eine Frage von Kollegin Lühmann in nichtöffentlicher Sitzung gestellt werden möchte, denke ich, werden wir auch die Frage in nichtöffentlicher Sitzung stellen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Könnten wir machen. Ich würde bloß ganz kurz noch einen Moment darauf verwenden wollen, ob der Begriff „Vertraulich“, der dadrüber steht, von dem Autor des Dokuments stammt oder ob es sich um eine Einstufung aus dem Material handelt. Das könnte maßgeblich dafür sein, ob wir das jetzt behandeln können oder eben nicht. Aber Vorsicht ist natürlich richtig.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Also laut Aussage des Sekretariates ist das keine förmliche Einstufung.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ist keine förmliche Einstufung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, dann dürften wir das - -

**RA Georg-René Lubinski:** Verzeihung, Herr Vorsitzender, aber wenn der Herausgeber des Dokumentes das dadurch praktisch als Betriebsgeheimnis identifiziert - auch das spricht die Entbindungserklärung an - - Also, wenn es um

Betriebsgeheimnisse geht, dann möge dazu bitte die Befragung in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin Warken. - Aber ich denke, vorweg, bevor wir hier irgendwo einen Fehler machen, machen wir es eben gleich in nichtöffentlicher Sitzung, und dann sind wir auf jeden Fall auf der richtigen Seite.

**RA Georg-René Lubinski:** Vielen Dank.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dann kann man es ja immer noch herabstufen, -

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Kein Problem. Kein Problem.

**Nina Warken (CDU/CSU):** - wenn wir es im Nachgang geprüft haben.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Dann behandeln wir das in nichtöffentlicher Sitzung.

Dann darf ich jetzt die zweieinhalb Minuten, die mir verbleiben für die Runde in der öffentlichen Sitzung, noch für ein anderes Thema nutzen. Wir haben aus der Vernehmung des Zeugen Schulenberg von CTS Eventim, also von der Bieterseite, auch unter anderem ein Eingangsstatement vorliegen. Da hat er die Situation geschildert und beschrieben, dass er am 1. Oktober [sic!] in einem anderen Gespräch - das ist jetzt keines von den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen gewesen - dem Herrn Minister Scheuer angeboten habe, mit der Unterzeichnung der Verträge, die ja dann tatsächlich am 30.12.18 stattgefunden hat, bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Er schildert dann weiter, der Herr Minister Scheuer habe das abgelehnt. Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Wurde aus den Gesprächen von der Minister- und Staatssekretärebene mit der Chefebene der Bieterseite etwas in die Besprechungen, die Sie geführt haben, hineingetragen oder in den Gesprächen am Rande, in der Kaffeeküche oder so, erwähnt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nicht dass ich mich erinnern kann.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Dann habe ich jetzt für die Runde keine weiteren Fragen. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, dann kommt jetzt die Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, ich habe noch einen Sachverhalt, den ich gerne mit Ihnen erläutern wollte, und das ist die bei allen hier Anwesenden - außer Ihnen, weil Sie zum ersten Mal hier sind - bekannte Bieterfrage 38.

Worum geht es da? Da geht es um ein physisches Zahlstellensystem. Sie erinnern sich: Die müssen ja verkauft werden, die Vignetten, und es war unklar, ob man sich Dritter bedienen kann oder nicht. Das war eigentlich die Frage. Und die Antwort bezog sich dann aber sehr umfassend - - Ich lese sie einmal vor:

Die Annahme des Bieters wird mit der Maßgabe bestätigt,

- also dass man sich Dritter bedienen kann -

dass sich der Betreiber hinsichtlich des physischen Zahlstellennetzes (unter Beachtung der Bestimmungen des Betreibervertrages) auch der Mitwirkung von Unterauftragnehmern bedienen kann, wenn und soweit der Entrichtungsvorgang an dem Betreiber zuzurechnenden physischen Zahlstellen erfolgt und über diese physischen Zahlstellen ausschließlich die Infrastrukturabgabe erhoben wird.

Ist Ihnen das soweit wieder erinnerlich, diese Diskussion? Wir können Ihnen die Antwort auch noch mal vorlegen. Ich habe noch keine Frage gestellt, weil es geht noch weiter. Aber es geht mir erst mal darum. Das war die Antwort auf die Bieterfrage 38:

... und über diese physischen Zahlstellen ausschließlich die Infrastrukturabgabe erhoben wird.

Und so ist ja auch im finalen Angebot das Angebot gewesen, dass die ein eigenes Zahlstellennetz aufbauen. Kostet eine Menge Geld. Also, da wollte man runter. Sie erinnern sich sicher, dass das ein Thema in den - wie auch immer man sie nennt - Gesprächen war und dass man dann dazu kam, dass das autoTicket machen kann.

Und so heißt es auch - - Ich habe hier die MAT A BMVI-6/14-24. Das ist der Vertrag selber, und da steht eben drin:

Erwerb von Vignetten nur über Webportal, -App und -Zahlstellennetz

Und da steht drin:

Sämtliche Entrichtungskanäle (abgesehen von den mitgenutzten Zahlstellen) ...

- von mir jetzt: von autoTicket -

stehen exklusiv für die ISA-Erhebung zur Verfügung.

Das heißt, das, was jetzt im Vertrag steht, widerspricht der Antwort zur Bieterfrage 38. In 38 steht: ausschließlich für ISA. - Und hier steht drin: Die mitgenutzten Zahlstellen von autoTicket dürfen wir aber auch nehmen. - Und da werden eben die Lkw-Maut und die ISA angerechnet. Das sind so weit erst mal die Fakten.

Jetzt kommt meine Frage. Sie waren zuständig dafür - also nicht Sie persönlich, sondern Ihr Los -, das zweite finale Angebot zu bewerten und, wie Sie sagen, die Wirtschaftlichkeit. Ist alles erfüllt.

Und hier liegt mir jetzt die MAT A BMVI-6/14-28, Blatt 41, vor. Die geben wir Ihnen auch gleich. Da geht es nämlich genau um diesen Punkt. Und da steht drin:

Bieterfragen (relevant für die Bewertung)

Also, ist das jetzt erfüllt oder nicht? - Bieterfrage 38, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dann steht da, wo ist das dokumentiert, ob das eingehalten ist oder nicht. Da wird genau auf diese Stelle verwiesen, die ich Ihnen eben vorgelesen habe, die also etwas anderes sagt. Und hinten haben Sie einen Haken gemacht, „erfüllt“.

Und das hätte ich gerne von Ihnen erläutert, wieso Sie auf die Bieterfrage 38 verweisen, die sagt: „Da darf nichts anderes verkauft werden“, Sie dann auf den Teil des Vertrages verweisen, wo drinsteht: „Wir verkaufen aber was anderes“, und Sie hinten einen Haken dranhängen, „erfüllt“. Wir geben Ihnen das jetzt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich schaue es mir sehr gerne an und krame in meiner Erinnerung. Die technische Bewertung haben vorgenommen - das steht, glaube ich, auch drüber; ich habe eben in dieses Angebot gesehen - Herr Pappalla und Herr S [REDACTED].

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Die  
Zeugin und ihr Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ach so, hier steht auch „Vertraulich“ drauf, auf dem Blatt 423.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, Sie lesen es ja nur.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. - Das ist aber das Dokument von Herrn Winderlich?

**Kirsten Lühmann (SPD):** Nein, das ist - - Jetzt weiß ich nicht, welches Sie haben. Das müsste der Vertrag sein, oder? - Das Systemkonzept, genau. Das ist das Systemkonzept von Paspagon.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Interessant ist diese Seite. Weil das ist ja das, was Sie gemacht haben, also was PwC gemacht hat.

(Die Abgeordnete hält ein  
Schriftstück hoch)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und es geht um - ich glaube, das ist gemarkert - A6.8. Ja, tut mir leid, das ist sehr klein.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, meine Augen sind so schlecht.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich kenne das: Altersweitsichtigkeit.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, an dieser Bewertung war ich tatsächlich nicht beteiligt. Deswegen kann ich jetzt Ihre Frage hier nicht beantworten, wie das im Einzelnen zusammenhängt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut, aber Sie verstehen meine Irritation, dass die Antwort auf die Bieterfrage E38 dem Systemkonzept, Formblatt 8, widerspricht. Und trotzdem ist hinten grün ein Haken drangemacht. Dass das ein Widerspruch ist, das kommt Ihnen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, es scheint einer zu sein. Ich kann es jetzt nicht - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es scheint einer zu sein. - Danke schön, ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Aber ich glaube, man müsste es sich im Einzelnen anschauen; insofern kann ich hierzu leider nichts sagen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Jung hatte keine Fragen mehr. - Kollege Cezanne hatte Fragen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja, ich habe noch Fragen. - Frau Dr. Kramer, ich setze noch mal an diesem Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch vom - was war es jetzt? - 26. November an, dieses Angebot, 20 Prozent runter mit dem Angebot, wenn Vertragsstrafen auch um 20 Prozent reduziert werden. Sie haben jetzt gesagt, Sie erinnern sich nicht mehr, wer von den Auftraggebern das abgelehnt hat. Aber hatten Sie dann eine Meinung dazu, oder haben Sie noch mal darüber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachgedacht? Oder haben Sie den Auftraggeber in irgendeiner Form in dieser Frage beraten? Das wäre ja jetzt typischerweise Teil der wirtschaftlichen Prüfung gewesen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung daran.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke. - Dann noch mal eine weitere Frage, weil im Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch am 04.12.2018 taucht das erste Mal der Hinweis auf die Mitnutzung von Toll Collect auf. Am darauffolgenden Tag erklärt der Auftraggeber laut Protokoll, dass in der Mitnutzung der Toll-Collect-Infrastruktur - Zitat - ein erhebliches Einsparpotenzial bestehe. Und Herr Winderlich hat ausgesagt, dass es mit den Beratern vorher Abstimmungen hinsichtlich der möglichen Einsparungen gegeben hätte. Können Sie uns sagen, welche Einsparpotenziale aus der Mitnutzung der Toll Collect zwischen Ihnen und dem Auftraggeber identifiziert worden waren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe keine Erinnerung mehr daran. Also, ich müsste, wenn, in Unterlagen schauen, ob ich was finde, aber - - Keine Erinnerung.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und die Mitnutzung der Zahlstellen von Toll Collect? Da können Sie sich auch nicht dran erinnern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Doch, es wurde in die Diskussion eingebracht. Daran kann ich mich erinnern. Aber über die Zahlen habe ich jetzt - - Dass wir vorab Zahlen dazu berechnet haben, das will ich nicht ausschließen; aber ich habe keine Erinnerung.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Gut. Die entscheidende Frage hat, wie nicht selten, Frau Lühmann schon gestellt. Dann bin ich jetzt fertig. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Kollege Krischer hatte keine Frage mehr. - Kollege Wiehle?

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ich habe mich jetzt eigentlich darauf vorbereitet, dass jetzt erst mal

die Unterbrechung kommt. Ich habe für die öffentliche Sitzung im Moment keine Frage.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Okay. - Dann sind jetzt scheinbar in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr. - Oder haben Sie noch was, Herr Kollege Cezanne?

(Jörg Cezanne (DIE LINKE):  
Nein!)

Das heißt also, wir könnten jetzt die öffentliche Sitzung beenden und den Beschluss fassen, dass wir jetzt mit einer nichtöffentlichen Sitzung fortfahren und die Zeugin weiter befragen.

Die Frage ist jetzt nur: Wie lange brauchen wir dazu? Können wir das noch vor der Abstimmung machen, oder sollen wir jetzt erst mal den Beschluss fassen?

(Kirsten Lühmann (SPD):  
Ich brauche zehn Minuten!  
Maximal! Eine Runde!)

Ich weiß nicht, wie lange die Kolleginnen und Kollegen sonst haben. - Gut, dann stimmen wir erst mal ab.

Ich schlage vor, wir fassen folgenden Beschluss:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 3 PUAG ausgeschlossen, weil ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis zur Sprache kommt, durch dessen öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzt würden.

Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann war das einstimmig, und wir verfahren so.

Ich bitte die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die anderen Gäste, nun den Saal - - bzw. den Saal im PLH - - dann abzuschalten, weil da ja übertragen wird. - Ist so weit erledigt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Damit könnten wir jetzt einsteigen in die nicht-öffentliche Sitzung; aber ich denke, wir unterbrechen erst. Dann sehen wir uns hier wieder - wir haben jetzt halb fünf -, ich würde sagen, so um zehn vor fünf, fünf vor fünf. Wir beeilen uns alle rüber zur Abstimmung. Allerdings haben wir dann eine halbe, Dreiviertelstunde später wieder eine namentliche Abstimmung.

(Kirsten Lüthmann (SPD):  
Wir beeilen uns, und dann  
machen wir weiter!)

- Okay.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
16.31 Uhr - Folgt  
Sitzungsteil Zeugenverneh-  
mung, Nichtöffentlich)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.10 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Blum

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann können wir jetzt die öffentliche Sitzung fortsetzen, und ich darf den Zeugen Herrn Dr. Michael Blum recht herzlich begrüßen.

Vielen Dank, Herr Dr. Blum, dass Sie heute dem Untersuchungsausschuss für die Befragung zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Blum, der Ausschuss hat beschlossen, Ton und Bild dieser Beweisaufnahmen in einen anderen Sitzungssaal zu übertragen, in dem die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen kann. Das hat Coronagründe. Ansonsten wäre diese hier oben auf den Zuschauerplätzen. Sind Sie hiermit einverstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schiefner, herzlichen Dank für die Begrüßung. Damit bin ich einverstanden.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 2. November 2020 bestätigt.

Ich habe Sie zunächst darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, dazu habe ich keine Fragen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich stelle fest, dass Sie von Herrn Rechtsanwalt Dr. Max Schwerdtfeger aus Düsseldorf als Rechtsbeistand begleitet werden.

Ich darf Sie, Herr Rechtsanwalt, auch recht herzlich hier begrüßen und darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen.

**RA Dr. Max Schwerdtfeger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Max Schwerdtfeger, Rechtsanwalt aus Düsseldorf.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Rechtsanwalt Dr. Schwerdtfeger, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Zu Beginn möchte ich Sie vor Ihrer Anhörung gerne belehren, Herr Dr. Blum:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 152 [sic!] in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geord-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

neten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Keine Fragen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen.

Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach steigen wir dann in die Fragerunde ein. Die Fragerunde wird nach den Vorgaben einer sogenannten Berliner Runde oder einer Berliner Stunde hier durchgeführt. Das heißt also, anteilmäßig an einer Stunde nach der Stärke der Fraktionen können dann von den Fraktionen jeweils die Fragen gestellt werden.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Name ist Michael Blum. Ich bin 50 Jahre alt und von Beruf Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer der autoTicket GmbH. Die ladungsfähige Adresse lautet Pariser Platz 3, 10117 Berlin.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer

Vernehmung zu äußern. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Davon mache ich gerne Gebrauch. - Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Bitte schön. Dann haben Sie jetzt zunächst mal das Wort.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schiefner! Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Ich komme gerne Ihrem Wunsch nach, meinen Beitrag zur Aufklärung der relevanten Sachverhalte zu leisten. Erlauben Sie mir bitte, bevor ich Ihre Fragen beantworte, einige Bemerkungen voranzustellen.

Wir wären heute tatsächlich im zweiten Betriebsmonat der Infrastrukturabgabe. Davon bin ich im Übrigen fest überzeugt. Sie fragen sich vielleicht, warum ich mir so sicher bin, trotz der vielen Vorwürfe, die ich seitens des BMVI oder des KBA insbesondere im Zusammenhang mit der Kündigung des Vertrags mit der autoTicket gehört habe. Die Antwort auf diese Frage lautet: Das hat auch etwas mit meiner ganz persönlichen beruflichen Vergangenheit zu tun. Deshalb bin ich mir so sicher.

Seit mehr als 20 Jahren befasse ich mich im Beruf intensiv mit den Themen Maut und Mobilitätsdienste. Nach einer ersten Tätigkeit für den früheren Bundesverkehrsminister Wissmann war ich bereits 1998 Mitglied des Kernteams für die Konzeption der Lkw-Maut, also der heutigen Toll Collect. Ich wurde damals von der DASA an das Start-up-Team von Daimler und Telekom ausgeliehen. Es folgte die Zeit der Konzeption und der Vergabe der Toll Collect. Nach dem Zuschlag für unser Angebot war ich bis zum Start der Lkw-Maut an der Umsetzung beteiligt. Die Realisierung war kein Spaziergang; das wissen die meisten von Ihnen hier sehr genau. Ende der 90er-Jahre war eben die digitale Infrastruktur schlechter, als sie es heute ist. Es waren hohe Herausforderungen. Satellitenmaut in On-Board-Units dezentral zu berechnen, das war eben eine Innovation. Seit 2005 läuft aber Toll Collect einwandfrei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dem Thema Maut blieb ich dann aber auch in den Jahren meiner Beratungstätigkeit verbunden, viele davon als Leiter des Berliner Büros einer mittelgroßen Beratung, fokussiert auf Mobilität und Infrastruktur. So habe ich international mehr als 35 Projekte - Mobilitätsprojekte, Mautprojekte und Infrastrukturprojekte - umgesetzt oder begleitet. Toll Collect blieb also für mich nicht der einzige Aufbau eines Mautbetreibers.

Vor meinem Wechsel zur autoTicket im April 2009<sup>13</sup> [sic!] war ich aber für weitere sieben Jahre bei Toll Collect tätig. Ich berichtete an den CEO, Herrn Kirchmann, und zeichnete für die Unternehmens- und Produktstrategie sowie das Projektportfolio und den Vertrieb verantwortlich. Die Mautausweitung auf alle Bundesstraßen war eines meiner zentralen Themen. Wie Sie möglicherweise wissen, haben wir dieses 400-Millionen-Euro-Projekt damals bei Toll Collect mit den Kollegen sehr erfolgreich zum 1. Juli 2018 umgesetzt.

Mit dieser Mauterfahrung im Rücken wechselte ich dann also 2019 zu autoTicket. Mit Blick auf meinen geschilderten Berufsweg erklärt sich wahrscheinlich von selbst, warum ich diesen Schritt machte: Den zweiten deutschen Betreiber zur Infrastrukturfinanzierung aufzubauen, das war für mich schlicht eine passende Aufgabe.

Was ich bei autoTicket vorfand, als ich am 23. April 2019 meine Geschäftsführertätigkeit aufnahm, war ein sehr ehrgeiziges und kompetentes Team. Ebenso leistungsfähig waren die Unterauftragnehmer. Einige von ihnen kannte ich aus Toll-Collect-Zeiten oder aus anderen internationalen Mautprojekten. Darüber hinaus hatte ich es bis zum 18. Juni, dem Tag der Kündigung des Vertrages, auch mit einem sehr agilen Kunden und kooperativen Kunden in Gestalt des BMVI und KBA zu tun.

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit war die noch nicht freigegebene Feinplanungsdokumentation, an deren wunschgemäßer Anpassung wir mit dem KBA übrigens sehr konstruktiv arbeiteten, ein wichtiges Thema. Prozesse und Personen

waren aber klar darauf ausgerichtet - auf beiden Seiten -, die Infrastrukturabgabe pünktlich zu starten und mit durchaus üblichen Projektherausforderungen professionell umzugehen.

Und noch etwas begegnete mir in den ersten Tagen meiner Geschäftsführertätigkeit: eine Projekt-Governance seitens des BMVI, die klar darauf ausgerichtet war, mögliche Missstände und Probleme in einem Spitzengremium umgehend und transparent anzusprechen und einer Lösung zuzuführen. Genau dies ist nämlich nach meiner Erfahrung der Schlüssel, wenn Sie ein solch komplexes Projekt erfolgreich umsetzen wollen.

Hätte es das EuGH-Urteil und dessen in meinen Augen übereilte, vor allem aber politische Übersetzung nicht gegeben, würden wir deshalb heute auch nicht hier sitzen. Im Gegenteil: Das Projekt hätte pünktlich abgeschlossen werden können, und wir würden nunmehr eben, wie eingangs erwähnt, im zweiten Monat die Infrastrukturabgabe erheben. Die Pkw-Maut wäre eine Erfolgsgeschichte geworden. Keine einzige der mir bekannten Herausforderungen hätte das verhindert.

Dass dies von BMVI und KBA seit dem 18. Juni 2019 anders dargestellt wird, ist aus meiner Sicht unglaublich. Politische Schadensminimierung und das laufende Schiedsgerichtsverfahren dürften dafür der Grund sein. Die Kehrtwende von BMVI und KBA in der Bewertung der Vorgänge lässt sich im Übrigen eindeutig belegen. Die Projektampeln - üblich in solchen Projekten - standen ja stets auf Grün.

Ich möchte dazu jedoch noch weitere Belege anführen: Im März 2019, also noch bei Toll Collect, beriet ich mich etwa mit dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Gerhard Schulz, heute CEO von Toll Collect, darüber, dass für die ISA ein Gremium existieren sollte, in dem auf Entscheidungsebene eben Schwierigkeiten oder gar Krisen des Projektes besprochen und diese gegebenenfalls gemeinsam einer Lösung zugeführt werden.

Wir hatten für das Projekt MaB40K, also Maut auf circa 40 000 Kilometer Bundesstraßen, mit dem

<sup>13</sup> Richtigstellung des Zeugen: „2019“, siehe Anlage 2, S 52



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVI ein vergleichbares Gremium eingerichtet. Das Format leistete damals beste Dienste, so zum Beispiel, als einzelne Bundesländer Schwierigkeiten sahen, die Kontrollsäulen - Sie mögen sich erinnern - an den Bundesstraßen zu genehmigen, und der Terminplan des Roll-outs dadurch unter Druck geriet oder etwa als Release-Umfänge neu geschnitten und sogenannte Features, wie man sagt, verschoben werden mussten. Herr Dr. Schulz und ich waren hier derselben Auffassung. Der damalige Staatssekretär sprach mit Ministerialdirektor Zielke im BMVI. Dieser war offenbar ebenfalls überzeugt und setzte die Anregung um.

Das Spitzengremium tagte das erste Mal Ende März 2019. Die Sitzungen dieses Spitzengremiums, die ich bis zur Kündigung durch das BMVI zweimal miterlebte, verliefen in jeder Hinsicht konstruktiv. Die Teilnehmer gehörten den Leitungsebenen von BMVI, KBA, BAG, der Toll Collect sowie der Betreiberparteien an. Zuletzt trafen wir uns am 24. Mai 2019 im BMVI.

Wir arbeiteten also kollegial und zielorientiert zusammen. Weder die Aktenlage noch meine jahrelang durch die Arbeit für BAG und BMVI einigermaßen geschulte Wahrnehmung gaben mir irgendwelche Hinweise darauf, dass eine Kündigung beabsichtigt war bzw. in Rede stand. Auch die mir gegenüber getätigten Äußerungen meiner langjährigen Kolleginnen und Kollegen bei Toll Collect standen einem solchen Kündigungsszenario diametral entgegen. Die Projektampel stand auf Grün - auch die Projektampel des Referatsleiters im BMVI.

Kollegial und zielorientiert ging es auch an anderer Stelle, an wichtiger Stelle zu. Bis zum Tag des EuGH-Urteils tauschten wir uns mit dem KBA sowie weiteren Beteiligten, wie dem BMF, der Generalzolldirektion und dem BMVI, regelmäßig und konstruktiv über die jeweiligen nächsten Schritte aus. Wir erhielten noch am Tag vor der Kündigung Umsetzungsbitten seitens der Generalzolldirektion und des KBA in Sachen Anhörungsschreiben, also eines Schreibens, das an alle Abgabepflichtigen ergehen sollte.

Oder etwa beim Onboarding von Führungskräften: Der KBA-Projektleiter Blumenberg avisierte am 17. Juni 2019 einen Anruf zur Terminierung eines persönlichen Kennenlernens mit unserem frisch eingestellten Kommunikationschef für den Folgetag. Er erwähnte, man würde ja noch jahrelang zusammenarbeiten. Niemand von uns wäre angesichts solcher Tatsachen auf die Idee gekommen, der Kunde könnte eine Kündigung versenden.

Aber es kam, wie Sie wissen, ganz anders. Obwohl wir gleich nach der Verkündung des EuGH-Urteils dem Kunden anboten, an einer Lösung zur Umsetzung der Maut unter anderen, veränderten Bedingungen zu arbeiten, erhielten wir am Morgen des 19. Juni 2019 völlig überraschend die Kündigung unseres Vertrags. Diese war bereits am 18. Juni 2019 verfasst - ganz offenkundig sehr überhastet für eine so weitreichende Entscheidung.

Die von mir geschilderte Projekt-Governance, die auf Spitzenebene vereinbart und tatsächlich bis zum 18. Juni 2019 aktiv gelebt wurde, sie wich ganz offensichtlich und innerhalb von Stunden rein politischen Erwägungen. Es wurde regelrecht ein Schalter umgelegt.

Das zeigte sich besonders am 19. Juni bei dem Treffen mit Herrn Bundesminister Andreas Scheuer. Nachdem mein Geschäftsführerkollege Volker Schneble die Sicht der Gesellschafter und der autoTicket vorgetragen und Herr Schulenberg beispielsweise ein Gutachterverfahren für die Anspruchsbestimmung und eine Streckung der Zahlungsansprüche angeboten hatte, fragten wir sogar noch aus Höflichkeit, was wir in dieser misslichen Lage tun sollten. Sie werden es dem auch von mir stammenden Protokoll entnommen haben; aber ich schildere es gern noch mal mit eigenen Worten:

Bundesminister Scheuer überlegte wenige Sekunden und sagte dann - zu meiner Überraschung - Folgendes:

Aus seiner Sicht habe der Zuschlag im Vergabeverfahren noch in 2018 erfolgen müssen. Nach dem EuGH-Urteil stehe das Vergabeverfahren - er



## Nur zur dienstlichen Verwendung

meinte wohl den Zuschlag an uns in 2018, weit vor dem EuGH-Urteil - allerdings stark in der Kritik. Die Opposition sehe - Zitat - „jeden ausgegebenen Euro für die ISA als einen zu viel“ an. Er wünsche sich deshalb, dass wir bei Presseanfragen antworten, dass auch wir einen Zuschlag noch in 2018 gefordert hätten.

Er schloss aber mit der Bemerkung, dass seine Aussage vor dem Haushalts- und Verkehrsausschuss zu den Kündigungsgründen - Zitat - „so oder so“ ausfallen könne.

Für mich war das ein Fingerzeig darauf, dass er, wenn wir uns in seinem Sinne positionieren würden, sich im Ausschuss gegebenenfalls für eine ökologisch ausgerichtete Maut und damit für eine Projektfortführung aussprechen oder die Kündigung wegen der Feinplanungsdokumentation relativieren würde.

Es ist Ihnen durch die Aussagen von Herrn Schulenberg, Herrn Kapsch und Herrn Schneble ja bekannt, dass Bundesminister Scheuer uns damit aufforderte, genau das Gegenteil von dem zu sagen, was Herr Schulenberg Herrn Scheuer in 2018 vorgeschlagen hatte. Herr Schulenberg hatte bekanntermaßen am 29. November 2018 von sich aus angeboten, mit einem Zuschlag bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Er hatte eben nicht auf einen Zuschlag noch in 2018 gedrängt.

Aus dem Gespräch hatte Herr Schulenberg mir bereits in einem Telefonat am 29. November 2018 abends berichtet. Zum damaligen Zeitpunkt führte ich mit Herrn Schulenberg erste Sondierungsgespräche über einen möglichen Wechsel von Toll Collect zu autoTicket, und Herr Schulenberg wollte mir gegenüber verdeutlichen, dass das BMVI fest mit einem positiven EuGH-Urteil rechnete.

Für mich und meine Kollegen war die Kündigung ein Schock. An den 19. Juni schloss sich eine schwierige Zeit für uns an. Wir standen vor der Herausforderung, das politische Verhalten des BMVI in unser unternehmerisches Handeln zu übersetzen. Einerseits hatten wir alle Obliegenheiten im Rahmen der Restlaufzeit weiter zu erfüllen. Andererseits ließ man uns einige Zeit

im Unklaren darüber, ob das BMVI die bis dahin erarbeiteten Assets und Entwicklungsstände nutzen wolle. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass man im BMVI erwog, autoTicket irgendwann in Toll Collect zu integrieren.

Sowohl die Weiterentwicklungsmöglichkeit der Infrastrukturabgabe als auch die Restlaufzeit des Vertrages bis 30. September haben uns ja verboten, die Stifte einfach fallen zu lassen. So haben wir unsere „to-do list“ abgearbeitet, Wünsche zur Änderung der Feinplanungsdokumentation umgesetzt und anstehende Verpflichtungen erledigt. Schließlich bestand weiterhin die Möglichkeit, dass der Bund die Anteile bzw. Assets übernimmt. Die Werthaltigkeit des Unternehmens war weiter relevant.

Aber es kam anders als erwartet: Schließlich wurde keine Call-Option gezogen, keine Übernahme der Vermögensgegenstände oder Gesellschaftsanteile ausgeübt. Niemand sammelte das Know-how ein. Werte, die man hätte nutzen können, um später oder in einem neuen Set-up der Mobilität eben Preise zu geben, waren wohl über Nacht uninteressant geworden. Wir als autoTicket entließen Mitarbeiter, wickelten ab und suchten den Schaden zu reduzieren.

Heute befinden wir uns höchst unerfreulicherweise in einem Schiedsverfahren mit unserem früheren Kunden. Ich bin nach wie vor der Überzeugung: Das hätte so nicht kommen müssen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne stehe ich Ihnen nun für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Vielen Dank für Ihre sehr ausführliche Darstellung. - Hier kam gerade die Frage auf - da haben wir auch andere Zeugen schon nach gefragt -, inwieweit Sie uns Ihr Manuskript überlassen würden.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich Ihnen gerne überlassen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Dann können wir das auch an die Obleute bzw. an die Ausschussmitglieder verteilen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann beginnen wir jetzt mit der Berliner Stunde und der Fragerunde. - Das Wort hat der Kollege Frieser.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Blum, schön, dass Sie da sind und uns bereits mit Ihrem Eingangsstatement geholfen haben! Nur fürs Protokoll: Haben Sie etwas anderes gesagt als in dem Text, den Sie dabei haben und gerade ausgehändigt haben, oder entspricht das dem, was Sie sich auch aufgeschrieben haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe das verlesen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. Nur der Klärung halber. - Lassen Sie uns trotzdem mal, obwohl Sie so freundlich waren und die 20 zurückliegenden Jahre und Ihre Affinität zur Mautmobilität und ähnlichen anderen Fragen schon dargelegt haben, doch noch einmal ganz kurz zu den für uns wesentlichen zeitlichen Abläufen zurückgehen. Können Sie noch einmal etwas genauer und eingehender beschreiben, was denn Ihre Aufgaben bei der Toll Collect waren, als Sie dorthin gewechselt sind, von dem Zeitpunkt Ihres Beginns bei der Toll Collect bis zum Zeitpunkt zur autoTicket?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter Frieser. Vielen Dank für die Frage. - Ich bin eingetreten bei Toll Collect im Jahr 2011 und habe dort einen neuen Geschäftsbereich eröffnet, aufgebaut: Strategie und Unternehmensentwicklung. In dem Bereich wurden im Wesentlichen die Unternehmensstrategie,<sup>14</sup> die Produktstrategie verfasst, auch erarbeitet mit den Kollegen<sup>15</sup>. Das Thema Projektmanagementoffice und die gesamten Projektportfolioaspekte wurden dort gemanagt, und der Vertrieb war Gegenstand<sup>16</sup>. Ich berichtete an den Vorsitzenden der Geschäftsführung. Das war im Grunde genommen die Aufgabenbeschreibung.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Die blieb während der Phase bei Toll Collect auch immer in der Zuständigkeit ungefähr gleich?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Zuständigkeit war dauerhaft so, richtig.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. - Wann haben Sie sich denn entschlossen, tatsächlich dann von Toll Collect zu autoTicket zu wechseln?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Entschlossen ist man spätestens dann, wenn man eine Unterschrift unter einen Anstellungsvertrag - -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Kann man so und so sehen. Aber okay, ja.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Deshalb wollte ich diesen Termin mal nennen. Das ist der 14. Februar 2019 gewesen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Und das heißt, vorher gab es auch darüber - - Also, den Vertrag findet man ja nicht zufällig in der Post und unterschreibt ihn dann. Ab wann gab es denn über die Frage Gespräche?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erste Gespräch war ein Anruf von Herrn Schulenberg; ich erwähnte es gerade im Eingangsstatement. Herr Schulenberg rief mich am 29. November 2018 an und sondierte, ob ich mir vorstellen könne, von Toll Collect zur autoTicket zu wechseln.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Wenn man dann von November bis zum Abschluss dieses Vertrages ausgeht, sind es doch einige Monate. In dieser - - wo Sie dieses Angebot erwägen - dann tritt man in Vertragsverhandlungen ein; den werden Sie da auch nicht das erste Mal gesehen haben -, haben Sie also im Grunde zwei verschiedene Funktionen ausgeübt: auf der einen Seite noch vertretungsberechtigter Geschäftsführer der Toll Collect und gegebenenfalls auch Ihre Interessen in einem Vertragsverfahren mit der zukünftigen autoTicket als Auftraggeber oder als Arbeitgeber

<sup>14</sup> Ergänzung des Zeugen: „sowie“, siehe Anlage 2, S 55

<sup>15</sup> Ergänzung des Zeugen: „des Produktmanagements“, siehe Anlage 2, S 55

<sup>16</sup> Ergänzung des Zeugen: „des Bereichs“, siehe Anlage 2, S 55



## Nur zur dienstlichen Verwendung

geführt. Hat Sie das in irgendwelche Interessenkonflikte geführt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Zunächst möchte ich eine kurze Richtigstellung vornehmen: Ich war nicht Geschäftsführer der Toll Collect, sondern ich habe an den Geschäftsführervorsitzenden<sup>17</sup> berichtet.

Zum Zweiten zu Ihrer Frage: Das war natürlich ein längerer Prozess zwischen<sup>18</sup> dem 29.11. - - Das war aber ein Sondierungsgespräch, und ich habe dann - ich glaube, in den Weihnachtsferien - ein Vertragsangebot erhalten. Im Übrigen habe ich bereits schon im Dezember meinen Vorgesetzten, Herrn Kirchmann, informiert über diese Idee - das war ein vertrauliches Gespräch - und habe zum Beispiel - es gab ein erstes Treffen zwischen autoTicket und der Geschäftsführung der Toll Collect am 6. Dezember - dort schon nicht teilgenommen aus Gründen<sup>19</sup>, jegliche Konflikte, die da entstehen könnten, zu vermeiden.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Deshalb haben Sie Verständnis, Herr Dr. Blum, für die Frage.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Habe ich.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** In so einem Prozess des Überganges macht man sich natürlich genau Gedanken über die Frage, an welcher Stelle - wenn es um rein Technisches geht, glaube ich, ist das gar nicht so dramatisch - man genau welche Interessen vertritt und in welcher Frage man sich dann ganz bewusst aus bestimmten Prozessen, die da gerade abgestimmt werden, gegebenenfalls herausnimmt.

Deshalb - auch das für das Protokoll - bitte noch einmal: In dieser Phase dieser Vertragsanbahnung - nennen wir sie mal so; Sie waren so freundlich, uns zu sagen, wann Sie Ihren damaligen Arbeitgeber in Kenntnis gesetzt haben -, aus welchen Prozessen haben Sie sich bewusst herausgenommen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab in dieser Phase gar nicht viele Prozesse im Übrigen zwischen autoTicket und Toll Collect. Meines Erachtens war es ein erstes Gespräch am 6. Dezember, das ich noch gut erinnere. Da habe ich mich rausgehalten. Und aus jeglicher Arbeitsbesprechung, die in Folge und mit zunehmender Konkretisierung auch dieser potenziellen Zusammenarbeit zwischen autoTicket und Toll Collect stattfand, habe ich mich komplett rausgehalten.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. Gut, vielen Dank. - Deshalb vielleicht dann noch mal in Vorbereitung auf den heutigen Termin: Haben Sie sich in Gesprächen - ich nehme mal an, mit Ihrem Anwalt - auch natürlich beraten, aber auch in Kontakt mit anderen Personen auf die heutige Sitzung vorbereitet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe mich auf diese Sitzung ausschließlich mit Frau Dr. Kämpfer, die leider erkrankt ist, und Herrn Dr. Schwerdtfeger vorbereitet.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Sie haben also - auch für das Protokoll - nicht mit Herrn Schneble oder Herrn Kapsch oder Herrn Schulenberg über diesen Untersuchungsausschuss gesprochen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich so nicht bestätigen. Selbstverständlich haben wir gesprochen. Aber ich habe mich vorbereitet - das war Ihre Frage - mit meinen Anwälten.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. Gut, wunderbar. - Aber Sie haben mit den betroffenen eben gerade Genannten natürlich auch über diesen Untersuchungsausschuss gesprochen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das ist korrekt. Wir haben ja - vielleicht fürs Protokoll - parallel ein Schiedsverfahren - das ist Ihnen bekannt -, und insofern kommt das Thema natürlich auch auf den PUA zu sprechen; ja.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay, gut. Danke. - Zurück zur Chronologie: Im Herbst 2018 hat das

<sup>17</sup> Richtigstellung des Zeugen: „Geschäftsführungsvorsitzenden“, siehe Anlage 2, S 55

<sup>18</sup> Richtigstellung des Zeugen: „seit“, siehe Anlage 2, S 55

<sup>19</sup> Richtigstellung des Zeugen: „um“, siehe Anlage 2, S 56



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVI die gerade eben erst ins Staatseigentum überführte Toll Collect angefragt, ob sie die Erhebung der Infrastrukturabgabe übernehmen kann. Wann haben Sie denn eigentlich von dieser Anfrage durch das BMVI erfahren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Jetzt muss ich mich kurz besinnen. Wir sind am 1. September 2018 in das Eigentum des Bundes übergegangen. Und die Referatsleiterin Frau Henke lud, ich würde sagen, Anfang September/Mitte September - kann ich nicht genau sagen - ein zu einem Termin. An dem nahmen teil Herr Kirchmann, Herr Eberhardt, Herr Woithe und ich, und wir wurden damals informiert über eine Anfrage des BMVI, mündlich informiert, ob wir denn uns vorstellen könnten, die Pkw-Maut bei Toll Collect umzusetzen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Also bereits Anfang September 2018?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, Anfang/Mitte. Ich kann es nicht genau sagen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. Muss ja nicht sein. - Waren Sie auch mit der Frage „Machbarkeit/Machbarkeitsstudie der Umsetzung“ eines solchen Ansinnens befasst?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, wir hatten zwei Phasen dazu. Es gab eine direkt nach Eintritt in die Interimsbetreiberschaft des Bundes sozusagen, Anfang/Mitte September. Da war das sehr kurz. Da kann man nicht von einer Machbarkeitsanalyse sprechen. Hier wurden uns Unterlagen übergeben, die wir vertraulich ansehen sollten. Das haben wir gemacht, ich meine, übers Wochenende. In der kommenden Woche sind wir dann wieder zurückgekehrt und haben <sup>20</sup> Eindrücke wiedergegeben. Das war aber nicht eine Machbarkeitsanalyse.

Es gab einen späteren Zeitpunkt im November 2018, und dort war es etwas konkreter. Dort ha-

ben wir auch mit, ich würde sagen, circa 15 Experten und obersten Führungskräften uns mit der Frage befasst, also auch eingehender befasst.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Wurden Sie dann persönlich damit beauftragt, sich mit der Frage, jetzt im weitesten Sinne, „Machbarkeit oder Umsetzbarkeit - - von der Geschäftsführung beauftragt“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, ich war auch beauftragt.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Welcher Auftrag war das konkret? Oder können Sie uns in diesem Zusammenhang sagen: „Wie war die Einstellung der Geschäftsführung zu diesem Projekt?“? Hat man sich das zugetraut? Welches Ergebnis hätte eine solche Machbarkeitsstudie haben sollen aus der Sichtweise der Geschäftsführung?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich will Ihnen eigentlich gerne antworten. Ich wollte vielleicht Herrn Vorsitzenden Schiefner nur kurz fragen, ob ich eine Aussagegenehmigung benötige oder ob das nicht erforderlich ist dafür.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das würde mich jetzt wundern. Sie arbeiten für - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich habe damals für Toll Collect <sup>21</sup> - - Aber sie <sup>22</sup> waren eben im Eigentum des Bundes, deswegen. Ich will jetzt da nur nicht zu tief reingehen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich denke, Sie müssen nur darauf achten, wenn Sie Informationen detailliert geben, inwieweit wir die in öffentlicher Sitzung behandeln können oder in nicht-öffentlicher Sitzung.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, gut, werde ich beherzigen.

<sup>20</sup> Ergänzung des Zeugen: „unsere“, siehe Anlage 2, S 57

<sup>21</sup> Ergänzung des Zeugen: „gearbeitet“, siehe Anlage 2, S 57

<sup>22</sup> Anmerkung des Zeugen: gemeint ist Toll Collect, siehe Anlage 2, S 57



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Sobald Sie das Gefühl haben, es geht um vertrauliche Kenntnisse - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Genau. Dann würde ich sagen - -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Insbesondere - vielleicht darf ich das hinzufügen, Herr Vorsitzender - wenn es um das Thema Schiedsverfahren geht, dann ist klar, dass diese Aussage bitte von Ihnen gekennzeichnet werden muss, damit wir darüber entscheiden können, ob wir diese Sitzung dann einstufen und gegebenenfalls nichtöffentlich weitertagen würden. Darum würden wir Sie bitten, okay?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ist verstanden. Toll Collect betrifft ja das Schiedsverfahren nicht. Insofern würde ich jetzt hier noch kurz Ihre Frage beantworten. Die zielte, glaube ich, darauf ab, was meine Rolle war in dieser - -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Was erstens Ihre Rolle war. Und zweitens: War zu erkennen, was die Geschäftsführung sich vorstellte bei dem Ergebnis einer solchen Machbarkeitsstudie?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Geschäftsführung war ja beteiligt, in Person Herr Woithe, Herr Eberhardt und Herr Stadler damals, und sie haben das Thema intensiv auch mit besprochen. Ziel war oder Leitfrage - aus meiner Erinnerung jetzt -: Ist es machbar, dass die Toll Collect die Infrastrukturabgabe zum 01.09.2021 scharfschaltet oder in Gang setzt - also, es war ein neues Datum für uns - - und inwiefern die Toll Collect dabei auch die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen kann? Das war ungefähr die Frage. Und wir erhielten die Ausschreibungsunterlagen und Leistungsbeschreibung, um eben ein Instrument zu haben, gegen das wir prüfen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass die Geschäftsführung diese Mitarbeit, Zusammenarbeit, das Einbringen in dieses Projekt auch möchte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das wäre spekulativ. Da müssten Sie die Personen fragen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Ja. Ich frage Sie nach Ihrer Einschätzung.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, okay. Meine Einschätzung war: Wir haben uns intensiv und durchaus mit langen Tagen mit der Materie befasst. Ich kann vielleicht mal mit eigenen Worten das abstrakt sagen: Toll Collect ist der erste Mautbetreiber in Deutschland gewesen. Das ist ja in der DNA, dass ein Mautbetreiber Interesse daran hat, Mautdienste zu erbringen. Also, da gab es durchaus Interesse, das ernsthaft auch zu prüfen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Wann tauchte das erste Mal der Gedanke auf, das auch als Unterauftragnehmer, also nicht als Gleichberechtigter, sondern als Unterauftragnehmer einer Betreiberfirma, zu machen? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war nicht Gegenstand. Wir hatten die Aufgabe, zu prüfen, ob wir es leisten können. Ich war dazu jetzt auch nicht in die abschließenden Gespräche involviert. Diese führten Herr Eberhardt, Herr Woithe und, ich meine, Herr Dr. Schulz als Staatssekretär damals. Ich kann nur sagen, dass wir zu einem Analyseergebnis kamen, dass wir das wohl bis 01.09.21 nicht umsetzen können. Und wir haben in einem Schreiben - das müsste Ihnen ja vorliegen - niedergelegt, welche Assets sozusagen zuträglich sind grundsätzlich zu einer Infrastrukturabgabe, aber wo eben gerade keine Assets vorhanden sind.

Ich will ein Beispiel geben: Verwaltungsverfahrensoftware, so wie sie in unserer ISA der auto-Ticket eben angelegt ist, das ist jetzt nichts, was die Toll Collect „off the shelf“ hatte, also schon parat hatte.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Haben Sie sich persönlich - nicht über die Geschäftsführung, sondern Sie persönlich - mit dem BMVI in dieser Phase ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist möglich.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Sie kannten ja dort auch aus Ihrer ehemaligen Tätigkeit eine ganze



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Reihe von Leuten, deshalb vielleicht auch den einen oder anderen Namen, mit dem Sie sich in dieser Phase besprochen, abgesprochen, informiert hatten.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich erinnere lediglich, dass uns die Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Es mag sein, dass ich diesbezüglich einen E-Mail-Austausch hatte. Aber Ihnen müssten meine E-Mails aus Toll-Collect-Zeiten ja vorliegen im Ausschuss, wie ich erfahren habe. Müssten Sie da bitte schauen. Ich erinnere das jetzt nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Auch keine Namen, mit denen Sie damals in dieser Phase kommuniziert haben, im weitesten Sinne?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Erinnern Sie nicht? - Okay, gut. - Außerhalb von Toll Collect und außerhalb der Kommunikation mit dem BMVI, gab es da Kontakte in dieser Phase, wo Sie sich mit der Frage beschäftigt haben „Machbarkeit/Umsetzbarkeit“? Gab es außerhalb dieser Firmen jemanden, mit dem Sie Kontakt hatten über diese Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, darüber habe ich nicht gesprochen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Mit keinem außerhalb?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, mit keinem außerhalb.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Dann zu Ihrem Wechsel - den hatten Sie auch schon mitgeteilt - im April 2019: Danach war der Vertrag dann abgeschlossen. Waren Sie auch in dieser Frage - jetzt zu der Zuständigkeit bei der Frage „noch Toll Collect“, vor dem Thema autoTicket - für die Errichtung eines Zahlstellennetzes für die Infrastrukturabgabe und der Lkw-Maut - - befasst? Das hatten Sie vorhin nur gestreift. Ich möchte es ganz gern noch einmal für das Protokoll haben. Sie waren auch mit der Frage Zahlstellennetz befasst bei der Toll Collect?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich persönlich war nicht mit der Frage Zahlstellennetz, also Toll-Collect-Zahlstellennetz, für die autoTicket befasst.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Da waren Sie nicht befasst?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, damals nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Nach Ihrem Wechsel zur autoTicket, was war Ihre Rolle dann da am Anfang? Natürlich auch Aufbau, keine Frage, auch Strategie; das haben Sie vorhin schon erklärt. Gab es eine konkrete Frage bei der Entwicklung der technischen Voraussetzungen, der Machbarkeit, für die Sie von Anfang an bei autoTicket zuständig waren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, das ist nicht der Fall. Wir sind ja - Sie kennen das GmbH-Gesetz - gemeinschaftlich vertretungsberechtigte Geschäftsführer, Herr Schneble und ich. Wir haben Schwerpunkte. Technikschnittpunkt und Finanzen sowie KBA-Kontakt liegen bei Herrn Schneble. Auf meiner Seite waren es eben die Operation, also der Betrieb des Mautsystems, Marketing und Kommunikation zum Beispiel. Manche Dinge haben wir gemeinsam gemacht. Aber die Toll-Collect-Verhandlungen - Sie sprechen wahrscheinlich den Unterauftragnehmervertrag auch an, in dem das Zahlstellennetz ja ein Gegenstand ist -, auch dort habe ich mich aus den Verhandlungen gehalten. Da war ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Also, an den Verhandlungen über den Unterauftrag zwischen autoTicket und Toll Collect waren Sie nicht beteiligt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** War ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Auch ganz bewusst haben Sie sich da herausgehalten.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe ihn wohl unterschrieben - das ist klar -, weil wir gemeinsam



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vertretungsberechtigt sind. Aber an der Verhandlung und an der technischen Umsetzung war ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann einen Schritt weiter zu dem Thema „18. Juni 2019“: Sie hatten sich schon eingelassen in Ihrem Eingangsstatement zu der Frage und dem Urteil des EuGH zum Thema Europarechtswidrigkeit. Wir haben sehr viel Zeit in diesem Ausschuss mit der Frage „Risikoabschätzung“ verbracht, die schon weit - - weil es ja eine Reihe von Verfahrensschritten vor diesem EuGH-Urteil gab: Auseinandersetzungen mit der Kommission, die dann eingestellt wurden, Aussage des Generalanwaltes. Können Sie aus Ihrer Sicht mal schildern: „Haben Sie mit dem Urteil gerechnet, oder warum haben Sie mit einem anderslautenden Urteil gegebenenfalls gerechnet?“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nun, ich bin kein Rechtsanwalt, kein Europa- oder Staatsrechtler. Das möchte ich vorwegschicken.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Das hatte ich auch nicht gefragt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das bedeutet natürlich schon was, wenn man das bewertet. Offen gestanden, ich hatte mir Gedanken gemacht, bevor ich gewechselt bin, weil es mich persönlich auch betraf - ich glaube, das ist nachvollziehbar -, und hörte eben, dass das Risiko doch äußerst gering sei, dass der EuGH eben so urteilte, wie er dann letztendlich geurteilt hatte, was mich dann auch eher zuversichtlich machte.

Juristisch bewerten kann ich das nicht. Ich fand das, was dann der Generalanwalt sagte - das hat man ja auch den Medien entnehmen können -, hier zuversichtlich für die<sup>23</sup> Position, dass es dabei bleibt. Aber, wie gesagt, bewerten kann ich das nicht.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Es hat auch gar nicht die Bewertung betroffen, sondern nur die

Frage Ihrer Erwartungen. Und wie Sie sagen, hatten Sie den Eindruck, dass ein relativ geringes Risiko eigentlich zu erwarten gewesen wäre, dass der EuGH anders entscheidet. Können Sie uns noch ganz kurz sagen, woher Sie diese Risikoeinschätzungen kennen? Aus der persönlichen Arbeit bereits bei Toll Collect oder auch bei auto-Ticket? Aus Besprechungen? Woher nehmen Sie diese Kenntnis oder diese Einschätzung, dass Sie dieses Risiko für gering hielten?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das sind viele Gespräche. Als Chefstrategie eines Mautbetreibers haben Sie natürlich Kontakte. Sie unterhalten sich mit Marktteilnehmern und bekommen Eindrücke. Ein Eindruck, wie gesagt, war die Auskunft von Herrn Schulenberg. Weitere Eindrücke habe ich im BMVI gewonnen. Letztlich war das in einer Phase, in der, wie gesagt, der Generalanwalt ja auch noch plädierte, in der, glaube ich, auch Vertreter im BMVI ganz zuversichtlich waren, dass das wohl so kommen würde, dass das also durchginge. Es sind wenige Gespräche. Konkrete Personen oder Gesprächssituationen erinnere ich da nicht.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. - Die Tatsache der Kündigung hatten Sie auch schon in Ihrem Eingangsstatement an uns herangeführt. Die entscheidende Frage, die hier immer wieder natürlich auftaucht, ist der Unterschied zwischen ordnungspolitischen oder auch anderen, zum Teil Schlechtleistungsgründen. Meinen Sie, dass es einen Unterschied macht, jetzt in der Herausforderung für Ihre Funktion bei autoTicket, was die Frage anbetrifft: „Wie geht man mit einer solchen Kündigung um?“, ob sie denn aus Schlechtleistungsgründen oder nur oder auch aus ordnungspolitischen Gründen stattfindet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Für uns ist vollkommen klar, dass wir - Sie sprechen das ja an - die Feinplanungsdokumentation sachgerecht und vertragsgerecht abgegeben haben. Insofern kommt für mich ohnehin nur allenfalls, ohne das juristisch beurteilen zu können, ebendieser andere Kündigungsgrund aus der ersten Kündigung in

<sup>23</sup> Richtigstellung des Zeugen: „meine neue“, siehe Anlage 2, S 60



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Betracht. Und selbst dieser ist aus meiner Sicht höchst fragwürdig, da - wir können ja zurückgehen an den 18. Juni, als das Urteil veröffentlicht wurde - wir umgehend angeboten haben, an einer Weiterentwicklung uns zu beteiligen.

Ich bin, wie gesagt, kein Staatsrechtler. Insofern kann ich auch das nicht juristisch beurteilen. Aber ich würde mal einschätzen, dass es da durchaus Wege gegeben hätte, oder zumindest wäre es schön gewesen, man hätte Wege gesucht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Die Frage, die ich eigentlich gestellt hatte, war: Gab es organisatorische Vorkehrungen, die Sie treffen mussten bei Eingang der Kündigung, um sich auf die Frage „Schlechtleistung“ vorzubereiten? Gab es Schritte, die Sie veranlasst haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich verstehe Ihre Frage vermutlich nicht gut, Herr Abgeordneter.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Na ja, die entscheidende Frage ist für mich: Wenn ich eine Kündigung bekomme rein aus ordnungspolitischen Gründen, dann nehme ich die zur Kenntnis. Da Sie wahrscheinlich relativ wenig Einfluss auf den EuGH haben, halten sich dort die Herausforderungen, wie man als Geschäftsführer vorgehen kann, relativ in Grenzen. Das verhält sich natürlich bei der Frage „tatsächlich Schlechtleistungsgründe“ etwas anders. Deshalb meine konkrete Frage: Haben Sie bestimmte Schritte unternommen nach Eingang der Kündigung auch aus Schlechtleistungsgründen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wir hatten - jetzt glaube ich, Ihre Frage, Herr Abgeordneter, gut zu verstehen - ja bereits bevor das EuGH-Urteil gesprochen wurde, Vorkehrungen getroffen. Wir haben an der Feinplanungsdokumentation, an den Verbesserungswünschen des KBA gearbeitet. Und für uns war vollkommen klar, dass wir weiter daran arbeiten, und das haben wir getan.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Gut. - Dann vielleicht doch zu den weiteren Schritten, die dann erfolgt sind: Ich glaube, das, was passiert ist, ist nun auch das, was in diesem Ausschuss schon

des Öfteren Thema war, nämlich die Unterauftragnehmerverträge, die eben zur Infrastrukturabgabe gehören. In dieser Frage gibt es gravierende Auffassungsunterschiede zwischen autoTicket, Ihnen, und dem BMVI, da direkt nach der schriftlichen Kündigung ohne die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers diese abgeschlossenen sieben Unterauftragnehmerverträge mit den verbundenen Unternehmen der Betreiberparteien - - geführt wurden, also: Verträge abschließen, direkt nachdem eine Kündigung eingeht. Und deshalb steht natürlich ein Vorwurf im Raum: Obwohl ich von der Kündigung weiß, schließe ich Verträge ab.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN):  
Wenn ich das jetzt fragen  
würde ...!)

Das ist ein Punkt, über den kann man nachdenken, Herr Vorsitzender. Aber vielleicht kann man an der Stelle noch die Antwort abwarten.

Wie schätzen Sie diese Situation ein? Wenn Sie sagen, man schließt dort Unterauftragnehmerverträge ab, obwohl man von einer Kündigung weiß, warum tut man das?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich will nicht spekulieren. Ich will Ihnen gerne sagen, Herr Abgeordneter, wie es war. Als ich zur autoTicket kam, waren die Verträge geschlossen. Sie waren gelebt. Sie waren aktiv. Die Mitarbeiter, die Firmen haben geleistet, und das BMVI und das KBA saßen mit Teilprojektleitern am Tisch regelmäßig, die aus diesen Unterauftragnehmern stammen. Das heißt, der Vertrag wurde gelebt, und er wurde dann als eine - aus meiner Sicht - Formalie dokumentiert. Die Verträge wurden nicht erst nach der Kündigung geschlossen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Also faktisch, vom Datum her, schon. Aber was Sie sagen wollen, wenn ich das noch einmal schnell zusammenfassen darf: Die Verträge existierten bereits vorher, und zum Schluss kam erst der Haken dran. - Darf ich das so verstehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Verträge wurden gelebt. Sie waren abgeschlossen. Die Unternehmen haben geleistet, und es wurde dann dokumentiert und unterzeichnet; richtig.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Gut. - Herr Vorsitzender, es könnte länger dauern. Dann machen wir nachher weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. Ja, machen wir gleich in der nächsten Runde. Die übrigen Fraktionen bekommen natürlich auch jetzt etwas großzügiger bemessen in dieser Runde ihr Fragerecht. - Jetzt hat der Kollege Mrosek das Wort.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr Dr. Blum! Sie sagten in Ihrem Eingangsstatement, dass der Beginn Ihrer Tätigkeit die noch nicht freigegebene Feinplanungsdokumentation war, die hier auch kritisiert wird immer. Wurde die pünktlich fertiggestellt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Mrosek, vielen Dank für die Frage. - Die Feinplanungsdokumentation wurde tatsächlich am 1. April 2019 freigabefähig übermittelt. Sie wurde abermals nach Anpassungen, die das KBA wünschte, am 17. Mai abgegeben.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke. - Dann sagten Sie in Ihrem Eingangsstatement:

Dass dies von BMVI und KBA seit dem 18. Juni 2019 anders dargestellt wird, ist aus meiner Sicht unglaubwürdig.

Was genau ist unglaubwürdig?

(MDgn Petra Bethge (BMVI)  
meldet sich zu Wort)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich glaube, Frau Bethge - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja. - Frau Bethge, bitte.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Danke, Herr Schiefner. - Mir scheint, dass die Frage zu sehr ins Detail geht. Wir waren ja bisher noch auf einer halbwegs abstrakten Ebene, was die Kündigungsgeschichte usw. betrifft. Diese Frage scheint mir doch sehr ins Detail zu gehen und aus meiner Sicht den Bereich zu berühren, für den wir die nichtöffentliche Sitzung brauchen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Also, zunächst mal ist die Frage, inwieweit das das Interesse des BMVI betrifft, und zum Zweiten denke ich, ob die Frage zu weit ins Detail geht, ist auch sehr stark von der Antwort des Herrn Dr. Blum abhängig.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Aber es mag dann zu spät sein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, ich werde da schon drauf achten. Ja, ich weiß, dass Sie drauf achten. Ich achte als Vorsitzender auch drauf. Der Herr Dr. Blum hat jetzt die Sensibilität dieser Frage, denke ich, auch verinnerlicht, dass das zu detailliert sein kann, und kann deswegen jetzt seine Antwort geben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Lassen Sie mich vielleicht wie folgt, Herr Abgeordneter, auf diese Frage antworten: Die Feinplanungsdokumentation - und das ist übrigens in nahezu allen komplexen Infrastrukturprojekten, die ich weltweit und auch in Deutschland gemacht habe, üblich - folgt einem Maßstab. Dieser Maßstab ist immer vertraglich geregelt. Solange eine Feinplanungsdokumentation, die übrigens ja nicht ein Bauplan oder eine Spezifikation ist, sondern eine Dokumentation einiger wichtiger Dinge, diesen Maßstab trifft, ist sie freigabefähig. Das bedeutet nicht, dass sie vielleicht hier und da nicht den Vorstellungen des Empfängers entspricht. Das ist ganz üblich. Das habe ich auch an anderer Stelle, auch in dem Mautunternehmen, das der Bundesrepublik Deutschland gehört, schon erfahren. Aber es ist eben wichtig, dass dieser Maßstab eingehalten wird.

Und die Entscheidungen des KBA, gemeinsam mit uns konstruktiv an diesen Wünschen, an diesen Nachbesserungen zu arbeiten, die waren



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aktiv und gegeben, also diese Vorstellung, das gemeinsam konstruktiv zu machen, bis zum Abend des 18.06. noch.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke. - Dann habe ich auch noch aus Ihrem Eingangsstatement eine Frage, und zwar zitiere ich noch mal:

Er wünsche sich ... dass wir bei Presseanfragen antworten, dass auch wir einen Zuschlag noch in 2018 gefordert hätten.

Sie sagten aber vorhin auch, ich sage mal, dass Sie mit einer Vergabe in 18 noch gar nicht gerechnet hätten aufgrund der Situation. Wie haben Sie das aufgenommen, eine Forderung, die Sie vielleicht gar nicht in 2018 gestellt haben, aber Sie sollten es nach draußen verkünden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich war am 19.06. ja in dem Termin ein wenig Beobachter. Das heißt, mein Kollege Schneble hat die Position der Betreiberparteien dargestellt, Herr Schulenberg hatte noch einen Redeanteil, Herr Bundesminister Scheuer; das waren die Hauptredner. Insofern konnte ich mich ein wenig darauf besinnen, das wahrzunehmen. Und offen gestanden, am 29.11.2018 hat mir Herr Schulenberg gesagt, er habe angeboten, noch mit dieser Unterschrift zu warten. Und dann saß ich am 19.06. in diesem Raum und hörte, dass es einen Wunsch gibt, die Sichtweise von Herrn Bundesminister Scheuer zu teilen und auch öffentlich zu teilen, dass wir das doch schon früher wollten, nämlich Ende 2018. Das hat bei mir natürlich einen Konflikt und, ich sage jetzt mal, einen Widerspruch erzeugt; das ist ja völlig klar.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke. - Also, aus Ihrer Sicht wäre die Unterschrift - so haben Sie ja in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt - total übereilt gewesen unter diesen Vertrag? Das hätte noch Zeit gehabt - so habe ich Sie jetzt richtig verstanden? -, ohne das Projekt zu gefährden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich weiß nicht, ob ich Sie jetzt richtig verstanden habe. Ich versuche,

das vielleicht mal so zu sagen: Übereilt war aus meiner Sicht, wie im Eingangsstatement dargelegt, die Kündigung. Das hatte ich gesagt.

**Andreas Mrosek (AfD):** Dann wollte ich mal fragen: Seit wann war Ihnen bekannt, dass der Bund im Zuge der Vergabeverhandlungen beabsichtigte, die Terminals von Toll Collect für einen künftigen Betreiber zur Verfügung zu stellen? Das geht aus dieser Vorlage hervor: MAT A BMVI-6/24\_h1, Blatt 1. Wie war da damals die Reaktion auf die Überlegungen des Bundes?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Könnten Sie mir das freundlicherweise vorhalten?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, selbstverständlich. - Haben Sie das Papier, das Dokument, Herr Mrosek?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, mir ist dieses Dokument nicht bekannt, nicht erinnerlich, und ich sehe auch, dass das von Herrn Dr. Dieter Neumann an Frau Henke und Herrn Stadler ging. Ich kann nicht erkennen, inwiefern ich in die Kommunikation eingebunden war.

**Andreas Mrosek (AfD):** Gut. - Dann habe ich erst mal für die erste Runde keine weitere Frage, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann kommen wir zu Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke schön. - Viele Fragen sind schon gestellt worden. Es ist ja klar, dass es sich bei Ihnen um ganz bestimmte Themenbereiche handelt. Ich fange auch bei Toll Collect an.

Sie haben ja gesagt, dass im September 2018 Sie zum ersten Mal davon gehört haben, dass das BMVI möglicherweise Toll Collect einbinden will. Am 13. September 2018 gab es zwischen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Vertretern von Toll Collect und dem BMVI erstmals ein Gespräch zu der Frage, ob Toll Collect die Pkw-Maut übernehmen könne. Laut einem Statuspapier von Toll Collect - das ist MAT A BMVI-8/18-03, Blatt 352 und 353 - gehörte zu denen, die da beteiligt waren, also zu denen, die das wussten, eine Person mit dem Kürzel „MB“. Waren Sie das?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Kürzel ist typischerweise „MCB“, und „C“ steht für „Cornelius“.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Oh!

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, es ist nicht ein typisches Kürzel meiner Person.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es wäre nicht Ihr typisches Kürzel.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Die Frage ist ja die: Waren Sie da am 13. September involviert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn Sie mir freundlicher Weise die Unterlage geben könnten.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Klar.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Sind Sie ein „Wissender“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Schön.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann das anhand des Kontextes ermitteln. Da haben die Herrschaften mich <sup>24</sup>- - Auch bei dem Treffen war ich

dabei. Diese drei Exemplare sind übergeben worden. Daran erinnere ich mich gut.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wie haben Sie das denn erlebt damals, diese Anfrage? Wie wichtig war das dem BMVI allem Anschein nach? War das Thema danach für Sie erledigt, oder war klar, dass da noch was kommt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank für die Frage, Frau Abgeordnete. - Das war damals, offen gestanden, vor dem Hintergrund eines so großen Projektes nicht wirklich ernst zu nehmen. Das hängt damit zusammen, dass die Unterlagen, die uns übergeben wurden, ja sehr umfangreich waren, und wir hatten vielleicht ein Wochenende, wenige Tage Zeit, die in Augenschein zu nehmen. Das haben wir getan. Wir sind zurückgekommen, haben exakt - deswegen erinnere ich das - auch diese Kontrolltechnik, die eben nicht farbgebend ist, angesprochen. Das sind <sup>25</sup> Kleinigkeiten. Und damit war das Thema aber dann auch, zumindest erst mal bis November, beendet.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben es angesprochen: Am 19. November gab es dann wieder ein Treffen zwischen Toll Collect und Vertretern des BMVI mit derselben Anfrage; jedenfalls erscheint es uns so, dass es dieselbe Anfrage war. Und zunächst hat Toll Collect das mit dem Verweis auf den angestrebten Zeitplan abgelehnt. Das haben Sie ja vorher wahrscheinlich auch schon geprüft.

Dann haben Sie aber trotzdem bei Toll Collect damit begonnen, eine Machbarkeitsanalyse zu erstellen. Das Ganze trug laut den Unterlagen, die wir haben, den Titel „Projekt X“. Unter anderem haben Sie dazu eine Mail am 26. November 2018 geschrieben, indem Sie Arbeitsaufträge dazu zusammengefasst haben. Das ist MAT A BMVI-8/30, Blatt 3. Können Sie uns erklären, wie es dann doch dazu kam und warum jetzt plötzlich eine Machbarkeitsanalyse gemacht wurde?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielleicht starte ich damit, dass damals, als wir die erste Befassung mit

<sup>24</sup> Ergänzung des Zeugen: „wohl vergessen“, siehe Anlage 2, S. 64

<sup>25</sup> Ergänzung des Zeugen: „zwar“, „“, siehe Anlage 2, S. 64



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Thema hatten, natürlich gesagt wurde: Entschuldigung, wir können in so kurzer Zeit keine Machbarkeitsanalyse machen. - Und möglicherweise war dann eine Zeit, in der man vielleicht Sorge hatte - ich spekuliere, aber ich sage das bewusst -, dass man einen anderen, jetzt staatlichen Mautbetreiber damit beauftragen kann. Vielleicht hatte man die Idee zu der Zeit, das noch mal ordentlich prüfen zu lassen. So bekamen wir meines Erachtens acht oder neun Tage Zeit. Das war aber auch nicht sehr üppig, wenn man bedenkt, dass die Betreiber, die dann den Auftrag erhielten, bzw. auch deren Wettbewerber ja circa, ich sage mal, anderthalb Jahre Befassung mit der Materie hatten. Da war also ein riesiger Abstand zwischen den acht Tagen, die wir hatten für die Machbarkeitsuntersuchung, und den Befassungszeiträumen der Bewerber um die ISA.

**Kirsten Lühmann (SPD):** War Ihnen bekannt, dass zu dem Zeitpunkt - mir fehlt immer die Terminologie; ich sage immer „Verhandlungsgespräche“; das ist aber die falsche Terminologie - Gespräche mit einem Anbieter geführt wurden, parallel zu der Anfrage zu Toll Collect? War Ihnen das bekannt zu dem Zeitpunkt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mir war das nicht bekannt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben ja gesagt, die erste Anfrage im September, aus Ihrer Sicht, war auch nicht wirklich ernst gemeint, weil enger Zeitrahmen, riesiger Umfang. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Am 19. November haben wir dann ein bisschen mehr Zeit gekriegt. - Aus Ihrem Eindruck: War das dann eine ernsthafte Anfrage? War das nur eine Alibisache, oder wollte das BMVI das unbedingt? Wie war Ihr Eindruck da?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Eindruck war nicht, dass das eine Alibisache ist. Die Anfrage habe ich als ernsthaft empfunden. Gleichzeitig muss ich aber sagen, dass eine solche Machbarkeitsanalyse in so kurzer Zeit mit einer Verbindlichkeit, die ja letztlich dann gefordert ist, eben

nicht möglich ist. Deshalb haben wir das auch<sup>26</sup> zusammengefasst in den Ergebnissen.

Und ich erinnere noch gut, dass ich den Vorschlag machte und diskutierte, dass man vielleicht eine Projektzeit bekommt, sagen wir, ein halbes Jahr. Das wäre für einen etablierten Mautbetreiber möglicherweise hinreichend gewesen. Und innerhalb dieses halben Jahres hätte man dann sehr ausführlich prüfen können, inwiefern man beispielsweise Vergabeprozesse, die ja ein Staatsunternehmen letztlich - in Anführungsstrichen - oder eine Beteiligung des Bundes auch durchführen muss, zum Erfolg führen, wie man beispielsweise bestimmte Assets, die man hat, anpassen kann an die Anforderungen. Ich glaube, das wäre nötig gewesen. Ich würde mal aufgrund meiner Erfahrung einschätzen: ein halbes Jahr und ein entsprechendes Budget, um diese Analyse zu betreiben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Haben Sie das schriftlich mitgeteilt oder mündlich, das Ergebnis dieser Projektgruppe? Und wie hat man darauf reagiert seitens des BMVI?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich weiß, dass die Kollegen Woithe und Eberhardt das Ergebnis übermittelt haben. Ich selbst war sozusagen in der Finalisierung dieser Ergebnisse beteiligt; aber ich war nicht beim Gespräch dabei, das mit dem BMVI geführt wurde.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Dann komme ich in meiner verbliebenen Zeit auch noch mal auf das Thema Feinplanungsdokumentation zu sprechen. Sie haben darauf bestanden oder es war Ihnen sehr wichtig, zu sagen, dass Sie eine freigabefähige Abgabe gemacht haben. Jetzt hörten wir vom KBA und von anderen, die gesagt haben: Es war eben nicht freigabefähig. - Sie haben eben noch mal erläutert: Aus Ihrer Sicht ist „freigabefähig“ nicht „fehlerfrei“, sondern eben „freigabefähig“.

Jetzt hat uns das KBA aber hier gesagt, hat uns erläutert, was für Fehler dadrin waren. Und unter

<sup>26</sup> Ergänzung des Zeugen: „entsprechend“, siehe Anlage 2, S. 65



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anderem ging es da um Blocker, die nicht funktionieren haben, die aber hätten funktionieren müssen. Und das KBA hat uns gesagt: Das war jetzt nicht eine Kleinigkeit, eine Petitesse - so wie Sie gesagt haben: na ja, das kann man ja noch mal nachbessern -, sondern diese Kiste mit den Blockern war wohl - nun bin ich keine Fachfrau; ich gebe nur das wieder, was die Zeugen uns hier gesagt haben - schon gravierend, und die Funktionalität dieser Feinplanungsdokumentation war dadurch nicht gegeben. - Könnten Sie da noch mal was zu sagen? Das ist ja eine Diskrepanz zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was die anderen Zeugen gesagt haben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Frau Abgeordnete, das mache ich gerne. Ich will vielleicht mal - -

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich darf aber noch mal vielleicht darauf hinweisen, wenn Sie meinen, es ist so sensibel, dass es nichtöffentlich besprochen werden soll - ich weiß jetzt nicht, in welche Richtung es geht -, dass wir es dann sicherheitshalber lieber später besprechen. Da besteht dann auch noch die Möglichkeit. Nur noch mal der Hinweis.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, mache ich gerne, Frau Abgeordnete Warken. - Wichtig ist der Maßstab. Und lassen Sie mich mal einen Vergleich ziehen: Ich habe lange Zeit auch mit dem Bundesamt für Güterverkehr zusammengearbeitet in sehr komplexen, ähnlich komplexen Projekten. Entscheidend ist immer, was in den entsprechenden Verträgen steht. Unser Vertrag war so angelegt, dass die Feinplanungsdokumentation - der Vertrag ist auch öffentlich; insofern sehe ich da kein Problem - eine Dokumentation ist. Das ist keine Spezifikation.

Insofern ist erstens der Begriff „Blocker“ nicht sachgerecht. Wenn Sie sich den Vertrag ansehen, werden Sie den Begriff „Blocker“ nicht im Zusammenhang mit der Feinplanungsdokumentation finden. Zum anderen sind sogenannte Defizite, die schwerwiegend sind, die wesentlich sind, solche, die geeignet sind, den Beginn der Errichtung des Infrastrukturabgabenerhebungssystems, wohlgemerkt: Erhebungssystems, zu ver-

hindern. Keiner dieser sieben sogenannten vermeintlichen Blocker war geeignet, den Beginn der Errichtung des Infrastrukturabgabenerhebungssystems zu verhindern.

Das will ich gern an einem kleinen Beispiel illustrieren - das ist sehr allgemein -: Wenn Sie eine Schnittstellenbeschreibung in einem bestimmten Format kompilieren, also überführen in ein - in Anführungsstrichen - „maschinenlesbares“ Format, dann kann es passieren, dass diese Datei korrumpiert und dass die nicht gelesen werden kann. Der Entwickler auf der Gegenseite nimmt seinen Telefonhörer oder das Handy in die Hand, ruft an bei demjenigen, der auf der anderen Seite sitzt, und sagt: Ich kann die Datei nicht öffnen. - Daraufhin setzt sich der Entwickler hin, macht die Sache noch mal, prüft noch mal, und dann ist das erledigt. Das kann ein so großes Projekt überhaupt nicht verhindern.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Meine Zeit ist fast vorbei, und ich möchte dann lieber in der nächsten Runde weitermachen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Gut. - Dann kommt der Kollege Luksic dran.

**Oliver Luksic (FDP):** Vielen Dank. - Schönen guten Abend! Ich würde gern anfangen auch mit der Feinplanungsdokumentation. Da liegt uns eine E-Mail vor aus dem Kraftfahrt-Bundesamt von Herrn Frank Günther vom 18.06., Betreff: Arbeitsgruppensitzung der AG 2.2 Betreiberüberwachung. - Da steht drin:

... aufgrund der Aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit dem EuGH Urteil von heute, müssen wir den Termin leider absagen.

Es ist ja so gewesen, dass Sie die Feinplanungsdokumentation immer im Juni und auch im Juli verbessern und nachbessern mussten. Wie bewerten Sie denn diese E-Mail? War das nicht ein Problem, wenn Sie auf einmal dann so eine E-Mail am Tag der Kündigung bekommen? Wie müssen wir das einordnen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Luksic, vielen Dank für die Frage. - Ich hätte gerne die E-Mail, wenn das möglich ist. Der Name Günther sagt mir zwar was, aber ich kenne den Vorgang nicht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Herr Luksic, können Sie noch mal die MAT-Nummer für alle sagen?

**Oliver Luksic (FDP):** Ja, Entschuldigung, habe ich übersehen. Das ist MAT A KBA-2/9-18, Blatt 259.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, ich habe zwar meinen Namen jetzt nicht so schnell darauf identifiziert, aber ich erinnere mich an den Vorgang. Es war auch zu der Zeit - - Hier steht: 18. Juni 2019, 17.03 Uhr. Wir hatten mit dem KBA für die Feinplanungsdokumentation sogenannte Nachfristen vereinbart, um eben die, ich sage mal, Missverständnisse und unterschiedlichen Erwartungen hier übereinanderzubringen. Da lief die Nachfrist für die ersten beiden, meine ich, sogenannten Blocker, vermeintlichen Defizite noch bis zum 21. Juni.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Entschuldigung. - Frau Bethge.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Entschuldigung, aber ich muss doch noch mal einwenden, dass wir hier zu sehr in den Bereich der schiedsverfahrensrelevanten Themen kommen. Und ich möchte wirklich bitten, dass wir diese Fragen in nichtöffentlicher Sitzung behandeln. Ich weiß, dass das nicht schön ist; aber es ist eben nicht so ohne Weiteres absehbar, wie tief die Antworten geraten. Und es gibt sicherlich auch auf beiden Seiten unterschiedliche Sichtweisen, was besonders sensibel ist im Rahmen des Schiedsverfahrens und was nicht. Im Interesse eines fairen Verfahrens müssen wir hier einfach Vorsicht walten lassen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Also, ich war jetzt - - Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wenn wir das nicht klären können, möchte ich eine Beratungssitzung haben. Ich sehe das grundsätzlich anders. Es ist kein Zeuge aus dem BMVI oder aus einer nachgeordneten Behörde, sondern es ist ein Zeuge von einem privaten Betreiber, und der erzählt uns auch keine Geheimnisse aus dem BMVI, sondern er schildert uns seine Sicht der Dinge aus seiner Tätigkeit. Und wenn der Zeuge meint, dass diese Informationen öffentlich sein können, obwohl sie dadurch eventuell ihm zum Nachteil gereichen können - das weiß ich ja nicht -, dann ist das seine Sache.

Und wenn das Rechtliche geklärt werden muss: Aus unserer rechtlichen Sicht ist es Sache von Herrn Blum, zu entscheiden, was er uns hier sagt und was nicht; es sei denn, er würde uns hier Geheimnisse aus seiner Tätigkeit bei der Toll Collect - weil das ist eine andere Geschichte - erzählen. Wenn Sie der Meinung sind, das darf nicht er entscheiden, sondern das müssen Sie entscheiden, dann brauchen wir jetzt hier eine Beratungssitzung.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Das  
finde ich aber auch!)

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich sage auch gleich noch was dazu. - Aber vorher der Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ich würde mich der Bewertung der Kollegin Lühmann anschließen. Aber vielleicht als Kompromiss: Vielleicht kann ja der Zeuge das möglichst abstrakt beantworten. Und wenn wir dann weiteren Fragebedarf sehen, können wir das in einer weiteren Sitzung machen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich denke, dass wir uns in der Vergangenheit grundsätzlich drüber einig waren, dass der Bereich Schiedsverfahren ein sehr sensibler Bereich ist; da sind wir auch sehr verantwortungsbewusst mit umgegangen und haben das dann meist auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nichtöffentlich behandelt, immer mit der Maßgabe, dass gewisse Dinge dann ja auch für den Abschlussbericht vielleicht wieder herabgestuft werden können.

Jetzt habe ich ja eben schon darauf hingewiesen, dass der Zeuge da bitte nicht zu sehr ins Detail geht. Ich habe mich auch kurz mit dem Herrn Georgii drüber unterhalten. Es ist natürlich richtig, dass der Zeuge aus seiner Sicht, der Partei autoTicket, hier etwas vorträgt, und da kann er von mir aus auch vielleicht sagen, was er will - so wie Sie es gesagt haben -; aber die Zeugen des BMVI sind wiederum nicht in der Lage, öffentlich auf die Dinge eingehen zu können. Und dann steht das eine öffentlich im Raum und das andere nichtöffentlich. Und auch das, finde ich, ist dann - -

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das denn für eine Argumentation?)

- Natürlich ist das eine Argumentation. Aber hallo! Natürlich ist das eine Argumentation. Du kannst - -

(Kirsten Lühmann (SPD): Eine juristische!)

- Aber natürlich ist es eine juristische Argumentation. Wenn für das Schiedsverfahren die Voraussetzungen dann so, ich will nicht sagen: verzerrt werden - - Aber wenn hier eine Partei in der Öffentlichkeit Dinge kundtun kann, die die andere Partei dann vielleicht nur nichtöffentlich kundtun kann, ist das schon was, wo wir in der Vergangenheit auch immer drauf geachtet haben.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kann doch sagen, was er will und wo er will!

- Jetzt rede ich, Herr Krischer. - Wir haben in der Vergangenheit - und es waren ja auch schon weitere Zeugen da, die den Betreiberparteien zuzuordnen sind - auch alles in der nichtöffentlichen Sitzung gemacht.

(Zuruf: Nein!)

- Doch. Da haben wir genauso oft in nichtöffentlicher Sitzung - -

(Kirsten Lühmann (SPD): Jetzt sind wir so weit! Ich finde, jetzt sollten wir eine Beratungssitzung machen!)

- Ja, gut. Dann machen wir eine Beratungssitzung. Bitte.

(Kirsten Lühmann (SPD): Weil das sind jetzt wirklich Dinge, die sollten wir unter uns machen!)

- Gut.

Wir machen jetzt eine Beratungssitzung und bitten den Zeugen und seinen Zeugenbeistand und jeden, der die Öffentlichkeit darstellt, den Saal zu verlassen, und bitten, die Übertragung in das PLH zu beenden, sofern sie überhaupt stattfindet.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 19.27 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 20.25 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Wir setzen jetzt die öffentliche Sitzung fort. Dann können wir mit der Befragung fortfahren.

Ich möchte Sie noch mal darauf hinweisen, Herr Blum, und belehren: Wenn schutzwürdige Interessen auch des Bundes betroffen sind - sprich: die Auswirkungen haben auf das Schiedsverfahren -, von denen Sie Kenntnis haben, dann bitte ich, dies auch, wenn entsprechende Fragen gestellt werden, zu berücksichtigen, weil auch daraus natürlich Dinge resultieren können, die schutzwürdig sind, auch im Interesse des Bundes. Die können wir nicht in öffentlicher Sitzung behandeln. Das Gleiche betrifft auch eventuell



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihre Kenntnisse, die Toll Collect betreffen, die einfließen mit Ihrem Wissen auch in ein Schiedsgerichtsverfahren: dass die bitte auch hier nicht öffentlich in dieser Form dann vorgetragen werden dürfen von Ihnen. Was Ihre Aussagen betrifft zu Ihrem eigenen Unternehmen, ist Ihnen das natürlich freigestellt. Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, wenn wir jetzt in die Fragestellungen wieder einsteigen, dass Sie hier eben dann auch entsprechend verfahren sollten. - Noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Dazu habe ich keine Fragen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann waren wir jetzt gerade eben bei der Fragestellung beim Kollegen Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ja. Dann möchte ich da noch mal anfangen oder weitermachen. Nach 1:26 gab es ja schon jetzt hier eine lange Unterbrechung. Und die Frage, ob ich twittern darf, wird noch beantwortet.

Also, meine Frage war, wie Sie das öffentlich zugängliche Dokument, das Ihnen vorgelegt wurde, einordnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, die Einordnung aufgrund dessen, was ich hier lese, ist wie folgt: Mir ist an dem 18. Juni von Mitarbeitern mitgeteilt worden, dass Ansprechpartner aufgrund des EuGH-Urteils nicht mehr zur Verfügung stehen. Das war insofern auch wichtig für uns, da wir vereinbarte Termine hatten mit dem KBA, bis zu denen wir eben noch Anpassungen wunschgemäß vornehmen sollten. Und dieser Herr Günther, der hier angesprochen ist, ist ein zentraler Ansprechpartner, der eben, wie es hier ersichtlich ist, aufgrund des EuGH-Urteils den Termin abgesagt hat.

**Oliver Luksic (FDP):** War das jetzt ein Problem, oder wie wurde das denn bei Ihnen aufgenommen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe diese Mail von verschiedenen Personen berichtet bekommen. Insofern hat das mehrere Personen offenbar auch

betroffen. Alles Weitere, wenn wir da ins Detail gehen, kann ich natürlich auch noch mal detailliert besprechen in einer eingestuften Sitzung.

**Oliver Luksic (FDP):** Vielen Dank für die Einordnung. - Also, der Popanz von einer Stunde war etwas unnötig meines Erachtens.

Ich würde gern zu einem anderen Thema kommen. Und zwar habe ich das letzte Mal den Kollegen Dr. Schulz befragt, der mir sagte - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 19/28, Seite 147 -, er hätte sich mit Ihnen getroffen zu einem Abendessen, er hätte mit Ihnen da Bier getrunken, aber es sei eigentlich nicht um das Thema ISA gegangen. Da ist meine Frage: Ich kann es mir irgendwie schwer vorstellen, dass man sich trifft, ohne über dieses Thema zu sprechen. Deswegen ist meine Frage: Haben Sie mit Herrn Schulz über den gesamten Komplex gesprochen und, wenn ja, was? Und ging es da auch um die Frage, ob es mal ein solches Angebot gegeben hat, dass verschoben werden soll - die Abgabe im November -, oder war das alles gar kein Thema und es ging nur um Bier und private Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das Treffen mit Herrn Dr. Schulz hat es gegeben. Ich kann nicht sagen, wann - im September, denke ich. Und ich hatte auch ein konkretes Anliegen: Herr Schulz und ich kennen uns seit über 20 Jahren, und ich habe einen guten Bekannten, der nach einer Anschlussbeschäftigung sucht. - Das war auch der Anlass für unser Treffen. Wir haben darüber gesprochen, ob möglicherweise bei Toll Collect eine Verwendung existiert. Ich habe ihm in der Folge dann auch am Tag drauf eine E-Mail mit dem Lebenslauf übermittelt.

Und wir haben natürlich das Thema PUA gestreift. Allerdings kennen Sie Herrn Dr. Schulz sicherlich aus seiner Tätigkeit im BMVI: Er ist sehr erfahren und behandelt so was auch korrekt.

Und das Thema Angebot: Da erinnere ich mich, dass Herr Schulz gesagt hat, es könne ein solches Angebot gar nicht gegeben haben: Es lag nichts



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Schriftliches vor, und im Übrigen war das Angebot der Bietergemeinschaft Paspagon ohnehin nicht zuschlagsfähig.

**Oliver Luksic (FDP):** Also das heißt - - Wie haben Sie das wahrgenommen, und wie haben Sie da reagiert auf den Vorhalt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich habe wahrgenommen, dass Herr Schulz das, was da offenbar ausgetauscht wurde, offensichtlich nicht als Angebot empfunden hat, weil er es ja klassifizierte. Er sagte: Es war kein schriftliches Angebot. - Und über die Form, ganz ehrlich, konnte ich ja nicht weiter was sagen. Ich war nicht dabei und hatte von Herrn Schulenberg das am 29.11. abends während meiner Fahrt auch nur mündlich wahrgenommen. Ich kann also nicht sagen, ob es ein schriftliches Angebot gab oder ein mündliches Angebot.

**Oliver Luksic (FDP):** Also ging es nur kurz - es wurde gestreift - um die Frage, ob es das mündlich oder schriftlich gab. Aber nach Ihrer Wahrnehmung war Herrn Schulz also schon bekannt, dass das Ganze Thema war bei dem besagten Gespräch im November, von dem Ihnen ja auch Herr Schulenberg berichtet hat.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich müsste spekulieren, was jetzt Herr Schulz da wahrgenommen hat. Ich kann nur sagen, dass er so konkret drauf antwortete. Er sagte, ein schriftliches Angebot hätte es nicht gegeben, und im Übrigen sei das Angebot des Bieterkonsortiums zum Zeitpunkt des Gesprächs eben auch nicht zuschlagsfähig gewesen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat Herr Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, ich springe jetzt noch mal in die Frühzeit Ihrer Tätigkeit bei autoTicket. Am 24.05.2019 fand nach Aussage von Herrn Schneble ein Treffen zwischen autoTicket, Toll Collect und dem BMVI statt, ein turnusgemäßes. Haben Sie daran teilgenommen? Erinnern Sie sich an ein solches Gespräch?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, vielen Dank. 24.05. - wenn das ein Freitag war, war das wahrscheinlich genau das Spitzengremium, das ich in meinem Eingangstatement erwähnte.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und gab es aus Ihrer Wahrnehmung zu diesem Zeitpunkt Hinweise, dass die Leistungserbringung durch autoTicket als nicht vertragsgemäß eingeschätzt worden sei, werden könnte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Einschätzungen - das war üblich in diesem Gremium - wurden auf einer Projektampel, die drei Farben hat, sozusagen konzentriert. Und die Ampel war auf Grün; sowohl die Ampel des BMVI aus der Feder, nehme ich an, des Referats - der Referatsleiter war auch regelmäßig anwesend - als auch unsere Ampel war auf Grün.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Nun gab es nach den Unterlagen, die uns vorliegen, am 7. Juni noch mal ein weiteres Gespräch zur Abstimmung von Defiziten in der Feinplanungsdokumentation, das Herr Stadler - und da gibt es dann auch E-Mails dazu - mit Herrn Kneller vom KBA als Eskalationsgespräch gewertet hat oder gefordert hat. Haben Sie an diesem Gespräch teilgenommen, 07.06. - Sie stehen zumindest in der Liste derjenigen, die dort teilnehmen sollen -, und haben Sie es als Eskalationsgespräch erfahren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der 07.06. war ein Termin im Bundesverkehrsministerium. Anwesend waren Vertreter des KBA; das Referat war anwesend, Herr Dr. Neumann als Berater des Bundes war anwesend. Die Vertreter des KBA waren zugeschaltet aus Flensburg. Ich erinnere mich gut an den Termin. Und der Termin war ein Termin, der auch vorbereitet war im Übrigen. Der wurde vorbereitet am 05.06. Und er war deutlich in der Gestalt, dass das Ministerium und das KBA sich wünschten, dass wir diese Anpassungswünsche, die sie hatten, jetzt zu einem Erfolg führen, und schlugen uns auch konkrete Termine dafür vor. Insofern war es ein sehr deutliches Gespräch. Aber es war genauso deutlich konstruktiv, weil ich mich noch erinnere, dass gesagt wurde, dass man davon ausginge, dass man die Fristen oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Termine, die dort vereinbart waren, einhält und einhalten kann. Außerdem wurde avisiert, dass nach Klarstellung dieser vermeintlichen Blocker, also vermeintlichen Defizite, eben auch die Freigabe erteilt wird. Also das war kein Eskalationsmeeting.

Und es gibt eine nette Anekdote noch im Anschluss: Als das KBA dann eben nicht mehr teilnahm, sondern die Videoschleife beendet war, drehte sich Herr Stadler, mit dem ich ja auch bei Toll Collect zusammenarbeitete, zu mir und sagte: Wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. - Insofern, ganz ehrlich, das ist das Gegenteil von Eskalation.

Und lassen Sie mich noch eines sagen: Die Vergabephase stand ja mal sehr kritisch da. Und da wurde offenbar von Bundesminister Scheuer und Herrn Staatssekretär Schulz so eskaliert, dass man eben die Vorstände einbestellte und am 29.11. sich traf, um wesentliche Dinge zu besprechen. Das wäre im Übrigen vielleicht - - Wenn man von Eskalation spricht: So was verstehe ich als Eskalation, so was kenne ich auch aus Toll-Collect-Zeiten als Eskalation. Aber das Meeting, was<sup>27</sup> Sie ansprechen, am 07.06. war ein deutliches unter Vertragspartnern, aber ein konstruktives.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Und dann wird in einer E-Mail vom 17. Juni von Herrn Frevert von Noerr Rechtsanwälte an das KBA noch mal die Sicht des Betreibers auf den erreichten Sachstand wiedergegeben. Ich kann Ihnen das auch gerne vorlegen, wenn Sie wollen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, bitte.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ich kann auch die MAT-Nummer nennen: MAT A BMVI-5/1k-5, Blatt 182 ff. Und da dreht es sich auch noch mal um die Feinplanungsdokumentation. Wollen Sie das Schreiben sehen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ja, ich kann die E-Mail erkennen. Wenn Sie noch Ihre Frage bitte formulieren würden.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja. Das Ministerium hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von mir und meiner Fraktion dieses Schreiben herangezogen, um einen Vertrauensbruch, der damit ausgelöst sei vonseiten von autoTicket, zu begründen. Können Sie aus Ihrer Sicht noch mal sagen, was der Hintergrund dieses Schreibens ist?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Hintergrund dieses Schreibens ist, dass wir vor allen Dingen - und das sehen Sie gleich am Anfang - bestätigen, dass wir die gewünschten Termine einhalten werden und dass wir die gewünschten Inhaltsänderungen umsetzen werden. Dass unsere Kanzlei freilich auch klarstellt, wie das rechtlich aus Sicht unserer Rechtsberater eben einzuordnen ist und dass wir überzeugt sind, dass wir die Feinplanungsdokumentation freigabefähig gemäß dem Maßstab des Betreibervertrags übermittelt haben, das ist nur legitim.

Im Übrigen: Die ganze Lebenswirklichkeit zeigt Ihnen, dass wir ja weiter daran tätig waren und dass wir genau diese gewünschten Termine und gewünschten Änderungen für unseren Kunden bereit waren umzusetzen und auch umgesetzt haben, solange man uns ließ.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, Sie haben ja in der Tat eine interessante berufliche Biografie, was dieses ganze Thema angeht. Und Sie haben eben auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt, am 23. April 2019 haben Sie bei autoTicket begonnen, und das Urteil des EuGH und die Kündigung kamen dann am 18.09. [sic!],

<sup>27</sup> Richtigstellung des Zeugen: „das“, siehe Anlage 2, S. 70



## Nur zur dienstlichen Verwendung

also keine zwei Monate später. Jetzt haben Sie uns geschildert, auch in dem Eingangsstatement: Alle Ampeln waren auf Grün, es war kein Problem eigentlich zu erkennen bei der ganzen Projektabwicklung. - Meine Frage an Sie wäre: Wenn man jetzt zwei Monate Geschäftsführer eines Unternehmens ist, kann man tatsächlich dann so tief da reinblicken, dass man das alles überblickt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es wäre vermessen, zu glauben, Herr Abgeordneter, ich könnte alles überblicken. Das will ich nicht sagen. Aber wenn Sie eintreten in ein Unternehmen und eben vor allen Dingen zumindest ein gewisses Maß an Erfahrung mitbringen, dann wissen Sie schon auch, gerade mit der MaB40K-Umsetzung und so, wo Sie hinschauen müssen. Und ich sagte es schon oder deutete es an: Was ich vorgefunden habe, war erwartungsgemäß.

Ein Joint Venture ist ein Unternehmenszusammenschluss, der übrigens ganz im Sinne auch der Bundesrepublik Deutschland so erfolgte. Das war sinnvoll. Und trotzdem bleibt es ein junges Unternehmen, das auch weiterhin Potenziale hat, Dinge noch mal besser zu machen. Aber es waren alle Workstreams eingerichtet, die nötig waren. Es waren Mitarbeiter vorhanden. Als ich kam, waren es schon über 200 Mitarbeiter. Dann waren es am Ende 359 Mitarbeiter, die wir zählten, die an dem Projekt arbeiteten. Wir hatten Zwischenergebnisse. Also, es war in einem guten Zustand, und es war richtig, dass die Ampel auf Grün war, was nicht bedeutet, dass es nicht noch besser sein kann. Das ist ganz normal in komplexen Projekten.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist völlig klar. - Sie haben also in den zwei Monaten immer den Eindruck gehabt: Da ist nirgendwo irgendetwas, was Schwierigkeiten macht, was so relevant ist, dass das Projekt insgesamt infrage steht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Gegen Ende Ihrer Frage ist genau das Richtige für mich gekommen: „dass das Projekt infrage steht.“ Nein, es gab nichts, was das Projekt infrage stellte. Es gab durchaus Aspekte, wo man nachschärfen musste. Es gab

Entscheidungen, die noch zu treffen waren. Aber diese Entscheidungen - -

Ich nehme mal als Beispiel den Standort. Mit dem Standort wollten wir auch einer weiteren Anforderung oder einem Wunsch des Bundes, der nachvollziehbar erschien für uns, nachkommen, der vielleicht auch wirtschaftlich für uns sinnvoll war, nämlich in den vom Kohleausstieg bedrohten Gegenden einen Zweitstandort zu entwickeln. Das haben wir sehr lange analysiert, haben letztlich dort sondieren müssen und kamen dann aber rechtzeitig zu dem Ergebnis, dass wir uns für einen Standort in Berlin-Adlershof entschieden haben. Dass das natürlich ein wichtiger Punkt war, dass es ein Risiko gibt, möglicherweise eine Entscheidung zu spät zu treffen, heißt nicht, dass hier ein Incident war, also ein Problem bestand. Und wir haben rechtzeitig entschieden, wo wir hingehen.

Insofern gibt es in einem solchen Projekt immer Punkte, die wichtig sind, die dringend sind. Aber es gab keinen einzigen Punkt in diesem Projekt, der das Projekt und den Projekterfolg riskierte oder, sagen wir so, behinderte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. War ja auch unser Eindruck im Bundestag. Wir haben ja auch nie etwas davon gehört, dass es da irgendwelche Probleme gibt. Insofern deckt sich das.

Ich würde dann zum 18.06. kommen, Gerichtsentscheidung. Und wir haben hier Herrn Schulenberg gehört, der gesagt hat, da sei für den Abend des 18. eine Einladung ins Ministerium erfolgt, 19 Uhr, mit Geschäftsführung auto-Ticket - das müssten Sie ja dann gewesen sein -, und die sei eine Stunde vorher abgesagt worden. Wie haben Sie das in Erinnerung? War Ihnen da klar, dass jetzt möglicherweise nur über das Gerichtsurteil gesprochen wird oder dass da auch andere Dinge unter Umständen zur Sprache kommen? Also war der 18. für Sie schon irgendwo so ein Punkt, wo dann plötzlich die Wendung auftrat zu dem, was Sie gerade geschildert haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist sehr intensiv gewesen, der 18. Juni 2018<sup>28</sup> [sic!] - können Sie sich vorstellen. Morgens kam die Nachricht vom EuGH-Urteil. Ich bekam Meldungen auf meinem Mobiltelefon. Mein Kommunikationschef kam zu mir. Wir hatten umgehend im BMVI unseren Kunden natürlich angerufen, der wahrscheinlich genauso beschäftigt war und nicht erreichbar war. Dann habe ich die Mitarbeiter in einen großen Raum geholt; der reichte gar nicht aus. Manche kannten mich als Geschäftsführer ja noch nicht mal, also die meisten schon, aber wenige nicht, und ich habe erst mal eine Prozesskommunikation zu dieser Krise, nämlich der Krise „EuGH-Urteil“<sup>29</sup> -

Und es gab in Vorbereitung auf diesen Termin gerade auch Abstimmungen mit dem BMF, mit der Generalzolldirektion, dem KBA, dem BMVI etc., wie man jetzt damit umgehen würde, wäre ein solches Urteil ins Haus gestanden. Dann war klar, wir müssen uns mit dem BMVI abstimmen. Und Herr Schneble, mein Kollege, telefonierte mit Herrn Görrissen, wie er mir später berichtete, und bot sofort an, dass wir als Geschäftsführung mitwirken werden und können an einer Anpassung, um sozusagen das EuGH-Urteil auch in mögliche Änderungen der Pkw-Maut oder Infrastrukturabgabe zu überführen. Und das hat auch übrigens in den Kommunikationsleitlinien immer an erster Stelle gestanden, dass man in Ruhe - heißt es dort; ich zitiere - prüfe, wie man nun mit diesem EuGH-Urteil umgeht.

Und dann kam es zu einer Einladung für 19 Uhr, und um 18 Uhr wurde diese Einladung wieder storniert. Wir hatten trotzdem an dem Abend, wie ich noch erinnere - - Ich erinnere mich, wie wir uns beschäftigt haben mit einer Anpassung, ob man möglicherweise diese Pkw-Maut ökologischer orientiere oder eine durchschnittliche Entlastung - manche zahlen dann doch etwas mehr von den deutschen Fahrzeughaltern, andere etwas weniger - - ob man Derartiges hätte anpassen können. Also wir waren weiterhin konstruktiv damit beschäftigt, diese Pkw-Maut anzupassen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, zu diesem Zeitpunkt gab es für Sie noch keinen Hinweis von irgendwas von Schlechtleistung oder Kündigung aus anderen Gründen. Das kannten Sie zu dem Zeitpunkt - - war noch nichts angekommen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, ganz im Gegenteil. Am 18. Juni - ich habe, weil diese Frage immer wieder auftaucht, da auch eine E-Mail in Erinnerung - wurde sogar noch seitens des KBA - - Wir waren ja gerade dabei, diese Änderungswünsche zu vollziehen, und hatten Vereinbarungen, dass wir mit den Arbeitsgruppen - Herr Luksic sprach das ja gerade an - diese Anpassungen vornehmen, und erhielten auch noch am 18. von dem Projektleiter Blumenberg die Bitte, eine ganz aktuelle Schnittstelle seitens des KBA zu berücksichtigen. Also da hat weder das KBA noch haben wir damit gerechnet, dass hier Ende ist, und schon gar nicht, dass es jetzt wegen einer Schlechtleistung enden könnte. Im Gegenteil, wir waren dabei - am Abend hatte ich noch mal mit Herrn Blumenberg telefoniert -, weiterzumachen. Ich habe das Projektteam sogar noch schriftlich darüber informiert.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann nächste Fragerunde. Dann hat Herr Kollege Lange jetzt das Wort.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, Herr Blum, auch von meiner Seite: Ich mache jetzt mal wieder einen ganz großen Sprung zurück, nämlich auf den 29.11.2018. Da hatten Sie, so haben Sie es uns hier ja auch vorgelegt, ein erstes Telefonat mit dem Herrn Schulenberg. Wann hatte sich denn der gemeldet, dass er mit Ihnen telefonieren möchte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Herr Schulenberg hat sich nachmittags, meine ich, gemeldet. Ich weiß das deshalb, weil ich unterwegs war und ihn dann zurückrief, als ich im Auto auf der Heimfahrt war.

<sup>28</sup> Richtigstellung des Zeugen: „2019“, , siehe Anlage 2, S. 72

<sup>29</sup> Ergänzung des Zeugen: „gestartet“, siehe Anlage 2, S. 72



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Kannten Sie den Herrn Schulenberg, oder wussten Sie, warum er anruft, oder - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kannte Herrn Schulenberg, aber ich wusste nicht, warum er anruft.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Also Sie hatten vorher keinerlei Kontakt zu Herrn Schulenberg.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, ich kannte Herrn Schulenberg, deshalb hatte ich Kontakt zu ihm. Und Herr Schulenberg hat sich, ich weiß nicht, fünf Jahre zuvor mal in meiner Tätigkeit bei Toll Collect mit mir bekannt gemacht. Herr Schulenberg bzw. sein Unternehmen ist noch für die Toll Collect tätig.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie am 28.11., also einen Tag davor - da erinnern Sie sich sicher noch dran; Sie schreiben ja auch hier, dass das BMVI erwog, autoTicket irgendwann in Toll Collect zu integrieren -, da hatten Sie so eine Skizze gemacht - MAT A BMVI-8/50a-04, Blatt 10 -; da heißt es dann:

- a. Private zum gesetzten Termin starten lassen
- b. TC als Architekt einer späteren ...

(Zuruf)

- Hatte ich gerade schon - -

(Zuruf)

- Ach so. Soll ich sie noch mal - -

(Zuruf)

- Ja. Vielleicht kriegen wir es auch ohne MAT-Nummer hin. - Ich nehme mal an, Herr Blum, Sie erinnern sich an dieses Schaubild.

(Der Abgeordnete hält ein Schaubild hoch)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Sie müssten es mir bitte zeigen. Meine Augen sind auch nicht mehr so gut.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Also, dann bringen wir es Ihnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

- Ja, das ist richtig.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Also das war Gegenstand der Besprechung am 28.11.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war Gegenstand der Besprechung mit den Kollegen Eberhardt und Woithe, ja.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Ja. Am Tag drauf ruft dann der Herr Schulenberg an - bisher keinen Kontakt, sagten Sie. - Dann schreiben Sie hier, dass uns sicherlich bekannt war, dass man erwog, autoTicket in Toll Collect zu integrieren. Das heißt, die Idee bestand also schon zumindest vor dem Anruf von Herrn Schulenberg. Wie haben Sie sich denn dann ausgetauscht? Berichten Sie uns mal ein bisschen über dieses Gespräch. Ich habe das extra vorher vorgelegt; ich bin fair.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist sehr freundlich. Vielen Dank. - Das Gespräch mit Herrn Schulenberg war nicht besonders lang, offen gestanden. Er berichtete mir tatsächlich eben davon, dass er wissen wollte, wie ich dazu stünde, die autoTicket-Geschäftsführung zu übernehmen. Und ich sprach ihn an auf das EuGH-Urteil und die Unsicherheit diesbezüglich. Dann berichtete er mir von der Position des Bundesministers und meinte, ich solle mir da keine Sorgen machen. Und dann sind wir aber aus dem Gespräch gegangen, und ich überlegte und sagte: Ich komme wieder auf Sie zurück.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Was berichtete er denn über den Stand der Verhandlungen und das Auftragsvolumen und die Differenzen im Auftragsvolumen? Was war Ihnen denn da bekannt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Schulenberg berichtete überhaupt nichts zu der Verhandlung oder zu den Preisen. Wir haben uns nicht darüber ausgetauscht.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Inwiefern kam er dann auf dieses Angebot zu sprechen? Das ist jetzt mir noch nicht ganz schlüssig. Also, warum hat er denn dann gesagt, er war beim Minister? Einfach so zum Kennenlernen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Schulenberg hat auf eine Frage meinerseits reagiert. Und meine Frage war - - Sie wissen - wir kennen uns auch aus dieser Zeit, Herr Abgeordneter -, dass ich eine attraktive und interessante Stelle ausgeübt habe bei Toll Collect, die ich mit sehr viel Freude ausgeübt habe. Und ich wollte freilich nicht sozusagen wechseln und dann ein großes Risiko eingehen, nach dem EuGH-Urteil, wenn es dann doch negativ wäre - ich sage es mal sehr plastisch -, auf der Straße zu stehen. Deswegen habe ich ihn gefragt, wie er das einschätzen würde.

Und dann hat er berichtet, dass er Herrn Bundesminister Scheuer ja vorgeschlagen habe, zu warten bis nach dem EuGH-Urteil, dieser ihm aber erläuterte, dass in seinem Haus etliche Gutachten vorlägen, wonach das kein Problem werden würde. Und im Übrigen sagte er - das war dann der Abschluss -: Wir haben Vertragsbedingungen angeboten bekommen, die uns auch für den Fall, dass es aus Gründen der europäischen Gerichtsbarkeit dann aus ist mit der Pkw-Maut, das also nicht möglich ist - - dass wir Schadensersatz erhalten. - Das hat er mir erläutert.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Ich sage jetzt mal: Eine Schadensersatzregelung ist ja nichts Außergewöhnliches. - Aber für Ihr Interesse, zu wechseln, kann ja nicht die Perspektive der Schadensersatz sein, sondern die Perspektive ist natürlich die Umsetzung des Projekts.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, aber aus der Perspektive eines Gesellschafters, seinen Geschäftsführer dann auch für die Dauer der Vertragszeit bezahlen zu können, ist der Schadensersatz dann schon erheblich.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Gut. Das lasse ich jetzt einfach mal so stehen. Das wäre jetzt nicht unbedingt meine Perspektive, aber okay.

Können Sie uns noch ein bisschen weiterberichten, wie dann die Gespräche oder der Entscheidungsprozess hin zu autoTicket verliefen? Das würde mich in dem Zusammenhang schon interessieren. Deswegen habe ich extra dieses Schaubild vom 28.11. Ihnen vorab noch mal hinlegen lassen, weil da natürlich schon ein mittel- oder unmittelbarer Zusammenhang, ein Verhältnis dann besteht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das mache ich gerne. Also, es ist so: Am 30. November - das muss an dem Wochenende dann nach diesem Telefonat gewesen sein -, ich glaube, Freitag/Samstag, 30. oder 1. Dezember - weiß ich nicht mehr -, habe ich ihn zurückgerufen und habe gesagt: Ja, ich kann mir das grundsätzlich vorstellen.

Ich bin dann - und das ist in meinen Augen ja auch nur richtig und schlüssig - zu Herrn Kirchmann gegangen, mit dem ich übrigens ein sehr enges und langjähriges Arbeitsverhältnis hatte, und habe ihm berichtet, dass ich möglicherweise mich woandershin orientiere. Und daraufhin habe ich dann auch an dem 6. Dezember - das war das erste Meeting, was es gab zwischen dem BMVI, der autoTicket und der Toll Collect - an diesem Termin nicht teilgenommen.

Ich bin dann im Dezember, am 14. Dezember, erstmals in Hamburg gewesen zu einem persönlichen Gespräch und habe am 23. Januar - ich habe mir das extra noch mal rausgesucht - ein Gespräch mit Herrn Woithe und Herrn Eberhardt gehabt, in dem ich, weil es sich weiter konkretisierte - und letztlich ist Herr Schulenberg ja nur einer der beiden Gesellschafter -, den beiden Herren Woithe und Eberhardt gesagt habe, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich für deren Anliegen die Projektgruppe innerhalb der Toll Collect zur Zusammenarbeit mit autoTicket nicht übernehmen kann, und habe deutlich gemacht, dass ich in entsprechenden Vertragsgesprächen bin.

Wie ich vorhin schon erwähnte, habe ich dann am 14. Februar, nachdem auch der andere Gesellschafter - das ist ja die Kapsch TrafficCom - zugestimmt hat, den Geschäftsführeranstellungsvertrag unterzeichnet.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Jetzt muss ich noch mal ganz zum Anfang zurück - vielleicht habe ich jetzt einen Knopf drin -: Sie haben Herrn Schulenberg am 30.11. oder 01.12. zurückgerufen und dann gesagt: Okay, ist für mich grundsätzlich interessant. - Oder haben Sie ihm dann signalisiert: „Ja, könnte was werden“? Ich kriege die Daten noch nicht ganz zusammen. Aber vielleicht habe ich jetzt auch einen Knopf gerade in meiner Aufzeichnung, wie ich sie gerade mitgeschrieben habe.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe ihm am Wochenende nach seinem Anruf und nach unserem kurzen Gespräch mitgeteilt, dass ich mir das vorstellen kann.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Das heißt, Sie haben im Endeffekt ein, zwei Tage überlegt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja. Das wollte ich jetzt nur noch mal - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, ja, genau.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, ja. Also, da war jetzt keine große Überlegungsphase, da war jetzt nichts, wo Sie gesagt haben: „Da gehe ich mal zwei Wochen in mich“ oder so, sondern da kam das Angebot, etwas überraschend, an dem 29.11., und zwei Tage später sagen Sie: Okay, das ist mein Ding, das kann ich mir vorstellen. Lass uns mal klären, ob wir dann auch vertraglich zusammenkommen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. - Dann mache ich noch mal - um nicht zu viel zu wiederholen, versuche ich jetzt, gewisse Sprünge zu machen - einen Sprung auf den 7. Juni 2019; es dreht sich ja letztlich immer um die gleichen Daten. Da sagen Sie, das war ein hartes Gespräch, aber letztlich wird es nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. So habe man sich - ich übersetze das jetzt mal - dann auch quasi zugezwinkert nach dem Gespräch. - Wenn ich mir jetzt die beiden Schreiben, zum einen des KBA vom 7. Juni und das Antwortschreiben vom 17. Juni, was der Kollege Cezanne, glaube ich, vorhin schon zitiert hat, durchlese und vor allem den letzten Satz des Schreibens vom 7. Juni: Ich meine, das ist so ein - -

Der Auftraggeber behält sich alle Rechte und Ansprüche vor, die ihm im Zusammenhang mit der erneuten nicht in vertragsgemäßer Form vorgelegten Feinplanungsdokumentation zustehen.

Das ist, wenn ich jetzt ehrlich bin, nicht im ersten Schreiben, dass ich dann mit einem solchen Satz ende. Da muss es ja doch einen Vorprozess gegeben haben, bis es auch zu dieser Eskalation kam. Also, Sie sagten: Alle Ampeln stehen auf Grün. - Lasse ich mal dahingestellt, wie die Ampeln stehen. Die Frage ist: Die tatsächliche Wahrnehmung, zumindest bei dem Satz, erscheint mir ein bisschen anders.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Und Ihre Frage, Herr Abgeordneter, wäre?

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Der Vorprozess, bis es zu dieser Eskalation kam. Weil das ist ja - - Entschuldigung, also, nicht in meinem ersten Schreiben, wenn was nicht passt, schreibe ich: Ich behalte mir alle Rechte vor. - Das heißt ja auf gut Deutsch: Ich behalte mir das Recht vor, zu kündigen und entsprechende Schadensersatzansprüche geltend zu machen. - Ja, Herr Kollege, da mögen Sie so ein bisschen zwinkern: Aber so schreiben wir es dann halt meistens drunter. - Es mag floskelhaft sein, aber sicher nicht im ersten Schreiben, wir zumindest nicht - mag sein, dass es bei Ihnen so üblich ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Formel, die Sie da gerade ansprechen, ging keinerlei Eskalation voraus. Und ich empfinde diese Formel auch nicht als Eskalation, sondern das ist eine formelhafte Mitteilung, die tatsächlich Rechte vorbehält. Aber wir waren alle miteinander - und das ist leider die Projekt- und Lebenswirklichkeit zu dem Zeitpunkt - konstruktiv daran, die Wünsche der Nachbesserung umzusetzen. Insofern ist das überhaupt gar keine Kündigungsandrohung oder Eskalation, wie sie eben angemessen wäre, aus meiner persönlichen Sicht, für das, was Sie ja wahrscheinlich ansprechen, nämlich dass es eine Eskalation gewesen wäre, die einer Kündigungsandrohung gleichkommt. Das sehen wir anders; da wurde anders gehandelt. Aber ich bin kein Jurist und möchte das auch nicht juristisch bewerten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Aber es muss doch - oder so habe ich es zumindest auch verstanden - schon einen gewissen Vorprozess bzw. eine Vorabklärung immer wieder gegeben haben. Sie haben ja vorhin selber geschildert: Da kam man dann in großer Runde zusammen, weil - so habe ich es zumindest verstanden - sich einige Punkte aufgehäuft haben. - In der Antwort heißt es ja auch:

Insbesondere werden wir alle  
„Blocker“ fristgerecht beseitigen.

Das heißt, da hatte sich ja doch etwas angestaut im Detail, über das man zumindest sich intensiv austauschen musste, bis hin zur möglichen Konsequenz.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab am 5. Juni ein Vorgespräch. In diesem Vorgespräch bereits wurde klar, dass wir gemeinsam daran arbeiten, diese Wünsche des KBA umzusetzen. Es wurde in der Besprechung am 07.06. klipp und klar davon gesprochen, dass alle sich einig sind, dass man diese Anpassungswünsche, denen übrigens, wenn sie dann gemacht wurden, auch gleich mit einer Freigabe begegnet wurde, umsetzen wird. Das ist nicht der Zeitpunkt und nicht der Status, in dem eine Kündigung in Rede steht - überhaupt nicht.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Gut, lassen wir mal so stehen. Schriftlich würde ich es ein bisschen anders bewerten. - Ich habe noch -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich habe das im Blick. Noch sechs Minuten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - sechs Minuten. Schauen wir mal, wie weit ich in den sechs Minuten komme.

Dann gehen wir mal auf die Besprechung vom 19. Juni - auch die war ja schon mal Thema. Auch da würde mich zunächst noch mal interessieren: Es gibt ja das Protokoll mit von Ihnen. Vielleicht mal gleich zum Einstieg: Haben Sie sich mit dem Kollegen Schneble irgendwie verständigt: „Wir führen Protokoll. Wir teilen uns irgendwie die Arbeit. Wer kümmert sich um was im Vorfeld?“? Wie war denn Ihre Vorfeldabstimmung, bevor Sie ins Gespräch gegangen sind?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Unsere Abstimmung, zwischen Herrn Schneble und mir, bevor wir ins Gespräch gegangen sind: Es war klar, dass wir uns Notizen machen, um ein Protokoll anzufertigen. Wir waren schließlich mit unseren Vorständen, Gesellschaftern bei Herrn Bundesminister Scheuer.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Direkte Agenda oder wirklich nach dem Motto - ergebnisoffen -: „hat uns jetzt alle überrascht, und jetzt schauen wir mal“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ergebnisoffen war die Ladung, ja. Die Ladung war am 18.06. erfolgt, um mit den Gesellschaftern gemeinsam zu überlegen, wie wir diese Infrastrukturabgabe im Lichte des EuGH-Urteils anpassen können. Das war ergebnisoffen, und wir waren vorbereitet. Und wir hatten nicht die Agenda gemacht, weil wenn man zu Herrn Bundesminister Scheuer geht, ist es wohl an ihm, der auch lud, die Agenda zu setzen.

Wir hatten die Rollen verteilt. Die Rolle für Herrn Schneble war, aus Sicht der Gesellschafter und der autoTicket, also der Betreiberparteien, zu schildern, wie wir diese Kündigung empfinden



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und wie wir weiter vorgehen, und Herr Schulenberg hatte den Part der Gesellschafter übernommen. Ansonsten wissen Sie ja, wer zugegen war vonseiten des Bundes. Und da haben wir dann erst mal zugehört. - Das war die Rollenverteilung.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ich komme jetzt noch mal auf das Antwortschreiben und auf den Termin 7. Juni und Antwortschreiben 17. Juni, im Endeffekt ja zwei Tage vor diesem Gespräch, dann zurück. Haben in Ihrer Vorbereitung und in Ihren Überlegungen das Gespräch vom 7. Juni und Ihr Antwortschreiben vom 17. Juni eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Können Sie das bitte konkreter fragen? Inwiefern das Schreiben vom 17. Juni - -

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Na ja, Sie hatten am 17. Juni geschrieben: Wir werden alles erledigen. - Das war ja noch vor dem EuGH-Urteil. Aber Sie wussten natürlich auch, wie Sie in das Gespräch gegangen sind, dass es - ich sage das jetzt mal etwas übersetzt - neben dem Urteil auch noch weitere Baustellen gab. Deswegen habe ich gefragt. Natürlich schreiben Sie dem Minister nicht die Agenda auf, aber man macht ja für sich auch eine. Hat Sie dann das Thema „Feinplanung Schlechtleistung“, nachdem ja das Schreiben von Ihrer Seite zwei Tage davor war, in dem Zusammenhang überrascht, oder waren Sie auf dieses Thema letztlich doch vorbereitet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wir waren von der Kündigung mehr als überrascht. Wir hatten Termine gesetzt. Und wir haben im Übrigen bis zum 21. Juni - - Wir haben zwei dieser vermeintlichen „Blocker“ - bitte in Anführungsstrichen - - hatten wir daran gearbeitet, unser Versprechen einzulösen, nämlich diese Nachbesserungen zu liefern. Wir hatten überhaupt keine Leistung verweigert, im Gegenteil. Wenn Sie das Schreiben auf der Zeile lesen, werden Sie lesen, dass wir zusagten, diese Änderungswünsche umzusetzen. Das haben wir getan. Und wir hatten noch am Abend des 18.06., wahrscheinlich sogar zu der Zeit, als im Ministerium oder vielmehr bei Greenberg Traurig die Kündigung formuliert wurde, an der

Umsetzung dieser Nachbesserungswünsche gearbeitet.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. - Mit Blick auf die Uhr gebe ich weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Wiehle das Wort.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke schön. - Herr Dr. Blum, aus meiner Sicht sind sehr viele Fragen schon beantwortet. Aber ich möchte gerne die Zeit noch ein bisschen weiter zurückspulen und Ihnen noch eine Frage zu Ihrer Zeit bei Toll Collect stellen, und zwar zu welchem Zeitpunkt Sie davon erfahren haben, dass der Bund einen weiteren Geschäftsführer, nämlich den Herrn Stadler, zu Toll Collect schickt oder bringt nach dem Einstieg des Bundes.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Wiehle, das erinnere ich nicht. Es war im Zusammenhang mit dem Eintritt in den Interimsbetriebsvertrag, irgendwann in dieser Phase; aber ich kann Ihnen nicht sagen, wann ich davon erfuhr.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Darf ich noch fragen: „Haben Sie das - egal an welchem Tag - durch den Bund erfahren, oder haben Sie das mehr aus den Reihen von Toll Collect, von Kollegen erfahren?“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich das über die Kollegen bei Toll Collect erfahren habe, namentlich Herrn Kirchmann.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke. - Wie wurde denn auf der Seite des Unternehmens Toll Collect, der Mitarbeiter auf die Einsetzung von Herrn Stadler als Geschäftsführer reagiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Da müsste ich jetzt spekulieren, weil das so viele Menschen sind, wie die jeweils reagierten.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Also, gab es so etwas wie eine allgemeine Einschätzung, beispielsweise dass man sagt: „Das ist gut, der Bund übernimmt da Verantwortung“, oder dass man sagt: „Hm, da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zweifeln wir aber. Was wird das geben?“? Meine Frage ist eigentlich sehr allgemein gemeint.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich hatte eher den Eindruck, dass das als erwartungsgemäß empfunden wurde, dass das BMVI einen Vertreter in die Geschäftsführung entsendet.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Und gab es eine Einschätzung dazu, ob der Herr Stadler von den Aufgaben, die er vorher gemacht hat als Referent im Ministerium, da jetzt dann die geeignete Schuhgröße mitbringt? Gab es darüber Gespräche so in der Kaffeeküche oder auch als offizielle Verlautbarung?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, es ist, glaube ich, nicht an mir - Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, wie ich mit der Frage umgehen soll -, die Qualifikation hier zu beurteilen. Klar ist, dass ich Herrn Stadler viele Jahre schon erlebt habe als Ansprechpartner und im Übrigen als sehr kompetent empfinde.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ich sage noch, warum mir die Frage wichtig ist: weil sich dann später ja ergeben hat, dass Herr Stadler eine recht spezielle Aufgabe in der Geschäftsführung bekommen hat. Und ob es da irgendwelche Hintergründe gab, die schon im Vorfeld vielleicht sichtbar waren, das wäre jetzt interessant gewesen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Dazu kann ich mich nicht äußern. Tut mir leid.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Brauchen Sie ja auch nicht.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Nein, selbstverständlich. Das war aber jetzt die Frage, die ich Ihnen noch stellen wollte. - Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. Danke Ihnen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat jetzt die Kollegin Lühmann das Wort.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke sehr. - Herr Blum, habe ich Sie vorhin richtig verstanden,

dass Sie gesagt haben: „Es gab Kommunikationsrichtlinien auch für den Fall eines negativen EuGH-Urteils“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist korrekt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Von wem kamen die?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab eine AG Informationsmanagement, wenn ich den Namen richtig erinnere. Diese Arbeitsgruppe, die besetzt war aus Vertretern des Kraftfahrt-Bundesamtes, des BMVI, der autoTicket etc., die traf sich, um eben genau für diesen Tag sich abzustimmen. Wir hatten damals gerade einen Kommunikationschef eingestellt, der auch an einer Besprechung teilnahm im Vorfeld des EuGH-Urteils. Und er berichtete mir über diese Kommunikationslinien oder „Lines to take“, wie man sagt. Und da stand jeweils - das erinnere ich gut -, dass man in der Folge in Ruhe überprüfe.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich frage Sie deshalb, weil zumindest wir die noch nicht gefunden haben. Nun wissen Sie selber, wie viele Dokumente wir gekriegt haben; es kann durchaus sein, dass es irgendjemandem durchgerutscht ist. Aber ich gucke hier mal bei den Kollegen in die Runde: Auch sehe ich das so, dass die Kollegen das nicht gefunden haben. - Das wäre ja schon wichtig, weil wir bis jetzt immer gehört haben, dass also dieser Fall, dass der EuGH negativ für uns urteilt, von allen als so abwegig, zumindest im BMVI, angesehen wurde, dass man für diesen Fall auch nicht plante, weil er sowieso nicht eintritt. Jetzt sagen Sie uns genau das Gegenteil. Sie verstehen, dass ich da etwas erstaunt bin.

Und Sie haben eben gesagt - ich wiederhole das noch mal -: Das BMVI war an dieser Gruppe, die diese Kommunikationslinien entwickelt hat, beteiligt. - Wissen Sie noch, mit wem die beteiligt waren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich erinnere das so. Ehrlich gesagt, müssten ja die Unterlagen bei Ihnen vorliegen, -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau, deshalb frage ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** - weil sie eben auch mit dem KBA abgestimmt waren und - - Ja. Also, es gab diese Leitlinien zur Kommunikation. Das war deshalb wichtig, weil wir hatten ja die Aufgabe, wenn ich das noch schnell sagen darf, eine Kampagne, eine Kommunikationskampagne zu machen. Wir hatten uns auch abgestimmt mit unserem Kunden darüber: Wer geht denn mit der Information raus? - Nehmen wir mal an, der EuGH hätte positiv entschieden. Dann war klar, man muss jetzt irgendwie kommunizieren. Und genauso war klar, man muss kommunizieren, wenn das EuGH-Urteil eben negativ ausfällt. Und dazu trafen sich eben die Fachleute. Das erinnere ich sehr genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie hatten bei dem ersten Mal, als Sie das erwähnten, auch das BMF genannt, das da mit beteiligt war. Habe ich Sie da auch richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das möchte ich nicht mit Sicherheit sagen - ich meine, ja. Aber es gab zwei Punkte. Es gab ja noch dieses Anhörungsschreiben. Und ich glaube, da waren insbesondere die Generalzolldirektion und das BMF beteiligt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Was ist das Anhörungsschreiben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das Anhörungsschreiben ist ein Schreiben, welches jedem Abgabepflichtigen zugesendet wird.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ach, das, ja, ja.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Und das wurde abgestimmt, ich meine, eben auch in dieser Informationsmanagement-Arbeitsgruppe. Insofern glaube ich sogar, dass das am selben Tag besprochen wurde.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich frage noch mal nach. Wir werden suchen, die Kommunikationsrichtlinien. Wir haben sie nun nicht; keiner hat sie hier. Darum muss ich noch mal nachfragen. Es gab ein Treffen, wo diese Kommunikationsrichtlinien abgesprochen wurden, und es ist durchaus möglich, dass die nicht verschriftlicht

wurden und dass es dazu kein Protokoll gibt. Oder sagen Sie: „Diese Kommunikationsrichtlinien“, wie auch immer die heißen, „sind mit Sicherheit verschriftlicht“, weil Sie ja auch die gelesen haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe sie gelesen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben sie gelesen. Also ist es verschriftlicht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann werden wir das suchen und werden das finden. Und dann haben wir eventuell dazu noch Fragen.

Ich habe aber jetzt noch eine Frage zu Dokumenten, die wir gefunden haben, und zwar: Das eine Dokument hat Ihnen schon ein Kollege vorgehalten. Das ist dieses Schreiben vom 17. Juni, wo drin geschrieben wird - - wo Sie reagieren auf die Termine, die Ihnen vom KBA gesetzt werden. Sie haben gesagt, dass Ihr Rechtsanwalt dieses Schreiben aufgesetzt hat, und - Sie haben darauf hingewiesen - zu Anfang heißt es: Wir werden alle Termine einhalten, aber wir wollten noch mal darauf hinweisen, dass ... - Ist dieses Schreiben allein von dem Rechtsanwalt aufgesetzt worden, oder waren Sie oder irgendwelche anderen Fachleute daran beteiligt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erinnere ich nicht, wie das Schreiben jetzt en détail zustande kam. Ich erinnere mich nur daran, dass unsere Rechtsanwälte eben empfahlen oder unsere Kanzlei empfahl, dass wir noch formalisiert antworten auf dieses Schreiben vom 7. Juni. Ich glaube, das war die Hauptfunktion. Und - - Ja, genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann gibt es ein Schreiben vom 26. Juni, also bereits nach der Kündigung. Und dort bewerten Anwälte des BMVI genau diese Mail vom 17. Juni wie folgt - ich sage erst die MAT-Nummer fürs Protokoll, und dann zitiere ich; MAT A BMVI-6-1a-65, Blatt 70 bis 72 -:

Mit Ihrer E-Mail vom 17. Juni  
2019 ließ der Betreiber behaupten,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Prüfmaßstab für die Feinplanungsdokumentation sei nie klar gewesen und vom Auftraggeber mehrfach zulasten des Betreibers einseitig verschärft worden. Außerdem wies der Betreiber die Verantwortung für die sich aus der verspäteten und nicht vertragsgemäßen Vorlage der Feinplanung ergebende Verzögerung erstmals dem Auftraggeber zu. Mit diesen Behauptungen stellt der Betreiber die allein ihm obliegenden Leistungspflichten, insbesondere seine Hauptleistungspflicht zur Vorlage einer vertragsgemäßen Feinplanung, grundlegend in Abrede.

Wie bewerten Sie diese Interpretation Ihres Schreibens?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das fällt mir schwer. Ich bin kein Jurist. Insofern ist das, fürchte ich jetzt, weil wir in einem Schiedsverfahren sind, ja fast eine Rechtsfrage. Wenn Sie das - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. Dann ziehe ich die Frage zurück.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, okay.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, alles klar. - Die andere Frage hatten Sie schon beantwortet. Insofern habe ich jetzt keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Sie haben eben ausgeführt, dass Sie bei Toll Collect für die Strategie zuständig waren. Infolgedessen würde ich Sie gern um eine Bewertung und Einschätzung bitten zu der am 9. Januar vorgelegten theoretischen Neuberechnung von KPMG. Es war ja so, dass erst die rechnerische Vorteilhaftigkeit einer Fremdrealisierung im November 2016 festgestellt wurde und sich das dann am 19. Januar ins Gegenteil umdrehte. Da gab es ja einige Parameter, die sich vermeintlich änderten: Leistungsumfang „Erhebung“ und „Kontrolle“. Mein Eindruck ist, dass es politisch gewollt war, die Maut wieder in staatliche Hand zu bekommen, und darauf auch

diese gesamte vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein Stück weit aufbaut. Wie schätzen Sie denn diese Untersuchung ein, auch gerade diese eben genannten Parameter?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank für die Frage. Würden Sie so freundlich sein, mir - - Also, ich kenne die Studie jetzt wirklich nicht, habe die nicht vorm geistigen Auge. Aber Sie sprachen von Leistungsbestandteilen oder - -

**Oliver Luksic (FDP):** Also, eine der Annahmen war ja, dass der Leistungsumfang des privaten Betreibers der Pkw-Maut im Bereich Erhebung jährlich um 5 Prozent und im Bereich Kontrolle um 10 Prozent reduziert werden könne. Und dann wurden noch weitere Synergieeffekte genannt. Und daraufhin hat sich ja dann eine ganz andere Vorteilhaftigkeit einer Eigenrealisierung gegenüber einer Fremdrealisierung ergeben. Deswegen ist meine Frage, ob Sie diese Bewertung von KPMG für nachvollziehbar halten und wie Sie diese einordnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, ich muss zwei Dinge dazu sagen: Erstens. Ich erinnere eben nicht, dass die KPMG, die das offensichtlich gemacht hat, sich mit Toll Collect darüber ausgetauscht hat, inwiefern Überträge von Leistungen möglich sind. Ich habe das dann später in meiner Rolle bei autoTicket eben auch wahrgenommen, dass man hier für die Kontrolle - das war nicht unser Projekt, aber ein Kapsch-Projekt -, glaube ich, 10 Prozent Wertschöpfungsanteil übertragen könne pro Jahr und dann bei autoTicket 5 Prozent Wertschöpfung übertragen könne. Das Einzige, was ich Ihnen dazu sagen kann: Bei Toll Collect, glaube ich, gab es nie eine Überprüfung, ob das denkbar ist und wie das praktisch erfolgen kann. Bei autoTicket muss ich Ihnen auch so sagen - ich mache es mal plastisch -: Kann man sich das jetzt so vorstellen, dass man entweder montags, mittwochs und freitags dann das Callcenter der Toll Collect nutzt und an den anderen Tagen das der autoTicket, oder wie geht man damit um, mit einem 10-Prozent-Leistungsübertrag? Also, mir erschien das oder erscheint das bis heute auch noch nicht schlüssig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Oliver Luksic (FDP):** Also habe ich richtig verstanden, dass zu den ganzen Gutachten und den Annahmen, die wir gerade besprochen haben, die Toll Collect Ihres Wissens nach gar nicht kontaktiert wurde? Und da möchte ich meine Frage anschließen, ob Sie es dann für seriös halten, ohne den „Betroffenen“ - in Anführungszeichen - zu fragen, eine solche Annahme treffen zu können.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann zumindest sagen, dass diese Untersuchung, also wenn man das besprochen hätte mit der Toll Collect, mit Sicherheit bei mir gelandet wäre. Ich erinnere mich nicht, dass wir dazu Gespräche hatten. Insofern ist das nicht erfolgt. Und inwiefern ich das als seriös erachte, da würde ich mich gerne zurückhalten, weil ich jetzt ja nicht als Sachverständiger hier bin. Aber ich kann es mir zumindest - habe ich ja gerade schon gesagt - aus meiner praktischen langjährigen Erfahrung nicht vorstellen.

**Oliver Luksic (FDP):** Sie waren ja noch bis ins Frühjahr 2019 bei der Toll Collect. Können Sie noch mal schildern aus Ihrer Sicht, wie in dem Zeitraum - die Toll Collect hat ja angefangen, Leistungen zu erbringen für die ISA - das innerhalb der Toll Collect diskutiert und entschieden wurde?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich möchte Sie noch mal drauf hinweisen, die Grenzen einzuhalten, was Sie hier nicht sagen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. - Also, ich kann - - Sie geben mir schon den Hinweis. Also, wir können das gerne dann eingestuft auch machen. Ich kann - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Sie können hier schon öffentlich antworten. Ich möchte nur noch mal drauf hinweisen, dass wir zum Einstieg eben noch mal eine Belehrung hatten, wenn Sie jetzt antworten, dies zu berücksichtigen. Mehr will ich Ihnen damit nicht sagen. Wie Sie jetzt antworten, ist natürlich wahrheitsgemäß Ihre Sache. Ich wollte nur den Hinweis noch mal geben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. - Ich kann vielleicht so viel sagen, dass natürlich dann, nachdem der

Vertrag zwischen autoTicket und der Bundesregierung geschlossen wurde, auch die Toll Collect Unterauftragnehmerverhandlungen eben mit der autoTicket führte. Das wusste ich, auch wenn ich nicht eingebunden war. Das war ja bekannt; das ist, glaube ich, auch öffentlich. Und freilich gab es dazu Abstimmungen. Die musste es geben, weil sonst kann man nicht einen solchen Vertrag schreiben; sonst weiß man ja nicht, was man reinschreibt. Insofern gab es da natürlich in der Frühphase auch Leistungen.

**Oliver Luksic (FDP):** War Ihnen das Schreiben aus dem BMVI aus dem Januar von Frau Geese bekannt, die explizit darauf hingewiesen hat, dass ihrer Auffassung nach keine finanziellen und rechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden sollen bis zu einer Änderung des Geschäftszweckes? War Ihnen das bekannt, und wie wurde das innerhalb der Toll Collect diskutiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das Schreiben ging nicht an mich, und ich war, wie gesagt, nicht tief eingebunden. Aber im Rahmen einer Geschäftsführungssitzung habe ich davon Kenntnis erlangt; das war etwas später, dass darum gebeten wurde, ja.

**Oliver Luksic (FDP):** Waren Sie mal anwesend in diesen Geschäftsführerrunden? Können Sie präzisieren, in welcher der Geschäftsführerrunden das Thema war?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erinnere ich nicht. Ich bin regelmäßig auch in der Geschäftsführungssitzung gewesen. Aber das, tut mir leid, kann ich nicht erinnern.

**Oliver Luksic (FDP):** Da Sie ja, glaube ich, im April gewechselt sind, wird das, da das Schreiben im Januar kommt, wahrscheinlich im Februar gewesen sein.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wie gesagt, ich müsste spekulieren.

**Oliver Luksic (FDP):** Aber aus der Sitzung, jetzt mal unabhängig vom Datum, wann die war, können Sie uns da noch mal den Verlauf der Diskussion schildern? Weil ja zum einen im Januar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon erste Terminals geliefert wurden. Dann wurde ja später im März ein zusätzliches Budget genehmigt. Die Änderung des Geschäftszweckes war ja später. Wie wurde das da diskutiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Offen gestanden - das ist jetzt schwierig -: Ich weiß aus meiner auto-Ticket-Tätigkeit, weil ja ein Terminal auch bei uns in dem Projekthaus stand und eines in München bei einem Dienstleister, dass die sehr früh eben geliefert wurden. Ich kann das aber jetzt nicht zuordnen zu der Sitzung.

**Oliver Luksic (FDP):** Dann mache ich nächste Runde weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Cezanne.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Ich springe mal oder ich springe nicht, sondern ich gehe mal auf den 18.06. Da gibt es ein Schreiben von Herrn Steinhof, Eventim - ich nehme an, der Öffentlichkeits- oder Pressesprecher oder wie auch immer -, an Herrn Blumenberg.

Ich bitte sie, die anliegende Pressemitteilung von CTS schnellstmöglich abzustimmen, damit wir diese dem Betreiber freigeben können.

Das ist um 10.05 Uhr bei Herrn Blumenberg gelandet, der hat das dann weitergeschickt an das BMVI, und nach unseren Unterlagen ist dann gegen 16 Uhr die Freigabe erfolgt. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern? Waren Sie da einbezogen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielleicht können Sie freundlicherweise mir das vorlegen. Ich erinnere das jetzt nicht genau; aber vielleicht das kann ich schon sagen: Es war durchaus üblich, dass man solche Kommunikation abstimmt.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Herr Abgeordneter Cezanne, ich erinnere gut die Passage, die hier quasi zur Freigabe übermittelt wurde. Den Mailverkehr erinnere ich nicht.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und die Freigabe kam ja dann aber sehr spät. Also, wenn man morgens um zehn eine Pressemitteilung vorschlägt und die dann nachmittags um 16 Uhr verschickt wird, sagen wir mal, freut sich die Presse normalerweise nicht. Können Sie sich erinnern, wie der Vorgang war? Gab es da Rückmeldungen, warum das so lange gedauert hat?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das waren wirklich sehr intensive und arbeitsreiche Stunden. Das kann man ja schon fast auf halbe Stunden runtertakten. Ich erinnere das nicht genau, wie sehr Herrn Steinhof, der tatsächlich eben Kommunikationschef damals von CTS Eventim war, das jetzt behindert hat möglicherweise oder nicht. Klar ist aber: Wir wollten das natürlich zur Aussage bringen, dass wir a) weiter tätig sind und interessiert sind, ebendiese Maut auch gegebenenfalls in einer anderen Form umzusetzen, und das ist letztlich - - Dahinter steht ja auch eine Ad-hoc-Verpflichtung, weil das eine Aktiengesellschaft ist.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Im Prinzip wiederholt sich der Vorgang dann aber am nächsten Tag noch einmal. Ich kann Ihnen auch das dann gerne noch mal vorlegen. Und da würde mich jetzt eben interessieren, ob Sie sich erinnern können, ob das dann abgestimmt worden ist, weil wir eben über die Bemerkung von Herrn Molitor dann gestolpert sind, dass der Versand in jedem Fall gegen den Vertrag verstoße. Auch das können Sie sich selbstverständlich gerne anschauen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, ich kann das weder rechtlich würdigen noch war ich natürlich eingebunden, weil das interner Schriftwechsel jetzt auch im KBA ist. Deshalb tut es mir leid, dass ich da keine Aussage zu machen kann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Cezanne** (DIE LINKE): Also, Sie können nicht sagen, ob es da eine Abstimmung gegeben hat oder ob die gescheitert ist und - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann Ihnen das nicht sagen, nein, weil ich nicht eingebunden war jetzt direkt.

**Jörg Cezanne** (DIE LINKE): Danke schön. - Dann noch mal eine andere Frage. Am 20.06. schreibt Ihr Rechtsanwalt, Herr Dr. Frevert, für Noerr: „Vertrag über die Entwicklung, den Aufbau und den Betrieb eines Systems für die Erhebung der Infrastrukturabgabe“, und nimmt dort zu dem Vorwurf der fehlenden oder der mangel- - der Schlechtleistung Stellung. Können Sie sich erinnern, ob es darauf eine formale Antwort oder Rückmeldung gegeben hat? Auch das Schreiben können wir Ihnen gerne vorlegen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich bitte darum.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ich kann Ihnen insofern antworten, als dass zu dieser Zeit bereits diese schriftsätzlichen Pingpongspiele, nenne ich das mal, also der Austausch der Schriftsätze zwischen der Kanzlei des Bundesverkehrsministeriums und unserer Kanzlei Noerr, häufiger wechselten. Genau zu diesem Schreiben erinnere ich das nicht. Wir haben aber die Kommunikation mit unserem Kunden und auch den Rechtsvertretern, meine ich, übermittelt im Herausgabeersuchen.

**Jörg Cezanne** (DIE LINKE): Also, Sie gehen davon aus, dass es darauf eine Reaktion der gegnerischen Seite ja inzwischen gegeben hat?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich gehe davon aus, dass die gegnerische Seite zumindest zu dem Themenkomplex geantwortet hat. Aber wo und wann, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Jörg Cezanne** (DIE LINKE): Okay. - Na, dann wühlen wir noch ein bisschen. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit.

Eine letzte Frage noch. Das geht noch mal in die Richtung, was auch Frau Lühmann schon mal angesprochen hat, der - wie soll ich sagen? - Vorwurf, das Schreiben vom 17. Juni 2019 - auch von Frevert, Noerr - zu den Mängeln bei der Feinplanungsdokumentation stelle ein Vertrauens- - hätte das Vertrauen erschüttert. Uns wurde am 7. August auf eine Kleine Anfrage fast - - also, in ähnlichem Wortlaut geantwortet:

Die Betreiberparteien haben in diesem Schreiben

- das vom 17. Juni -

die Behauptung aufgestellt, dass der Auftraggeber für die umfangreichen und über viele Wochen nicht beseitigten Fehler der Feinplanungsdokumentation des Betreibers verantwortlich und der weitere Aufwand zur Fehlerbeseitigung vertraglich nicht geschuldet sei. Damit haben die Betreiberparteien im Zusammenhang mit allein von ihnen zu verantwortenden Mängeln eine gravierende Fehlvorstellung über ihre vertraglichen Pflichten zum Ausdruck gebracht, die das Vertrauen des Auftraggebers in die ordnungsgemäße Vertragserfüllung im Ganzen erschüttert hat.

Jetzt haben Sie vorhin schon gesagt, das sei eine rechtliche Bewertung und da wollen Sie jetzt nichts zu sagen; aber das ist ja öffentlich geworden. Nun sind Kleine Anfragen von Oppositionsparteien sicher nicht der Renner, den man so liest. Aber haben Sie das wahrgenommen? Hat das für Sie irgendeine Rolle gespielt? Konnten Sie die Argumentation des Ministeriums zu dem Zeitpunkt schon?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Möchten Sie, dass ich zu der Kleinen Anfrage jetzt Stellung nehme? Oder - -

**Jörg Cezanne** (DIE LINKE): Na, zu dem Argument, wann Sie dieses Argument des Ministeriums kennengelernt haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich meine, dass wir das Argument - das ich übrigens nicht nachvollziehen kann -, wenn überhaupt, sehr spät kennengelernt haben. Und ich kann Ihnen sagen, dass das Vertrauen schon durch die Lebenswirklichkeit gar nicht zerstört gewesen sein kann; denn wir haben weiterhin auch bis zum 21. Juni gearbeitet an den Änderungswünschen. Und wir hatten auch überhaupt - das ist vielleicht auch mal wichtig zu sagen - gar nicht die Absicht, darzulegen, dass unser - - dass wir das Vertrauen sozusagen missbrauchten oder dass wir nicht mehr leistungsbereit seien. Das Gegenteil haben wir ausgedrückt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, ich würde noch mal zu dem zurückkommen, was Sie eben auf meine Fragen geantwortet haben und wo die Kollegin Lühmann eben schon nachgefragt hat: die Kommunikationsleitlinien, die für uns in der Tat etwas überraschend waren. Sie haben auch eben dann auf die Nachfrage der Kollegin Lühmann gesagt, es gab da eine AG Informationsmanagement. Meine Frage dazu wäre noch mal: Gab es die jetzt für den Fall der Urteilsverkündung, also dass man die für den Termin eingerichtet hat, oder war das eine Einrichtung, die es schon über einen längeren Zeitraum gab?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die AG - ich meine, sie heißt „Informationsmanagement“; dort wurden die ganzen Kommunikationsthemen besprochen -, die gab es schon länger. Und ursprünglich war der Kollege von CTS Eventim, Herr Steinhof, zugegen, aber zu dem Zeitpunkt eben unser neu eingestellter Kommunikationschef, Herr Kollner. Die gab es regelmäßig.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Erinnern Sie sich vielleicht daran, seit wann es die gab und ob die dann auch regelmäßig sich aus-

tauschte, also - - und wer da - - War da die Pressestelle des Ministeriums eingebunden oder wer auch immer? Also weitere Details dazu.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, sie muss schon länger existiert haben. Ich kam, wie gesagt, erst am 23. April in das Unternehmen und habe mir einen Überblick verschafft. Und das war eben eine Arbeitsgruppe von vielen Arbeitsgruppen, die es gab. Dort wurden - das war auch sinnvoll, die so anzulegen - natürlich Themen besprochen, wie man - -

Also, ein Thema war zum Beispiel: Wie gehen wir mit Anfragen um, die jetzt vor der Implementierung der Infrastrukturabgabe seitens der Abgabepflichtigen an uns herangetragen werden? Dort ging es um die Markenrechte. Dort ging es um die Domains, die ja auch eingerichtet werden mussten. Wir mussten nach einem bestimmten Abkommen eben auch die Markenrechte in über 100 Ländern eintragen. Da ging es um die Informationskampagne. Vielleicht erinnern Sie noch: Als Toll Collect implementiert wurde, ging man durch die Lande und hat eben aufgeklärt, damit die Logistikbranche Bescheid weiß, dass sie irgendwann auf diese Art und Weise Maut entrichten muss. Und so hatten wir das eben auch geplant.

Das waren die Themen; die wurden dort besprochen. Und da waren natürlich alle einbezogen, die in diesem Feld Stakeholder sind, und natürlich ist das das BMVI, das KBA. Und zum Beispiel war dem KBA sehr wichtig, dass, ähnlich wie bei Toll Collect, eben autoTicket die Ansprechstelle sein sollte und auch auf dem Anhängerscheiben eben autoTicket in Erscheinung tritt und jetzt nicht das KBA. Und das hat natürlich bei einem so großen System, das nahezu alle Bürger betrifft, eine große Bedeutung. Also, Sie sehen: Da war viel Stoff, der zu bearbeiten war. Da ich aber später hinzukam, kann ich Ihnen leider nicht sagen, wann die erstmals tagte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber damit ist klar: Also, wenn Sie - - Sie sind am 23. April dazugekommen; da gab es das schon. Und ich verstehe Sie richtig: Seitdem hat



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diese AG umfänglich Fragen zur Kommunikation, zur Maut bearbeitet. Also, ich verstehe Sie so, dass das sehr komplexe und umfängliche Fragestellungen waren, die da bearbeitet wurden.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann Ihnen nicht sagen, wie häufig die getagt hat. Aber das, was ich Ihnen gerade berichtete - das erinnere ich -, war Thema dieser Arbeitsgruppe, die sich mit der Kommunikation befasste.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, gut. - Dann hätte ich noch eine Frage zu dem 19.06. Sie haben eben den 18.06. geschildert - abends, dieser abgesagte Termin -, dass Sie da noch davon ausgegangen sind: Es wird dran gearbeitet: Wie kann man das Projekt trotz des EuGH-Urteils retten? Ich habe Sie eben so verstanden: Bei dem Treffen am 19.06., da waren Sie dann schon - - war klar: Es gibt jetzt eine Kündigung nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen, sondern auch wegen Schlechtleistung. Wie hat Sie denn das erreicht? Hat der Postbote da geklingelt, oder kam da eine Mail oder ein Anruf? Also, das würde mich noch mal interessieren, wie dieser Tag für Sie da abgelaufen ist.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Schildere ich Ihnen gerne, Herr Abgeordneter. Das war in etwa wie folgt: Am Morgen des 19. wurde per Boten die Kündigung, das Kündigungsschreiben in die Friedrichstraße - damals waren wir dort registriert als Unternehmen - vorbeigebracht. Und ich erfuhr - da war ich in unserem Projektbüro; das war an einem anderen Ort in Mitte, ein größerer Standort - von Herrn Schneble, der eben im Büro das dann in Augenschein nahm, diese Kündigung, dass diese Kündigung vorliegt.

Wir haben<sup>30</sup> ohnehin, weil ja am 18. schon geladen wurde für ein Gespräch mit den Gesellschaftern - - waren die Gesellschafter schon am 19. morgens in Berlin. Und wir konnten es nicht fassen, vor allen Dingen dass man jetzt schon kündigt, was uns bis dato überhaupt nicht irgendwie in den Sinn kam, zweitens dass man

dann auch noch wegen der Schlechtleistung kündigen wollte oder kündigte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Und dann haben Sie das zur Kenntnis genommen. Sie haben dann dagesessen und haben sich dann vorbereitet auf das Gespräch. War denn mit der Kündigung auch gleich die Einladung zum Gespräch abends da, oder kam das dann erst später? Also, wie haben Sie da unmittelbar drauf reagiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, die Einladung zum Gespräch erging meines Erachtens ja am 18. gegenüber Herrn Schneble, der das organisiert hat. Und dann war klar, dass wir am 19. einen Termin mit den Gesellschaftern im Ministerium haben.

Am 19. - Sie fragten, wie ging es dann weiter, als wir die Kündigung sozusagen verstanden hatten -: Wir haben uns sofort mit den Anwälten getroffen, weil wir natürlich wussten, dass das jetzt auch rechtlich zu behandeln ist. Und dann wurde viel Rechtliches besprochen, was ich im Detail jetzt auch nicht schildern kann. Aber wir haben auf jeden Fall am Morgen des 19. bereits eine Liste gemacht und überlegt: Welche Schritte müssen wir jetzt gehen? Und das ist bei einem so umfangreichen Vertrag gar nicht so einfach. Und dann müssen Sie alle Köpfe zusammenstecken und schauen, was haben Sie noch für Obliegenheiten, die Sie erledigen müssen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann kommen wir in die nächste Runde. - Die CDU/CSU-Fraktion hat keine Fragen. - Die AfD-Fraktion, Herr Kollege Wiehle? - Auch keine Fragen. - Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, ein Thema dieses Kommunikationskreises, wie auch immer er heißt, war die Frage: Wenn Ansprüche ankommen oder

<sup>30</sup> Richtigstellung des Zeugen: „Es waren“, siehe Anlage 2, S. 85



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Fragen oder Widersprüche oder so was, hat das KBA gesagt, sie wollen das nicht machen, sondern autoTicket soll die Stelle sein, wo diese Kommunikation läuft. - Habe ich Sie so richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war im Zusammenhang mit dem Anhörungsschreiben eine Aussage. Ich glaube, es ging darum, ob das KBA einen Bundesadler zur Verfügung stellt, wie man auftritt nach außen. Also, es war wirklich die Frage: Soll dieses Schreiben als ein Schreiben des Kraftfahrt-Bundesamtes wahrgenommen werden, oder soll es als ein Schreiben der autoTicket wahrgenommen werden? Und das Ziel war, dass der Betreiber, der ja auch übrigens versprach, ebendiese Ansprechstelle für die Abgabepflichtigen zu sein - - dass der Zulauf auch auf die autoTicket GmbH zugespitzt ist und eben nicht auf andere Behörden. Das wollte ich damit sagen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich dachte, das wäre eine zusätzliche Aufgabe, die autoTicket bekommen hat, die nicht im Vertrag drinsteht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein. - Ich glaube, das ist im Vertrag so niedergelegt, dass wir - wir haben ja auch ein Contact Center sozusagen vorgesehen - - dass das auf uns zuläuft. Aber wir haben eben in dieser Arbeitsgruppe darüber gesprochen: In welchem Erscheinungsbild muss zum Beispiel das sein, dass das so funktioniert?

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ich habe noch eine Frage zur AG 0; die hat ja kurz vor dem Urteil noch getagt. Und auch der Zeuge Blumenberg hat uns in öffentlicher Sitzung seinen Eindruck geschildert, dass in dieser AG 0 eigentlich mehr oder minder normal getagt wurde. Könnten Sie uns bitte darlegen, was da zur Sprache kam in dieser AG 0 und was da an diesem Tag genau diskutiert wurde? War da in irgendeiner Form von

Schlechtleistung/Kündigung die Rede? Wie war da so die Stimmung, und was waren da die Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, Herr Abgeordneter. - Wir haben<sup>31</sup> - - Am 18.06. - diese AG-0-Sitzung meinen Sie - haben wir - - Ich glaube, die war nicht sonderlich lang, nach meiner Erinnerung. Ich habe einen sehr markanten Satz in Erinnerung, und zwar Herr Dr. Neumann, Rechtsberater des BMVI, hatte gesagt: Jetzt lassen wir mal nicht die Griffel fallen oder die Stifte fallen; müssen wir sehen, wie wir jetzt weiter mit diesem EuGH-Urteil umgehen. - Das war tatsächlich sehr markant, weil wir hatten ja vor, weiterzumachen. Wir wollten alle Anpassungschancen nutzen, die das EuGH-Urteil eben auch ermöglicht. Und für mich war das tatsächlich auch ein konstruktiver Hinweis an dem Tag. Und das war, ich weiß nicht, zur Mittagszeit in etwa.

**Oliver Luksic (FDP):** Vielleicht nur abschließend noch eine Einschätzung: Sie haben ja auch früher sehr viel mit dem BAG zu tun gehabt; jetzt hier mit dem KBA diese Diskussion. Gab es da völlig unterschiedliche Herangehensweisen in so einer Zusammenarbeit? War das sehr ähnlich? Wie würden Sie das Verhältnis generell mit dem KBA bis zu dem 18. Juni bezeichnen und bewerten?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Zunächst würde ich sagen, dass die Kollegen des KBA ja viel Zeit und viel Energie schon in die Infrastrukturabgabe gesteckt haben. Seit, ich nehme an, zwei Jahren waren die Herrschaften in durchaus ordentlicher Personenstärke unterwegs und haben eben an dieser Infrastrukturabgabe gearbeitet. Das war konstruktiv.

Und gleichzeitig war es so, dass natürlich die - wie soll ich sagen? - Vorstellungen davon, wie man etwas niederlegt, wie etwas gestaltet ist, abwichen vielleicht von den Vorstellungen, die ein Unternehmen - - Ich sage nur: Kapsch ist, glaube ich, Weltmarktführer in Sachen Mauttechnologien, und die haben ein bestimmtes Framework an Vorgehensmodell, Projektmanagement, wie sie das machen in vielen Ländern der Welt. Und

<sup>31</sup> Richtigstellung des Zeugen: „hatten“, siehe Anlage 2, S. 86



## Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Unterschiede in der Art und Weise, wie man das niederlegt, die führen dann durchaus auch zu Konflikten. Und dann sagt der eine: „Nee, ich möchte das aber bitte so aufgeschrieben haben“ oder: „Eine Detailanalyse hätte ich gerne anders“ und - - So.

Und wenn Sie fragen, inwiefern ich das mit beim BAG erlebt habe, dann sage ich: Das ist nicht nur beim BAG und beim KBA, sondern das ist auf der Welt häufig der Fall, dass die Kundenorganisation vielleicht sogar auch einen anderen Reifegrad hat. Also, wenn das KBA seit beispielsweise zwei Jahren sich mit der Thematik befasst und eine autoTicket ein junges Unternehmen ist, das jetzt gerade in der Ramp-up-Phase ist, dann ist da auch ein Unterschied. Natürlich haben diese Personen sehr viel konkretere Vorstellungen, wie sie es gerne haben möchten, und sind jetzt konfrontiert mit Angeboten an Umsetzung, die eben der Betreiber mitbringt. Also, ich würde sagen: Das ist normal, und das schreckt mich nicht.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat der Kollege Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Eine letzte Frage: Wir sind in den Unterlagen auf ein Dokument gestoßen - MAT A BMVI-8-5a, -b und -c -, das den schönen Titel trägt „Abschlussbericht ISA“ und aber ein Datum „19.06.2019“ und offensichtlich zumindest in Teilen gemeinsam von autoTicket GmbH und Toll Collect GmbH stammt. Würden Sie uns das mal einordnen, was das ist und wie es zustande kam?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wenn Sie es mir bitte vorlegen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja. - Wir haben jetzt nicht die drei Ordner mitgebracht. Aber - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, mir tut das leid. Ich kenne dieses Dokument nicht. Das sieht aber aus wie ein Bericht von Toll Collect.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Schade. Ich dachte, Sie könnten uns sagen, ob es sich lohnt, die drei Ordner zu lesen. Aber - -

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Lesen lohnt immer.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. Keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Keine Fragen mehr.

Dann frage ich jetzt noch mal in die Runde: CDU/CSU? - Keine Fragen. - AfD? - Keine Fragen. - Kollegin Lühmann? - Auch keine Fragen. - Kollegen Luksic, Cezanne und Krischer? - Auch keine Fragen.

Dann frage ich: Gibt es jetzt Fragen, für die wir eine nichtöffentliche Sitzung durchführen müssen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann sind wir am Ende der Fragerunde, und ich möchte mich bei Ihnen recht herzlich bedanken.

Nach der Fertigstellung, Herr Dr. Blum, wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll zugestellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet haben, kann der Abschluss Ihrer Zeugenvernehmung durch den Untersuchungsausschuss beschlossen werden. Über diesen Beschluss erhalten Sie eine separate Mitteilung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach Abschluss der Vernehmung kann der Tatbestand einer falschen uneidlichen Aussage gemäß § 153 des Strafgesetzbuches vollendet sein. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, Herr Vorsitzender, dazu habe ich keine Fragen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann vielen Dank für Ihr Erscheinen. Auch vielen Dank an Ihren Rechtsbeistand. Und ich wünsche Ihnen dann um 21.57 Uhr noch einen schönen Restabend.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das wünsche ich Ihnen auch.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich unterbreche für zehn Minuten die Sitzung, und dann kommen wir zur Befragung des letzten Zeugen.

(Unterbrechung von  
21.57 bis 22.08 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung des Zeugen Michael Kucharski

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Auch wenn die Mikrofonanlage noch nicht funktioniert, versuche ich jetzt, schon mal die Belehrung und die Informationen an Sie weiterzugeben.

Ich darf recht herzlich den Zeugen Herrn Michael Kucharski begrüßen. Vielen Dank, Herr Kucharski, dass Sie dem Untersuchungsausschuss heute für diese Befragung zur Verfügung stehen.

Herr Kucharski, der Ausschuss hat beschlossen, Ton und Bild dieser Beweisaufnahme in einen anderen Sitzungssaal zu übertragen, in dem die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen kann. Ich muss Sie formell auch danach fragen: Sind Sie damit einverstanden?

**Zeuge Michael Kucharski:** Ja.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Der Zeuge hat mit Ja geantwortet.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 11. November 2020 bestätigt.

Ich habe Sie zunächst darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird dann nach der Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen dann nach der Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann, falls gewünscht, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Michael Kucharski:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Der Zeuge hat keine Fragen. - Dann darf ich auch hier darauf hinweisen, dass der Zeuge einen Rechtsbeistand mitgebracht hat. Es handelt sich dabei auch um den Rechtsanwalt Dr. Max Schwerdtfeger, Kanzlei

Freshfields in Düsseldorf. Noch mal herzlich willkommen auch an dieser Stelle!

Ich denke, Herr Rechtsanwalt, wir können auf eine erneute Vorstellung verzichten. Ich möchte Sie aber trotzdem auch hier bei diesem Zeugen darauf hinweisen und muss Sie darauf hinweisen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung beantragen, wenn er sich mit Ihnen beraten möchte.

Herr Kucharski, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie noch zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor einem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Sie haben die Möglichkeit, nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz entsprechend fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Michael Kucharski:** Nein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Sie haben keine Fragen dazu. - Dann möchte ich Ihnen nach diesen notwendigen Vorbemerkungen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie dann nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang hier vorzutragen, wenn Sie das möchten. Danach kann ich Sie zunächst befragen und werde ich Sie auch befragen. Und anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen.

Sollten Sie nach längerer Befragungsdauer hier eine Unterbrechung wünschen, dann können wir das auch so einrichten. Geben Sie mir ein Zeichen; dann machen wir eine kurze Pause.

So. Jetzt funktioniert die Mikrofonanlage wieder. Prima.

Dann darf ich Sie noch mal bitten, dass Sie sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorstellen. Herr Kucharski, bitte.

**Zeuge Michael Kucharski:** Mein Name ist Michael Kucharski. Ich bin 58 Jahre alt. Ich wohne in Berlin. Ich habe vier Kinder von der gleichen Frau. Und ich wohne in der Emser Straße 22 in Berlin-Wilmersdorf, nicht weit weg von hier.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Und Ihr Beruf?

**Zeuge Michael Kucharski:** Ich bin ein selbstständiger PR-Berater.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Danke schön. - Jetzt möchte ich Sie fragen, wenn Sie dies wünschen, ob Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit nutzen wollen, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern.

**Zeuge Michael Kucharski:** Ja.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Bitte. Dann darf ich Ihnen das Wort geben.

**Zeuge Michael Kucharski:** Also, ich lese das jetzt vor. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Ich muss heute zum ersten Mal in einer Welt Rede und Antwort stehen, die mir völlig fremd ist. Normalerweise arbeite ich im Hintergrund. Für mich ist das deshalb hier eine höchst ungewohnte und äußerst unangenehme Situation - und auch, weil ich denke, dass ich zu Ihrer Aufklärungsarbeit leider nichts beitragen kann.

Zur Erklärung: Ich war über 20 Jahre Promotion- und Kommunikationschef bei einer Plattenfirma. Heute bin ich im Entertainment-Bereich ein selbstständiger PR-Berater. Meine Auftraggeber kommen aus dem Musik- und Sportbereich. In dieser Funktion arbeite ich regelmäßig für Herrn Schulenberg. Meine Tätigkeit aber ersetzt nicht die Arbeit der eigenen Kommunikationsabteilung der Firma CTS Eventim und bezieht sich fast ausschließlich auf Themen mit Bezug zur Musik- und Veranstaltungsbranche, dem eigentlichen Kerngeschäft von Eventim.

Am 29. November 2018 war ich mit ihm zusammen; das ist ja auch der Grund meiner Ladung. An diesen Tag kann ich mich nur grob erinnern. Ich hatte Herrn Schulenberg ein Interview inklusive eines Fototermins in London vermittelt. Wir saßen - das erinnere ich noch - dort zusammen und plauderten über Verschiedenes.

Es ist gut möglich, dass Herr Schulenberg damals erwähnte, dass er früher am Tag dem Verkehrsminister ein Angebot unterbreitet habe, mit der Einführung der Maut zu warten. Bestätigen kann ich es aber heute nicht, weil ich es schlicht nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehr erinnere. Für mich wäre es auch eine belanglose Information gewesen. Denn weder Herr Schulenberg noch irgendjemand anders hat mich zu irgendeinem Zeitpunkt beim Thema Pkw-Maut einbezogen, und es hat mich auch, ehrlicherweise, persönlich nie im Mindesten interessiert. Außerdem liegt dieser Tag nun auch ganze zwei Jahre zurück. Auch deshalb erinnere ich eine solche mögliche Äußerung nicht.

Es tut mir leid; aber mehr meine ich nicht inhaltlich beitragen zu können. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ihr Statement, das haben Sie ja jetzt vorgelesen, wie Sie gerade eben sagten. Dürften wir das bitte haben? Dann würden wir das nämlich auch an die Ausschussmitglieder verteilen, und jeder hat das auch noch mal in schriftlicher Form. Sind Sie damit einverstanden?

**Zeuge Michael Kucharski:** Ja, natürlich; bitte.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann möchte ich bitten, dass das Sekretariat hier bitte das Statement vom Herrn Kucharski - - Ja, im Prinzip haben Sie jetzt in Ihrem Statement alle Fragen schon beantwortet, die hier eigentlich relevant waren. Vielleicht doch noch eine Frage: Wie lange arbeiten Sie schon mit dem Herrn Schulenberg zusammen?

**Zeuge Michael Kucharski:** Seit ich mich selbstständig gemacht habe, seit viereinhalb Jahren.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Okay.

**Zeuge Michael Kucharski:** Genau viereinhalb Jahre.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Und dieses Treffen fand ja dann - haben Sie ja, glaube ich, auch ausgeführt - in London statt.

**Zeuge Michael Kucharski:** Ja.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Und Sie können sich jetzt nicht daran erinnern, inwieweit da eben jetzt hier aus diesem - -

**Zeuge Michael Kucharski:** Es ist ja so: Wenn man, was ich gesagt habe einleitend - - Ich meine, ich lese was vor; aber es gibt ja auch mich als Person. Und wenn man mit so etwas konfrontiert wird, was man nie erlebt hat, dann überlegt man schon, an was man sich erinnert, nicht erinnert etc. und so. Und dann weiß man: Ihr nehmt das hier alles sehr ernst. Ich weiß, worum es hier geht oder so was. Das war auch hier nicht ein Märchen, was ich erzählt habe; ich stehe zu allem, was ich hier gesagt habe. Aber es ist auch so: Ich weiß auch nicht, was meine Frau mir zu meinen Kindern, zur Urlaubsplanung vor zwei Monaten am Tisch X erzählt hat, wenn ich nicht die Aufmerksamkeit dafür aufgebracht habe. Ich habe versucht, Ihnen deutlich zu machen - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Also, Sie brauchen sich dafür ja nicht entschuldigen. Sie haben das gesagt, was Sie - -

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Nur bei Ihrer Frau  
vielleicht!)

- „bei Ihrer Frau“; weiß ich jetzt nicht. Ich höre auch nicht immer das, was meine Frau sagt. Aber ansonsten haben Sie eigentlich alles abgedeckt.

Ich frage jetzt mal hier in die Runde. Gibt es noch Fragen an den Zeugen? CDU/CSU-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. - Herr Wiehle, haben Sie noch Fragen? - Auch keine. - Frau Lühmann? - Die FDP-Fraktion? - Keine. - Herr Cezanne? - Und auch der Herr Krischer hat keine Fragen.

(Kirsten Lühmann (SPD),  
an den Zeugen gewandt:  
Wir hatten nur eben überlegt, ob die Passage zu Ihrer Frau möglicherweise als nichtöffentlich eingestuft wird! - Heiterkeit)

**Zeuge Michael Kucharski:** Die hat so viel mitgemacht die letzten Tage mit mir.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut.

**Zeuge Michael Kucharski:** Jetzt bin ich aber fast besorgt, dass ich ein langweiliger Zeuge war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein, nein, nein; weiß Gott nicht. Sie haben das gesagt, was Sie wissen, Sie haben hier wahrheitsgemäß geantwortet, und ich denke - - Gut. Dann sind wir nämlich schon - - Wir werden jetzt nicht Ihre Frau noch laden, damit die bestätigt, dass Sie nicht immer hören, was sie sagt; das lassen wir.

Ich denke, jetzt am Ende können wir festhalten: Nach Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll zugestellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet haben, kann der Abschluss Ihrer Zeugenvernehmung durch den Ausschuss beschlossen werden. Über diesen Beschluss erhalten Sie dann eine separate Mitteilung.

Nach Abschluss der Vernehmung kann der Tatbestand einer falschen uneidlichen Aussage gemäß § 153 des Strafgesetzbuches vollendet sein.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Michael Kucharski:** Nein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann darf ich mich jetzt abschließend ganz herzlich bei Ihnen bedanken, wünsche Ihnen einen guten Heimweg und alles Gute für die Zukunft. Gerade für Sie sind es sicherlich auch im Moment schwierige Zeiten. Also: Bleiben Sie vor allen Dingen gesund, und mögen Ihre Geschäfte dann bald wieder, wenn Corona besiegt ist, besser sein! Alles Gute!

**Zeuge Michael Kucharski:** Ich danke Ihnen. Ich danke allen auch für ein Erlebnis.

(Heiterkeit)

Das geht in die Familiengeschichte ein, und ich bin gespannt, wem ich es als Erstes erzählen darf. - Danke schön. Tschüs! - Ich darf gehen?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Sie dürfen jetzt gehen.

(Schluss: 22.23 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 38. Sitzung - vorläufige Fassung\* -

### 2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. November 2020, 12.30 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101

Vorsitz: Vorsitzender Udo Schiefner, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweis- aufnahme

	<b>Seite</b>
1. Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer, PricewaterhouseCoopers GmbH (Beweisbeschluss Z-58)	<b>10</b> Sitzungsteil Nichtöffentlich siehe Stenograf. Protokoll 19/38 II
2. Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Blum, autoTicket GmbH (Beweisbeschluss Z-66)	<b>50</b>
3. Vernehmung des Zeugen Michael Kucharski, Kucharski Public Relations (Beweisbeschluss Z-67)	<b>89</b>

\* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschussekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.32 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zur 38. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses der 19. Wahlperiode begrüßen. Ich darf auch recht herzlich die Öffentlichkeit begrüßen, die sich im Paul-Löbe-Haus befindet und dort mit der Übertragung die Befragung heute verfolgen kann. Der Öffentlichkeit also auch noch mal ein herzliches Willkommen, auch den Pressevertretern!

Und ich darf natürlich auch ganz herzlich begrüßen unsere erste Zeugin, Frau Dr. Gisela Kramer. - Frau Dr. Kramer, bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Ich bitte die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich führen, den Sitzungssaal wieder zu verlassen. Sie dürfen nicht während der öffentlichen Beweisaufnahme Ton- oder Bildaufnahmen fertigen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des gesamten Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe jetzt auf den **einzigsten Punkt der Tagesordnung** - öffentliche Beweisaufnahme aufgrund der Beweisbeschlüsse Z-58, Z-66 und Z-67 -:

1. Vernehmung der Zeugin  
Dr. Gisela Kramer  
PricewaterhouseCoopers GmbH
2. Vernehmung des Zeugen  
André Laux  
Kapsch TrafficCom AG
3. Vernehmung des Zeugen  
Dr. Michael Blum  
autoTicket GmbH
4. Vernehmung des Zeugen  
Michael Kucharski  
Kucharski Public Relations

Damit wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag (Bundestagsdrucksache 19/15543) durch

Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer, des Zeugen Dr. Michael Blum und des Zeugen Michael Kucharski.

Der in den Einladungen aufgeführte und zur heutigen Sitzung geladene Zeuge André Laux hat über seinen Beistand gestern angekündigt, zur heutigen Sitzung weder zu erscheinen noch im Wege der Videovernehmung zur Verfügung zu stehen. Diese Zeugenvernehmung nach dem Beweisbeschluss Z-65 wird daher heute leider nicht stattfinden.

### Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer

Noch mal recht herzlich willkommen, Frau Dr. Kramer! Frau Dr. Kramer, der Ausschuss hat beschlossen, Ton und Bild dieser Beweisaufnahme in einen anderen Sitzungssaal heute, in den Raum PLH E 600, zu übertragen, in dem die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen kann. Sind Sie damit einverstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der erneuten Ladung, auf den heutigen Sitzungstag, am 5. November 2020 bestätigt. Haben Sie zunächst einmal vielen Dank, dass Sie nach einer so langen Wartezeit bei der Sitzung am 8. Oktober unserer erneuten Ladung trotz der schwierigen Coronazeiten gefolgt sind.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich stelle fest, dass Sie von Herrn Rechtsanwalt Lubinski aus Frankfurt am Main als Rechtsbeistand begleitet werden. - Auch Sie darf ich recht herzlich hier begrüßen und Sie auch bitten, sich kurz vorzustellen.

**RA Georg-René Lubinski:** Mein Name ist Georg-René Lubinski, Herr Vorsitzender, wie Sie schon gesagt haben, Rechtsanwalt, tätig für die Heussen Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Büro Frankfurt.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr Rechtsanwalt, dass Sie die Zeugin zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen natürlich jederzeit hier gerne beantragen.

Frau Dr. Kramer, ich möchte Sie nun belehren vor Ihrer Anhörung:

Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geord-

neten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**RA Georg-René Lubinski:** Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir nur dazu bitte die Bemerkung, dass die Entbindungserklärung, die Frau Dr. Kramer erteilt wurde, um heute hier aussagen zu können, unter eine Auflage gestellt wurde, nämlich zu Umständen, die laufende Schiedsverfahren betreffen, nur in nichtöffentlicher Sitzung aussagen zu müssen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön, dass Sie noch mal darauf hinweisen. Das war bei anderen Zeugen bisher auch schon der Fall. Und dann werden wir eben entsprechend auch die Einstufung vornehmen und gegebenenfalls dann nichtöffentlich bzw. in einer eingestuften Sitzung die entsprechenden Fragen stellen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs darf ich Sie noch mal zur Person befragen. Dann haben Sie die Möglichkeit nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Und danach steigen wir dann ein in die Fragerunde, die nach der sogenannten Berliner Uhr abläuft. Jeweils nach den Stärken der Fraktionen haben dann die Fraktionen hier die Möglichkeit, in einer Fragerunde Ihnen die entsprechenden Fragen vorzutragen.

Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Pause, am besten immer nach einer kompletten Fragerunde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift noch einmal vorzustellen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mein Name ist Gisela Kramer. Ich bin 53 Jahre alt. Mein alter Beruf ist - - Ich bin Beraterin, von der Ausbildung her Diplom-Wirtschaftswissenschaftlerin. Meine Adresse ist die **Schumannstraße 10 in Frankfurt** am Main.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann möchte ich Sie wohl noch vorab bitten, bevor wir dann in die Fragerunde eingestiegen sind - - wie Sie sich auf diese Sitzung vorbereitet haben, vielleicht zwei, drei Sätze zu sagen. Konnten Sie noch irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben Sie Gespräche geführt? Ist Ihnen Hilfestellung noch mal gegeben worden? Wenn Sie vielleicht dazu zwei, drei Sätze sagen, und dann können wir mit der Befragung beginnen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, also, ich habe mich insbesondere auf die Besprechung am 8. Oktober vorbereitet, habe dafür mit Kollegen gesprochen und auch mit dem Rechtsbeistand wie Herrn Lubinski.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, vielen Dank. - Dann kommen wir zur ersten Befragungsrunde. Es beginnt die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Lange.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Frau Kramer, auch von unserer Seite willkommen in Berlin! Ich möchte mal ein bisschen - ja, wie soll ich sagen? - ganz

einfach einsteigen. Vielleicht können Sie uns zunächst ein bisschen grundsätzlich Ihre Tätigkeit beschreiben, in welchem Umfang Sie tätig waren. Sie waren seit der Einführung der Infrastrukturabgabe im Jahr 2015 ja mit oder im BMVI - da kommen wir dann auf die genauere Definition etwas später noch zu sprechen - tätig. Vielleicht können Sie uns auch über Beratungsmandate ein bisschen aufklären, neben dem jetzt hier rein Streitgegenständlichen, in welchem Umfang Sie im Zusammenhang mit dem Verkehrsministerium tätig waren.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm. - Wir als PwC haben im - - Ende des Jahres zweitausend- - Wir haben uns im Jahr **2016** auf die Beratung von Los 2 beworben. Los 2 umfasste die wirtschaftliche und technische Beratung bei der Einführung der Infrastrukturabgabe. Ich glaube - - Wir haben den Zuschlag erhalten, und die ersten Besprechungen waren dann Ende Oktober 2016. Ich war bis zum Juni 2018 stellvertretende Projektleiterin in dem Projekt und wurde dann, nachdem - - wurde dann Projektleiterin.

Wenn ich sage: „Wir haben die wirtschaftliche und die technische Beratung gemacht“, haben wir die technische Beratung zusammen mit dem Unterauftragnehmer, der TÜV InterTraffic, gemacht. So. Wir haben, wie gesagt, alle wirtschaftlichen und technischen Fragen mit behandelt. Das heißt, gerade an den Anfängen ging es um den **Leistungsschnitt**. Wir haben die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt, wir haben bei den wirtschaftlichen Themen der Leistungsbeschreibung des Vertrages mit unterstützt und auch die technischen Teile der Leistungsbeschreibung der Bewerbungsbedingungen mit bearbeitet, und zwar je nach - - Also, wir haben für alle Vergabeverfahren, die im Rahmen der Infrastrukturabgabe durchgeführt worden sind, diese Beratungsleistung erbracht, also nicht nur die hier gegenständlichen der automatischen Kontrolle und der Erhebung.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Sie waren dann im Hauptkontakt, sage ich mal, mit dem Mautreferat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Können Sie uns mal bitte nennen, wer dort so Ihre Hauptgesprächspartner, Ansprechpartner auf welcher Ebene waren und mit wem Sie sich, sage ich mal, im Alltäglichen ausgetauscht haben?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, die Hauptansprechpartner im Wesentlichen waren Frau Henke und Herr Stadler und die anderen Mitarbeiter in dem entsprechenden Referat.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Kontakte zur Leitungsebene, zur Hausleitung, Gespräche mit beamteten Staatssekretären und noch darüber?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In wenigen Fällen. Also, ich kann mich jetzt aktuell an zwei Gespräche mit Herrn Dr. Schulz erinnern.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Darüber hinaus mit der Hausleitung keine Gespräche?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Gut. - Können Sie uns so ein bisschen den Alltag der Zusammenarbeit mit der Arbeitsebene schildern? Wie hat sich das so für Sie dargestellt? Wer hat welche Aufgaben wahrgenommen? Wer hat wie, sage ich mal, zugearbeitet bzw. immer wieder bei der einen oder anderen Frage dann den Hut aufgehakt bzw. die Aufträge formuliert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die Aufträge wurden von dem Referat formuliert. Es gab regelmäßige Besprechungen, soweit ich mich erinnere. Also, das ist eine sehr frühe Phase, 2016/17, deswegen versuche ich mich gerade daran zurückzuerinnern. Es gab dann Besprechungen, wo Arbeitsaufträge erteilt worden sind, entweder in diesen Besprechungen vor Ort oder dann auch telefonisch. Die Aufträge kamen hauptsächlich direkt von Frau Henke oder Herrn Stadler. Es mag auch sein, dass es dann zum Teil mal Themen gegeben hat, wo wir darauf hingewiesen haben, dass es sinnvoll wäre, sich noch mit dem einen oder anderen Thema auseinanderzusetzen. Das haben wir aber auch immer erst dann nach Abstimmung mit der Referatsleitung getan.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Sie haben jetzt gerade den Herrn Stadler schon erwähnt. Der Herr Stadler war ja bereits hier als Zeuge, und der Herr Stadler hat als Zeuge ausgesagt, Frau Dr. Kramer - ich zitiere jetzt Herrn Stadler -:

... für mich ein ganz klares Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis.

Können Sie uns das in der Grundbewertung so bestätigen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Auf alle Fälle.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Ja, Sie werden sich wundern, aber das - - Wir brauchen gewisse Dinge einfach zur Einordnung des Ganzen. - Können Sie uns ein bisschen schildern: „Wie war bei der Erstellung der Vergabeunterlagen die Auftragsverteilung und dann die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der Abteilung?“? Jetzt ganz grundsätzlich; es geht jetzt nicht um einzelne Details, sondern für uns geht es momentan einfach um die Einordnung der einzelnen Arbeitsabläufe und Zusammenhänge.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, grundsätzlich war es so, dass wir darüber gesprochen haben, dass bestimmte Dokumente zu erstellen sind. Dann haben wir als Berater einen ersten Entwurf gemacht, haben den gegebenenfalls mit den rechtsanwaltlichen Beratern vorab auch noch mal besprochen, gerade wenn es sich um Fragen handelte, die in einer Schnittmenge sich befanden. Und dann wurde es immer dem Ministerium vorgestellt und mit diesem besprochen und auch entsprechend freigegeben vom Ministerium.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Jetzt sagen Sie: Das wurde dann freigegeben vom Ministerium. - Können Sie uns noch ein bisschen genauer beschreiben, wie Steuerung und Kontrolle durch das BMVI aussah?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wir haben ja recht - Also, es wurden immer rechtzeitig die Dokumente zur Verfügung gestellt. Wenn PwC den Lead hatte, ein Dokument zu erstellen, kam



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es aus unserem Haus. Wenn es die rechtsanwaltlichen Berater hatten, kam es aus dem Haus der Rechtsanwälte. Es wurde dann immer eine Entwurfsfassung zur Verfügung gestellt und wurde entweder durchgesprochen mit dem Ministerium, oder die Vertreter des Referats haben auch Anmerkungen im Dokument gemacht.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Danke. - Jetzt muss ich mal ganz kurz unterbrechen, weil die Uhr, die eigentlich für mich hinten mitläuft, kann irgendwie -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein, plus vier Minuten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - so nicht stimmen. - Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ist richtig. Es sind jetzt fünf Minuten um.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Deswegen: Bitte nicht wundern, da läuft nämlich meine Uhr über meine Zeit mit. Deswegen habe ich immer noch so einen Nebenblick. Und jetzt wurde ich auf null gesetzt.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein, nein, also, Sie dürfen nicht von vorne anfangen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Schade. Okay. - Entschuldigung. - Kommen wir ein bisschen zu Fragen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Sie haben ja schon gesagt, Sie waren für die Fragen von Wirtschaftlichkeit und Technik zuständig, Frau Kramer. Der Bundesrechnungshof hat in seinen Berichten zu den erwarteten Mauteinnahmen die Einnahmeschätzungen immer wieder kritisiert. Inwieweit waren Sie, PwC, im Rahmen dieser Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und Einschätzungen auch mit dem befasst, was, sage ich jetzt mal, von Dritten in die Diskussion eingebracht wurde? Und vielleicht können Sie das auch noch so ein bisschen unterscheiden in die einzelnen Verfahrensstadien. Sie haben ja gesagt, Sie hätten dann im Oktober 2016 angefangen, und wir hatten ja etliche sehr unterschiedliche Stadien dieser Einführung der Infrastrukturabgabe. Hier sitzen ein

paar Kolleginnen und Kollegen, die das vom ersten Tag an mit begleitet haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mit der Schätzung der Mauteinnahmen waren wir nur am Rande beteiligt, und zwar flossen die Mauteinnahmen in einer bestimmten Weise mit in die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein, weil schon in einem recht frühen Stadium auch - jedenfalls nach meiner Erinnerung in einem recht frühen Stadium - die Vergütung des Betreibers abhängig war von den Mauteinnahmen. Und dann musste man natürlich die Mauteinnahmen für den entsprechenden Betrachtungszeitraum der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung auch prognostizieren, wobei wir uns da im Wesentlichen auf die Prognosen des Ministeriums verlassen haben. Ich sage: im Wesentlichen; wir mussten noch eine Aufteilung vornehmen auf bestimmte Zahlungsmittel beispielsweise, und wenn ich mich richtig erinnere, mussten wir auch für einen längeren Zeitraum prognostizieren als die Zahlen, die im Ministerium vorlagen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Noch mal ganz langsam, weil es ist ja nicht ganz unwesentlich. Sie sagten gerade: Die Vergütung war abhängig von den Einnahmen. - Das heißt, Sie sind gekommen in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von der Seite der Einnahmen und haben dann die Kosten gegengerechnet und haben nicht erst geschaut, welche Kosten Sie haben unabhängig von den Einnahmen, die Sie haben, sondern Sie sind gekommen von der Einnahmenseite.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Dann habe ich mich eben verkürzt ausgedrückt. Abhängig von dem Mautumsatz fallen auch Kosten an. Also, wenn ein bestimmter Umsatz beispielsweise über Kreditkarten abgewickelt wird, fallen ja Kreditkartenprovisionen an. Das sind Kosten, die auch entsprechend mit in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung mitberücksichtigt werden müssen. Das ist eben nur ein Teil der Kosten. Und um die Höhe dieser Kosten abzuleiten, mussten wir natürlich auch Annahmen treffen zu den Mengen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Sie haben außerdem gerade gesagt, Sie haben sich bei den Prognosen auf die Zahlen des Ministeriums gestützt. Haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie zumindest eine kursorische Schlüssigkeitsüberprüfung dieser Zahlen vorgenommen, oder wie haben Sie diese Zahlenbasis als - - Ich meine, es gibt eine Zahlenbasis, die kann ich nehmen und sagen: So ist es. - Ich kann mir aber auch Zahlen anschauen und sagen: Na ja, die steht zwar da, aber so ganz schlüssig erklären, oder wie das Ministerium die hergeleitet hat - - kann ich die nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich jetzt an die einzelnen Arbeitsschritte nicht mehr erinnern. Soweit ich mich erinnern kann, sollten wir die Zahlen aus - - oder die veröffentlichten Zahlen des BMVI so übernehmen.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Entschuldigung, wenn ich jetzt an der Stelle so ein bisschen nachbohre, weil das ist, glaube ich, nicht ganz unerheblich. Das heißt - noch mal -: Wir hatten ja unterschiedliche Phasen dieser Einführung, auch immer wieder mit, sage ich mal, zumindest modifizierten Berechnungsmodellen, zumindest auf unserer Seite -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Welche Berechnungsmodelle ... (akustisch unverständlich)

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - der Wirtschaftlichkeit der Infrastrukturabgabe -, haben ja dann auch immer wieder Parameter verändert, um gewisse Fragen der Wirtschaftlichkeit zu klären. Jetzt noch mal für uns zum Verständnis: Sie haben letztlich ausschließlich gerechnet dann auf der Basis der vom Ministerium zur Verfügung gestellten Zahlen, die als fest angenommen wurden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Soweit es möglich war, ja. Also, ich sage: soweit es möglich war. Weil die gingen, ich weiß jetzt nicht, über den gesamten Prognosezeitraum. Das heißt, wir mussten hier nach hinten verlängern. Aber die vorhanden waren, die haben wir genommen. Und da spielte es dann auch keine Rolle, dass wir verschiedene Modelle berücksichtigt hatten. Das sind einfach nur verschiedene Modelle jeweils in der Phase des Vergabeverfahrens, die wir genau berechnet haben.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. Ich hätte zwar noch Zeit, mache aber an der Stelle für diese Runde - - und gebe weiter. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Wiehle.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Und danke schön, Frau Dr. Kramer, dass Sie uns zur Verfügung stehen für Fragen, die wir Ihnen stellen möchten. - Sie haben vorhin schon gesagt, Sie haben sich im Jahr 2016 - Sie und Firma PwC - auf das Projekt beworben bzw. auf das Los 2. Sie haben den Zuschlag bekommen. Und darf ich fragen, bis wann Sie dann im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand tätig waren für das BMVI?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Hier geht es ja nur um den Untersuchungszeitraum des Untersuchungsausschusses, und wir waren bis zum Ende dieses Zeitraums für das BMVI tätig.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Also auch bis zu dem Zeitpunkt, wo dann der Betreibervertrag gekündigt wurde?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. Mhm.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Da waren Sie immer dabei. Vielen Dank. - Ich möchte jetzt hauptsächlich auf die Aufklärungs- und Verhandlungsgespräche zu sprechen kommen, insbesondere dann auf dasjenige vom 22. November. Ich möchte Sie zunächst fragen: Waren Sie denn bei diesem Gespräch und bei weiteren Gesprächen zugegen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich war im November an Aufklärungsgesprächen zugegen. Ich kann jetzt, ganz ehrlich, nicht sagen, ob es am 22. November auch der Fall war. Ich war von Anfang an dabei. Wenn das das erste war, dann ist es, glaube ich, auch im Protokoll dort nachzulesen.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das war das erste. Wir haben im Protokoll auch Ihren Namen gefunden. Aber auch das muss ja nicht unbedingt stimmen;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

deshalb frage ich da eben auch nach Ihrer Erinnerung.

Da gab es einen Gesprächsleitfaden. Den haben wir in dem Untersuchungsmaterial gefunden. Vielleicht ist der Ihnen auch noch präsent. Ich kann aber fürs Protokoll auch noch eine MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-7/9u, Blatt 74 bis 77. Wissen Sie, wer diesen Gesprächsleitfaden geschrieben hat?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Möchten Sie das erst noch sehen, das Dokument?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich an den Gesprächsleitfaden erinnern.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Okay.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich müsste mich mal ganz kurz - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Bitte. Sie können auch, wenn Sie die Unterlage sehen wollen, die Unterlage - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Dokument habe ich noch in Erinnerung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Bitte.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, nach meiner Erinnerung wurden diese Gesprächsleitfäden, zumindest im ersten Entwurf, immer von den juristischen Beratern erstellt. Ich kann es jetzt nicht sicher sagen, dass es in dem Fall auch der Fall war, aber das war der Regelfall nach meiner Erinnerung.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das heißt, Herr Dr. Neumann und seine Kollegen haben das geliefert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau, Greenberg Traurig, und KPMG Legal [sic!] waren, glaube ich, da auch noch mit dabei, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, danke. - Dann waren Sie aber mit dem Leitfaden insgesamt beschäftigt und wahrscheinlich auch mit dem Anhang zu dem Gesprächsleitfaden. Auch zu dem habe ich eine Nummer, aber vielleicht kann ich Ihnen das Stück, das Dokument, erst mal schildern. Vielleicht können Sie sich daran auch erinnern. Das ist eine Liste mit potenziellen - - Das hat so drei Zwischenüberschriften: „Potentielle, nicht wesentliche Leistungsänderungen“ und „Beistellungen von Teilprozessen durch den AG“, Auftraggeber, und „Aufklärungsbedarf von Annahmen des Bieters ...“.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Haben Sie da eine Materialnummer?

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Die gebe ich Ihnen gerne. Das ist der gleiche Pfad, also MAT A BMVI-7/9u, Blattnummern 87 bis 94. - Zunächst meine Frage: Können Sie sich an diese Liste, die Anhang von dem Gesprächsleitfaden war, erinnern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Ich würde gerne einen Blick auf diese Liste werfen, ob ich mich daran erinnern kann.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja, gerne.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, also, ich habe noch eine vage Erinnerung an eine solche Liste.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke. - Es ist aus dem Grund wichtig, dass wir über Anforderungen und die Umsetzung von Anforderungen, auch aus vergaberechtlichen Gründen - ist ja Teil des Untersuchungsgegenstands -, sprechen müssen. Und bevor ich tiefer in solche vergaberechtlichen Fragen einsteige, möchte ich gerne fragen, inwieweit Sie von Anfang an bei diesen Gesprächen sich damit beschäftigt haben, dass es rechtlich erforderlich sein könnte, Aufklärung und Verhandlung voneinander zu trennen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie ich ja eingangs gesagt habe: Wir haben die wirtschaftliche und technische Beratung gemacht, nicht die rechtliche Beratung. Deswegen haben wir uns mit den rechtlichen Fragen nicht auseinandergesetzt.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Und jetzt könnte es ja sein, dass beim Führen von Gesprächen man mal vom Aufklären und Erklären auch in so eine Art Verhandeln hinübergleitet. Wie ist denn das nach Ihrer Erinnerung in den Gesprächen gelaufen? Haben dann da die juristischen Berater diese Dinge geleitet? Haben die Ihnen Tipps gegeben? Oder haben die eingegriffen, wenn das Gespräch sich in eine heikle Richtung entwickelte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Geleitet wurden diese Gespräche, also, zumindest nicht von uns. Deswegen muss ich um Verständnis bitten, dass ich zu diesen juristischen Fragen, die Sie jetzt gestellt haben, wirklich keine Auskunft geben kann. Also wir haben - - Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Vielen Dank. - Bevor ich jetzt in das nächste Stück Materie einsteige, springe ich in die nächste Runde, weil ich an der Uhr sehe, dass meine Zeit gleich abläuft. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann hat Frau Kollegin Lühmann das Wort.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja. - Hallo, Frau Kramer! Ich nehme mal wieder ein ganz anderes Thema. Das wird Ihnen öfter passieren, dass wir springen. Das liegt halt an der Systematik. - Mir geht es um den Zeitraum Frühjahr 2018. Während der Verhandlungen mit den vier Bietergemeinschaften sind Sie ja in die Entscheidungen mit einbezogen worden. Mir geht es konkret um die Frage Bruttounternehmenswert versus Equity Value. In den Vergabeunterlagen der Erstangebotsphase war noch der Equity Value als Entschädigung festgelegt. Können Sie uns erklären, warum das dann verändert wurde zum Bruttounternehmenswert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich hatte - - Oder: Es gibt ja eine Zusammen- - Oder: Die Bieter haben jeweils ihren Verhandlungsbedarf ja benannt in

ihren Angeboten, und verschiedene Bieter hatten genau zu diesem Punkt auch Verhandlungsbedarf angemeldet. An die genaue Diskussion dazu kann ich mich, ehrlich gesagt, leider nicht mehr erinnern. Wirtschaftlich betrachtet kann ich den Verhandlungsbedarf der Bieter nachvollziehen. Wieso gerade in dem Punkt - - Es sei denn - - Sie haben, glaube ich, nur insgesamt gefragt, ne? Das war nicht der Kündigungsgrund, sondern nur Equity Value.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann frage ich da weiter: Was für Folgen hat das? Also, Sie sind ja Beraterin für das Ministerium. Das waren jetzt Verhandlungen mit den Bietenden. Sie haben eben gesagt, Sie konnten das verstehen, dass die da Verhandlungsbedarf hatten. Und dann haben Sie eine Änderung vorgenommen oder vorgeschlagen. Vorgenommen haben Sie es ja nicht; Sie haben ja eben gesagt: Es wurde dem Ministerium vorgeschlagen und das Ministerium ist dem gefolgt. - Das heißt, aus Equity Value wurde Bruttounternehmenswert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wir haben kein Dokument gefunden, in dem erläutert ist, was das konkret für Folgen für den Vertragsnehmer Verkehrsministerium haben wird. Können Sie uns die Folgen erläutern? Und die zweite Frage ist natürlich: Wie haben Sie diese Folgen dem Ministerium erläutert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Erst mal: Was ist der Unterschied zwischen dem Equity Value und dann dem objektivierten Unternehmenswert oder dem Bruttounternehmenswert, wie er jetzt drinsteht, insbesondere für den Fall - - So. Was ist der Unterschied? - Das eine ist: Man würde nur - sehr vereinfacht gesprochen - den Wert des Eigenkapitals bekommen. Beim Zweiten werden auch die Rückflüsse, ich sage mal, an die Fremdkapitalnehmer mitberücksichtigt.

Es ist sinnvoll, den Bruttounternehmenswert zu nehmen, weil ein solches Projekt natürlich auch über Fremdkapitalgeber mitfinanziert wird und die natürlich auch schauen, wie sie ihr Geld wie-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der zurückbekommen, und auch mit einem höheren Risikoaufschlag reingehen würden, wenn es unsicher wird, dass sie, beispielsweise bei einer ordnungspolitischen Kündigung, gegebenenfalls ihr eingesetztes Fremdkapital nicht wieder zurückbekommen. Erhöhte Risikoaufschläge würden sich dann ja in den Kosten des Betreibers niederschlagen und auch entsprechend dann in der Vergütungsforderung.

Deswegen ist es auch aus unserer Sicht - und das ist, was ich eben auch sagte, dass es auch nachvollziehbar ist, dass die Bieter das genannt haben - ein sinnvoller Entschädigungsmechanismus. Ich vermute mal, dass wir insbesondere über den Fall der Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen sprechen; denn das ist ja ein Fall, wo der Betreiber alles richtig gemacht hat, auch die Kündigung selber nicht beeinflussen kann, sondern der Kündigungsgrund allein in der Hoheit des Auftraggebers liegt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, wir haben ja auch schon mit den Bietern gesprochen, warum - - und haben denen dann natürlich die gleiche Frage gestellt. Was wir uns natürlich fragen, ist: Was ist vor Vertragsabschluss passiert? Und der Projektleiter aus dem Mautreferat, Stefan Stadler, hat hier bereits ausgesagt, dass es vor Unterzeichnung des Betreibervertrages keine Überlegungen dazu gegeben hat, wie hoch die zu zahlende Entschädigung nach dem Bruttounternehmenswert sein würde, wenn der Vertrag nach dem EuGH-Urteil gekündigt werden müsse. Wurden Sie bzw. das Los 2 irgendwann mal aufgefordert, zu errechnen, welche Entschädigungen in solchem Fall auf den Bund zukommen würden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir wurden am Tag der Kündigung gebeten, eine Berechnung vorzunehmen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Das heißt, vor Unterzeichnung, also vor dem 30.12.2018, nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Am 18. - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung! Vor dem - - Nein, wir wurden am 18. Juni - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich hatte gefragt: vor Unterzeichnung.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung! Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es geht nicht um den 18.; es geht mir: vor Unterzeichnung, -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. - Nein, vor Unterzeichnung - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** - vor dem 30.12.2018.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja. - Nein, nicht vor Unterzeichnung.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Ich gehe jetzt aber mal zu diesem 18. Juni, den Sie gerade angesprochen haben, wo die Entscheidung fiel. Können Sie uns bitte mal beschreiben, wie dieser Tag und die folgenden Tage für Sie abliefen? Wann und wo haben Sie von dem Urteil erfahren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich war im Büro in Frankfurt. Ich glaube, wir haben es aus - - Wir - ich sage dann: meine Kollegen und ich; ich weiß nicht, wer es als Erstes gesehen hat - haben es im Internet gelesen. Dann weiß ich, dass wir vormittags einen Anruf erhielten von - - Ich habe mich auch im Vorfeld noch mal versucht zu erinnern. Ich weiß jetzt nicht, ob er von Herrn Dr. Neumann oder von Herrn Dr. Lütje kam. Einer der beiden Herren bat uns, im Auftrag des Ministeriums einmal die potenzielle Belastung auszurechnen, die im Falle einer Kündigung auf den Haushalt zukäme.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Waren Sie Mitglied bei der Taskforce, die dann die Entscheidung gefällt hat, ob gekündigt wird oder nicht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Waren Sie nicht. - In den Unterlagen, die wir haben, haben Sie nach Kündigung des Betreibervertrages, also am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Juni 2019, Herrn Winderlich eine überschlägige Abschätzung von Entschädigungszahlungen geschickt. - Das ist MAT A BMVI-6-20a, Blatt 20/21. - Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag bereits gekündigt. Sie haben jetzt gesagt: Am 18. kam mittags die Frage: Gebt uns mal Zahlen! - Wann sind die denn geliefert worden? Ist der 20., ist das, was wir da gefunden haben, die Antwort auf die Frage vom 18., oder gab es dazwischen irgendwelche Meldungen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es gab dazwischen auch Zahlen. Ich müsste jetzt im Einzelnen in meinen Unterlagen nachschauen, aber wir haben auch am 18. schon was übersandt, was natürlich nur eine erste, sehr überschlägige Berechnung sein konnte.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Mhm. Gegebenenfalls würde ich da gerne dann noch mal in einer nicht-öffentlichen Sitzung mit Ihnen drüber reden. - Im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung - haben wir ja eben schon mal drüber gesprochen - haben Risikoworkshops stattgefunden. Und wir haben auch gehört, dass der BRH ja gewisse Dinge geäußert hat. Und der BRH hat den Vorwurf gemacht, das BMVI hätte keine Unterlagen vorlegen können, „aus denen hervorgeht, ob und ggf. wie es dabei das Risiko eines vollständigen Scheiterns des ISA-Vorhabens durch ein Urteil des EuGH bewertet hat“. - Das war ein Zitat aus diesem Papier.

Und in seiner Antwort hat dann das BMVI unter anderem auf das Risikocluster 3.7 verwiesen. Das hat die Risiken - - Sie können sich erinnern, wunderbar! Wie ist dieses Risiko in diesem Workshop beachtet worden, und zwar ausreichend, wie das BMVI es sagt, wenn aber es vorher nie eine Berechnung zur möglichen Höhe der Entschädigungszahlungen gegeben hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Vielleicht vorweg eine Bemerkung: Für die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bei uns im Haus war mein Kollege, der Herr Arnold, verantwortlich, zuständig. Ich habe beispielsweise nicht an den Risikoworkshops teilgenommen, habe mich aber mit meinen Kollegen darüber unterhalten.

Was ich sagen kann: Wie finden solche Risikoworkshops grundsätzlich statt? Dort werden in einem ersten Schritt - - Also, wir halten uns immer sehr eng zunächst einmal an den Leitfaden des BMF, wie solche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen auszusehen haben, wie man vorgehen muss und wie auch Risikoworkshops stattfinden sollen. Das heißt, in einem ersten Schritt werden erst mal alle Risiken identifiziert, dann wird die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Risiken bestimmt, und dann wird der Schaden bestimmt, um dann in einem letzten Schritt zu sagen: Welche Partei soll denn dieses Risiko tragen?

Das Risiko des EuGH-Urteils ist ja in einer zunächst vielleicht etwas seltsam anmutenden Kategorie gefasst. Das liegt aber daran - und wir haben uns seit der Kündigung auch intern darüber unterhalten -: Nach unserem Verständnis bedeutete eine Kün- - Ach nee, ich muss, glaube ich, noch einen Schritt zurück machen: Als wir die Risiken definiert haben, da haben wir aufgrund unserer - - also, hat das Haus PwC aufgrund unserer Erfahrung erst mal einen Vorschlag gemacht, welche Risiken in diesem Projekt auftreten. Diese Liste wurde aber zunächst mit den juristischen Beratern vorbesprochen und wurde dann in einem gemeinschaftlichen Workshop, wo mindestens die Vertreter des BMVI und auch des KBA anwesend waren, noch mal durchgesprochen. Wie die Diskussion im Einzelnen lief, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich dort nicht beteiligt war. - Das vielleicht erst mal so zur gesamten Geschichte.

Und mein Verständnis war immer, dass ein EuGH-Urteil zur ISA zu einer gegebenenfalls technischen Anpassung führen würde, also dass man an der Leistungsbeschreibung etwas tun müsste, was dann zu einer Verzögerung führt, aber nicht, dass das Urteil dazu führen könnte, dass die ISA an sich nicht erhoben werden darf.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke schön. - Meine Zeit ist fast um, und ich komme zu einem neuen Punkt und würde deshalb weitergeben.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann hat der Kollege Jung für die FDP das Wort.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Christian Jung (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Kramer, ich versuche gerade, Sie anzuschauen, aber es geht eigentlich ganz gut. - Wir haben in den Beratungen insgesamt hier im Ausschuss mehrfach gehört, dass zwischen dem BMVI und den Betreibern zeitweise über einen Betrag von 2,6 Milliarden Euro so gut wie Einigkeit bestand. Können Sie uns sagen, welche Leistungen im Wert von 400 Millionen Euro hier dann herausgenommen wurden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ganz ehr- - Nein, leider nicht.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Ich kann vielleicht versuchen, ein bisschen die Erinnerung anzustupsen. Es gibt einen Auszug aus einem Gespräch vom 29.11.2018, in dem Herr Minister Scheuer und Herr Staatssekretär Schulz und die Betreiber über die Kosten der Pkw-Maut sprechen. Ich zitiere in dem Zusammenhang das vorläufige Stenografische Protokoll vom 01.10.2020, Seite 79.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Sie liest in diesen Unterlagen)

Darin heißt es von dem Zeugen Klaus-Peter Schulenberg - Zitat -:

Das war ja auch alles ein positives Gespräch, und es hatte eine gute Atmosphäre. Trotzdem blieben wir in der Sache aber klar. Seine Haltung: 2 Milliarden. Wir hatten ... uns schon angenähert, ich glaube, von 3 Milliarden auf 2,6 Milliarden, so in etwa.

Zitat Ende. - Können Sie sich erklären, wie man sich auf den Betrag von 2,6 Milliarden Euro annähern konnte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Für die Einzelheiten müsste ich noch mal in meine Unterlagen schauen oder auch die Unterlagen, die Ihnen ja zwischenzeitlich zur Verfügung gestellt worden sind. Nach meiner Erinnerung wurde in den Ge-

sprächen der Bieter auf verschiedene Dinge hingewiesen, wo er gegebenenfalls die Leistungsbeschreibung missverstanden hat, was dann auch zur Anpassung seiner Kosten führte. Alles andere würde jetzt zu Spekulationen führen ohne weitere Dokumente, weil ich mich da leider in den Einzelheiten nicht erinnern kann.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat jetzt Herr Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, danke, dass Sie für unsere Fragen zur Verfügung stehen. - Ich fange noch mal bei einer etwas banalen Frage an. Der Herr Papkalla war schon bei uns. Welche Position - - Oder: Wie war der in Ihr Team eingebunden? Und wie groß war das Team ungefähr, das an dieser Aufgabe gearbeitet hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Herr Papkalla war mit für die technische Beratungsleistung, hier beim Untersuchungsgegenstand für den Bereich der Erhebung, zuständig, zusammen mit anderen Kollegen. Ich denke, wir können insgesamt von einem Kernteam sprechen für die wirtschaftliche und technische Beratung in diesen beiden konkreten Vergabeverfahren von rund 12 bis 15 Personen. Verpflichtet waren, ich glaube, um die 70 Personen bei uns, die dann irgendwann mal für das Projekt gearbeitet haben, gegebenenfalls auch nur für Detailfragen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - In den Vergabegesprächen zu den Erstgeboten hatten ja praktisch alle Bieter ein ungewöhnlich hohes Maß an Vertragsstrafen moniert, was wiederum bei den Angeboten zu Risikoaufschlägen führte. Wie kamen diese Vorschläge für diese, wie gesagt, aus Sicht der Bieter hohen Vertragsstrafen zustande, und wie haben Sie die damals bewertet?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich habe auch da leider keine konkrete Erinnerung mehr, wie die Vertragsstrafen zustande kamen. Auch hier



## Nur zur dienstlichen Verwendung

muss ich - - Das war ja ein Teil der Verträge. Insofern hatten dann hier letztlich die Hoheit auch die juristischen Berater.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Sie haben aber selber jetzt unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten dieses Vertragsstrafenregime nicht noch mal durchgerechnet oder überschlagen, was das bedeutet und was das unter Umständen auch für den Angebotspreis bedeuten könnte, wenn man da Modifikationen vornimmt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Sie haben eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erst am 24.05.2019 vorgelegt. Eine Kurzfassung war innerhalb extrem kurzer Zeit am 13.12.2018 in einer Telefonkonferenz abgestimmt worden. Und in der Version vom 24.05. wurde noch immer von einem geringen Risiko wegen der EU-Rechtslage ausgegangen. Waren Sie an dieser abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beteiligt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Haus PwC war beteiligt. Ich persönlich war nicht daran beteiligt. - Ja.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Können Sie sich erinnern, inwieweit im Mai 2019 bei dieser abschließenden Untersuchung absehbare Zusatzkosten für den Bund durch die Integration der Toll-Collect-Zahlstellen in diese abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung eingeflossen sind?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Bericht, den Sie aus dem Mai 2018 zitiert haben, das ist ein - -

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** 19, die abschließende Wirt- -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** 19, Entschuldigung, 19. - Das ist eine ausführliche Fassung des Berichtes, den wir im Dezember 2018 gegeben haben. 2018 war ja sehr kurz- - wie Sie gerade gesagt haben. Und um das noch mal ausführlich zu dokumentieren, hat es etwas länger gedauert.

Aber wir haben auf dem Stand von der damaligen Kurzfassung den Bericht erstellt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber zu dieser damaligen Kurzfassung gab es ja noch keine Verständigung, in welcher Form diese Toll-Collect-Zahlstellen finanziell zu Buche schlagen werden, oder?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, den Stand, den wir damals hatten, haben wir berücksichtigt und haben ihn dann auch so in dem Bericht dargestellt. Da müsste man, glaube ich, noch mal in den Bericht der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung „Erhebung“ schauen, wie es dort berichtet worden ist. Das waren die Dinge, die abgestimmt waren, vorab, mit dem Ministerium und dem KBA, mit dem Ministerium insbesondere.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Dann komme ich noch mal zu den Erstangeboten, die eingegangen sind. Da gab es ja relativ große Unterschiede zwischen den Erstangeboten. Wie wurde das bei Ihnen bewertet oder diskutiert? Worauf hat man diese Unterschiede zurückgeführt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, soweit ich mich erinnern kann, haben ja die Bieter auch explizit geschrieben, dass sie mit dem - - oder zumindest ein Bieter hat das geschrieben, dass er den Verhandlungsbedarf entweder vollumfänglich eingerechnet hätte oder vollumfänglich nicht berücksichtigt hätte. Ich weiß jetzt leider nicht mehr, in welcher Richtung das war. Das war beispielsweise ein Unterschied. Und ansonsten ist es, glaube ich, auch nicht ungewöhnlich, dass Erstangebote weit auseinanderliegen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Nun war es aber auch so, dass von diesen Erstangeboten keines die Mindestanforderungen erfüllt hat. Ist das auch nicht ungewöhnlich?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, das ist meine persönliche Meinung: Das finde ich ungewöhnlich, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und hat das dann eine Rolle gespielt in der Bewertung dieser Erstangebote im Rahmen Ihrer Beratung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wenn ich mich recht erinnere, wurden dann die Erstangebote nicht weiter bewertet, sondern es wurden mit den Bietern Aufklärungsgespräche geführt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber mich interessiert jetzt, wenn ich die Frage noch anhängen darf: Sie, als Beraterin, haben Sie denn dem Ministerium gesagt - Sie haben eben gesagt, Sie fanden das jetzt schon eher ungewöhnlich, dass keiner die Mindestanforderung eingehalten hat -: „Hört mal, Leute, das ist - - Wir müssen da noch mal drüber reden, wie ihr in die Verhandlungen geht“? Oder haben Sie nur empfohlen: „Lasst uns offene Gespräche führen, und dann schauen wir mal, wie weit wir kommen“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die Mindestanforderungen - und jetzt muss ich dazusagen: ich bin Wirtschaftswissenschaftlerin; aber auch so, wie ich es von den Technikern verstanden habe - wurden ja abgestimmt und definieren ja auch tatsächlich bestimmte Mindestanforderungen, die zu erfüllen sind von den Bietern. Also, insofern verstehe ich vor dem Hintergrund Ihre Frage nicht ganz, weil gewisse Dinge mussten die Betreiber ja erfüllen, um ein allen rechtlichen Anforderungen genügendes System auch zu errichten.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank. - Frau Kramer, ich will noch mal zu dem ganzen Thema „Ermittlung Kaufpreis bei Vertragsbeendigung“ zurückkommen. Dafür waren Sie ja auch zuständig. Wie würden Sie die da insgesamt in dem Vertrag getroffene Regelung im Fall einer Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen bewerten? Also, was hat das auf Sie für einen Eindruck gemacht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie meinen dann die Regelung, dass jetzt der Bruttounternehmenswert gemäß IDW S1 in dem Fall - -

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Aus wirtschaftlichen Gründen ist es eine angemessene Regelung. Ich hatte das ja eben schon einmal gesagt: „Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen“ heißt ja, dass der Betreiber selbst keinen Einfluss auf den Kündigungsgrund hat, er sich aber vorher vertraglich dazu committet hat, ein bestimmtes Risiko einzugehen, dieses System zu errichten und über zwölf plus gegebenenfalls Verlängerungsjahre zu betreiben. Das ist seine Kalkulationsgrundlage gewesen, auch dass er bestimmte Risiken oder auch Ertragschancen eingegangen ist über diesen Zeitraum, die sich über den Zeitraum insgesamt ermitteln.

Was vielleicht noch wichtig ist, zu sagen, weil das in der Presse häufig steht: Der Bruttounternehmenswert entspricht ja nicht einfach dem entgangenen Gewinn, sondern es wird dort nach den Vorschriften des IDW S1 ja genau geschaut, welche Szenarien mit zu berücksichtigen sind, welche Risiken vielleicht gegebenenfalls bereits schon eingetreten sind oder noch zukünftig eingetreten wären. Diese werden mit berücksichtigt, wenn man die Zahlungsströme ermittelt, die dann ja - - Also die Zahlungsüberschüsse werden dann errechnet und diskontiert. Das ergibt dann den Bruttounternehmenswert. Das heißt, da berücksichtigt man auch schon bestimmte Risikoereignisse, die gegebenenfalls noch eintreten können oder bereits schon eingetreten sind.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es ist ja wahrscheinlich nicht das erste Mal, dass Sie mit solchen Fragestellungen konfrontiert sind. Hat es denn schon andere Verträge gegeben, wo solche Bruttounternehmenswerte im Falle ordnungspolitischer Kündigung vereinbart worden sind, oder ist das etwas Ungewöhnliches hier gewesen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich meine, es wäre damals auch bei der Lkw-Maut so gewesen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass da auch Bruttounternehmenswert war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Gut. - Jetzt hatten wir hier den Sachverständigen Professor Müller, der beschrieben hat - ich zitiere mal -: eine völlig unübliche Vertragsgestaltung im Vergleich zu anderen Mautprojekten. Und er hat sich gerade auch auf diese Regelung bezogen. Gab es da eine Diskussion drüber, also, war das in irgendeiner Weise umstritten, ob man so eine Regelung da reinschreiben sollte? Also, offensichtlich schätzten ja andere Leute - - oder haben sie im Nachhinein zumindest anders eingeschätzt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich erinnere mich leider nicht mehr an die konkrete Diskussion damals. Und zu der Einschätzung von Herrn Müller kann ich leider auch nichts sagen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Also für Sie war das damals kein relevanter, wesentlicher Diskussionsgegenstand, wo man noch mal überprüft hat, wo man vielleicht noch mal im Unternehmen nachgefragt hat oder mit den zuständigen Menschen aus dem Ministerium - - Das war keine Debatte.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das, was ich eben meinte: Ich kann mich an die konkrete Debatte dazu leider nicht erinnern. Wenn wir so etwas vorgeschlagen haben, war das aber nicht immer nur eine Person, sondern es wurde ja schon sowohl bei uns im Team besprochen als auch dann immer im größeren Kreis, sowohl mit den Juristen als auch mit dem Ministerium.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Aber ich verstehe Sie so richtig, dass die Frage „Bruttounternehmenswert oder eine andere Größe“ keine Diskussion war, also, dass man da jetzt nicht gesagt hat - - zwischen verschiedenen Varianten gespielt hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich muss wirklich - - Ganz ehrlich: Ich kann mich leider nicht daran erinnern, also weder im Positiven noch im Negativen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Jetzt haben Sie eben auf die Fragen von der Kollegin Lühmann gesagt: Vor Vertragsabschluss hat es keine Berechnung gegeben - so habe ich Sie verstanden -, was das dann bedeuten würde für eine zu zahlende Entschädigung. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Von uns wurde keine Berechnung vorgenommen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Aber im Ministerium hätte - - Das heißt: War da noch jemand anderes mit beschäftigt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das weiß ich leider nicht.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Hätte ja sein können, dass - Sie haben ja nun mit den Kollegen zusammengesessen - sie gesagt haben: Wir haben das berechnet. - Also, von Ihnen ist da, an der Stelle nichts berechnet worden. Jetzt nach Vertragsabschluss auch nicht, logischerweise nicht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das, was ich eben erwähnt hatte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja. - Aber zum ersten Mal berechnet worden ist es dann, nachdem das Gerichtsurteil da war.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da haben wir überschlägig die maximale Haushaltsbelastung abgeleitet, ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Können Sie sich noch erinnern, was die erste Berechnung da ergeben hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Höhe nach? Im Moment nein; das müsste ich nachschlagen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Okay. - Dann komme ich zu einem anderen Komplex, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann steigen wir in die zweite Fragerunde ein,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und ich gebe das Wort wieder an Herrn Lange für die CDU/CSU-Fraktion.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, Frau Dr. Kramer, nachdem jetzt vieles, ich sage mal, abgearbeitet wurde, möchte ich es nicht nach dem Motto machen: Es hat noch nicht jeder die gleiche Frage gestellt. Beim Bruttounternehmenswert möchte ich aber noch mal ein bisschen bleiben. Vielleicht noch mal zur Verdeutlichung: Hätte dieser realistisch überhaupt vor der Vertragsunterzeichnung eingeschätzt werden können?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Der Bruttounternehmenswert setzt ja immer voraus, dass man ihn zu einem bestimmten Zeitpunkt ermittelt. Das heißt, man hätte, um einen solchen Bruttounternehmenswert vorab zu bestimmen, ja auch definieren müssen: Zu welchem Zeitpunkt wäre gekündigt worden, und wie wäre die Entwicklung bis zum Kündigungszeitpunkt gewesen? Und das ist - - Ja. Insofern hätte es natürlich vorab - - oder hätte man sehr viele Ereignisse definieren können, die zu einer Kündigung geführt hätten, auch zu verschiedenen Zeitpunkten mit verschiedenen möglichen Szenarien, wie sich das Unternehmen vorab entwickelt hätte. Insofern ist es von uns aus auch aus Sicht der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung plausibel gewesen, vorab diesen Wert nicht zu berechnen, weil man dann ja wirklich einen sehr großen Bogen hätte aufspannen müssen: Was wäre der konkrete Kündigungszeitpunkt gewesen? Was wäre das Ereignis gewesen - nicht das Ereignis, Entschuldigung - - sondern wie wäre die Entwicklung des Unternehmens vorab gewesen? Und dann hätten sich wiederum verschiedene Werte daraus ergeben. Insofern, um Ihre Frage sehr kurz zu beantworten: Man hätte dann sehr genau definieren müssen: Was wäre der Kündigungszeitpunkt gewesen? Und von welcher Entwicklung vorab wäre man ausgegangen?

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Also, das waren jetzt extrem viele „hätte“, stelle ich jetzt einfach mal fest. Warum frage ich das? - Der Herr Dr. Neumann hat hier ausgeführt, dass die Bezugnahme auf den Bruttounternehmenswert für den Auftraggeber Bund günstiger gewesen sei als der in

der Vorversion verankerte Equity Value, da eben festgestellt wird - und jetzt zitiere ich -:

... dass für jede Lage, in der sich das Projekt jeweils befindet, ein angemessener Wert in dem Fall

- also auf den Zeitpunkt bezogen, so wie Sie es gerade gesagt haben -

geleistet wird ...

Jetzt bitte ich noch mal unter dem - ja, wie soll ich sagen? - Hintergrund der Nichtwirtschaftler: Vielleicht können Sie, damit wir das irgendwie auch greifbar haben, ein einfaches, verständliches Beispiel bilden - muss jetzt nicht die Infrastrukturabgabe sein -, an der sich die beiden Berechnungsmethoden unterscheiden lassen aus wirtschaftlicher Sicht. Sie dürfen gerne auch die Infrastrukturabgabe nehmen. Ich habe nur gedacht: Die ist vielleicht zu kompliziert. Ich bin Jurist; ich rechne nicht.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich überlege gerade, wie man es einfach darstellen kann.

(Kirsten Lüthmann (SPD):  
Es kann auch kompliziert  
sein! Wir können ja  
nachfragen!)

Ja, das ist das Thema - - Bei dem Thema Unternehmenswert haben wir Experten bei uns aus dem Haus hinzugezogen, die das mit Sicherheit leicht erläutern könnten. Dass ich jetzt versuche, es Ihnen richtig darzustellen und dann trotzdem noch leicht - - und das fällt mir gerade, im Moment etwas schwer. - Ja, deswegen - - Also, ich - - Spontan - -

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Vielleicht versuche ich es hintenherum. Nachdem wir ja die Diskussion auch in der Öffentlichkeit immer wieder geführt haben: Handelt es sich beim Bruttounternehmenswert über den - - für die Betreiber für die gesamte Vertragslaufzeit kalkulierten Gewinn?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Danke. Ich hätte es jetzt ganz - - Deswegen bin ich andersherum gekommen, weil ich gerne ein Beispiel gehabt hätte, weil wir ja an dem Punkt immer wieder eine etwas schräge Diskussion führen. Deswegen hatte ich, ehrlich gestanden, erst gehofft, über ein Beispiel dann die Begründung des Nein zu haben. Aber vielleicht können Sie jetzt das Nein begründen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das Nein kann ich begründen. Ich hatte es eben schon mal kurz ausgeführt: Beim Bruttounternehmenswert zu einem bestimmten Zeitpunkt berechnet man die erwarteten Zahlungsüberschüsse und diskontiert diese. Und diese erwarteten Zahlungsüberschüsse ergeben sich aber auch unter Berücksichtigung von verschiedenen relevanten Szenarien. Das heißt, ich benutze nicht nur ein Szenario wie beispielsweise das gute Szenario: „Ich habe mein Angebot abgegeben, habe dort einen bestimmten Gewinn kalkuliert und den Gewinn nehme ich jetzt und diskontiere ihn, weil das mein Zahlungsüberschuss ist“, sondern man muss sich sehr konkret anschauen zu dem jeweiligen Stichtag der Untersuchung - deswegen hatte ich mich eben mit so viel „hätte“ und „wäre“ ausgedrückt -: Wie hat sich das Unternehmen bis dahin entwickelt? Was muss man also gegebenenfalls noch fortschreiben? Und welche anderen Risiken können auch noch in der Zukunft eintreten, die man auch mitberücksichtigen muss? - Nur als ein Beispiel zu nennen: Der Bieter wird vermutlich in sein Angebot und auch in der Kalkulation seines Angebots, die auch übermittelt wurde, nicht schon von Anfang an Vertragsstrafen mit einkalkulieren, die ja besagen, dass er etwas nicht vertragsgemäß umsetzen kann. Nichtsdestotrotz besteht ja immer eine Wahrscheinlichkeit, dass Vertragsstrafen anfallen können, die man dann auch mitberücksichtigen muss, wenn man einen solchen Unternehmenswert berechnet.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): In diesem „hätte“ und „wäre“ der Berücksichtigung würde ein zeitlicher Verzug der Feinplanung zu einer Reduzierung des Bruttounternehmenswertes zum Zeitpunkt der Kündigung - - eine Rolle spielen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau. Eine solche Verzögerung würde sich negativ auswirken.

**Ulrich Lange** (CDU/CSU): Danke. - Ich gebe weiter.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Kollege Wiehle.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Vielen Dank. - Jetzt werde ich gerne, Frau Dr. Kramer, fortfahren mit meinen Fragen zu den Verhandlungs- bzw. Aufklärungsgesprächen, was es leider mit sich bringt, dass wir wieder thematisch springen müssen. Wir hatten Ihnen ja schon ein Dokument zur Verfügung gestellt, eine Liste mit potenziellen Leistungsänderungen etc. Ich glaube, die liegt noch vor Ihnen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Gut. - Sie haben die Mindestanforderungen geprüft; das ist jetzt noch nicht dieses Dokument. Sie haben die Erfüllung der Mindestanforderungen geprüft, sowohl bei dem ersten finalen Angebot als auch bei dem zweiten finalen Angebot - habe ich das vom Ablauf her richtig verstanden? -, also Sie persönlich und auch Ihre Kolleginnen und Kollegen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Die wurden bei dem zweiten Angebot geprüft, ja, bei dem ersten Angebot auch.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Danke. - Und da, in der Zwischenzeit, ist ja dann einiges geschehen, eben durch Aufklärung und auch durch Verhandlungen. Und diese Übersicht, die jetzt schon gerade vor Ihnen liegt, ist die von Ihrem Haus erstellt worden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich, ganz ehrlich, nicht dran erinnern.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Sie haben mit der auf jeden Fall gearbeitet. Sie hatten die als Unterlage.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wie ich auf Ihre erste Frage schon gesagt hatte: Ich kann mich vage an die Unterlage erinnern. Ich habe sie im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Zusammenhang meiner Vorbereitung jetzt nicht noch einmal gesehen und kann sie deswegen nicht weiter einordnen. Ich habe schon in meiner Vorbereitung gemerkt, dass es eine Reihe von Unterlagen gibt, an die ich mich jetzt, nach Ablauf von zwei Jahren, nicht mehr erinnern konnte.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Weil die Anforderungen, die hier aufgelistet sind - das ist ja offensichtlich ein Ausschnitt aus dem gesamten Anforderungskatalog -, das sind typische Mindestanforderungen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Und wurde über Änderungen bei den Mindestanforderungen mit dem Betreiber verhandelt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, zum einen waren es ja Aufklärungsgespräche. Und zum Zweiten waren wir bei den Gesprächen dabei. Und was jetzt zulässige Änderungen sind oder nicht aus vergaberechtlicher Sicht, konnten wir dann ja wiederum nicht beurteilen. Wenn ich mich richtig erinnere, ist ja die Formulierung der Anforderungen selbst nicht geändert worden, sondern immer nur der Erläuterungstext einer Anforderung.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Wir haben uns diese Dokumente sehr genau angesehen in unserer Vorbereitung und haben Beispiele dafür gefunden, dass zwar der Text der Anforderung nicht geändert wurde, in der Erläuterung dann aber etwas hineingeschrieben wurde, was eigentlich nach unserer Einschätzung doch den Text der Anforderung ändert. Ich möchte das gerne anhand von einem Beispiel betrachten; das finden Sie auch in Ihrer Unterlage. Da geht es um die Anforderung 1.6. Das finden Sie auf dem Blatt 91; das ist also fünfte Druckseite von dem Umfang, vielleicht Vorder- und Rückseite, jetzt hier dann das dritte Blatt und dort das erste. Da geht es darum, was der Betreiber zu tun hat, wenn ein Brief, den er verschickt hat, als unzustellbar zurückkommt. Und die Anforderung selber sagt: Der Betreiber muss „nach Möglichkeit“ - ich zitiere das hier - „die neue Adresse ermitteln und die Bescheide

oder Schreiben neu zustellen“. Und bei der „Aufklärung“ steht dann hier der Text: „Verlagerung der Anforderung in den Verantwortungsbereich des AG“, Auftraggebers. Und an der Stelle möchte ich Sie zunächst fragen: Erinnern Sie sich an diesen Gesprächsgegenstand?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich erinnere mich an den Gesprächsgegenstand Adressermittlung, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Das ist ja diese Sache. Und wurde da darüber gesprochen, dass das ursprüngliche Verständnis der Anforderung jedenfalls war, dass der Betreiber das selber zu machen hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich erinnere mich auch hier leider nicht mehr an die konkreten Gespräche und den Verlauf der Gespräche. Aber nach meiner Erinnerung sollte Adressermittlung beim Betreiber liegen, ja.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ja. - Und der Betreiber hat - das ist mal als Frage zwecks Bestätigung gemeint - dargestellt, dass das aber ein aufwendiges Unterfangen ist, das eben zu einem höheren Angebotspreis geführt hat?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Na, ich kann mich wirklich nicht mehr an den konkreten Gesprächsverlauf erinnern. Ein Punkt, an den ich mich erinnere in diesem Zusammenhang, ist, dass diskutiert worden ist, dass ein Privater - - oder dass die öffentliche Hand leichter Zugang auf bestimmte Adressdaten hat als ein Privater, wenn ein Privater es überhaupt kann. Aber das ist wirklich - jetzt muss ich sagen - eine Spekulation, die ich nicht machen sollte, ja? In meiner Erinnerung - - Also, ich habe wirklich leider keine konkrete Erinnerung mehr daran.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Gut. - Aber es wurde jedenfalls über Aufwände beim Ermitteln der Adressen gesprochen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meiner Erinnerung wurde auch über die rechtlichen Möglichkeiten in diesem Zusammenhang gesprochen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Verstehe. - Ich schaue auf die Uhr und sehe, dass ich beim nächsten Mal weiterfragen muss. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Danke sehr. - Frau Kramer, wieder mal ein ganz anderes Thema: finale Angebote. Am 17. Oktober 2018 ging das finale Angebot ein. Es war nur eins. Es waren ja früher mehrere im Rennen; die haben zwischendurch dann immer die weiße Flagge gehisst. Und das eine, das einging, lag deutlich über dem vorgesehenen Haushaltsrahmen. Wann haben Sie Kenntnis von diesem eingegangenen finalen Angebot gekriegt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sicher weiß ich es nicht. Ich würde vermuten, an dem gleichen Tag, an dem das Angebot eingegangen ist.

**Kirsten Lühmann** (SPD): PwC hat dann die Aufgabe gekriegt, dieses finale Angebot wirtschaftlich zu prüfen. Als Sie sich das angeguckt haben: War Ihnen sofort klar, dass das etwa 1 Milliarde über dem vorgesehenen Haushaltsrahmen liegt, oder kam diese Erkenntnis erst später? Und wenn sie später kam, wann?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir hatten uns mit dem Haushaltsansatz selbst nicht beschäftigt. Dass das Angebot über dem Haushaltsansatz lag, war eine Information, die wir dann aus dem Ministerium erhalten haben, wobei ich jetzt nicht mehr konkret sagen kann, wann wir die Information bekommen haben.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Ich sage Ihnen, warum ich frage: Am 16. November 2018, also fast einen Monat nach Eingang des finalen Angebots, wurden von - Zitat aus einem Dokument - den Beratern Handlungsoptionen vorgelegt. Das ist jetzt einen Monat später.

Dazwischen, am 14. November, also 14 Tage oder gut zwei Wochen nach Eingang dieses finalen Angebotes, gab es ein Krisentreffen im Ministerium, in dem - das hat die Zeugin Geese gesagt -

der Staatssekretär Dr. Schulz sich furchtbar aufgeregt hat, weil er erst so spät von der Höhe des Angebotes erfahren hat. - Das steht im vorläufigen Protokoll der Sitzung vom 29.10., Seite 118.

Können Sie sich erklären, warum vorher nichts passiert ist? Also, wenn ich jetzt Ministerin wäre oder von mir aus auch Staatssekretärin und ich warte auf dieses Angebot und das kommt und das liegt 1 Milliarde über dem, was ich an Geld zur Verfügung habe, dann würde ich eigentlich erwarten, dass ich da zeitnah, sobald es jemand mitkriegt, also 24 Stunden später, davon Kenntnis kriegt und reagieren kann. Wenn man der Aussage von Herrn Schulz von diesem Treffen da Glauben schenken darf, dann hat er es erst deutlich, deutlich später erfahren. Darum meine Frage an Sie: Haben Sie Alarm geschlagen? Und wenn Sie Alarm geschlagen haben, wann haben Sie Alarm geschlagen? Denn Sie hatten ja die Aufgabe, das wirtschaftlich zu prüfen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, nach meiner Erinnerung war uns damals der Haushaltsansatz nicht bewusst. Wir haben die Angebote formal geprüft, aber nicht im Hinblick auf den Haushaltsansatz.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Können Sie mir „die Angebote“ erklären? Es war nur eins.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung, das ist eine ungenaue Ausdrucksweise gerade von mir. Wir haben *das* Angebot geprüft.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Also, Sie haben das Angebot nur auf Formalien - - also, ob die Mindestanforderungen eingehalten sind.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, auch bestimmte Anforderungen im Hinblick auf das wirtschaftliche Angebot, wo auch in den Bewerbungsbedingungen bestimmte Anforderungen genannt worden sind, dass Mindestkriterien für wirtschaftliche Größen einzuhalten sind. Das haben wir uns auch angeschaut.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Und zu was für einem Ergebnis sind Sie gekommen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meiner Erinnerung - - Also, ich habe es jetzt nicht im Ein- - Nach meiner Erinnerung war das so weit in Ordnung. Aber ich habe mir jetzt zuletzt auch die Unterlagen dazu nicht mehr angeschaut. Die haben jedenfalls keinen Hinweis zum Haushaltsansatz gemacht, weil das auch nicht bei uns mit in dem Aufgabenbereich lag.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Mhm. - Bei diesem Treffen am 14. November - also, das Datum ist da relativ irrelevant; aber Sie merken schon: das ist deutlich nach dem ersten Angebot -, wo Herr Dr. Schulz gesagt hat: „Warum kriege ich jetzt erst Kenntnis davon? Da ist ja wichtige Zeit verloren gegangen“, waren Sie dabei?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wussten Sie - - Haben Sie vorher davon erfahren, hinterher davon erfahren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß es ganz ehrlich nicht. Ich müsste in meinen Unterlagen noch mal schauen, wann - - ob ich es daran erkennen kann, wann wir es erfahren haben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. Wenn Sie es nicht wissen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie können ja nur sagen, was Sie wissen. - Sie verstehen: Am 16. November wurden von den Beratern - also, ich gehe mal davon aus, dass Sie dabei waren - Handlungsoptionen vorgelegt, um noch im Jahr 2018 zum Abschluss des Betreibervertrages zu kommen. - Das ist die MAT A BMVI-6/19c, Blatt 1 bis 5. - Erinnern Sie sich an dieses Dokument, und waren Sie an der Erarbeitung beteiligt? Natürlich können wir es Ihnen auch vorlegen, wenn Sie es möchten.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Beides mal: ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Wissen Sie, wann der Auftrag kam, diese Handlungsoptionen auszuarbeiten? Also: Wie lange haben Sie an der Erarbeitung gebraucht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann komme ich jetzt zu den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen mit Paspagon, die danach waren. Sie haben laut der Protokolle an allen sieben Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen teilgenommen. Was war Ihre Aufgabe in den Gesprächen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir haben weiterhin die wirtschaftlichen Themen betreut und haben dazu entsprechende, nach meiner Erinnerung, Fragen gestellt oder auch Nachfragen zu Dingen, die die Bieter - - die *der* Bieter - Entschuldigung - vorgetragen hat.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Jetzt müssen Sie mir eins erklären - Herr Lange hat schon gesagt: wir sind da nicht so vertraut mit; er ist Jurist, ich bin Polizeibeamtin -: Wenn Sie mir sagen, Sie haben die Wirtschaftlichkeit untersucht, dann heißt das für mich auch: Was ist eigentlich der Gesamtpreis, und wollen wir den zahlen? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist das aber nicht Ihre Form von Wirtschaftlichkeit, sondern Ihre Form von Wirtschaftlichkeit ist: In dem Angebot, ist das drin, was wir wollen? Und sind die Annahmen, die da getroffen sind, auch für Risikoaufschläge oder so was, in einem üblichen Rahmen? - Habe ich das so richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wenn ich von den Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen gesprochen habe, dann ist das für uns immer der Vergleich: Ist es wirtschaftlicher, dass es eine öffentliche Bereitstellung gibt oder eine private Bereitstellung? Das heißt, ich habe immer den Public Sector Comparator. Ich versuche also, zu ermitteln: Wie teuer wäre die Bereitstellung durch die öffentliche Hand selbst, und wie teuer - - welche Kosten entstehen bei der Bereitstellung durch einen Privaten? Und nur wenn es wirtschaftlich vorteilhaft ist oder eine gleiche Wirtschaftlichkeit hat, dann darf die öffentliche Hand auch einem Privaten den Zuschlag geben. Das ist immer die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirtschaftlichkeit, wenn ich von Wirtschaftlichkeit selber geredet habe.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Auch bei der Bewertung des eingegangenen finalen Angebotes?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Bei der Bewertung der finalen Angebote - jetzt auch im Plural - haben wir immer geprüft, ob die wirtschaftlichen Anforderungen, die wir in den Bewerbungsbedingungen gestellt haben, erfüllt sind. Und dann unterstellt man ja bei Angeboten, die im Wettbewerb eingehen, auch, dass es dann sich um einen wirtschaftlichen Preis handelt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Da haben Sie dann aber nicht mehr verglichen, ob die öffentliche Hand das günstiger machen würde. Sie reden immer von Wirtschaftlichkeit. Aber das eine Mal geht es um die Wirtschaftlichkeit bezogen auf: Wer erbringt die Leistung? Und jetzt, bei der Bewertung des finalen Angebotes, ging es um die Frage der Wirtschaftlichkeit: Ist alles das, was wir haben wollen, da auch drin? Und die Höhe des Preises, sagen Sie: Wenn das so ein Verfahren durchlaufen hat, gehen wir davon aus, dass es wettbewerbsmäßig wirtschaftlich ist.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau. Wir haben ja die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dann noch vorgeführt, vor Zuschlagserteilung.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Also konnte Ihnen gar nicht auffallen - - oder konnten Sie gar nicht Alarm schlagen, weil aus Ihrer Sicht das, was Sie beurteilen mussten, hätte nicht zu einem Alarmschlagen geführt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nach meinem Wissen war uns auch der Haushaltsansatz nicht bekannt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Als Sie in diesen Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen waren - - Zumindest zu dem Zeitpunkt muss Ihnen das ja bekannt gewesen sein.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und wenn Sie jetzt sagen, Ihre Aufgabe war lediglich wieder diese Wirtschaftlichkeit - also zu prüfen: bei allem, was wir dann da besprechen, müssen aber diese Mindestanforderungen eingehalten werden, und alles das, was das Ministerium erwartet, muss da auch drin sein -, wer hatte dann die Aufgabe in dieser Runde, dafür zu sorgen, dass der Preis runtergeht? Denn das war ja der eigentliche Sinn des Ganzen. Das haben wir hier mit mehreren Zeugen auch erörtert. Das Ding war 1 Milliarde zu teuer, und diese Milliarde musste runter. Der Betreiber übrigens hat hier mal als Zeuge ausgesagt, er ist der Meinung gewesen: Dann gibt es eben mehr Geld aus dem Bundeshaushalt. ... Und da hat der Minister ihm ziemlich klargemacht: Nee, wird es nicht geben. - Also musste diese Milliarde runter. Wer war dafür da in dieser Verhandlungsrunde, dafür zu sorgen, dass die Milliarde runtergeht?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich glaube, das war etwas Gemeinschaftliches, also, wo auch alle Berater mit dabei gesessen haben. Und es wurde eben auch einmal der Leitfaden zitiert. Ich glaube, der Bieter wusste auch sehr genau, wie der Haushaltsrahmen aussah. Und natürlich haben wir auch bestimmte Hinweise gegeben, wie man bei dem Angebot - gegebenenfalls durch eine sinnvolle Anpassung von Annahmen - auch den Angebotspreis reduzieren könnte. Ein Punkt, der ja auch mit umgesetzt worden ist, beispielsweise: die angenommene Inflationsrate.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Jetzt hatten wir hier den Zeugen Schneble, und der hat die Situation dieser ersten Gespräche wie folgt beschrieben - ich zitiere -:

Wir waren mitten in Aufklärungsgesprächen. Ich meine, wir redeten ja über einen Gap von 1 Milliarde Euro zwischen der Verpflichtungsermächtigung oder Wirtschaftlichkeit und unserem Angebot. Und zu dem Zeitpunkt, als sich Herr Schulenberg, Herr Kapsch mit Bundesminister Scheuer und Staatssekretär Dr. Schulz trafen, waren wir ja noch meilenweit voneinander entfernt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Das ist das vorläufige Stenografische Protokoll der Sitzung vom 01.10.2020, Seite 21 und 22. Und der Tag, wo die sich getroffen haben, das war der 29.11.

Können Sie diese Aussage verstehen, also aus Ihrer Sicht dieser ersten Gespräche? Stimmt das? War man zu diesem Zeitpunkt noch meilenweit voneinander entfernt? Wie war da die Stimmung oder die Atmosphäre?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, es gab ja relativ viele Verhandlungsrunden - Entschuldigung, nicht Verhandlungsrunden, sondern Aufklärungsgespräche - - weil es sich sehr lange hinzog, bis dieses Gap weiter reduziert wurde.

Wie war die Stimmung? Ich glaube, alle Parteien oder - - Nein, ich kann ja nur was zu meiner Stimmung sagen. Also, ich fand es zum Teil mühselig.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zum Kollegen Jung.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Frau Kramer, Sie haben eben sinngemäß gesagt - ich würde Sie zitieren; bitte berichtigen Sie mich, wenn das nicht stimmt; Zitat -: Uns war der Haushaltsansatz nicht bekannt. - Ist das so richtig?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Jedenfalls war es uns nicht bewusst, dass wir ihn mit im Auge haben sollten, ja.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Und da ist es - - Also, ich frage vielleicht ein bisschen doof jetzt, weil ich habe als Kommunalpolitiker, als ich mit 19 Stadtrat wurde, als Erstes gelernt: Du musst immer auf die Haushaltsansätze gucken. - Warum spielte das bei Ihrer Arbeit als Beraterin keine Rolle? Wir haben es ja hier jetzt nicht mit einem Unternehmen zu tun, wo das auch sicherlich eine Rolle spielt, sondern wir haben es mit dem Staat zu tun, und da spielt es ja immer eine Rolle.

Das ist ja eigentlich die erste Frage, die man immer so innerlich stellen sollte.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Um das Thema Haushalt hatte sich das Referat gekümmert. Also, wir waren in die ganzen Themen Haushalt nicht mit eingebunden. Es war auch nicht Teil unseres Auftrags.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Cezanne.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Frau Dr. Kramer, tut mir leid, ich muss da jetzt aber auch noch mal nachhaken. Also, dass Ihnen der Haushalt wurscht sein kann mit der Aufgabe, die Sie haben, das kann ich noch nachvollziehen, weil das ist ja die Aufgabe der politisch Verantwortlichen. Aber von Ihnen stammt doch die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung und die Schätzung des Auftragswertes, die Grundlage für die Ausschreibung des ganzen Projekts waren. Wenn das Auftragsvolumen oder der Auftragswert bei ungefähr 2 Milliarden berechnet ist und dann ein Angebot kommt, das bei 3 Milliarden liegt, dann muss man doch nicht über den Haushalt nachdenken, um zu erkennen, dass da was nicht zusammenpasst, oder?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, das Angebot war erstaunlich hoch. Aber, wie gesagt, die Themen Haushalt gehörten nicht zu uns. Da hat sich das Ministerium drum gekümmert. Und es ist ja auch immer die Frage, ob man noch einen Nachtragshaushalt oder - wie immer es dann formal richtig heißt - zusätzliche Haushaltsmittel beschaffen kann.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja, gut. Das kann ja sein. Das stellt doch aber auch noch mal die Wirtschaftlichkeit dieses ganzen Vorhabens infrage, wenn es so sehr viel, also um 50 Prozent, teurer wird, als man ursprünglich angenommen hat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie verstehen Sie jetzt Wirtschaftlichkeit?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Na ja, naiv. Für so einen kleinen Betriebswirtschaftler wie mich ist ein Projekt, wofür ich 2 Milliarden ausgeben will und wofür ich dann aber 3 Milliarden ausgeben muss, wahrscheinlich nicht mehr wirtschaftlich, weil ich mir dann sagen muss: Das bringt mir ja nicht den Gegenwert, den ich ursprünglich zu einem gewissen Preis erwartet habe.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Für uns war die Wirtschaft- - Also, wenn wir von Wirtschaftlichkeitsuntersuchung sprechen, ist es immer der Vergleich zu der öffentlichen Herstellung des Leistungsgegenstandes. Den haben wir zu dem Zeitpunkt nicht berechnet, sondern dann erst zu einem späteren Zeitpunkt im Dezember.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber gemessen am geschätzten Auftragswert - wie soll ich sagen? - ist das doch trotzdem ein Problem. Also, das ist doch ein Unterschied, ob Sie den Vergleich mit der öffentlichen Ausführung mit 3-Milliarden-Angebot machen oder ob Sie den dann - wie lange war es dann? muss ich selber rechnen - sechs Wochen, acht Wochen später machen, zu einem Zeitpunkt, wo man dieses Angebot ja schon wieder erheblich runterreduziert hat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich leider im Moment nicht erinnern, ob wir es zu dem damaligen Zeitpunkt dem, ich glaube, zu einem früheren Zeitpunkt ermittelten Auftragswert noch einmal gegenübergestellt haben.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Gut, dann springe ich zurück - aber wir bleiben eigentlich beim gleichen Thema - doch noch mal zu der Frage mit den Erstangeboten, die alle deutlich drüber lagen, und mit den Mindestanforderungen, die bei den Erstangeboten von keinem der Anbieter erfüllt waren.

Jetzt nicht als Vorwurf an Sie, sondern wirklich als Frage: Wäre das nicht ein Indiz dafür, dass der Rechnungshof mit seinem Vorwurf nicht völlig danebenlag, das Projekt sei zu dem Zeitpunkt noch nicht ausschreibungsreif gewesen, wenn an beiden Stellen, also sowohl bei den Kosten als auch bei den technischen Angeboten, bei der

Erfüllung der Mindestanforderungen, die Erstangebote so weit ab vom Schuss liegen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann die Kritik vom Bundesrechnungshof insoweit nicht nachvollziehen, dass das Projekt nicht - - Also, für uns war es ausschreibungsreif. Und ich weiß jetzt auch nicht, woran der Bundesrechnungshof es konkret festmacht. Man müsste sich dann ja die einzelnen Mindestanforderungen anschauen, wo er sagt, dass das nicht ausschreibungsreif gewesen sei. Deswegen kann ich dazu jetzt leider nichts sagen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Dann springe ich jetzt mal zu den Absagen der drei freiwillig ausgeschiedenen Bieter, nachdem man die Gespräche geführt hat, nachdem es dann noch mal - - Nach unseren Befragungen ist relativ klar, dass die technischen Bedingungen für die Bieter nicht so schwierig gewesen sind, sondern zumindest - - Jetzt muss ich selber überlegen. Also, mindestens zwei, aber ich meine, sogar alle drei hätten gesagt, dass für sie ausschlaggebend waren die finanziellen Risiken und insbesondere die nötige Vorfinanzierung der Infrastruktur und dann die sehr langen Zeiträume, in denen sich das Projekt dann auch rechnen würde, wie wir so schön sagen.

Wie haben Sie denn in den Beratungen mit dem Auftraggeber, also mit dem Ministerium, dann darüber diskutiert, wie man diesem Problem, das sich Ihnen vielleicht so nicht gestellt hat, aber beim Ergebnis, wenn nur noch einer übrig bleibt, der dann noch da war - - Welche Empfehlungen haben Sie gegeben, um dem zu begegnen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie reden jetzt von den zweiten finalen Angeboten? Von den ersten finalen Angeboten?

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Von den ersten finalen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In den ersten finalen Angeboten konnten die Bieter ja die Dinge benennen. Die konnten ihren Verhandlungsbedarf anmelden. Das haben sie ja sowohl in technischer Hinsicht getan, im Hinblick auf den Vertrag, aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Teil auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wurden dann ja in diesen Gesprächen mit allen Bietern jeweils behandelt, sodass man dann auch im Nachgang gemeinsam versuchte, eine - - das heißt, aufseiten des Beraters und des Ministeriums das dann zusammenfasste in die neuen, überarbeiteten Vergabeunterlagen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Okay, ich glaube, wir haben jetzt aneinander vorbeigeredet. Das werde ich dann in der nächsten Runde noch mal nachfragen. Entschuldigung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte noch mal zum Thema Bruttounternehmenswert kommen. Also, Sie haben eben auf die Fragen des Kollegen Lange erläutert, das sei etwas, was dann relativ kompliziert zu berechnen sei. Sie haben von Szenarien gesprochen.

Eigentlich ist das doch jetzt ein Projekt, was mit Parametern kalkuliert ist, die jetzt eigentlich ganz gut kalkulierbar sind. Also, der Autoverkehr ändert sich nicht dramatisch. Klar, da gibt es Veränderungen, aber das ist jetzt nicht - - Warum ist das kompliziert, das dann zu berechnen? Können Sie mir das erklären?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es sind ja Szenarien, die man sich betrachten muss: Wie hat sich der Projektverlauf, insbesondere auch für die Betreibergesellschaft, entwickelt?

Vielleicht ist das aber auch ein Thema, wo ich denke, man sollte es dann eher in der nicht-öffentlichen Sitzung besprechen, weil ja gerade das Thema Bruttounternehmenswert auch ein wesentlicher Teil des Schiedsverfahrens sein wird.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, wir haben es gerade jetzt hier diskutiert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, man muss sich ja einfach verschiedene - - Ich kann es ja auch abstrakt unabhängig von der ISA beschreiben. Wenn man ein Unternehmen bewerten will, dann

muss man sich ja anschauen: Wie sieht denn die Kosten- und die Ertragsstruktur dieses Unternehmens aus? Dann kann man sich ja auch überlegen - oder man muss sich das sogar überlegen -: Was können denn auch bestimmte Risiken sein? Was könnten Kostenrisiken sein auf der Personalseite? Was sind Risiken vielleicht auf der Produktionsseite, gerade wenn ich ein Softwareunternehmen habe? Stimmen meine Releases? Muss ich vielleicht noch was nachbessern, das besonders teuer ist?

Dazu muss man verschiedene Szenarien entwickeln und dafür die entsprechenden Kosten ableiten. Dann setzt man jeweils auf den Vergangenheitswerten, die man hat, auf. Das heißt, wenn man gesehen hat, dass es in der Vergangenheit zu Kostenüberschreitungen gekommen ist, dann muss man die ja in gewisser Weise nachvollziehbar fortschreiben oder ein Szenario bilden: Wie entwickelt sich das? Bekommt man Kostenüberschreitungen in den Griff?

Das sind die Szenarien, die zu bilden sind. Das heißt, man muss sich da aber auch, ich sage mal, ein in sich schlüssiges Gesamtbild überlegen: Was heißt das denn in allen Konsequenzen, die damit zusammenhängen?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Aber bei dem Equity Value wäre das alles nicht der Fall? Da müsste man das alles nicht machen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da ich da nicht vollkommen firm bin, möchte ich dazu nicht antworten, um nicht was Falsches zu sagen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Aber noch mal die Frage - - Klar, dass man eine Entwicklung eines Unternehmens berechnen muss und dass man bestimmte Annahmen treffen muss. Aber jetzt ganz allgemein formuliert: Das ist doch kein grundsätzliches Problem. Weil ich würde sagen: Jeder Unternehmer macht das jeden Tag. Und das ist doch jetzt erst mal keine Aufgabe, die jetzt unerfüllbar ist.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein, es ist keine Aufgabe, die unerfüllbar ist. Aber üblicherweise



## Nur zur dienstlichen Verwendung

braucht auch unser Haus für eine Unternehmensbewertung, um sie verlässlich zu machen, nach dem Standard IDW S1, ich sage mal, zwei bis drei Monate.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Okay. - Dann wäre meine letzte Frage zu dem Komplex: Normalerweise, gerade wenn man für einen Entschädigungsfall eine Regelung trifft, versucht man ja eigentlich - so habe ich Vertragsverhandlungen, Vertragsgespräche immer verstanden -, klare Regelungen zu finden, damit es möglichst wenig Streit gibt, man sich darauf verständigt. Warum kommt man dann eher - ich verstehe Sie jetzt so: es war ein komplizierterer festzulegender Wert - - Warum ist man dann zu dem gekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Weil es natürlich sehr viele äußere Einflüsse gegeben hätte, die man alle in dem IDW S1 mit berücksichtigen kann. Insofern ist es eine recht einfache Regelung, die natürlich etwas umfangreicher umzusetzen ist. Ansonsten hätte man immer ein Spektrum an Sonderregelungen für Einzelfälle aufziehen müssen. Es ist eben schon einmal Herr Dr. Neumann zitiert worden, der auch in die entsprechende Richtung argumentiert hat. Man kann durch diese allgemeine oder diese schlichte Regelung mit dem Verweis „Bruttounternehmenswert gemäß IDW S1“ sehr viel abfangen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Okay. Gut. Belassen wir es mal dabei. - Mich würde jetzt noch mal interessieren, wo der Kollege Cezanne eben nachgefragt hat. Sie haben gesagt, Ihre Aufgabe bestand darin, zu überprüfen, ob nicht eine öffentliche Erledigung der Aufgabe eventuell günstiger sein könnte als die Vergabe an Private.

So, jetzt haben Sie selber dargelegt: Das Angebot war sehr hoch, 3 Milliarden. - Es lag 1 Milliarde über dem Haushaltsansatz. Ist bei Ihnen da denn nicht irgendwann mal der Gedanke gekommen: „Wir müssen noch mal zurück auf Los und müssen überlegen, ob der Bund es nicht selber macht“, jetzt mal losgelöst von der Kenntnis der jeweiligen Haushaltsstelle? Habe ich verstanden, dass das nicht Ihre Baustelle war, aber da hätte

doch die Beraterin, die an der Stelle unterwegs ist, diesen Vergleich zu überprüfen, eine Frage stellen müssen nach meinem Verständnis. Oder haben Sie die Frage gestellt? Oder haben Sie es thematisiert?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich ehrlich gesagt nicht daran erinnern. Ich weiß, dass wir wussten, dass wir noch eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung **machen**. Da sie hauptsächlich von einem anderen Kollegen betreut worden ist, weiß ich nicht, wie der Stand zu dem Zeitpunkt war.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion. Kollege Lange hat das Wort.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Könnten wir vielleicht eine kurze Pause machen?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, machen wir erst eine Pause. Sie möchte gern eine Pause haben.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, ich wollte nur gleich sagen: Von uns kommt nichts mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, danke. - Dann machen wir jetzt die Pause. Dann können wir ja die 21 Minuten der CDU für eine Pause nutzen. Nein, ich würde sagen: zehn Minuten, dass wir dann um kurz vor halb wieder fortfahren.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke.

(Unterbrechung von  
15.17 bis 15.29 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** So, dann würde ich eigentlich gern die Sitzung fortsetzen. Und die CDU/CSU-Fraktion hat im Moment keine Fragen mehr. - Dann kommen wir zur AfD-Fraktion. Herr Wiehle.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, ich komme wieder zurück zu dem Faden, den wir das letzte Mal zurückgelegt haben, Aufklärung und Verhandlung, und jetzt speziell zu dem Beispiel mit den Ermittlungskosten oder erst mal überhaupt mit der Ermittlung von unbekanntem Adressen. Und wenn ich es richtig verstanden habe, war Gesprächsgegenstand, dass sich eine öffentliche Stelle leichter tun würde mit der Ermittlung als ein Privater, was ja durchaus plausibel ist. Wurde in dem Zusammenhang auch über Geld gesprochen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich nicht konkret erinnern. Ich weiß, es gab Überblickslisten. Da wäre das dann entsprechend vermerkt gewesen. Aber ich habe jetzt eine solche leider nicht konkret vor Augen.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Also, das Dokument, das bei Ihnen auf dem Schreibtisch liegt, gibt da auch eine Zahl an. Da ist dann auf der fünften Seite bei A1.6 von einem Einsparpotenzial von 20 bis 50 Millionen die Rede. Das ist dann da die letzte Spalte, die rechte Spalte.

Und mir geht es jetzt gar nicht darum, ob jetzt genau diese Zahl genannt wurde, sondern darum, ob eben Teilnehmer der Aufklärungs- und Verhandlungsgespräche in dem Zusammenhang überhaupt über Summen gesprochen haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, es wurde auch in den Aufklärungsgesprächen über Beträge gesprochen.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Dann - - Einen kleinen Moment. - Ist das nach Ihrer Auffassung immer Aufklärung gewesen, also in Abgrenzung zu Verhandlung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das kann ich tatsächlich nicht bewerten, weil das ist wieder eine Frage, die auf das juristische Terrain geht.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Dann darf ich anders fragen. Wurde darüber gesprochen, beispielsweise Abschnitte von den Gesprächen als Aufklärung und Abschnitte von den Gesprächen als

Verhandlung zu führen, vielleicht sogar mit unterschiedlichen Teilnehmern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Da kann ich mich nicht dran erinnern, also weder im positiven noch im negativen Sinne.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Gut. - Im Ergebnis stellen wir jedenfalls fest: Da gibt es jetzt dann noch ein Prüfergebnis aus Ihrem Hause zu dem zweiten finalen Angebot, dass eben die Erläuterung zu der betreffenden Anforderung geändert worden ist. Und ich gebe dazu auch mal die MAT-Nummer weiter. Das ist jetzt aus den Unterlagen vom Bundesrechnungshof. Das ist MAT A BRH-2/2q-38 und in dem Fall jetzt das Blatt 3. Das können wir Ihnen auch zur Verfügung stellen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

In dem Dokument, das wir hier haben, ist dann die betreffende Stelle, auf die ich Sie jetzt ansprechen möchte, auch schon markiert. Das ist also jetzt Blatt 3, und in der untersten Zeile in der Tabelle zu der Anforderung 1.6, in der Spalte „Erläuterung“, findet sich da der markierte Satz:

Diese Datenübermittlungen und Auskünfte sowie deren gebührenfreie Ermittlung und Bereitstellung an den Betreiber stellt das KBA sicher.

Also das Kraftfahrt-Bundesamt.

Das ist ja dann ein, ich sage es jetzt mal neutral, offensichtliches Besprechungsergebnis, das dann am Schluss rauskam, das am Anfang, so wie ich das jetzt werte, was Sie schildern, nicht selbstverständlich war, aber am Schluss war es jedenfalls das Resultat.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Was meinen Sie mit „am Anfang war es nicht selbstverständlich“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Wenn über Beträge gesprochen wird, hat jedenfalls der Bieter angenommen, dass er mit der Aufgabe zu tun hat, dass er die erfüllen muss.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Hat er zum Zeitpunkt des ersten finalen Angebots angenommen, dass er das erfüllen muss. Und am Ende der Gespräche kam diese Ergänzung raus. Und jetzt vermute ich - danach möchte ich Sie aber auch fragen -, dass Ihnen für die Prüfung des zweiten finalen Angebots dann das Wissen aus diesen Verhandlungs- und Aufklärungsgesprächen hilfreich war.

Wenn ich das Datum von diesem Prüfungsergebnis richtig deute - warten Sie mal, ich habe es irgendwo gesehen; Prüfung und Wertung des zweiten finalen Angebots vom 13.12. -, das Dokument selber, ist dieses Prüfungsergebnis ja innerhalb kürzester Frist entstanden, sonst wäre es gar nicht möglich gewesen, dann anschließend einen Zuschlag zu machen. Der ist dann ja am 18. erklärt worden, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. Und so ein komplexes Dokumentenkonvolut zu prüfen, das dauert ja seine Zeit. Haben Sie da noch eine zeitliche Erinnerung, wie lange Sie gebraucht haben für die Prüfung von dem ersten finalen Angebot im Vergleich zu der Prüfung des zweiten finalen Angebots, aus dem dieses Dokument entstanden ist, das Sie jetzt gerade sehen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Leider nicht. Also, ich habe keine Erinnerung mehr, wie lange es zeitlich gedauert hat. Aber vielleicht noch der Hinweis: Wir hatten ja auch schon das erste finale Angebot - - Aber es wäre jetzt eine Spekulation. Entschuldigung, ich weiß es nicht mehr.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Ja, gut. Jedenfalls das zweite finale Angebot haben Sie geprüft gegen diesen Satz von Anforderungen einschließlich Erläuterungen. Und in der Erläuterung hier steht ja das, was wir gesehen haben. Das ist in dem ersten nicht gewesen. Das könnten wir auch nachweisen. Ist wahrscheinlich jetzt nicht nötig. Da werden wir uns einig sein, dass das so war.

Worum es mir an der Stelle eigentlich geht, das ist, dass darüber lange gesprochen wurde. Die Erinnerung aus der letzten Runde, die ich jetzt aus Ihrer Aussage so im Kopf habe, die ist schon so. Da wurde lange darüber gesprochen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich daran erinnern, dass das Thema besprochen wurde. Wie lange, kann ich mich nicht - - Also, ob es jetzt lange war oder wie lange, daran kann ich mich nicht erinnern.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Verstehe. Gut. Weiter in der nächsten Runde. Meine Zeit ist um. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Frau Kramer, wir hatten da aufgehört, wie die Stimmung in dieser Verhandlungsrunde war. Nein, also, ich sage: Verhandlungsrunde; offiziell heißt es ja: Aufklärungsgespräche. Da sehen Sie, da haben wir auch immer einen Dissens, was das nun für einen Charakter hatte. Ich glaube, Sie wurden auch schon mal danach gefragt, was das eigentlich charakterisierte und wann man von Aufklärung in Verhandlungen übergang. Aber das ist jetzt gar nicht mein Punkt.

Sie hatten gesagt: „Das war sehr zäh“, diese Termine, um sie mal neutral zu benennen. Und ich hatte darauf hingewiesen, dass es ja kurz nach Beginn oder nach den ersten Gesprächen dieses Treffen mit Herrn Schulenberg, Herrn Kapsch, Herrn Scheuer und Herrn Schulz gab. Und danach berichtete Herr Schneble, dass sie anschließend auf einem Parkplatz waren. Nach diesem Gespräch sind sie auf einen Parkplatz gegangen, da wartete noch ein Mitarbeiter, und da wurde berichtet, was da rausgegangen ist. Und dann - - Aus dem Protokoll vom 01.10., Seite 20, zitiere ich jetzt:

Da wartete ein Team, wie es jetzt weitergehen soll. Wir waren ja mitten in den Aufklärungsgesprächen. Die begannen am 24. November, und der Termin mit Bundesminister Scheuer fand am 29. November statt. Insofern saßen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir ja auf Kohlen. Wir mussten wissen: Was ist jetzt der Stand der Dinge? Was ist besprochen worden? Ist irgendwie ein Durchbruch erzielt worden?

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Das klingt so, als hätte es auch ein Scheitern geben können. War das Ihre Empfindung auch? Oder war das für Sie von Anfang an klar, dass diese Million jetzt runterverhandelt wird?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Milliarde.

(Dr. Christian Jung (FDP):  
Milliarde!)

**Kirsten Lühmann (SPD):** Milliarde, natürlich.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, mir fällt es schwer, das jetzt zu beantworten; denn es war dann ja ab dem Datum, was Sie eben auch nannten - ich glaube, ab Mitte November -, klar, wie der Haushaltsansatz ist und dass man ihn auch nicht erweitern könnte. Insofern war es - - Ich spekuliere jetzt an meine Erinnerung. Wenn man den Vertrag nicht zu dem entsprechenden Betrag hätte abschließen können, dann hätte man - - Also, das ist jetzt Spekulation. Also, für mich war es nicht klar, dass es eindeutig in eine Richtung läuft, sondern es hätte auch noch anders sein können. Aber das ist jetzt für mich - - Das ist meine persönliche Einschätzung aus meiner Erinnerung damals.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau, danach hatten wir gefragt, nach Ihrer Erinnerung. - Die protokollierten Verhandlungen beginnen dann nach diesem Gespräch wieder am 4. Dezember. Hat sich da dann irgendwas verändert von der Stimmung? Ging es dann schneller, oder war es dann genauso zäh wie vor dem Gespräch?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, mühselig oder zäh war mein Eindruck. Ich habe keine konkreten Erinnerungen mehr daran, auch nicht, ob sich etwas an einer Stimmung geändert hat.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja. - Was war aus Ihrer Sicht denn der Knackpunkt oder der Knoten, den man irgendwann durchschlagen hat, um diese Milliarde runterzukommen? Denn wenn wir uns das angucken - Sie sagten: es war sehr zäh; das haben uns übrigens andere auch gesagt -: Nach diesem Gespräch mit Herrn Scheuer gab es noch 14 Tage, ein Zeitfenster. Weil da mussten ja auch die Verträge geschrieben werden, und die mussten auch irgendwann unterschrieben werden, alles noch vor dem 31.12. Was war aus Ihrer Sicht der Moment, wo man den Knoten durchgeschlagen hat? Welches Thema - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich glaube, es war weniger ein Moment, sondern es war das Thema der sogenannten Digitalisierungsquote.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, ein Thema, genau. Sie sagen jetzt: Digitalisierungsquote. Können Sie das erläutern? Also, was es ist, wissen wir. Da haben wir schon drüber geredet. Aber warum war das ein so wichtiges Momentum?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Das hängt - - Verbunden mit der Digitalisierungsquote ist die Anzahl von Gebührenbescheiden, -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** - die per Post oder digital versendet werden. Und da gerade das Porto einen großen Umfang an den Aufwendungen ausmachte, wäre es natürlich wirtschaftlich sinnvoll, wenn man einen Großteil der zu versendenden Bescheide auch digital versenden könnte.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ist das nicht aber eine Veränderung der Mindestanforderung?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es war eine Veränderung im Vertrag. Inwieweit das als eine Veränderung der Mindestanforderung zu bewerten ist, das kann ich nicht beurteilen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Also, jeder andere Anbieter hätte auch eine andere Quote ansetzen können? Aber die war doch vorgegeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es war dann in den Verhandlungen oder es war dann in dem - - Nicht „Verhandlungen“. Da habe ich mich versprochen. Es war in dem Vertrag der letztendlichen Vergabeunterlagen vorgegeben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und die wurden dann verändert.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es ist ein neuer Teil der Vergütung da eingeführt worden. Es wurde etwas, was so ähnlich war, dann umgewandelt in die Digitalisierungsquote.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie verstehen, warum ich da so insistiere: weil natürlich hier immer wieder das Thema ist: Wenn man die gleichen Dinge, die man jetzt Paspagon angeboten hatte, auch anderen Bietern angeboten hätte, dann hätten die auch andere Angebote - das haben die hier auch gesagt - abgegeben. Und Sie sagen, das ist nicht Ihr rechtliches Thema. Wir haben das hier erörtert. Die Veränderung der Mindestanforderungen darf nicht nach einem finalen Angebot passieren. Sehr wohl dürfen aber Aufklärungsgespräche geführt werden, und es darf auch eine Summe verändert werden, die auf Irritationen beruht und dass eben der Anbieter das falsch interpretiert hat und so. Das sind ja diese Aufklärungsgespräche. Die dürfen alle sein, aber eine Veränderung der Mindestanforderungen nicht.

Sie haben jetzt gesagt: Das hat erhebliche Auswirkungen auch auf die Finanzen gehabt, also um das Angebot runterzubringen, und es ist eine Veränderung in diesen Anforderungen gewesen. Ob es nun Mindestanforderungen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In dem Vertrag.

**Kirsten Lühmann (SPD):** In dem Vertrag. Danke für die Korrektur.

Ich möchte jetzt auf eine andere Veränderung in dem Vertrag zu sprechen kommen, und zwar zu den Regeln zur Vergütung. Wir haben eine Präsentation von PwC. Die haben wir ja schon mehrfach vorgelegt. Das ist MAT A BRH-2/2q-02, Blatt 21 bis 30.

Ich könnte es Ihnen vorliegen, aber ich vermute mal, dass Sie da mitgearbeitet haben und sie kennen. Das ist die Präsentation von PwC vom 19. Dezember 2018. Ich kann sie Ihnen aber auch vorlegen.

Da stellen Sie die Veränderung bei der Variablen, unter anderem - - Da stellen Sie alle Veränderungen dar, übrigens sehr anschaulich. Wir haben es alle begriffen. Danke. Sie stellen die Veränderung der Variablen, unter anderem der variablen Vergütung, dar - das ist die Seite 4 - und auch bei der Digitalisierung, von der Sie eben gesprochen haben. Und da würde ich gerne noch mal tiefer einsteigen. Sie sagen: Das ist ja nur eine Vertragsbedingung, die da geändert wurde.

In den Vertragsunterlagen war zunächst vorgesehen, dass 500 000 Erstattungen im Jahr durch feste Vergütung abgedeckt sind, und beim zweiten finalen Angebot waren es dann nur noch 250 000 Vorgänge. Wie ist es zu dieser Halbierung gekommen? Es muss ja einen sachlichen Grund haben; denn man geht ja davon aus, dass man in einer festen Vergütung eigentlich das abbildet, was erwartungsgemäß anfällt. Und wenn Sie zuerst gesagt haben: „Aus unseren Erwartungen her“ - Sie haben vorhin gesagt, Sie mussten ein paar Bedingungen annehmen - „gibt es 500 000 Vorgänge“, und jetzt sagen Sie plötzlich: Es sind nur noch 250 000. - Wie kam es dazu?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** In dieser Vergütungskomponente, die Sie gerade zitiert haben, haben sich, glaube ich, zwei Sachen geändert. Der Betrag oder - - Die Anzahl wurde von 500 000 auf 250 000 reduziert, und es wurde dann ja verändert von nur „Erstattung“ auf „Vorgänge“. Das heißt, da waren noch andere Bereiche mit enthalten. Also, neben Erstattungen sind, glaube ich, auch Behandlungen von Ausnahmetatbeständen und Ähnlichem - -

Ganz konkret kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Ich meine, dass im Rahmen der Aufklärungsgespräche mal darüber diskutiert worden ist, ob man die Anzahl der Erstattungen auch reduzieren könnte, weil das ja auch nur eine Annahme ist, wie viele Erstattungsvorgänge es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tatsächlich geben kann. Und damals ist auch immer diskutiert worden oder ist auch diskutiert worden, dass der Bund ja noch **weiterhin** Verordnungen zu erlassen hat, die die Erstattungsvorgänge selbst regeln und damit auch Einfluss auf die Anzahl der Erstattungsvorgänge haben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, aber zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gab es das ja noch nicht, und insofern war das ja eine Wette auf die Zukunft, die eintreten kann und die nicht eintreten kann.

Jetzt gibt es eine abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung von Ihnen. Und auf Seite 98 ist dann von einer variablen Vergütung Vorgänge von circa 122 Millionen Euro ausgegangen - das ist die MAT A BRH-2/2s, Blatt 3751 - und von einer variablen Vergütung Digitalisierung von 259 Millionen. Können Sie uns bitte erklären, wie Sie auf diese Zahl 122 Millionen für die Vorgänge kommen?

Da gibt es auch einen Hinweis drauf, und zwar auf Seite 49 der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung vom 24. Mai 2019. Also, nach Vertragsabschluss wird die Herkunft der Zahlen wie folgt beschrieben:

Die Vergütungsansprüche des wirtschaftlichsten Bieters für die Variable Vergütung Vorgänge und Variable Vergütung Digitalisierung wurden für Zwecke des aWU mittels der angebotenen Preise des Bieters und einer dem jeweilige Erwartungswert entsprechenden Menge ermittelt (nominal, brutto).

Das ist die MAT A BRH-2/2s, Blatt 3700 bis 3702.

Also, ich würde mal sagen, die 122 Millionen sind Ihr Erwartungswert. Woher kam der? Wie kam es zu diesen Erwartungen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wie ich an einer anderen Stelle ja auch schon mal gesagt habe: Wir haben uns mit verschiedenen Mengen sehr intensiv auseinandergesetzt und hatten auch schon für die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung die entsprechenden Mengen ermittelt, weil wir

die auch für die öffentliche Leistungserbringung mit berücksichtigen mussten. Insofern waren es die Annahmen unseres Hauses PwC, die wir getroffen hatten, wobei wir uns da auch wieder an die Vorgaben des BMF gehalten haben, dass wir die Erwartungswerte zu dem damaligen Zeitpunkt mit berücksichtigt hatten, weil, wie Sie auch selber gesagt hatten, die Verordnungen selber noch nicht da waren.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Also, wenn ich das mit meinen Worten sage: Sie haben bei der ersten Zahl 500 000 - - sind Sie da von dem Istzustand ausgegangen, also jetzige Rechtslage. Und dann hat man Ihnen gesagt - wer? -, dass man bitte nicht die jetzige Rechtslage nimmt, sondern die zu erwartende Rechtslage, und darum sind Sie auf 250 000 gekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Na, die 250 000 sind ja ein Wert, der in dem Vertrag steht.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, aber erst hatten Sie 500 000 drin.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Genau, und dann wurde im Zuge der Anpassung der gesamten Vergabeunterlagen auch dieser Teil des Vergütungsmechanismus angepasst, reduziert auf 250 000, verbunden mit der Annahme oder - - nicht verbunden mit der Annahme, sondern verbunden mit der Tatsache, dass der Bund ja die entsprechenden Verordnungen noch zu erlassen hat.

Wir haben uns bei der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, weil ja auch diese Verordnungen noch nicht vorlagen, noch mal auf eigene Schätzungen verlassen und haben dann die entsprechenden Mengen mit in die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung einfließen lassen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Im Mautreferat ging man davon aus, dass die 250 000 Vorgänge nicht ausreichend gewesen sind. Herr Winderlich hat dazu eine Zusammenfassung gemacht. MAT A BMVI-6/5x, Blatt 310 bis 312. Herr Winderlich schreibt da zwar von Zusatzschreiben, er meint



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aber die Vorgänge, also die zusätzlichen Schreiben, die man machen muss bezüglich unseres Vorgangs mit der Erstattung und Ausnahme.

Ich verstehe es immer noch nicht. Sie haben allen Bietenden, die ein finales Angebot abgeben sollen, gesagt: Liebe Leute, geht davon aus bei der Abgabe eures Angebotes: Ihr werdet mit 500 000 zusätzlichen Schreiben, also Restanten, zu tun haben. Und bitte, wenn ihr kalkuliert, geht davon aus: Das müsst ihr machen, das muss in eurem Angebot drin sein, da müsst ihr Porto reinrechnen, da müsst ihr die Ermittlung der Adressen reinrechnen und alles.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und die haben gesagt, nicht nur wegen dieses Punktes, aber auch wegen anderer Punkte - die wussten übrigens alle davon, das haben die uns hier gesagt, dass sie nur 2 Milliarden Euro zur Verfügung hatten -: Nee, das können wir wirtschaftlich nicht abbilden.

Und dann plötzlich, in diesen Aufklärungsgesprächen, heißt es: Na ja, die anderen hätten vielleicht für 500 000 Angebote abgeben müssen, aber euch erlassen wir das, und ihr müsst nur für 250 000 diese ganzen ... (akustisch unverständlich) Das Porto müsst ihr auch nicht bezahlen, und die Adressermittlungen machen auch andere Leute. Und wenn ihr dann doch mehr Aufwand habt, dann vergüten wir euch das extra, und das schreiben wir aber nicht in die Gesamtsumme rein.

Verstehen Sie, dass wir da etwas stutzig sind und sagen: „Nennen Sie uns doch bitte einen sachlichen Grund“? Ich war ein bisschen polemisch, aber wenn Sie den Gesamtsachverhalt sehen, dann frage ich mich doch - - Oder verstehen Sie meine Überlegung, dass ich sage: „Es waren keine sachlichen Gründe, die zu dieser Veränderung geführt haben, sondern es waren politische Gründe“? Denn einen sachlichen Grund konnten Sie eben auch nicht sagen. Sie haben nur gesagt: Wir sind davon ausgegangen, dass sich möglicherweise die Rechtslage ändert und es dann zu

weniger als den 500 000 kommt. - Herr Winderlich hat aber gesagt: Das werden wahrscheinlich mehr werden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Sie haben ja auch die abschließende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zitiert, wo wir ja auch schon von mehr ausgegangen sind.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Aber diese Differenz? Wie können Sie die erklären? Warum ist es dann zu dieser variablen Vergütung gekommen, wenn Sie sowieso schon von mehr ausgehen?

Jetzt mal wirtschaftlich gesprochen: Eine variable Vergütung ergibt ja nur Sinn, wenn ich sage: Wahrscheinlich wird es nicht dazu kommen. Aber wenn dann doch der Worst Case eintritt, dann muss ich halt mehr zahlen. - Wenn Sie aber sagen: „Der Worst Case ist schon eingepreist“, dann müsste doch dieses Geld in die Gesamtangebotssumme auch schon eingepreist werden.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Variable Vergütung heißt nicht nur: „Es ist der Worst Case“, sondern es sollten immer die Dinge sein, die der Betreiber nicht beeinflussen kann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Deswegen fällt es ihm schwer, es einzukalkulieren.

Das Zweite ist: Wir hatten ja den Punkt - - Wir haben in der abschließenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, wie wir jetzt ja schon mehrfach festgestellt haben, mit anderen Werten gerechnet. Wir haben auch das Ministerium darauf hingewiesen, auf diese Diskrepanz zwischen unseren Erwartungen und dem, was in dem Vertrag selber steht, und haben aber auch gesagt, wie das haushaltsrechtlich zu bewerten ist, was ich in dem Haushalt entsprechend mit ansetzen muss. Das wäre eine Prüfung, die wir nicht machen könnten, sondern das würden wir dann noch einer Prüfung überlassen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Jung jetzt das Wort.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Frau Kramer, ich habe im Moment nur noch eine vermeintlich banale Frage. Hat Ihnen eigentlich irgendjemand aus dem BMVI irgendwann einmal gesagt: „Soundso viel darf die Pkw-Maut kosten“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** An diese konkreten Worte kann ich mich nicht erinnern, aber ich glaube, es war dann klar, nachdem es zu den Aufklärungsgesprächen im November 2018 kam, dass nur noch bestimmte Haushaltsmittel verblieben.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Und ab wann wussten Sie das doch dann genau, wie viele Haushaltsmittel zur Verfügung stehen? Was war also der Grund, dass Sie es dann plötzlich wussten? Weil das spielte ja in Ihren Vorüberlegungen, wie Sie ja gesagt haben, jetzt erst mal gar keine Rolle.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß nicht mehr, wann bei uns die Information angekommen ist. Ich konnte es jetzt auch in meinen Unterlagen nicht nachvollziehen. Ich denke, sehr deutlich steht es ja mindestens dann auch in dem ersten Gesprächsleitfaden drin, der von Herrn Wiehle zitiert worden ist.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Also, Sie haben das anhand von Unterlagen mitgeteilt bekommen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein. Sie haben gerade gefragt, ab wann ich es wusste, und ich kann das Datum nicht mehr rekonstruieren. Ich kann es nur anhand der Unterlagen rekonstruieren, wann ich es spätestens wusste.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Wie hat Sie diese Zahl 2 Milliarden jetzt erreicht? Ich meine, das war ja vorher nicht klar. Sie haben ohne diesen Haushaltsansatz gearbeitet, wie Sie gesagt haben. Wie ist Ihnen denn diese Nachricht: „Wir haben nur 2 Milliarden“ übermittelt worden? Gab es da jemanden, der gesagt hat: „Also, Leute, hört mal her“, wie es auch in der Politik normalerweise ist, „alles schön und gut, was ihr macht, aber es sind halt nur 2 Milliarden da. Bitte guckt mal,

dass ihr das irgendwie löst“? Gab es solche Gespräche? Also, so läuft das in der Politik normalerweise ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich weiß, dass es vielleicht merkwürdig klingt, aber ich habe wirklich keine konkrete Erinnerung mehr dran. Ich müsste jetzt spekulieren. Ich meine, dass wir - - Ich weiß noch nicht mal, ob ich die Nachricht erhalten habe oder einer meiner Kollegen. Ich würde jetzt spontan vermuten - aber es ist nur eine Vermutung -, dass es telefonisch passiert ist, dass es ein Problem gibt, weil der Haushaltsansatz nur einen bestimmten Betrag habe.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Das heißt, Sie können sich jetzt nicht direkt an ein Gespräch erinnern, -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Dr. Christian Jung (FDP):** - wo gesagt worden ist: „Also, wir müssen da jetzt mal ein bisschen vorsichtig sein, weil das Angebot ist viel zu hoch, und deswegen“ - das ist ja die Gretchenfrage -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich kann mich leider an - -

**Dr. Christian Jung (FDP):** - „müssen wir vielleicht kreativ irgendwie ein bisschen rumpfuscheln“?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich konkret an kein Gespräch erinnern. Was ich jetzt im Rahmen meiner Vorbereitung gesehen habe, war aber auch, dass ein Dokument erstellt worden ist - ich glaube, das ist auch eben schon mal kurz zitiert worden -, wo verschiedene Handlungsoptionen dargestellt worden sind, die man nun hat.

**Dr. Christian Jung (FDP):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Cezanne, bitte.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Dr. Kramer, ich fange mal lieber mit den mehr so praktischen Dingen an, bei der Bewertung dieses ersten finalen Angebots - das einzige, das eingegangen ist - von Paspagon am



## Nur zur dienstlichen Verwendung

17. Oktober - war es das? -, ja, 17. Oktober 2018. Der Herr Kapsch hat bei seiner Befragung hier als Gründe für dieses hohe Volumen dieses ersten Angebots - jetzt ein bisschen umgangssprachlich - erklärt - ich zitiere aus dem Protokoll der Befragung -:

Natürlich machen wir bei jedem großen Projekt ein Risikomanagement, sagen: Wie ist der Zeitplan? Wie ist die Technologie? Wie sind die Erfüllungsrisiken? ... Wie sind zum Beispiel auch Schnittstellen zu anderen Institutionen? Wie schwierig könnte das sein, die Genehmigungen zu bekommen? Und, und, und. - Diese Risikoabschätzung machen wir. Dann sagen wir: Welche Pönalen stehen dem gegenüber, und wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass wir Pönalen zahlen werden? - Das machen wir bei jedem Projekt ...

... Bei den 3 Milliarden - weil das war ja unser ursprüngliches Angebot - sind die Risiken abgedeckt.

Das war seine - - Gut, jetzt umgangssprachlich, nicht betriebswirtschaftlich formuliert.

Konnten Sie denn bei der wirtschaftlichen Prüfung des Angebotes diese hohen Risikoaufschläge erkennen und nachvollziehen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, die Risikoaufschläge sind so explizit nicht ausgewiesen in dem Angebot. Wenn ich mich richtig erinnere, hat sich die Eigenkapitalrendite erhöht, dass man es daran erkennen konnte. Die Ausschüttung auf das eingesetzte Eigenkapital ist das, was man vermuten würde, was sich erhöht, wenn man Risiken erwartet, weil man ja die Risiken aus seiner Rendite dann trägt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Haben Sie denn mal überschlagen als erfahrene Prüferin, wie groß das Volumen dieser Risikoaufschläge ist und wie man die unter Umständen durch ein Entgegenkommen des Auftraggebers reduzieren könnte?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Zum einen: Ich bin keine Wirtschaftsprüferin. Man muss ja davon

ausgehen, dass die Angebote immer im Wettbewerb entstehen. Das heißt, dort werden dann auch die Risikoaufschläge im Wettbewerb gemacht. Dabei sind die individuellen Risikoaufschläge natürlich auch immer abhängig von den Erfahrungen der jeweiligen Bieter, wie häufig sie das schon gemacht haben oder wie sie einfach auch die Risiken einschätzen, von dem Risikoappetit, den sie eingehen wollen. Deswegen haben wir es dann im Einzelnen nach meiner Erinnerung nicht noch mal nachgeprüft. Ja.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber da sprechen Sie jetzt natürlich eine interessante Sache an. In dem Fall war ja nur ein einziges Angebot da, sodass also eine Bewährung im Wettbewerb ja praktisch für Sie ausgefallen ist zur Prüfung oder zum Abgleich.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Es wurden aber vier Bieter zur Abgabe eines finalen Angebotes aufgefördert. Und die Frage ist immer - und die kann ich nicht beantworten -: Was wusste der Bieter? Wusste der Bieter, dass er der Einzige ist, der noch im Wettbewerb ist, oder musste er von einem Wettbewerbsgedanken ausgehen?

Wir sind noch davon ausgegangen - wir hatten es jetzt auch in der Vorbereitung hierauf noch mal intern besprochen -, dass wir schon von dem Eingang von mehr Angeboten ausgegangen sind.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Aber wir haben ja jetzt über das endgültige, also das erste finale Angebot von Kapsch/Eventim gesprochen, wo am 17.10. klar war: Da kommt nichts mehr.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, aber nur weil nur ein Angebot eingegangen ist, heißt es ja nicht automatisch, dass kein Wettbewerb vorlag. Wenn derjenige, der das Angebot abgegeben hat, glaubt, dass er im Wettbewerb ist, dann gibt er ja einen Wettbewerbspreis an.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Der aber deutlich zu teuer war. - Ich frage jetzt noch mal eine andere Sache. In dem Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch mit der Bietergemeinschaft Paspagon am 26. November 2018 - jetzt muss ich gucken; MAT A BMVI-6/14-18, Blatt 465 f.; wenn Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wollen, können Sie gerne reinschauen; aber ich erläutere es Ihnen mal; Sie waren ja dabei - ist vermerkt: Es gab den Hinweis des Bieters unter dem Stichwort „Vertragsstrafen“:

Hinweis des Bieters, dass der Angebotspreis um 20 % reduziert werden könne, wenn auch die Vertragsstrafen um 20 % reduziert würden ...

Herr Schneble hat uns das in seiner Aussage ja auch noch mal bestätigt.

Und dann folgt der Vermerk:

Erklärung AG, dass dies nicht erwogen werden könne

Jetzt würde mich einerseits interessieren: Wer war AG in persona, der dies erklärt hat, und warum hat man sich so verhalten? 20 Prozent von 3 Milliarden wären ja schon mal Geld gewesen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung, wer das damals gesagt hat.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Dann machen wir in der nächsten Runde weiter. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Kramer, ich komme noch mal zu dem Thema Bruttounternehmenswert, da, wo ich eben aufgehört habe. Wir springen jetzt etwas. Meine Frage wäre: War Ihr Unternehmen damals, bei Vertragsabschluss 30.12.2018, in der Lage, den Bruttounternehmenswert zu einem bestimmten Zeitpunkt - Gerichtsurteil, halbes Jahr später - zu berechnen?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Wir wären in der Lage gewesen, ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, Sie wären in der Lage gewesen, das zu machen. - Der Auftrag ist aber nie an Sie ergangen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, wir haben diesen Auftrag nicht bekommen. Ich habe jetzt Ihre Frage auch eher als, sagen wir mal, theoretische Frage verstanden: Sind wir grundsätzlich in der Lage, so etwas zu berechnen, mit den entsprechenden Vorgaben? Ja.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. - Und das heißt aber, der Bruttounternehmenswert für etwas, was in dem Fall ja ein halbes Jahr in der Zukunft liegt, war für Sie berechenbar. Also, das ist etwas, was Ihr Unternehmen leisten kann.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Hier wäre es natürlich mit den besonderen Anforderungen verbunden gewesen, einen Bruttounternehmenswert für ein Unternehmen zu berechnen, was es zu dem Zeitpunkt noch nicht gegeben hätte; denn der Auftrag oder der Vertrag begann ja erst zum 1. Januar. Dann begannen ja erst bestimmte Annahmen. Das heißt, es wäre ein Bruttounternehmenswert wieder mit verschiedenen Annahmen gewesen, den man hätte berechnen können.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass das mit Annahmen verbunden ist, ist völlig klar. Jede Prognose in die Zukunft ist mit Annahmen verbunden; das gibt es an der Stelle nicht anders. Gut.

Sie haben eben auf die Frage des Kollegen Lange gesagt: Der Bruttounternehmenswert ist nicht der entgangene Gewinn. - Sie haben uns dann Szenarien erklärt. Kann das auch bedeuten, dass am Ende der Bruttounternehmenswert höher ist als der entgangene Gewinn?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** „Der entgangene Gewinn“ ist insofern auch etwas vereinfacht ausgedrückt. Ich habe es immer so verstanden - und so wird es ja auch in der Presse verstanden -: Das ist der Gewinn, der zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe mit eingeplant worden ist und eingepreist worden ist. Wenn alles - - Sagen wir mal, wenn die Risiken sich nicht negativ, sondern positiv darstellen, dann könnte es im Ausnahmefall auch höher sein, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut, danke. - Dann hätte ich noch eine Frage - wir springen jetzt ganz zum Anfang; dieses ganze Thema, wo auch die Kollegen schon nachgefragt haben - zum Thema: Toll Collect und Inanspruchnahme der entsprechenden Infrastruktur.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Entschuldigung, darf ich Sie noch mal ganz kurz unterbrechen?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Zu Ihrer letzten Frage: Kann das auch höher sein? - Sie sagen ja: höher als der entgangene Gewinn. - Dann muss man sich immer anschauen: Was ist denn der Maßstab, von dem ich ausgehe?

Wenn ich natürlich sehr konservativ gerechnet habe und ich sehr viele Risiken schon eingepreist habe, dann wäre der entgangene Gewinn geringer. Dann kann es sich tatsächlich auch mal höher darstellen. Insofern muss man es immer - - Wir bewegen uns in einem sehr theoretischen Raum hier. Wenn wir auch immer mit dem entgangenen Gewinn vergleichen, dann muss man sich, glaube ich, auch anschauen: Was sind denn eigentlich die Annahmen, die mit dem entgangenen Gewinn verbunden sind?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Aber genau so habe ich es auch verstanden und gemeint. Das ist schon klar.

Ich würde noch mal gerne zu dem springen, was am Anfang der ganzen Geschichte war, 2015. Und da waren Sie ja auch schon dabei. Und da gab es Kick-off-Meetings, zum Beispiel eines am 04.11.2015 - lange her, länger her -, und da sind mögliche Synergiepotenziale mit der Lkw-Maut analysiert worden bzw. das BMVI wollte, dass das analysiert wird. Können Sie sich noch daran erinnern, was da besprochen wurde, worum es da ging?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Reden wir wirklich von 15?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich bin - -

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe auch die Unterlage hier, also das Protokoll dieses Gespräches.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. Dann mag es sein, dass mein Gedächtnis mich - - Ich dachte, wir wären erst ab 16 dabei gewesen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, also nach unserem Stand 15. Aber gut.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Und da waren auch PwC-Vertreter dabei?

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, da waren Sie dabei.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. - Ich kann mich in den Einzelheiten nicht mehr erinnern.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben hier einen Stundennachweis über Gespräche, die Sie auch mit dem BMVI über Kontrollbrücken geführt haben.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da können Sie sich dran erinnern? Und mich würde da einfach interessieren, in welchem Zusammenhang das war, was das ist. Also, es ging offensichtlich - so verstehe ich das; mein Verständnis - - dass es um jetzt bei der Lkw-Maut vorhandene Kontrollbrücken geht, wie die eventuell mitgenutzt werden können. Können Sie uns da berichten, was Sie da genau untersucht haben?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich kann mich daran erinnern, dass es Gespräche zu der Mitnutzung der Kontrollbrücken gegeben hat. Also, ob die jetzt an dem Zeitpunkt stattgefunden haben, das weiß ich leider nicht mehr. Und da ging es eben tatsächlich um die Frage - weil ja auch Kontrollbrückeneinrichtungen zu errichten gewesen - - oder es war damals noch in der Planungsphase; es sollten auch Kontrolleinrichtungen für die ISA mit errichtet werden - - ob man dazu zusätzliche Kontrollbrücken errichtet oder ob man



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die vorhandenen Brücken von Toll Collect mitbenutzen kann.

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es war zu diesem frühen Zeitpunkt schon so, dass darüber nachgedacht wurde, wie man die Infrastruktur von Toll Collect mitnutzen kann.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich glaube, ob und wie. Also, nach meiner Erinnerung ging es dann ja auch immer darum: Kann man das überhaupt machen? Ich war ja eben zeitlich schon etwas nicht ganz sauber da. Nach meiner Erinnerung ging es dann ja auch los mit der Neuausschreibung von Toll Collect. Toll Collect war ja noch im privaten Besitz oder kurz - - da bahnte sich das Vergabeverfahren an. Aber das werden Sie wahrscheinlich besser wissen als ich. Da ist einfach die Frage: Konnte man dann einen zweiten Privaten mit auf die Brücken drauflassen, wo ja Toll Collect selber schon die Brücken hat und auch in der Verantwortung für eine bestimmte Qualität steht?

**Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann sind wir am Ende dieser Runde. Ich frage jetzt noch mal nach wegen der zeitlichen Planung. In etwa 15, 20 Minuten haben wir ja die namentliche Abstimmung. Da werden wir ja auf jeden Fall unterbrechen.

Wer hat jetzt noch Fragen? - Der Herr Wiehle. - Die CDU/CSU-Fraktion hatte keine mehr. - Frau Lühmann?

(Kirsten Lühmann (SPD):  
Eine!)

- Hat noch eine. - Herr Jung?

(Dr. Christian Jung (FDP):  
Keine!)

- Keine. - Herr Cezanne?

(Jörg Cezanne (DIE LINKE):  
Ich habe noch Fragen, ja!)

Und Herr Kollege Krischer?

(Oliver Krischer (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Nein!)

- Hat keine Fragen mehr.

Gut, dann versuchen wir erst mal, das jetzt vielleicht noch abzuschließen. Wir haben dann ja auch eine halbe Stunde Zeit zur Stimmabgabe. - Dann darf ich Herrn Wiehle bitten.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Herr Vorsitzender, danke schön. - Frau Dr. Kramer, ich komme gerne noch mal zurück auf die Frage mit den Adressermittlungen und dem ganzen Drumherum. Es ging ja darum, in vielen kleinen Stücken diese Milliardenlücke zu schließen, egal zu welchem Zeitpunkt das Bewusstsein dazu entstanden ist, dass eine Milliardenlücke zu schließen ist. In der Unterlage, die Sie von uns eingangs bekommen haben, finden Sie auf dieser fünften Seite - also, das ist jetzt, für das Protokoll noch mal: MAT A BMVI-7/9u, Blatt 91 - jetzt auf dem Blatt 91 diese Anforderung 1.6, und in der Spalte „Aufklärung“ ist ja hier geschrieben:

Verlagerung der Anforderung in  
den Verantwortungsbereich des  
AG.

Obendrüber, in der Überschriftszeile von jeder Seite, steht:

Arbeitsstand 2018-11-21

- so lese ich das -

19:30

Das ist der Abend vor dem ersten Aufklärungsgespräch; das war am 22. nach den uns vorliegenden Protokollen. Und dieses Dokument, sagen Sie, das kennen Sie irgendwoher; aber Sie waren ja selber nicht beteiligt an der Erstellung. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung mehr daran, wer an der Erstellung beteiligt gewesen ist. Ich erinnere mich vage daran, dass wir hier, glaube ich, auch gemeinsam noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal mit den juristischen Beratern drüber gese-  
sen haben, um bei diesem Einsparpotenzial das  
in bestimmte Kategorien aufzuteilen, also eine  
Größenordnung zu klassifizieren. Da habe ich  
eine vage Erinnerung dran, aber sonst wenig Kon-  
kretes, leider.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Also, es gab jedenfalls  
eine Vorbereitungsphase.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Da waren Sie wenigstens  
am Rande beteiligt, aber jetzt ohne konkrete Erin-  
nerung.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Mhm.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Es gibt noch weitere Un-  
terlagen zu dem Ergebnis, insbesondere von dem  
Verhandlungs- und Aufklärungsprozess. Ich habe  
hier noch ein weiteres Dokument, das nennt sich:

ISA Erhebung

Grundlagen der Rekalkulation  
autoTicket

Möglicherweise stammt das vom Bieter. MAT-  
Nummer ist MAT A BMVI-6/14-18. Und das ist  
jetzt hier ab Blatt 530 bis 535.

(Der Zeugin werden  
Unterlagen vorgelegt - Die  
Zeugin und ihr Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Sie haben es in der Hand.

Meine allererste Frage: Kennen Sie dieses Doku-  
ment?

(Die Zeugin berät sich mit  
ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich wurde gerade da-  
rauf hingewiesen, dass das „Vertraulich“ gekenn-  
zeichnet ist, das Dokument.

(RA Georg-René Lubinski:  
Weil die Entbindungserklä-  
rung von Frau Dr. Kramer

auch darauf verweist, dass  
vertrauliche Gegenstände  
in nichtöffentlicher Sitzung  
gefragt werden sollen!)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Da ja gleich noch  
eine Frage von Kollegin Lühmann in nichtöffent-  
licher Sitzung gestellt werden möchte, denke ich,  
werden wir auch die Frage in nichtöffentlicher  
Sitzung stellen.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Könnten wir machen.  
Ich würde bloß ganz kurz noch einen Moment  
darauf verwenden wollen, ob der Begriff „Ver-  
traulich“, der darüber steht, von dem Autor des  
Dokuments stammt oder ob es sich um eine Ein-  
stufung aus dem Material handelt. Das könnte  
maßgeblich dafür sein, ob wir das jetzt behandeln  
können oder eben nicht. Aber Vorsicht ist natür-  
lich richtig.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Also laut Aussage  
des Sekretariates ist das keine förmliche Einstu-  
fung.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Ist keine förmliche Ein-  
stufung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nein.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Ja, dann dürften wir  
das - -

**RA Georg-René Lubinski:** Verzeihung, Herr  
Vorsitzender, aber wenn der Herausgeber des  
Dokumentes das dadurch praktisch als Betriebs-  
geheimnis identifiziert - auch das spricht die  
Entbindungserklärung an - - Also, wenn es um  
Betriebsgeheimnisse geht, dann möge dazu bitte  
die Befragung in nichtöffentlicher Sitzung statt-  
finden.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Frau Kollegin  
Warken. - Aber ich denke, vorweg, bevor wir hier  
irgendwo einen Fehler machen, machen wir es  
eben gleich in nichtöffentlicher Sitzung, und  
dann sind wir auf jeden Fall auf der richtigen  
Seite.

**RA Georg-René Lubinski:** Vielen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Nina Warken** (CDU/CSU): Dann kann man es ja immer noch herabstufen, -

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Kein Problem. Kein Problem.

**Nina Warken** (CDU/CSU): - wenn wir es im Nachgang geprüft haben.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Dann behandeln wir das in nichtöffentlicher Sitzung.

Dann darf ich jetzt die zweieinhalb Minuten, die mir verbleiben für die Runde in der öffentlichen Sitzung, noch für ein anderes Thema nutzen. Wir haben aus der Vernehmung des Zeugen Schulenberg von CTS Eventim, also von der Bieterseite, auch unter anderem ein Eingangsstatement vorliegen. Da hat er die Situation geschildert und beschrieben, dass er am 1. Oktober [sic!] in einem anderen Gespräch - das ist jetzt keines von den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen gewesen - dem Herrn Minister Scheuer angeboten habe, mit der Unterzeichnung der Verträge, die ja dann tatsächlich am 30.12.18 stattgefunden hat, bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Er schildert dann weiter, der Herr Minister Scheuer habe das abgelehnt. Ist Ihnen dieser Umstand bekannt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nein.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Wurde aus den Gesprächen von der Minister- und Staatssekretärebene mit der Chefebene der Bieterseite etwas in die Besprechungen, die Sie geführt haben, hineingetragen oder in den Gesprächen am Rande, in der Kaffeeküche oder so, erwähnt?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Nicht dass ich mich erinnern kann.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Dann habe ich jetzt für die Runde keine weiteren Fragen. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut, dann kommt jetzt die Kollegin Lühmann.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Ja, ich habe noch einen Sachverhalt, den ich gerne mit Ihnen erläutern

wollte, und das ist die bei allen hier Anwesenden - außer Ihnen, weil Sie zum ersten Mal hier sind - bekannte Bieterfrage 38.

Worum geht es da? Da geht es um ein physisches Zahlstellensystem. Sie erinnern sich: Die müssen ja verkauft werden, die Vignetten, und es war unklar, ob man sich Dritter bedienen kann oder nicht. Das war eigentlich die Frage. Und die Antwort bezog sich dann aber sehr umfassend - - Ich lese sie einmal vor:

Die Annahme des Bieters wird mit der Maßgabe bestätigt,

- also dass man sich Dritter bedienen kann -

dass sich der Betreiber hinsichtlich des physischen Zahlstellennetzes (unter Beachtung der Bestimmungen des Betreibervertrages) auch der Mitwirkung von Unterauftragnehmern bedienen kann, wenn und soweit der Entrichtungsvorgang an dem Betreiber zuzurechnenden physischen Zahlstellen erfolgt und über diese physischen Zahlstellen ausschließlich die Infrastrukturabgabe erhoben wird.

Ist Ihnen das soweit wieder erinnerlich, diese Diskussion? Wir können Ihnen die Antwort auch noch mal vorlegen. Ich habe noch keine Frage gestellt, weil es geht noch weiter. Aber es geht mir erst mal darum. Das war die Antwort auf die Bieterfrage 38:

... und über diese physischen Zahlstellen ausschließlich die Infrastrukturabgabe erhoben wird.

Und so ist ja auch im finalen Angebot das Angebot gewesen, dass die ein eigenes Zahlstellennetz aufbauen. Kostet eine Menge Geld. Also, da wollte man runter. Sie erinnern sich sicher, dass das ein Thema in den - wie auch immer man sie nennt - Gesprächen war und dass man dann dazu kam, dass das autoTicket machen kann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und so heißt es auch - - Ich habe hier die MAT A BMVI-6/14-24. Das ist der Vertrag selber, und da steht eben drin:

Erwerb von Vignetten nur über Webportal, -App und -Zahlstellen-netz

Und da steht drin:

Sämtliche Entrichtungskanäle (abgesehen von den mitgenutzten Zahlstellen) ...

- von mir jetzt: von autoTicket -

stehen exklusiv für die ISA-Erhebung zur Verfügung.

Das heißt, das, was jetzt im Vertrag steht, widerspricht der Antwort zur Bieterfrage 38. In 38 steht: ausschließlich für ISA. - Und hier steht drin: Die mitgenutzten Zahlstellen von autoTicket dürfen wir aber auch nehmen. - Und da werden eben die Lkw-Maut und die ISA angerechnet. Das sind so weit erst mal die Fakten.

Jetzt kommt meine Frage. Sie waren zuständig dafür - also nicht Sie persönlich, sondern Ihr Los -, das zweite finale Angebot zu bewerten und, wie Sie sagen, die Wirtschaftlichkeit. Ist alles erfüllt.

Und hier liegt mir jetzt die MAT A BMVI-6/14-28, Blatt 41, vor. Die geben wir Ihnen auch gleich. Da geht es nämlich genau um diesen Punkt. Und da steht drin:

Bieterfragen (relevant für die Bewertung)

Also, ist das jetzt erfüllt oder nicht? - Bieterfrage 38, ja.

Und dann steht da, wo ist das dokumentiert, ob das eingehalten ist oder nicht. Da wird genau auf diese Stelle verwiesen, die ich Ihnen eben vorgelesen habe, die also etwas anderes sagt. Und hinten haben Sie einen Haken gemacht, „erfüllt“.

Und das hätte ich gerne von Ihnen erläutert, wieso Sie auf die Bieterfrage 38 verweisen, die sagt: „Da darf nichts anderes verkauft werden“, Sie dann auf den Teil des Vertrages verweisen, wo drinsteht: „Wir verkaufen aber was anderes“, und Sie hinten einen Haken dranmachen, „erfüllt“. Wir geben Ihnen das jetzt.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, ich schaue es mir sehr gerne an und krame in meiner Erinnerung. Die technische Bewertung haben vorgenommen - das steht, glaube ich, auch drüber; ich habe eben in dieses Angebot gesehen - Herr Pappkalla und Herr S [REDACTED].

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Ach so, hier steht auch „Vertraulich“ drauf, auf dem Blatt 423.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, Sie lesen es ja nur.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay. - Das ist aber das Dokument von Herrn Winderlich?

**Kirsten Lühmann (SPD):** Nein, das ist - - Jetzt weiß ich nicht, welches Sie haben. Das müsste der Vertrag sein, oder? - Das Systemkonzept, genau. Das ist das Systemkonzept von Paspagon.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Okay.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Interessant ist diese Seite. Weil das ist ja das, was Sie gemacht haben, also was PwC gemacht hat.

(Die Abgeordnete hält ein Schriftstück hoch)

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Und es geht um - ich glaube, das ist gemarkert - A6.8. Ja, tut mir leid, das ist sehr klein.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ja, meine Augen sind so schlecht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich kenne das: Altersweitsichtigkeit.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, an dieser Bewertung war ich tatsächlich nicht beteiligt. Deswegen kann ich jetzt Ihre Frage hier nicht beantworten, wie das im Einzelnen zusammenhängt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut, aber Sie verstehen meine Irritation, dass die Antwort auf die Bieterfrage E38 dem Systemkonzept, Formblatt 8, widerspricht. Und trotzdem ist hinten grün ein Haken drangemacht. Dass das ein Widerspruch ist, das kommt Ihnen - -

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Also, es scheint einer zu sein. Ich kann es jetzt nicht - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es scheint einer zu sein. - Danke schön, ja.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Aber ich glaube, man müsste es sich im Einzelnen anschauen; insofern kann ich hierzu leider nichts sagen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Jung hatte keine Fragen mehr. - Kollege Cezanne hatte Fragen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja, ich habe noch Fragen. - Frau Dr. Kramer, ich setze noch mal an diesem Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch vom - was war es jetzt? - 26. November an, dieses Angebot, 20 Prozent runter mit dem Angebot, wenn Vertragsstrafen auch um 20 Prozent reduziert werden. Sie haben jetzt gesagt, Sie erinnern sich nicht mehr, wer von den Auftraggebern das abgelehnt hat. Aber hatten Sie dann eine Meinung dazu, oder haben Sie noch mal darüber nachgedacht? Oder haben Sie den Auftraggeber in irgendeiner Form in dieser Frage beraten? Das wäre ja jetzt typischerweise Teil der wirtschaftlichen Prüfung gewesen.

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe leider keine Erinnerung daran.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke. - Dann nochmal eine weitere Frage, weil im Aufklärungs- und Verhandlungsgespräch am 04.12.2018 taucht das erste Mal der Hinweis auf die Mitnutzung von Toll Collect auf. Am darauffolgenden Tag erklärt der Auftraggeber laut Protokoll, dass in der Mitnutzung der Toll-Collect-Infrastruktur - Zitat - ein erhebliches Einsparpotenzial bestehe. Und Herr Winderlich hat ausgesagt, dass es mit den Beratern vorher Abstimmungen hinsichtlich der möglichen Einsparungen gegeben hätte. Können Sie uns sagen, welche Einsparpotenziale aus der Mitnutzung der Toll Collect zwischen Ihnen und dem Auftraggeber identifiziert worden waren?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Ich habe keine Erinnerung mehr daran. Also, ich müsste, wenn, in Unterlagen schauen, ob ich was finde, aber - - Keine Erinnerung.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und die Mitnutzung der Zahlstellen von Toll Collect? Da können Sie sich auch nicht dran erinnern?

**Zeugin Dr. Gisela Kramer:** Doch, es wurde in die Diskussion eingebracht. Daran kann ich mich erinnern. Aber über die Zahlen habe ich jetzt - - Dass wir vorab Zahlen dazu berechnet haben, das will ich nicht ausschließen; aber ich habe keine Erinnerung.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Gut. Die entscheidende Frage hat, wie nicht selten, Frau Lühmann schon gestellt. Dann bin ich jetzt fertig. - Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Kollege Krischer hatte keine Frage mehr. - Kollege Wiehle?

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Ich habe mich jetzt eigentlich darauf vorbereitet, dass jetzt erst mal die Unterbrechung kommt. Ich habe für die öffentliche Sitzung im Moment keine Frage.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Okay. - Dann sind jetzt scheinbar in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr. - Oder haben Sie noch was, Herr Kollege Cezanne?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Jörg Cezanne (DIE LINKE):  
Nein!)

Das heißt also, wir könnten jetzt die öffentliche Sitzung beenden und den Beschluss fassen, dass wir jetzt mit einer nichtöffentlichen Sitzung fortfahren und die Zeugin weiter befragen.

Die Frage ist jetzt nur: Wie lange brauchen wir dazu? Können wir das noch vor der Abstimmung machen, oder sollen wir jetzt erst mal den Beschluss fassen?

(Kirsten Lüthmann (SPD):  
Ich brauche zehn Minuten!  
Maximal! Eine Runde!)

Ich weiß nicht, wie lange die Kolleginnen und Kollegen sonst haben. - Gut, dann stimmen wir erst mal ab.

Ich schlage vor, wir fassen folgenden Beschluss:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 3 PUAG ausgeschlossen, weil ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis zur Sprache kommt, durch dessen öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzt würden.

Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann war das einstimmig, und wir verfahren so.

Ich bitte die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die anderen Gäste, nun den Saal - - bzw. den Saal im PLH - - dann abzuschalten, weil da ja übertragen wird. - Ist so weit erledigt.

Damit könnten wir jetzt einsteigen in die nicht-öffentliche Sitzung; aber ich denke, wir unterbrechen erst. Dann sehen wir uns hier wieder - wir haben jetzt halb fünf -, ich würde sagen, so um zehn vor fünf, fünf vor fünf. Wir beeilen uns alle rüber zur Abstimmung. Allerdings haben wir dann eine halbe, Dreiviertelstunde später wieder eine namentliche Abstimmung.

(Kirsten Lüthmann (SPD):  
Wir beeilen uns, und dann machen wir weiter!)

- Okay.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
16.31 Uhr - Folgt  
Sitzungsteil Zeugenverneh-  
mung, Nichtöffentlich)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 38. Sitzung - vorläufige Fassung\* -

### 2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 26. November 2020, 12.30 Uhr  
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1  
Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Saal 3.101

Vorsitz: Vorsitzender Udo Schiefner, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweis- aufnahme

	<b>Seite</b>
1. Vernehmung der Zeugin Dr. Gisela Kramer, PricewaterhouseCoopers GmbH (Beweisbeschluss Z-58)	<b>10</b> Sitzungsteil Nichtöffentlich siehe Stenograf. Protokoll 19/38 II
2. Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Blum, autoTicket GmbH (Beweisbeschluss Z-66)	<b>50</b>
3. Vernehmung des Zeugen Michael Kucharski, Kucharski Public Relations (Beweisbeschluss Z-67)	<b>89</b>

\* Hinweis:

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschussekretariat Korrekturwünsche und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden sodann durch das Sekretariat zum Zwecke der Beifügung zum entsprechenden Protokoll verteilt.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.10 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Dr. Michael Blum

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann können wir jetzt die öffentliche Sitzung fortsetzen, und ich darf den Zeugen Herrn Dr. Michael Blum recht herzlich begrüßen.

Vielen Dank, Herr Dr. Blum, dass Sie heute dem Untersuchungsausschuss für die Befragung zur Verfügung stehen.

Herr Dr. Blum, der Ausschuss hat beschlossen, Ton und Bild dieser Beweisaufnahmen in einen anderen Sitzungssaal zu übertragen, in dem die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen kann. Das hat Coronagründe. Ansonsten wäre diese hier oben auf den Zuschauerplätzen. Sind Sie hiermit einverstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schiefner, herzlichen Dank für die Begrüßung. Damit bin ich einverstanden.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung am 2. November 2020 bestätigt.

Ich habe Sie zunächst darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, dazu habe ich keine Fragen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich stelle fest, dass Sie von Herrn Rechtsanwalt Dr. Max Schwerdtfeger aus Düsseldorf als Rechtsbeistand begleitet werden.

Ich darf Sie, Herr Rechtsanwalt, auch recht herzlich hier begrüßen und darf Sie bitten, sich kurz vorzustellen.

**RA Dr. Max Schwerdtfeger:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Max Schwerdtfeger, Rechtsanwalt aus Düsseldorf.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Rechtsanwalt Dr. Schwerdtfeger, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen.

Zu Beginn möchte ich Sie vor Ihrer Anhörung gerne belehren, Herr Dr. Blum:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 152 [sic!] in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geord-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

neten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Keine Fragen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen.

Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach steigen wir dann in die Fragerunde ein. Die Fragerunde wird nach den Vorgaben einer sogenannten Berliner Runde oder einer Berliner Stunde hier durchgeführt. Das heißt also, anteilmäßig an einer Stunde nach der Stärke der Fraktionen können dann von den Fraktionen jeweils die Fragen gestellt werden.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Name ist Michael Blum. Ich bin 50 Jahre alt und von Beruf Wirtschaftswissenschaftler und Geschäftsführer der autoTicket GmbH. Die ladungsfähige Adresse lautet Pariser Platz 3, 10117 Berlin.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer

Vernehmung zu äußern. Möchten Sie davon Gebrauch machen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Davon mache ich gerne Gebrauch. - Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Bitte schön. Dann haben Sie jetzt zunächst mal das Wort.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schiefner! Sehr geehrte Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses! Ich komme gerne Ihrem Wunsch nach, meinen Beitrag zur Aufklärung der relevanten Sachverhalte zu leisten. Erlauben Sie mir bitte, bevor ich Ihre Fragen beantworte, einige Bemerkungen voranzustellen.

Wir wären heute tatsächlich im zweiten Betriebsmonat der Infrastrukturabgabe. Davon bin ich im Übrigen fest überzeugt. Sie fragen sich vielleicht, warum ich mir so sicher bin, trotz der vielen Vorwürfe, die ich seitens des BMVI oder des KBA insbesondere im Zusammenhang mit der Kündigung des Vertrags mit der autoTicket gehört habe. Die Antwort auf diese Frage lautet: Das hat auch etwas mit meiner ganz persönlichen beruflichen Vergangenheit zu tun. Deshalb bin ich mir so sicher.

Seit mehr als 20 Jahren befasse ich mich im Beruf intensiv mit den Themen Maut und Mobilitätsdienste. Nach einer ersten Tätigkeit für den früheren Bundesverkehrsminister Wissmann war ich bereits 1998 Mitglied des Kernteams für die Konzeption der Lkw-Maut, also der heutigen Toll Collect. Ich wurde damals von der DASA an das Start-up-Team von Daimler und Telekom ausgeliehen. Es folgte die Zeit der Konzeption und der Vergabe der Toll Collect. Nach dem Zuschlag für unser Angebot war ich bis zum Start der Lkw-Maut an der Umsetzung beteiligt. Die Realisierung war kein Spaziergang; das wissen die meisten von Ihnen hier sehr genau. Ende der 90er-Jahre war eben die digitale Infrastruktur schlechter, als sie es heute ist. Es waren hohe Herausforderungen. Satellitenmaut in On-Board-Units dezentral zu berechnen, das war eben eine Innovation. Seit 2005 läuft aber Toll Collect einwandfrei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dem Thema Maut blieb ich dann aber auch in den Jahren meiner Beratungstätigkeit verbunden, viele davon als Leiter des Berliner Büros einer mittelgroßen Beratung, fokussiert auf Mobilität und Infrastruktur. So habe ich international mehr als 35 Projekte - Mobilitätsprojekte, Mautprojekte und Infrastrukturprojekte - umgesetzt oder begleitet. Toll Collect blieb also für mich nicht der einzige Aufbau eines Mautbetreibers.

Vor meinem Wechsel zur autoTicket im April 2009 [sic!] war ich aber für weitere sieben Jahre bei Toll Collect tätig. Ich berichtete an den CEO, Herrn Kirchmann, und zeichnete für die Unternehmens- und Produktstrategie sowie das Projektportfolio und den Vertrieb verantwortlich. Die Mautausweitung auf alle Bundesstraßen war eines meiner zentralen Themen. Wie Sie möglicherweise wissen, haben wir dieses 400-Millionen-Euro-Projekt damals bei Toll Collect mit den Kollegen sehr erfolgreich zum 1. Juli 2018 umgesetzt.

Mit dieser Mauterfahrung im Rücken wechselte ich dann also 2019 zu autoTicket. Mit Blick auf meinen geschilderten Berufsweg erklärt sich wahrscheinlich von selbst, warum ich diesen Schritt machte: Den zweiten deutschen Betreiber zur Infrastrukturfinanzierung aufzubauen, das war für mich schlicht eine passende Aufgabe.

Was ich bei autoTicket vorfand, als ich am 23. April 2019 meine Geschäftsführertätigkeit aufnahm, war ein sehr ehrgeiziges und kompetentes Team. Ebenso leistungsfähig waren die Unterauftragnehmer. Einige von ihnen kannte ich aus Toll-Collect-Zeiten oder aus anderen internationalen Mautprojekten. Darüber hinaus hatte ich es bis zum 18. Juni, dem Tag der Kündigung des Vertrages, auch mit einem sehr agilen Kunden und kooperativen Kunden in Gestalt des BMVI und KBA zu tun.

Gleich zu Beginn meiner Tätigkeit war die noch nicht freigegebene Feinplanungsdokumentation, an deren wunschgemäßer Anpassung wir mit dem KBA übrigens sehr konstruktiv arbeiteten, ein wichtiges Thema. Prozesse und Personen waren aber klar darauf ausgerichtet - auf beiden Seiten -, die Infrastrukturabgabe pünktlich zu

starten und mit durchaus üblichen Projektherausforderungen professionell umzugehen.

Und noch etwas begegnete mir in den ersten Tagen meiner Geschäftsführertätigkeit: eine Projekt-Governance seitens des BMVI, die klar darauf ausgerichtet war, mögliche Missstände und Probleme in einem Spitzengremium umgehend und transparent anzusprechen und einer Lösung zuzuführen. Genau dies ist nämlich nach meiner Erfahrung der Schlüssel, wenn Sie ein solch komplexes Projekt erfolgreich umsetzen wollen.

Hätte es das EuGH-Urteil und dessen in meinen Augen übereilte, vor allem aber politische Übersetzung nicht gegeben, würden wir deshalb heute auch nicht hier sitzen. Im Gegenteil: Das Projekt hätte pünktlich abgeschlossen werden können, und wir würden nunmehr eben, wie eingangs erwähnt, im zweiten Monat die Infrastrukturabgabe erheben. Die Pkw-Maut wäre eine Erfolgsgeschichte geworden. Keine einzige der mir bekannten Herausforderungen hätte das verhindert.

Dass dies von BMVI und KBA seit dem 18. Juni 2019 anders dargestellt wird, ist aus meiner Sicht unglaublich. Politische Schadensminimierung und das laufende Schiedsgerichtsverfahren dürften dafür der Grund sein. Die Kehrtwende von BMVI und KBA in der Bewertung der Vorgänge lässt sich im Übrigen eindeutig belegen. Die Projektampeln - üblich in solchen Projekten - standen ja stets auf Grün.

Ich möchte dazu jedoch noch weitere Belege anführen: Im März 2019, also noch bei Toll Collect, beriet ich mich etwa mit dem ehemaligen Staatssekretär Dr. Gerhard Schulz, heute CEO von Toll Collect, darüber, dass für die ISA ein Gremium existieren sollte, in dem auf Entscheidungsebene eben Schwierigkeiten oder gar Krisen des Projektes besprochen und diese gegebenenfalls gemeinsam einer Lösung zugeführt werden.

Wir hatten für das Projekt MaB40K, also Maut auf circa 40 000 Kilometer Bundesstraßen, mit dem BMVI ein vergleichbares Gremium eingerichtet. Das Format leistete damals beste Dienste, so zum Beispiel, als einzelne Bundesländer Schwierigkeiten sahen, die Kontrollsäulen - Sie mögen sich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

erinnern - an den Bundesstraßen zu genehmigen, und der Terminplan des Roll-outs dadurch unter Druck geriet oder etwa als Release-Umfänge neu geschnitten und sogenannte Features, wie man sagt, verschoben werden mussten. Herr Dr. Schulz und ich waren hier derselben Auffassung. Der damalige Staatssekretär sprach mit Ministerialdirektor Zielke im BMVI. Dieser war offenbar ebenfalls überzeugt und setzte die Anregung um.

Das Spitzengremium tagte das erste Mal Ende März 2019. Die Sitzungen dieses Spitzengremiums, die ich bis zur Kündigung durch das BMVI zweimal miterlebte, verliefen in jeder Hinsicht konstruktiv. Die Teilnehmer gehörten den Leitungsebenen von BMVI, KBA, BAG, der Toll Collect sowie der Betreiberparteien an. Zuletzt trafen wir uns am 24. Mai 2019 im BMVI.

Wir arbeiteten also kollegial und zielorientiert zusammen. Weder die Aktenlage noch meine jahrelang durch die Arbeit für BAG und BMVI einigermaßen geschulte Wahrnehmung gaben mir irgendwelche Hinweise darauf, dass eine Kündigung beabsichtigt war bzw. in Rede stand. Auch die mir gegenüber getätigten Äußerungen meiner langjährigen Kolleginnen und Kollegen bei Toll Collect standen einem solchen Kündigungsszenario diametral entgegen. Die Projektampel stand auf Grün - auch die Projektampel des Referatsleiters im BMVI.

Kollegial und zielorientiert ging es auch an anderer Stelle, an wichtiger Stelle zu. Bis zum Tag des EuGH-Urteils tauschten wir uns mit dem KBA sowie weiteren Beteiligten, wie dem BMF, der Generalzolldirektion und dem BMVI, regelmäßig und konstruktiv über die jeweiligen nächsten Schritte aus. Wir erhielten noch am Tag vor der Kündigung Umsetzungsbitten seitens der Generalzolldirektion und des KBA in Sachen Anhörungsschreiben, also eines Schreibens, das an alle Abgabepflichtigen ergehen sollte.

Oder etwa beim Onboarding von Führungskräften: Der KBA-Projektleiter Blumenberg avisierte am 17. Juni 2019 einen Anruf zur Terminierung eines persönlichen Kennenlernens mit unserem frisch eingestellten Kommunikationschef für den

Folgetag. Er erwähnte, man würde ja noch jahrelang zusammenarbeiten. Niemand von uns wäre angesichts solcher Tatsachen auf die Idee gekommen, der Kunde könnte eine Kündigung versenden.

Aber es kam, wie Sie wissen, ganz anders. Obwohl wir gleich nach der Verkündung des EuGH-Urteils dem Kunden anboten, an einer Lösung zur Umsetzung der Maut unter anderen, veränderten Bedingungen zu arbeiten, erhielten wir am Morgen des 19. Juni 2019 völlig überraschend die Kündigung unseres Vertrags. Diese war bereits am 18. Juni 2019 verfasst - ganz offenkundig sehr überhastet für eine so weitreichende Entscheidung.

Die von mir geschilderte Projekt-Governance, die auf Spitzenebene vereinbart und tatsächlich bis zum 18. Juni 2019 aktiv gelebt wurde, sie wich ganz offensichtlich und innerhalb von Stunden rein politischen Erwägungen. Es wurde regelrecht ein Schalter umgelegt.

Das zeigte sich besonders am 19. Juni bei dem Treffen mit Herrn Bundesminister Andreas Scheuer. Nachdem mein Geschäftsführerkollege Volker Schneble die Sicht der Gesellschafter und der autoTicket vorgetragen und Herr Schulenberg beispielsweise ein Gutachterverfahren für die Anspruchsbestimmung und eine Streckung der Zahlungsansprüche angeboten hatte, fragten wir sogar noch aus Höflichkeit, was wir in dieser misslichen Lage tun sollten. Sie werden es dem auch von mir stammenden Protokoll entnommen haben; aber ich schildere es gern noch mal mit eigenen Worten:

Bundesminister Scheuer überlegte wenige Sekunden und sagte dann - zu meiner Überraschung - Folgendes:

Aus seiner Sicht habe der Zuschlag im Vergabeverfahren noch in 2018 erfolgen müssen. Nach dem EuGH-Urteil stehe das Vergabeverfahren - er meinte wohl den Zuschlag an uns in 2018, weit vor dem EuGH-Urteil - allerdings stark in der Kritik. Die Opposition sehe - Zitat - „jeden abgegebenen Euro für die ISA als einen zu viel“ an.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Er wünsche sich deshalb, dass wir bei Presseanfragen antworten, dass auch wir einen Zuschlag noch in 2018 gefordert hätten.

Er schloss aber mit der Bemerkung, dass seine Aussage vor dem Haushalts- und Verkehrsausschuss zu den Kündigungsgründen - Zitat - „so oder so“ ausfallen könne.

Für mich war das ein Fingerzeig darauf, dass er, wenn wir uns in seinem Sinne positionieren würden, sich im Ausschuss gegebenenfalls für eine ökologisch ausgerichtete Maut und damit für eine Projektfortführung aussprechen oder die Kündigung wegen der Feinplanungsdokumentation relativieren würde.

Es ist Ihnen durch die Aussagen von Herrn Schulenberg, Herrn Kapsch und Herrn Schneble ja bekannt, dass Bundesminister Scheuer uns damit aufforderte, genau das Gegenteil von dem zu sagen, was Herr Schulenberg Herrn Scheuer in 2018 vorgeschlagen hatte. Herr Schulenberg hatte bekanntermaßen am 29. November 2018 von sich aus angeboten, mit einem Zuschlag bis nach dem EuGH-Urteil zu warten. Er hatte eben nicht auf einen Zuschlag noch in 2018 gedrängt.

Aus dem Gespräch hatte Herr Schulenberg mir bereits in einem Telefonat am 29. November 2018 abends berichtet. Zum damaligen Zeitpunkt führte ich mit Herrn Schulenberg erste Sondierungsgespräche über einen möglichen Wechsel von Toll Collect zu autoTicket, und Herr Schulenberg wollte mir gegenüber verdeutlichen, dass das BMVI fest mit einem positiven EuGH-Urteil rechnete.

Für mich und meine Kollegen war die Kündigung ein Schock. An den 19. Juni schloss sich eine schwierige Zeit für uns an. Wir standen vor der Herausforderung, das politische Verhalten des BMVI in unser unternehmerisches Handeln zu übersetzen. Einerseits hatten wir alle Obliegenheiten im Rahmen der Restlaufzeit weiter zu erfüllen. Andererseits ließ man uns einige Zeit im Unklaren darüber, ob das BMVI die bis dahin erarbeiteten Assets und Entwicklungsstände nutzen wolle. Ihnen ist sicherlich bekannt, dass man

im BMVI erwog, autoTicket irgendwann in Toll Collect zu integrieren.

Sowohl die Weiterentwicklungsmöglichkeit der Infrastrukturabgabe als auch die Restlaufzeit des Vertrages bis 30. September haben uns ja verboten, die Stifte einfach fallen zu lassen. So haben wir unsere „to-do list“ abgearbeitet, Wünsche zur Änderung der Feinplanungsdokumentation umgesetzt und anstehende Verpflichtungen erledigt. Schließlich bestand weiterhin die Möglichkeit, dass der Bund die Anteile bzw. Assets übernimmt. Die Werthaltigkeit des Unternehmens war weiter relevant.

Aber es kam anders als erwartet: Schließlich wurde keine Call-Option gezogen, keine Übernahme der Vermögensgegenstände oder Gesellschaftsanteile ausgeübt. Niemand sammelte das Know-how ein. Werte, die man hätte nutzen können, um später oder in einem neuen Set-up der Mobilität eben Preise zu geben, waren wohl über Nacht uninteressant geworden. Wir als autoTicket entließen Mitarbeiter, wickelten ab und suchten den Schaden zu reduzieren.

Heute befinden wir uns höchst unerfreulicherweise in einem Schiedsverfahren mit unserem früheren Kunden. Ich bin nach wie vor der Überzeugung: Das hätte so nicht kommen müssen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Gerne stehe ich Ihnen nun für Ihre Fragen zur Verfügung.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Vielen Dank für Ihre sehr ausführliche Darstellung. - Hier kam gerade die Frage auf - da haben wir auch andere Zeugen schon nach gefragt -, inwieweit Sie uns Ihr Manuskript überlassen würden.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich Ihnen gerne überlassen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. Dann können wir das auch an die Obleute bzw. an die Ausschussmitglieder verteilen.

Dann beginnen wir jetzt mit der Berliner Stunde und der Fragerunde. - Das Wort hat der Kollege Frieser.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Blum, schön, dass Sie da sind und uns bereits mit Ihrem Eingangsstatement geholfen haben! Nur fürs Protokoll: Haben Sie etwas anderes gesagt als in dem Text, den Sie dabei haben und gerade ausgehändigt haben, oder entspricht das dem, was Sie sich auch aufgeschrieben haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe das verlesen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay, vielen Dank. Nur der Klärung halber. - Lassen Sie uns trotzdem mal, obwohl Sie so freundlich waren und die 20 zurückliegenden Jahre und Ihre Affinität zur Mautmobilität und ähnlichen anderen Fragen schon dargelegt haben, doch noch einmal ganz kurz zu den für uns wesentlichen zeitlichen Abläufen zurückgehen. Können Sie noch einmal etwas genauer und eingehender beschreiben, was denn Ihre Aufgaben bei der Toll Collect waren, als Sie dorthin gewechselt sind, von dem Zeitpunkt Ihres Beginns bei der Toll Collect bis zum Zeitpunkt zur autoTicket?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das mache ich gerne, Herr Abgeordneter Frieser. Vielen Dank für die Frage. - Ich bin eingetreten bei Toll Collect im Jahr 2011 und habe dort einen neuen Geschäftsbereich eröffnet, aufgebaut: Strategie und Unternehmensentwicklung. In dem Bereich wurden im Wesentlichen die Unternehmensstrategie, die Produktstrategie verfasst, auch erarbeitet mit den Kollegen. Das Thema Projektmanagementoffice und die gesamten Projektportfolioaspekte wurden dort gemanagt, und der Vertrieb war Gegenstand. Ich berichtete an den Vorsitzenden der Geschäftsführung. Das war im Grunde genommen die Aufgabenbeschreibung.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Die blieb während der Phase bei Toll Collect auch immer in der Zuständigkeit ungefähr gleich?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Zuständigkeit war dauerhaft so, richtig.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. - Wann haben Sie sich denn entschlossen, tatsächlich dann von Toll Collect zu autoTicket zu wechseln?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Entschlossen ist man spätestens dann, wenn man eine Unterschrift unter einen Anstellungsvertrag - -

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Kann man so und so sehen. Aber okay, ja.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Deshalb wollte ich diesen Termin mal nennen. Das ist der 14. Februar 2019 gewesen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Und das heißt, vorher gab es auch darüber - - Also, den Vertrag findet man ja nicht zufällig in der Post und unterschreibt ihn dann. Ab wann gab es denn über die Frage Gespräche?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erste Gespräch war ein Anruf von Herrn Schulenberg; ich erwähnte es gerade im Eingangsstatement. Herr Schulenberg rief mich am 29. November 2018 an und sondierte, ob ich mir vorstellen könne, von Toll Collect zur autoTicket zu wechseln.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Wenn man dann von November bis zum Abschluss dieses Vertrages ausgeht, sind es doch einige Monate. In dieser - - wo Sie dieses Angebot erwägen - dann tritt man in Vertragsverhandlungen ein; den werden Sie da auch nicht das erste Mal gesehen haben -, haben Sie also im Grunde zwei verschiedene Funktionen ausgeübt: auf der einen Seite noch vertretungsberechtigter Geschäftsführer der Toll Collect und gegebenenfalls auch Ihre Interessen in einem Vertragsverfahren mit der zukünftigen autoTicket als Auftraggeber oder als Arbeitgeber geführt. Hat Sie das in irgendeiner Interessenkonflikte geführt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Zunächst möchte ich eine kurze Richtigstellung vornehmen: Ich war nicht Geschäftsführer der Toll Collect, sondern ich habe an den Geschäftsführer, Vorsitzenden berichtet.

Zum Zweiten zu Ihrer Frage: Das war natürlich ein längerer Prozess zwischen dem 29.11. - - Das war aber ein Sondierungsgespräch, und ich habe dann - ich glaube, in den Weihnachtsferien - ein Vertragsangebot erhalten. Im Übrigen habe ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bereits ~~schon~~ im Dezember meinen Vorgesetzten, Herrn Kirchmann, informiert über diese Idee - das war ein vertrauliches Gespräch - und habe zum Beispiel - es gab ein erstes Treffen zwischen autoTicket und der Geschäftsführung der Toll Collect am 6. Dezember - dort schon nicht teilgenommen ~~aus Gründen~~, jegliche Konflikte, die da entstehen könnten, zu vermeiden.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Deshalb haben Sie Verständnis, Herr Dr. Blum, für die Frage.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Habe ich.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): In so einem Prozess des Überganges macht man sich natürlich genau Gedanken über die Frage, an welcher Stelle - wenn es um rein Technisches geht, glaube ich, ist das gar nicht so dramatisch - man genau welche Interessen vertritt und in welcher Frage man sich dann ganz bewusst aus bestimmten Prozessen, die da gerade abgestimmt werden, gegebenenfalls herausnimmt.

Deshalb - auch das für das Protokoll - bitte noch einmal: In dieser Phase dieser Vertragsanbahnung - nennen wir sie mal so; Sie waren so freundlich, uns zu sagen, wann Sie Ihren damaligen Arbeitgeber in Kenntnis gesetzt haben -, aus welchen Prozessen haben Sie sich bewusst herausgenommen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab in dieser Phase gar nicht viele Prozesse ~~im Übrigen~~ zwischen autoTicket und Toll Collect. Meines Erachtens war es ein erstes Gespräch am 6. Dezember, das ich noch gut erinnere. Da habe ich mich rausgehalten. Und aus jeglicher Arbeitsbesprechung, die in Folge und mit zunehmender Konkretisierung auch dieser potenziellen Zusammenarbeit zwischen autoTicket und Toll Collect stattfand, habe ich mich komplett rausgehalten.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. Gut, vielen Dank. - Deshalb vielleicht dann noch mal in Vorbereitung auf den heutigen Termin: Haben Sie sich in Gesprächen - ich nehme mal an, mit Ihrem Anwalt - auch natürlich beraten, aber auch in Kontakt mit anderen Personen auf die heutige Sitzung vorbereitet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe mich auf diese Sitzung ausschließlich mit Frau Dr. Kämpfer, die leider erkrankt ist, und Herrn Dr. Schwerdtfeger vorbereitet.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Sie haben also - auch für das Protokoll - nicht mit Herrn Schneble oder Herrn Kapsch oder Herrn Schulenberg über diesen Untersuchungsausschuss gesprochen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich so nicht bestätigen. Selbstverständlich haben wir gesprochen. Aber ich habe mich vorbereitet - das war Ihre Frage - mit meinen Anwälten.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. Gut, wunderbar. - Aber Sie haben mit den betroffenen eben gerade Genannten natürlich auch über diesen Untersuchungsausschuss gesprochen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das ist korrekt. Wir haben ja - vielleicht fürs Protokoll - parallel ein Schiedsverfahren - das ist Ihnen bekannt -, und insofern kommt das Thema natürlich auch auf den PUA zu sprechen; ja.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay, gut. Danke. - Zurück zur Chronologie: Im Herbst 2018 hat das BMVI die gerade eben erst ins Staatseigentum überführte Toll Collect angefragt, ob sie die Erhebung der Infrastrukturabgabe übernehmen kann. Wann haben Sie denn eigentlich von dieser Anfrage durch das BMVI erfahren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Jetzt muss ich mich kurz besinnen. Wir sind am 1. September 2018 in das Eigentum des Bundes übergegangen. Und die Referatsleiterin Frau Henke lud, ich würde sagen, Anfang September/Mitte September - kann ich nicht genau sagen - ein zu einem Termin. An dem nahmen teil Herr Kirchmann, Herr Eberhardt, Herr Woithe und ich, und wir wurden damals informiert über eine Anfrage des BMVI, mündlich informiert, ob wir denn uns vorstellen könnten, die Pkw-Maut bei Toll Collect umzusetzen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Also bereits Anfang September 2018?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, Anfang/Mitte. Ich kann es nicht genau sagen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. Muss ja nicht sein. - Waren Sie auch mit der Frage „Machbarkeit/Machbarkeitsstudie der Umsetzung“ eines solchen Ansinnens befasst?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, wir hatten zwei Phasen dazu. Es gab eine direkt nach Eintritt in die Interimsbetreiberschaft des Bundes, sozusagen, Anfang/Mitte September. Da war das sehr kurz. Da kann man nicht von einer Machbarkeitsanalyse sprechen. Hier wurden uns Unterlagen übergeben, die wir vertraulich ansehen sollten. Das haben wir gemacht, ich meine, übers Wochenende. In der kommenden Woche sind wir dann wieder zurückgekehrt und haben Eindrücke wiedergegeben. Das war aber nicht eine Machbarkeitsanalyse.

Es gab einen späteren Zeitpunkt im November 2018, und dort war es etwas konkreter. Dort haben wir auch mit, ich würde sagen, circa 15 Experten und obersten Führungskräften uns mit der Frage befasst, also auch eingehender befasst.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Wurden Sie dann persönlich damit beauftragt, sich mit der Frage, jetzt im weitesten Sinne, „Machbarkeit oder Umsetzbarkeit - - von der Geschäftsführung beauftragt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, ich war auch beauftragt.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Welcher Auftrag war das konkret? Oder können Sie uns in diesem Zusammenhang sagen: „Wie war die Einstellung der Geschäftsführung zu diesem Projekt?“? Hat man sich das zugetraut? Welches Ergebnis hätte eine solche Machbarkeitsstudie haben sollen aus der Sichtweise der Geschäftsführung?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich will Ihnen eigentlich gerne antworten. Ich wollte vielleicht Herrn Vorsitzenden Schiefner nur kurz fragen, ob ich eine Aussagegenehmigung benötige oder ob das nicht erforderlich ist dafür.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Das würde mich jetzt wundern. Sie arbeiten für - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich habe damals für Toll Collect - - Aber sie waren eben im Eigentum des Bundes, deswegen. Ich will jetzt da nur nicht zu tief reingehen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich denke, Sie müssen nur darauf achten, wenn Sie Informationen detailliert geben, inwieweit wir die in öffentlicher Sitzung behandeln können oder in nicht-öffentlicher Sitzung.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, gut, werde ich beherzigen.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Sobald Sie das Gefühl haben, es geht um vertrauliche Kenntnisse - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Genau. Dann würde ich sagen - -

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Insbesondere - vielleicht darf ich das hinzufügen, Herr Vorsitzender - wenn es um das Thema Schiedsverfahren geht, dann ist klar, dass diese Aussage bitte von Ihnen gekennzeichnet werden muss, damit wir darüber entscheiden können, ob wir diese Sitzung dann einstufen und gegebenenfalls nichtöffentlich weitertagen würden. Darum würden wir Sie bitten, okay?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ist verstanden. Toll Collect betrifft ja das Schiedsverfahren nicht. Insofern würde ich jetzt hier noch kurz Ihre Frage beantworten. Die zielte, glaube ich, darauf ab, was meine Rolle war in dieser - -

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Was erstens Ihre Rolle war. Und zweitens: War zu erkennen, was die Geschäftsführung sich vorstellte bei dem Ergebnis einer solchen Machbarkeitsstudie?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Geschäftsführung war ja beteiligt, in Person Herr Woithe, Herr Eberhardt und Herr Stadler damals, und sie haben das Thema intensiv auch mit besprochen. Ziel war oder Leitfrage - aus meiner Erinnerung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt -: Ist es machbar, dass die Toll Collect die Infrastrukturabgabe zum 01.09.2021 scharfschaltet oder in Gang setzt - also, es war ein neues Datum für uns - - und inwiefern die Toll Collect dabei auch die gesetzlichen Vorgaben berücksichtigen kann? Das war ungefähr die Frage. Und wir erhielten die Ausschreibungsunterlagen und Leistungsbeschreibung, um eben ein Instrument zu haben, gegen das wir prüfen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass die Geschäftsführung diese Mitarbeit, Zusammenarbeit, das Einbringen in dieses Projekt auch möchte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das wäre spekulativ. Da müssten Sie die Personen fragen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Ja. Ich frage Sie nach Ihrer Einschätzung.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, okay. Meine Einschätzung war: Wir haben uns intensiv und durchaus mit langen Tagen mit der Materie befasst. Ich kann vielleicht mal mit eigenen Worten das abstrakt sagen: Toll Collect ist der erste Mautbetreiber in Deutschland gewesen. Das ist ja in der DNA, dass ein Mautbetreiber Interesse daran hat, Mautdienste zu erbringen. Also, da gab es durchaus Interesse, das ernsthaft auch zu prüfen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Wann tauchte das erste Mal der Gedanke auf, das auch als Unterauftragnehmer, also nicht als Gleichberechtigter, sondern als Unterauftragnehmer einer Betreiberfirma, zu machen? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war nicht Gegenstand. Wir hatten die Aufgabe, zu prüfen, ob wir es leisten können. Ich war dazu jetzt auch nicht in die abschließenden Gespräche involviert. Diese führten Herr Eberhardt, Herr Woithe und, ich meine, Herr Dr. Schulz als Staatssekretär damals. Ich kann nur sagen, dass wir zu einem Analyseergebnis kamen, dass wir das wohl bis 01.09.21 nicht umsetzen können. Und wir haben in einem Schreiben - das müsste Ihnen ja vorliegen - niedergelegt, welche Assets sozusagen zu-

träglich sind grundsätzlich zu einer Infrastrukturabgabe, aber wo eben gerade keine Assets vorhanden sind.

Ich will ein Beispiel geben: Verwaltungsverfahrensoftware, so wie sie in unserer ISA der auto-Ticket eben angelegt ist, das ist jetzt nichts, was die Toll Collect „off the shelf“ hatte, also schon parat hatte.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Haben Sie sich persönlich - nicht über die Geschäftsführung, sondern Sie persönlich - mit dem BMVI in dieser Phase ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist möglich.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Sie kannten ja dort auch aus Ihrer ehemaligen Tätigkeit eine ganze Reihe von Leuten, deshalb vielleicht auch den einen oder anderen Namen, mit dem Sie sich in dieser Phase besprochen, abgesprochen, informiert hatten.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich erinnere lediglich, dass uns die Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Es mag sein, dass ich diesbezüglich einen E-Mail-Austausch hatte. Aber Ihnen müssten meine E-Mails aus Toll-Collect-Zeiten ja vorliegen im Ausschuss, wie ich erfahren habe. Müssten Sie da bitte schauen. Ich erinnere das jetzt nicht.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay. - Auch keine Namen, mit denen Sie damals in dieser Phase kommuniziert haben, im weitesten Sinne?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Erinnern Sie nicht? - Okay, gut. - Außerhalb von Toll Collect und außerhalb der Kommunikation mit dem BMVI, gab es da Kontakte in dieser Phase, wo Sie sich mit der Frage beschäftigt haben „Machbarkeit/Umsetzbarkeit“? Gab es außerhalb dieser Firmen jemanden, mit dem Sie Kontakt hatten über diese Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, darüber habe ich nicht gesprochen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Mit keinem außerhalb?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, mit keinem außerhalb.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Dann zu Ihrem Wechsel - den hatten Sie auch schon mitgeteilt - im April 2019: Danach war der Vertrag dann abgeschlossen. Waren Sie auch in dieser Frage - jetzt zu der Zuständigkeit bei der Frage „noch Toll Collect“, vor dem Thema autoTicket - für die Errichtung eines Zahlstellennetzes für die Infrastrukturabgabe und der Lkw-Maut - - befasst? Das hatten Sie vorhin nur gestreift. Ich möchte es ganz gern noch einmal für das Protokoll haben. Sie waren auch mit der Frage Zahlstellennetz befasst bei der Toll Collect?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich persönlich war nicht mit der Frage Zahlstellennetz, also Toll-Collect-Zahlstellennetz, für die autoTicket befasst.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Da waren Sie nicht befasst?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, damals nicht.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Nach Ihrem Wechsel zur autoTicket, was war Ihre Rolle dann da am Anfang? Natürlich auch Aufbau, keine Frage, auch Strategie; das haben Sie vorhin schon erklärt. Gab es eine konkrete Frage bei der Entwicklung der technischen Voraussetzungen, der Machbarkeit, für die Sie von Anfang an bei autoTicket zuständig waren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, das ist nicht der Fall. Wir sind ja - Sie kennen das GmbH-Gesetz - gemeinschaftlich vertretungsberechtigte Geschäftsführer, Herr Schneble und ich. Wir haben Schwerpunkte. Technikschnwerpunkt und Finanzen sowie KBA-Kontakt liegen bei Herrn Schneble. Auf meiner Seite waren es eben die Operation, also der Betrieb des Mautsystems, Marketing und Kommunikation zum Beispiel. Manche Dinge haben wir gemeinsam gemacht. Aber die Toll-Collect-Verhandlungen - Sie spre-

chen wahrscheinlich den Unterauftragnehmervertrag auch an, in dem das Zahlstellennetz ja ein Gegenstand ist -, auch dort habe ich mich aus den Verhandlungen gehalten. Da war ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Also, an den Verhandlungen über den Unterauftrag zwischen autoTicket und Toll Collect waren Sie nicht beteiligt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** War ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Auch ganz bewusst haben Sie sich da herausgehalten.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe ihn wohl unterschrieben - das ist klar -, weil wir gemeinsam vertretungsberechtigt sind. Aber an der Verhandlung und an der technischen Umsetzung war ich nicht beteiligt.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann einen Schritt weiter zu dem Thema „18. Juni 2019“: Sie hatten sich schon eingelassen in Ihrem Eingangsstatement zu der Frage und dem Urteil des EuGH zum Thema Europarechtswidrigkeit. Wir haben sehr viel Zeit in diesem Ausschuss mit der Frage „Risikoabschätzung“ verbracht, die schon weit - - weil es ja eine Reihe von Verfahrensschritten vor diesem EuGH-Urteil gab: Auseinandersetzungen mit der Kommission, die dann eingestellt wurden, Aussage des Generalanwaltes. Können Sie aus Ihrer Sicht mal schildern: „Haben Sie mit dem Urteil gerechnet, oder warum haben Sie mit einem anderslautenden Urteil gegebenenfalls gerechnet?“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nun, ich bin kein Rechtsanwalt, kein Europa- oder Staatsrechtler. Das möchte ich vorwegschicken.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Das hatte ich auch nicht gefragt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das bedeutet natürlich schon was, wenn man das bewertet. Offen gestanden, ich hatte mir Gedanken gemacht, bevor ich gewechselt bin, weil es mich persönlich auch betraf - ich glaube, das ist nachvollziehbar -, und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hörte eben, dass das Risiko doch äußerst gering sei, dass der EuGH eben so urteilte, wie er dann letztendlich geurteilt hatte, was mich dann auch eher zuversichtlich machte.

Juristisch bewerten kann ich das nicht. Ich fand das, was dann der Generalanwalt sagte - das hat man ja auch den Medien entnehmen können -, hier zuversichtlich für die Position, ~~das es dabei bleibt~~. Aber, wie gesagt, bewerten kann ich das nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Es hat auch gar nicht die Bewertung betroffen, sondern nur die Frage Ihrer Erwartungen. Und wie Sie sagen, hatten Sie den Eindruck, dass ein relativ geringes Risiko eigentlich zu erwarten gewesen wäre, dass der EuGH anders entscheidet. Können Sie uns noch ganz kurz sagen, woher Sie diese Risikoeinschätzungen kennen? Aus der persönlichen Arbeit bereits bei Toll Collect oder auch bei autoTicket? Aus Besprechungen? Woher nehmen Sie diese Kenntnis oder diese Einschätzung, dass Sie dieses Risiko für gering hielten?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das sind viele Gespräche. Als Chefstrategie eines Mautbetreibers haben Sie natürlich Kontakte. Sie unterhalten sich mit Marktteilnehmern und bekommen Eindrücke. Ein Eindruck, wie gesagt, war die Auskunft von Herrn Schulenberg. Weitere Eindrücke habe ich im BMVI gewonnen. Letztlich war das in einer Phase, in der, wie gesagt, der Generalanwalt ja auch noch plädierte, in der, glaube ich, auch Vertreter im BMVI ganz zuversichtlich waren, dass das wohl so kommen würde, dass das also durchginge. Es sind wenige Gespräche. Konkrete Personen oder Gesprächssituationen erinnere ich da nicht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Okay. - Die Tatsache der Kündigung hatten Sie auch schon in Ihrem Eingangsstatement an uns herangeführt. Die entscheidende Frage, die hier immer wieder natürlich auftaucht, ist der Unterschied zwischen ordnungspolitischen oder auch anderen, zum Teil Schlechtleistungsgründen. Meinen Sie, dass es einen Unterschied macht, jetzt in der Herausforderung für Ihre Funktion bei autoTicket, was

die Frage anbetrifft: „Wie geht man mit einer solchen Kündigung um?“, ob sie denn aus Schlechtleistungsgründen oder nur oder auch aus ordnungspolitischen Gründen stattfindet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Für uns ist vollkommen klar, dass wir - Sie sprechen das ja an - die Feinplanungsdokumentation sachgerecht und vertragsgerecht abgegeben haben. Insofern kommt für mich ohnehin nur allenfalls, ohne das juristisch beurteilen zu können, ebendieser andere Kündigungsgrund aus der ersten Kündigung in Betracht. Und selbst dieser ist aus meiner Sicht höchst fragwürdig, da - wir können ja zurückgehen an den 18. Juni, als das Urteil veröffentlicht wurde - wir umgehend angeboten haben, an einer Weiterentwicklung uns zu beteiligen.

Ich bin, wie gesagt, kein Staatsrechtler. Insofern kann ich auch das nicht juristisch beurteilen. Aber ich würde mal einschätzen, dass es da durchaus Wege gegeben hätte, oder zumindest wäre es schön gewesen, man hätte Wege gesucht.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Die Frage, die ich eigentlich gestellt hatte, war: Gab es organisatorische Vorkehrungen, die Sie treffen mussten bei Eingang der Kündigung, um sich auf die Frage „Schlechtleistung“ vorzubereiten? Gab es Schritte, die Sie veranlasst haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich verstehe Ihre Frage vermutlich nicht gut, Herr Abgeordneter.

**Michael Frieser (CDU/CSU):** Na ja, die entscheidende Frage ist für mich: Wenn ich eine Kündigung bekomme rein aus ordnungspolitischen Gründen, dann nehme ich die zur Kenntnis. Da Sie wahrscheinlich relativ wenig Einfluss auf den EuGH haben, halten sich dort die Herausforderungen, wie man als Geschäftsführer vorgehen kann, relativ in Grenzen. Das verhält sich natürlich bei der Frage „tatsächlich Schlechtleistungsgründe“ etwas anders. Deshalb meine konkrete Frage: Haben Sie bestimmte Schritte unternommen nach Eingang der Kündigung auch aus Schlechtleistungsgründen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wir hatten - jetzt glaube ich, Ihre Frage, Herr Abgeordneter, gut zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

verstehen - ja bereits bevor das EuGH-Urteil gesprochen wurde, Vorkehrungen getroffen. Wir haben an der Feinplanungsdokumentation, an den Verbesserungswünschen des KBA gearbeitet. Und für uns war vollkommen klar, dass wir weiter daran arbeiten, und das haben wir getan.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Gut. - Dann vielleicht doch zu den weiteren Schritten, die dann erfolgt sind: Ich glaube, das, was passiert ist, ist nun auch das, was in diesem Ausschuss schon des Öfteren Thema war, nämlich die Unterauftragnehmerverträge, die eben zur Infrastrukturabgabe gehören. In dieser Frage gibt es gravierende Auffassungsunterschiede zwischen autoTicket, Ihnen, und dem BMVI, da direkt nach der schriftlichen Kündigung ohne die erforderliche Zustimmung des Auftraggebers diese abgeschlossenen sieben Unterauftragnehmerverträge mit den verbundenen Unternehmen der Betreiberparteien - - geführt wurden, also: Verträge abschließen, direkt nachdem eine Kündigung eingeht. Und deshalb steht natürlich ein Vorwurf im Raum: Obwohl ich von der Kündigung weiß, schließe ich Verträge ab.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN):  
Wenn ich das jetzt fragen  
würde ...!)

Das ist ein Punkt, über den kann man nachdenken, Herr Vorsitzender. Aber vielleicht kann man an der Stelle noch die Antwort abwarten.

Wie schätzen Sie diese Situation ein? Wenn Sie sagen, man schließt dort Unterauftragnehmerverträge ab, obwohl man von einer Kündigung weiß, warum tut man das?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich will nicht spekulieren. Ich will Ihnen gerne sagen, Herr Abgeordneter, wie es war. Als ich zur autoTicket kam, waren die Verträge geschlossen. Sie waren gelebt. Sie waren aktiv. Die Mitarbeiter, die Firmen haben geleistet, und das BMVI und das KBA saßen mit Teilprojektleitern am Tisch ~~regelmäßig~~, die aus diesen Unterauftragnehmern stammen. Das heißt, der Vertrag wurde gelebt, und er wurde

dann als eine - aus meiner Sicht - Formalie dokumentiert. Die Verträge wurden nicht erst nach der Kündigung geschlossen.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Also faktisch, vom Datum her, schon. Aber was Sie sagen wollen, wenn ich das noch einmal schnell zusammenfassen darf: Die Verträge existierten bereits vorher, und zum Schluss kam erst der Haken dran. - Darf ich das so verstehen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Verträge wurden gelebt. Sie waren abgeschlossen. Die Unternehmen haben geleistet, und es wurde dann dokumentiert und unterzeichnet; richtig.

**Michael Frieser** (CDU/CSU): Gut. - Herr Vorsitzender, es könnte länger dauern. Dann machen wir nachher weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. Ja, machen wir gleich in der nächsten Runde. Die übrigen Fraktionen bekommen natürlich auch jetzt etwas großzügiger bemessen in dieser Runde ihr Fragerecht. - Jetzt hat der Kollege Mrosek das Wort.

**Andreas Mrosek** (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herzlich willkommen, Herr Dr. Blum! Sie sagten in Ihrem Eingangsstatement, dass der Beginn Ihrer Tätigkeit die noch nicht freigegebene Feinplanungsdokumentation war, die hier auch kritisiert wird immer. Wurde die pünktlich fertiggestellt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Mrosek, vielen Dank für die Frage. - Die Feinplanungsdokumentation wurde tatsächlich am 1. April 2019 freigabefähig übermittelt. Sie wurde abermals nach Anpassungen, die das KBA wünschte, am 17. Mai abgegeben.

**Andreas Mrosek** (AfD): Danke. - Dann sagten Sie in Ihrem Eingangsstatement:

Dass dies von BMVI und KBA seit dem 18. Juni 2019 anders dargestellt wird, ist aus meiner Sicht ungläubwürdig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Was genau ist unglaubwürdig?

(MDgn Petra Bethge (BMVI)  
meldet sich zu Wort)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich glaube, Frau Bethge - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja. - Frau Bethge, bitte.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Danke, Herr Schiefner. - Mir scheint, dass die Frage zu sehr ins Detail geht. Wir waren ja bisher noch auf einer halbwegs abstrakten Ebene, was die Kündigungsgeschichte usw. betrifft. Diese Frage scheint mir doch sehr ins Detail zu gehen und aus meiner Sicht den Bereich zu berühren, für den wir die nichtöffentliche Sitzung brauchen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Also, zunächst mal ist die Frage, inwieweit das das Interesse des BMVI betrifft, und zum Zweiten denke ich, ob die Frage zu weit ins Detail geht, ist auch sehr stark von der Antwort des Herrn Dr. Blum abhängig.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Aber es mag dann zu spät sein.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, ich werde da schon drauf achten. Ja, ich weiß, dass Sie drauf achten. Ich achte als Vorsitzender auch drauf. Der Herr Dr. Blum hat jetzt die Sensibilität dieser Frage, denke ich, auch verinnerlicht, dass das zu detailliert sein kann, und kann deswegen jetzt seine Antwort geben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Lassen Sie mich vielleicht wie folgt, Herr Abgeordneter, auf diese Frage antworten: Die Feinplanungsdokumentation - und das ist übrigens in nahezu allen komplexen Infrastrukturprojekten, die ich weltweit und auch in Deutschland gemacht habe, üblich - folgt einem Maßstab. Dieser Maßstab ist immer vertraglich geregelt. Solange eine Feinplanungsdokumentation, die übrigens ja nicht ein Bauplan oder eine Spezifikation ist, sondern eine Dokumentation einiger wichtiger Dinge, diesen Maßstab trifft, ist sie freigabefähig. Das bedeutet

nicht, dass sie vielleicht hier und da nicht den Vorstellungen des Empfängers entspricht. Das ist ganz üblich. Das habe ich auch an anderer Stelle, auch in dem Mautunternehmen, das der Bundesrepublik Deutschland gehört, schon erfahren. Aber es ist eben wichtig, dass dieser Maßstab eingehalten wird.

Und die Entscheidungen des KBA, gemeinsam mit uns konstruktiv an diesen Wünschen, an diesen Nachbesserungen zu arbeiten, die waren aktiv und gegeben, also diese Vorstellung, das gemeinsam konstruktiv zu machen, bis zum Abend des 18.06. noch.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke. - Dann habe ich auch noch aus Ihrem Eingangsstatement eine Frage, und zwar zitiere ich noch mal:

Er wünsche sich ... dass wir bei Presseanfragen antworten, dass auch wir einen Zuschlag noch in 2018 gefordert hätten.

Sie sagten aber vorhin auch, ich sage mal, dass Sie mit einer Vergabe in 18 noch gar nicht gerechnet hätten aufgrund der Situation. Wie haben Sie das aufgenommen, eine Forderung, die Sie vielleicht gar nicht in 2018 gestellt haben, aber Sie sollten es nach draußen verkünden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich war am 19.06. ja in dem Termin ein wenig Beobachter. Das heißt, mein Kollege Schneble hat die Position der Betreiberparteien dargestellt, Herr Schulenberg hatte noch einen Redeanteil, Herr Bundesminister Scheuer; das waren die Hauptredner. Insofern konnte ich mich ein wenig darauf besinnen, das wahrzunehmen. Und offen gestanden, am 29.11.2018 hat mir Herr Schulenberg gesagt, er habe angeboten, noch mit dieser Unterschrift zu warten. Und dann saß ich am 19.06. in diesem Raum und hörte, dass es einen Wunsch gibt, die Sichtweise von Herrn Bundesminister Scheuer zu teilen und auch öffentlich zu teilen, dass wir das doch schon früher wollten, nämlich Ende 2018. Das hat bei mir natürlich einen Konflikt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und, ich sage jetzt mal, einen Widerspruch erzeugt; das ist ja völlig klar.

**Andreas Mrosek (AfD):** Danke. - Also, aus Ihrer Sicht wäre die Unterschrift - so haben Sie ja in Ihrem Eingangsstatement auch gesagt - total übereilt gewesen unter diesen Vertrag? Das hätte noch Zeit gehabt - so habe ich Sie jetzt richtig verstanden? -, ohne das Projekt zu gefährden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich weiß nicht, ob ich Sie jetzt richtig verstanden habe. Ich versuche, das vielleicht mal so zu sagen: Übereilt war aus meiner Sicht, wie im Eingangsstatement dargelegt, die Kündigung. Das hatte ich gesagt.

**Andreas Mrosek (AfD):** Dann wollte ich mal fragen: Seit wann war Ihnen bekannt, dass der Bund im Zuge der Vergabeverhandlungen beabsichtigte, die Terminals von Toll Collect für einen künftigen Betreiber zur Verfügung zu stellen? Das geht aus dieser Vorlage hervor: MAT A BMVI-6/24\_h1, Blatt 1. Wie war da damals die Reaktion auf die Überlegungen des Bundes?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Könnten Sie mir das freundlicherweise vorhalten?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ja, selbstverständlich. - Haben Sie das Papier, das Dokument, Herr Mrosek?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, mir ist dieses Dokument nicht bekannt, nicht erinnerlich, und ich sehe auch, dass das von Herrn Dr. Dieter Neumann an Frau Henke und Herrn Stadler ging. Ich kann nicht erkennen, inwiefern ich in die Kommunikation eingebunden war.

**Andreas Mrosek (AfD):** Gut. - Dann habe ich erst mal für die erste Runde keine weitere Frage, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann kommen wir zu Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke schön. - Viele Fragen sind schon gestellt worden. Es ist ja klar, dass es sich bei Ihnen um ganz bestimmte Themenbereiche handelt. Ich fange auch bei Toll Collect an.

Sie haben ja gesagt, dass im September 2018 Sie zum ersten Mal davon gehört haben, dass das BMVI möglicherweise Toll Collect einbinden will. Am 13. September 2018 gab es zwischen Vertretern von Toll Collect und dem BMVI erstmals ein Gespräch zu der Frage, ob Toll Collect die Pkw-Maut übernehmen könne. Laut einem Statuspapier von Toll Collect - das ist MAT A BMVI-8/18-03, Blatt 352 und 353 - gehörte zu denen, die da beteiligt waren, also zu denen, die das wussten, eine Person mit dem Kürzel „MB“. Waren Sie das?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Kürzel ist typischerweise „MCB“, und „C“ steht für „Cornelius“.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Oh!

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, es ist nicht ein typisches Kürzel meiner Person.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Es wäre nicht Ihr typisches Kürzel.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Die Frage ist ja die: Waren Sie da am 13. September involviert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn Sie mir freundlicherweise die Unterlage geben könnten.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Klar.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Sind Sie ein „Wissender“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kirsten Lühmann (SPD):** Schön.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann das anhand des Kontextes ermitteln. Da haben die Herrschaften mich - Auch bei dem Treffen war ich dabei. Diese drei Exemplare sind übergeben worden. Daran erinnere ich mich gut.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wie haben Sie das denn erlebt damals, diese Anfrage? Wie wichtig war das dem BMVI allem Anschein nach? War das Thema danach für Sie erledigt, oder war klar, dass da noch was kommt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank für die Frage, Frau Abgeordnete. - Das war damals, offen gestanden, vor dem Hintergrund eines so großen Projektes nicht wirklich ernst zu nehmen. Das hängt damit zusammen, dass die Unterlagen, die uns übergeben wurden, ja sehr umfangreich waren, und wir hatten vielleicht ein Wochenende, wenige Tage Zeit, die in Augenschein zu nehmen. Das haben wir getan. Wir sind zurückgekommen, haben exakt - deswegen erinnere ich das - auch diese Kontrolltechnik, die eben nicht farbgebend ist, angesprochen. Das sind Kleinigkeiten. Und damit war das Thema aber dann auch, zumindest erst mal bis November, beendet.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben es angesprochen: Am 19. November gab es dann wieder ein Treffen zwischen Toll Collect und Vertretern des BMVI mit derselben Anfrage; jedenfalls erscheint es uns so, dass es dieselbe Anfrage war. Und zunächst hat Toll Collect das mit dem Verweis auf den angestrebten Zeitplan abgelehnt. Das haben Sie ja vorher wahrscheinlich auch schon geprüft.

Dann haben Sie aber trotzdem bei Toll Collect damit begonnen, eine Machbarkeitsanalyse zu erstellen. Das Ganze trug laut den Unterlagen, die wir haben, den Titel „Projekt X“. Unter anderem haben Sie dazu eine Mail am 26. November 2018 geschrieben, indem Sie Arbeitsaufträge dazu zusammengefasst haben. Das ist MAT A BMVI-8/30, Blatt 3. Können Sie uns erklären, wie es dann doch dazu kam und warum jetzt plötzlich eine Machbarkeitsanalyse gemacht wurde?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielleicht starte ich damit, dass damals, als wir die erste Befassung mit dem Thema hatten, natürlich gesagt wurde: Entschuldigung, wir können in so kurzer Zeit keine Machbarkeitsanalyse machen. - Und möglicherweise war dann eine Zeit, in der man vielleicht Sorge hatte - ich spekuliere, aber ich sage das bewusst -, dass man einen anderen, jetzt staatlichen Mautbetreiber damit beauftragen kann. Vielleicht hatte man die Idee zu der Zeit, das noch mal ordentlich prüfen zu lassen. So bekamen wir meines Erachtens acht oder neun Tage Zeit. Das war aber auch nicht sehr üppig, wenn man bedenkt, dass die Betreiber, die dann den Auftrag erhielten, bzw. auch deren Wettbewerber ja circa, ich sage mal, anderthalb Jahre Befassung mit der Materie hatten. Da war also ein riesiger Abstand zwischen den acht Tagen, die wir hatten für die Machbarkeitsuntersuchung, und den Befassungszeiträumen der Bewerber um die ISA.

**Kirsten Lühmann (SPD):** War Ihnen bekannt, dass zu dem Zeitpunkt - mir fehlt immer die Terminologie; ich sage immer „Verhandlungsgespräche“; das ist aber die falsche Terminologie - Gespräche mit einem Anbieter geführt wurden, parallel zu der Anfrage zu Toll Collect? War Ihnen das bekannt zu dem Zeitpunkt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mir war das nicht bekannt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben ja gesagt, die erste Anfrage im September, aus Ihrer Sicht, war auch nicht wirklich ernst gemeint, weil enger Zeitrahmen, riesiger Umfang. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt: Am 19. November haben wir dann ein bisschen mehr Zeit gekriegt. - Aus Ihrem Eindruck: War das dann eine ernsthafte Anfrage? War das nur eine Alibisache, oder wollte das BMVI das unbedingt? Wie war Ihr Eindruck da?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Mein Eindruck war nicht, dass das eine Alibisache ist. Die Anfrage habe ich als ernsthaft empfunden. Gleichzeitig muss ich aber sagen, dass eine solche Machbarkeitsanalyse in so kurzer Zeit mit einer Verbindlichkeit, die ja letztlich dann gefordert ist, eben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht möglich ist. Deshalb haben wir das auch zusammengefasst in den Ergebnissen.

Und ich erinnere noch gut, dass ich den Vorschlag machte und diskutierte, dass man vielleicht eine Projektzeit bekommt, sagen wir, ein halbes Jahr. Das wäre für einen etablierten Mautbetreiber möglicherweise hinreichend gewesen. Und innerhalb dieses halben Jahres hätte man dann sehr ausführlich prüfen können, inwiefern man beispielsweise Vergabeprozesse, die ja ein Staatsunternehmen letztlich - in Anführungsstrichen - oder eine Beteiligung des Bundes auch durchführen muss, zum Erfolg führen, wie man beispielsweise bestimmte Assets, die man hat, anpassen kann an die Anforderungen. Ich glaube, das wäre nötig gewesen. Ich würde mal aufgrund meiner Erfahrung einschätzen: ein halbes Jahr und ein entsprechendes Budget, um diese Analyse zu betreiben.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Haben Sie das schriftlich mitgeteilt oder mündlich, das Ergebnis dieser Projektgruppe? Und wie hat man darauf reagiert seitens des BMVI?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich weiß, dass die Kollegen Woithe und Eberhardt das Ergebnis übermittelt haben. Ich selbst war sozusagen in der Finalisierung dieser Ergebnisse beteiligt; aber ich war nicht beim Gespräch dabei, das mit dem BMVI geführt wurde.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Gut. - Dann komme ich in meiner verbliebenen Zeit auch noch mal auf das Thema Feinplanungsdokumentation zu sprechen. Sie haben darauf bestanden oder es war Ihnen sehr wichtig, zu sagen, dass Sie eine freigabefähige Abgabe gemacht haben. Jetzt hörten wir vom KBA und von anderen, die gesagt haben: Es war eben nicht freigabefähig. - Sie haben eben noch mal erläutert: Aus Ihrer Sicht ist „freigabefähig“ nicht „fehlerfrei“, sondern eben „freigabefähig“.

Jetzt hat uns das KBA aber hier gesagt, hat uns erläutert, was für Fehler dadrin waren. Und unter anderem ging es da um Blocker, die nicht funktioniert haben, die aber hätten funktionieren müssen. Und das KBA hat uns gesagt: Das war

jetzt nicht eine Kleinigkeit, eine Petitesse - so wie Sie gesagt haben: na ja, das kann man ja noch mal nachbessern -, sondern diese Kiste mit den Blockern war wohl - nun bin ich keine Fachfrau; ich gebe nur das wieder, was die Zeugen uns hier gesagt haben - schon gravierend, und die Funktionalität dieser Feinplanungsdokumentation war dadurch nicht gegeben. - Könnten Sie da noch mal was zu sagen? Das ist ja eine Diskrepanz zwischen dem, was Sie gesagt haben, und dem, was die anderen Zeugen gesagt haben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Frau Abgeordnete, das mache ich gerne. Ich will vielleicht mal - -

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich darf aber noch mal vielleicht darauf hinweisen, wenn Sie meinen, es ist so sensibel, dass es nichtöffentlich besprochen werden soll - ich weiß jetzt nicht, in welche Richtung es geht -, dass wir es dann sicherheitshalber lieber später besprechen. Da besteht dann auch noch die Möglichkeit. Nur noch mal der Hinweis.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, mache ich gerne, Frau Abgeordnete Warken. - Wichtig ist der Maßstab. Und lassen Sie mich mal einen Vergleich ziehen: Ich habe lange Zeit auch mit dem Bundesamt für Güterverkehr zusammengearbeitet in sehr komplexen, ähnlich komplexen Projekten. Entscheidend ist immer, was in den entsprechenden Verträgen steht. Unser Vertrag war so angelegt, dass die Feinplanungsdokumentation - der Vertrag ist auch öffentlich; insofern sehe ich da kein Problem - eine Dokumentation ist. Das ist keine Spezifikation.

Insofern ist erstens der Begriff „Blocker“ nicht sachgerecht. Wenn Sie sich den Vertrag ansehen, werden Sie den Begriff „Blocker“ nicht im Zusammenhang mit der Feinplanungsdokumentation finden. Zum anderen sind sogenannte Defizite, die schwerwiegend sind, die wesentlich sind, solche, die geeignet sind, den Beginn der Errichtung des Infrastrukturabgabenerhebungssystems, wohlgemerkt: Erhebungssystems, zu verhindern. Keiner dieser sieben sogenannten vermeintlichen Blocker war geeignet, den Beginn der Errichtung des Infrastrukturabgabenerhebungssystems zu verhindern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das will ich gern an einem kleinen Beispiel illustrieren - das ist sehr allgemein -: Wenn Sie eine Schnittstellenbeschreibung in einem bestimmten Format kompilieren, also überführen in ein - in Anführungsstrichen - „maschinenlesbares“ Format, dann kann es passieren, dass diese Datei korrumpiert und dass die nicht gelesen werden kann. Der Entwickler auf der Gegenseite nimmt seinen Telefonhörer oder das Handy in die Hand, ruft an bei demjenigen, der auf der anderen Seite sitzt, und sagt: Ich kann die Datei nicht öffnen. - Daraufhin setzt sich der Entwickler hin, macht die Sache noch mal, prüft noch mal, und dann ist das erledigt. Das kann ein so großes Projekt überhaupt nicht verhindern.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Meine Zeit ist fast vorbei, und ich möchte dann lieber in der nächsten Runde weitermachen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Gut. - Dann kommt der Kollege Luksic dran.

**Oliver Luksic (FDP):** Vielen Dank. - Schönen guten Abend! Ich würde gern anfangen auch mit der Feinplanungsdokumentation. Da liegt uns eine E-Mail vor aus dem Kraftfahrt-Bundesamt von Herrn Frank Günther vom 18.06., Betreff: Arbeitsgruppensitzung der AG 2.2 Betreiberüberwachung. - Da steht drin:

... aufgrund der Aktuellen Entwicklungen in Zusammenhang mit dem EuGH Urteil von heute, müssen wir den Termin leider absagen.

Es ist ja so gewesen, dass Sie die Feinplanungsdokumentation immer im Juni und auch im Juli verbessern und nachbessern mussten. Wie bewerten Sie denn diese E-Mail? War das nicht ein Problem, wenn Sie auf einmal dann so eine E-Mail am Tag der Kündigung bekommen? Wie müssen wir das einordnen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Luksic, vielen Dank für die Frage. - Ich hätte gerne die E-Mail, wenn das möglich ist. Der Name Günther sagt mir zwar was, aber ich kenne den Vorgang nicht.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Herr Luksic, können Sie noch mal die MAT-Nummer für alle sagen?

**Oliver Luksic (FDP):** Ja, Entschuldigung, habe ich übersehen. Das ist MAT A KBA-2/9-18, Blatt 259.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, ich habe zwar meinen Namen jetzt nicht so schnell darauf identifiziert, aber ich erinnere mich an den Vorgang. Es war auch zu der Zeit - - Hier steht: 18. Juni 2019, 17.03 Uhr. Wir hatten mit dem KBA für die Feinplanungsdokumentation sogenannte Nachfristen vereinbart, um eben die, ich sage mal, Missverständnisse und unterschiedlichen Erwartungen hier übereinanderzubringen. Da lief die Nachfrist für die ersten beiden, meine ich, sogenannten Blocker, vermeintlichen Defizite noch bis zum 21. Juni.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Entschuldigung. - Frau Bethge.

**MDgn Petra Bethge (BMVI):** Entschuldigung, aber ich muss doch noch mal einwenden, dass wir hier zu sehr in den Bereich der schiedsverfahrensrelevanten Themen kommen. Und ich möchte wirklich bitten, dass wir diese Fragen in nichtöffentlicher Sitzung behandeln. Ich weiß, dass das nicht schön ist; aber es ist eben nicht so ohne Weiteres absehbar, wie tief die Antworten geraten. Und es gibt sicherlich auch auf beiden Seiten unterschiedliche Sichtweisen, was besonders sensibel ist im Rahmen des Schiedsverfahrens und was nicht. Im Interesse eines fairen Verfahrens müssen wir hier einfach Vorsicht walten lassen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Also, ich war jetzt - - Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Wenn wir das nicht klären können, möchte ich eine Beratungssitzung haben. Ich sehe das grundsätzlich anders. Es ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kein Zeuge aus dem BMVI oder aus einer nachgeordneten Behörde, sondern es ist ein Zeuge von einem privaten Betreiber, und der erzählt uns auch keine Geheimnisse aus dem BMVI, sondern er schildert uns seine Sicht der Dinge aus seiner Tätigkeit. Und wenn der Zeuge meint, dass diese Informationen öffentlich sein können, obwohl sie dadurch eventuell ihm zum Nachteil erreichen können - das weiß ich ja nicht -, dann ist das seine Sache.

Und wenn das Rechtliche geklärt werden muss: Aus unserer rechtlichen Sicht ist es Sache von Herrn Blum, zu entscheiden, was er uns hier sagt und was nicht; es sei denn, er würde uns hier Geheimnisse aus seiner Tätigkeit bei der Toll Collect - weil das ist eine andere Geschichte - erzählen. Wenn Sie der Meinung sind, das darf nicht er entscheiden, sondern das müssen Sie entscheiden, dann brauchen wir jetzt hier eine Beratungssitzung.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das finde ich aber auch!)

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich sage auch gleich noch was dazu. - Aber vorher der Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ich würde mich der Bewertung der Kollegin Lühmann anschließen. Aber vielleicht als Kompromiss: Vielleicht kann ja der Zeuge das möglichst abstrakt beantworten. Und wenn wir dann weiteren Fragebedarf sehen, können wir das in einer weiteren Sitzung machen.

**Stellvertretende Vorsitzende Nina Warken:** Ich denke, dass wir uns in der Vergangenheit grundsätzlich drüber einig waren, dass der Bereich Schiedsverfahren ein sehr sensibler Bereich ist; da sind wir auch sehr verantwortungsbewusst mit umgegangen und haben das dann meist auch nichtöffentlich behandelt, immer mit der Maßgabe, dass gewisse Dinge dann ja auch für den Abschlussbericht vielleicht wieder herabgestuft werden können.

Jetzt habe ich ja eben schon darauf hingewiesen, dass der Zeuge da bitte nicht zu sehr ins Detail

geht. Ich habe mich auch kurz mit dem Herrn Georgii drüber unterhalten. Es ist natürlich richtig, dass der Zeuge aus seiner Sicht, der Partei autoTicket, hier etwas vorträgt, und da kann er von mir aus auch vielleicht sagen, was er will - so wie Sie es gesagt haben -; aber die Zeugen des BMVI sind wiederum nicht in der Lage, öffentlich auf die Dinge eingehen zu können. Und dann steht das eine öffentlich im Raum und das andere nichtöffentlich. Und auch das, finde ich, ist dann - -

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist das denn für eine Argumentation?)

- Natürlich ist das eine Argumentation. Aber hallo! Natürlich ist das eine Argumentation. Du kannst - -

(Kirsten Lühmann (SPD): Eine juristische!)

- Aber natürlich ist es eine juristische Argumentation. Wenn für das Schiedsverfahren die Voraussetzungen dann so, ich will nicht sagen: verzerrt werden - - Aber wenn hier eine Partei in der Öffentlichkeit Dinge kundtun kann, die die andere Partei dann vielleicht nur nichtöffentlich kundtun kann, ist das schon was, wo wir in der Vergangenheit auch immer drauf geachtet haben.

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er kann doch sagen, was er will und wo er will!

- Jetzt rede ich, Herr Krischer. - Wir haben in der Vergangenheit - und es waren ja auch schon weitere Zeugen da, die den Betreiberparteien zuzuordnen sind - auch alles in der nichtöffentlichen Sitzung gemacht.

(Zuruf: Nein!)

- Doch. Da haben wir genauso oft in nichtöffentlicher Sitzung - -

(Kirsten Lühmann (SPD): Jetzt sind wir so weit! Ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

finde, jetzt sollten wir eine Beratungssitzung machen!)

- Ja, gut. Dann machen wir eine Beratungssitzung. Bitte.

(Kirsten Lüthmann (SPD):  
Weil das sind jetzt wirklich Dinge, die sollten wir unter uns machen!)

- Gut.

Wir machen jetzt eine Beratungssitzung und bitten den Zeugen und seinen Zeugenbeistand und jeden, der die Öffentlichkeit darstellt, den Saal zu verlassen, und bitten, die Übertragung in das PLH zu beenden, sofern sie überhaupt stattfindet.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
19.27 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
20.25 Uhr)

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Wir setzen jetzt die öffentliche Sitzung fort. Dann können wir mit der Befragung fortfahren.

Ich möchte Sie noch mal darauf hinweisen, Herr Blum, und belehren: Wenn schutzwürdige Interessen auch des Bundes betroffen sind - sprich: die Auswirkungen haben auf das Schiedsverfahren -, von denen Sie Kenntnis haben, dann bitte ich, dies auch, wenn entsprechende Fragen gestellt werden, zu berücksichtigen, weil auch daraus natürlich Dinge resultieren können, die schutzwürdig sind, auch im Interesse des Bundes. Die können wir nicht in öffentlicher Sitzung behandeln. Das Gleiche betrifft auch eventuell Ihre Kenntnisse, die Toll Collect betreffen, die einfließen mit Ihrem Wissen auch in ein Schiedsgerichtsverfahren: dass die bitte auch hier nicht öffentlich in dieser Form dann vorgetragen werden dürfen von Ihnen. Was Ihre Aussagen betrifft zu Ihrem eigenen Unternehmen, ist Ihnen das

natürlich freigestellt. Ich möchte nur noch mal darauf hinweisen, wenn wir jetzt in die Fragestellungen wieder einsteigen, dass Sie hier eben dann auch entsprechend verfahren sollten. - Noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Dazu habe ich keine Fragen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Gut. - Dann waren wir jetzt gerade eben bei der Fragestellung beim Kollegen Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ja. Dann möchte ich da noch mal anfangen oder weitermachen. Nach 1:26 gab es ja schon jetzt hier eine lange Unterbrechung. Und die Frage, ob ich twittern darf, wird noch beantwortet.

Also, meine Frage war, wie Sie das öffentlich zugängliche Dokument, das Ihnen vorgelegt wurde, einordnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, die Einordnung aufgrund dessen, was ich hier lese, ist wie folgt: Mir ist an dem 18. Juni von Mitarbeitern mitgeteilt worden, dass Ansprechpartner aufgrund des EuGH-Urteils nicht mehr zur Verfügung stehen. Das war insofern auch wichtig für uns, da wir vereinbarte Termine hatten mit dem KBA, bis zu denen wir eben noch Anpassungen wunschgemäß vornehmen sollten. Und dieser Herr Günther, der hier angesprochen ist, ist ein zentraler Ansprechpartner, der eben, wie es hier ersichtlich ist, aufgrund des EuGH-Urteils den Termin abgesagt hat.

**Oliver Luksic (FDP):** War das jetzt ein Problem, oder wie wurde das denn bei Ihnen aufgenommen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe diese Mail von verschiedenen Personen berichtet bekommen. Insofern hat das mehrere Personen offenbar auch betroffen. Alles Weitere, wenn wir da ins Detail gehen, kann ich natürlich auch noch mal detailliert besprechen in einer eingestuften Sitzung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Oliver Luksic (FDP):** Vielen Dank für die Einordnung. - Also, der Popanz von einer Stunde war etwas unnötig meines Erachtens.

Ich würde gern zu einem anderen Thema kommen. Und zwar habe ich das letzte Mal den Kollegen Dr. Schulz befragt, der mir sagte - das ist das vorläufige Stenografische Protokoll 19/28, Seite 147 -, er hätte sich mit Ihnen getroffen zu einem Abendessen, er hätte mit Ihnen da Bier getrunken, aber es sei eigentlich nicht um das Thema ISA gegangen. Da ist meine Frage: Ich kann es mir irgendwie schwer vorstellen, dass man sich trifft, ohne über dieses Thema zu sprechen. Deswegen ist meine Frage: Haben Sie mit Herrn Schulz über den gesamten Komplex gesprochen und, wenn ja, was? Und ging es da auch um die Frage, ob es mal ein solches Angebot gegeben hat, dass verschoben werden soll - die Abgabe im November -, oder war das alles gar kein Thema und es ging nur um Bier und private Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das Treffen mit Herrn Dr. Schulz hat es gegeben. Ich kann nicht sagen, wann - im September, denke ich. Und ich hatte auch ein konkretes Anliegen: Herr Schulz und ich kennen uns seit über 20 Jahren, und ich habe einen guten Bekannten, der nach einer Anschlussbeschäftigung sucht. - Das war auch der Anlass für unser Treffen. Wir haben darüber gesprochen, ob möglicherweise bei Toll Collect eine Verwendung existiert. Ich habe ihm in der Folge dann auch am Tag drauf eine E-Mail mit dem Lebenslauf übermittelt.

Und wir haben natürlich das Thema PUA gestreift. Allerdings kennen Sie Herrn Dr. Schulz sicherlich aus seiner Tätigkeit im BMVI: Er ist sehr erfahren und behandelt so was auch korrekt.

Und das Thema Angebot: Da erinnere ich mich, dass Herr Schulz gesagt hat, es könne ein solches Angebot gar nicht gegeben haben: Es lag nichts Schriftliches vor, und im Übrigen war das Angebot der Bietergemeinschaft Paspagon ohnehin nicht zuschlagsfähig.

**Oliver Luksic (FDP):** Also das heißt - - Wie haben Sie das wahrgenommen, und wie haben Sie da reagiert auf den Vorhalt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich habe wahrgenommen, dass Herr Schulz das, was da offenbar ausgetauscht wurde, offensichtlich nicht als Angebot empfunden hat, weil er es ja klassifizierte. Er sagte: Es war kein schriftliches Angebot. - Und über die Form, ganz ehrlich, konnte ich ja nicht weiter was sagen. Ich war nicht dabei und hatte von Herrn Schulenberg das am 29.11. abends während meiner Fahrt auch nur mündlich wahrgenommen. Ich kann also nicht sagen, ob es ein schriftliches Angebot gab oder ein mündliches Angebot.

**Oliver Luksic (FDP):** Also ging es nur kurz - es wurde gestreift - um die Frage, ob es das mündlich oder schriftlich gab. Aber nach Ihrer Wahrnehmung war Herrn Schulz also schon bekannt, dass das Ganze Thema war bei dem besagten Gespräch im November, von dem Ihnen ja auch Herr Schulenberg berichtet hat.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich müsste spekulieren, was jetzt Herr Schulz da wahrgenommen hat. Ich kann nur sagen, dass er so konkret drauf antwortete. Er sagte, ein schriftliches Angebot hätte es nicht gegeben, und im Übrigen sei das Angebot des Bieterkonsortiums zum Zeitpunkt des Gesprächs eben auch nicht zuschlagsfähig gewesen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat Herr Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, ich springe jetzt noch mal in die Frühzeit Ihrer Tätigkeit bei autoTicket. Am 24.05.2019 fand nach Aussage von Herrn Schneble ein Treffen zwischen autoTicket, Toll Collect und dem BMVI statt, ein turnusgemäßes. Haben Sie daran teilgenommen? Erinnern Sie sich an ein solches Gespräch?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, vielen Dank. 24.05. - wenn das ein Freitag war, war das wahrscheinlich genau das Spitzengremium, das ich in meinem Eingangstatement erwähnte.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und gab es aus Ihrer Wahrnehmung zu diesem Zeitpunkt Hinweise, dass die Leistungserbringung durch autoTicket als nicht vertragsgemäß eingeschätzt worden sei, werden könnte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die Einschätzungen - das war üblich in diesem Gremium - wurden auf einer Projektampel, die drei Farben hat, sozusagen konzentriert. Und die Ampel war auf Grün; sowohl die Ampel des BMVI aus der Feder, nehme ich an, des Referats - der Referatsleiter war auch regelmäßig anwesend - als auch unsere Ampel war auf Grün.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Nun gab es nach den Unterlagen, die uns vorliegen, am 7. Juni noch mal ein weiteres Gespräch zur Abstimmung von Defiziten in der Feinplanungsdokumentation, das Herr Stadler - und da gibt es dann auch E-Mails dazu - mit Herrn Kneller vom KBA als Eskalationsgespräch gewertet hat oder gefordert hat. Haben Sie an diesem Gespräch teilgenommen, 07.06. - Sie stehen zumindest in der Liste derjenigen, die dort teilnehmen sollen -, und haben Sie es als Eskalationsgespräch erfahren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der 07.06. war ein Termin im Bundesverkehrsministerium. Anwesend waren Vertreter des KBA; das Referat war anwesend, Herr Dr. Neumann als Berater des Bundes war anwesend. Die Vertreter des KBA waren zugeschaltet aus Flensburg. Ich erinnere mich gut an den Termin. Und der Termin war ein Termin, der auch vorbereitet war im Übrigen. Der wurde vorbereitet am 05.06. Und er war deutlich in der Gestalt, dass das Ministerium und das KBA sich wünschten, dass wir diese Anpassungswünsche, die sie hatten, jetzt zu einem Erfolg führen, und schlugen uns auch konkrete Termine dafür vor. Insofern war es ein sehr deutliches Gespräch. Aber es war genauso deutlich konstruktiv, weil ich mich noch erinnere, dass gesagt wurde, dass man davon ausginge, dass man die Fristen oder die Termine, die dort vereinbart waren, einhält und einhalten kann. Außerdem wurde avisiert, dass nach Klarstellung dieser sieben vermeintlichen Blocker, also vermeintlichen Defizite, eben auch die Freigabe erteilt wird. Also das war kein Eskalationsmeeting.

Und es gibt eine nette Anekdote noch im Anschluss: Als das KBA dann eben nicht mehr teilnahm, sondern die Videoschalte beendet war, drehte sich Herr Stadler, mit dem ich ja auch bei Toll Collect zusammenarbeitete, zu mir und sagte: Wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird. - Insofern, ganz ehrlich, das ist das Gegenteil von Eskalation.

Und lassen Sie mich noch eines sagen: Die Vergabephase stand ja mal sehr kritisch da. Und da wurde offenbar von Bundesminister Scheuer und Herrn Staatssekretär Schulz so eskaliert, dass man eben die Vorstände einbestellte und am 29.11. sich traf, um wesentliche Dinge zu besprechen. Das wäre im Übrigen vielleicht - - Wenn man von Eskalation spricht: So was verstehe ich als Eskalation, so was kenne ich auch aus Toll-Collect-Zeiten als Eskalation. Aber das Meeting, ~~was~~ Sie ansprechen, am 07.06. war ein deutliches unter Vertragspartnern, aber ein konstruktives.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Und dann wird in einer E-Mail vom 17. Juni von Herrn Frevert von Noerr Rechtsanwälte an das KBA noch mal die Sicht des Betreibers auf den erreichten Sachstand wiedergegeben. Ich kann Ihnen das auch gerne vorlegen, wenn Sie wollen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, bitte.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ich kann auch die MAT-Nummer nennen: MAT A BMVI-5/1k-5, Blatt 182 ff. Und da dreht es sich auch noch mal um die Feinplanungsdokumentation. Wollen Sie das Schreiben sehen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, gerne.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ja, ich kann die E-Mail erkennen. Wenn Sie noch Ihre Frage bitte formulieren würden.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja. Das Ministerium hat in der Antwort auf eine Kleine Anfrage von



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mir und meiner Fraktion dieses Schreiben herangezogen, um einen Vertrauensbruch, der damit ausgelöst sei vonseiten von autoTicket, zu begründen. Können Sie aus Ihrer Sicht noch mal sagen, was der Hintergrund dieses Schreibens ist?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Hintergrund dieses Schreibens ist, dass wir vor allen Dingen - und das sehen Sie gleich am Anfang - bestätigen, dass wir die gewünschten Termine einhalten werden und dass wir die gewünschten Inhaltsänderungen umsetzen werden. Dass unsere Kanzlei freilich auch klarstellt, wie das rechtlich aus Sicht unserer Rechtsberater eben einzuordnen ist und dass wir überzeugt sind, dass wir die Feinplanungsdokumentation freigabefähig gemäß dem Maßstab des Betreibervertrags übermittelt haben, das ist nur legitim.

Im Übrigen: Die ganze Lebenswirklichkeit zeigt Ihnen, dass wir ja weiter daran tätig waren und dass wir genau diese gewünschten Termine und gewünschten Änderungen für unseren Kunden bereit waren umzusetzen und auch umgesetzt haben, solange man uns ließ.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, Sie haben ja in der Tat eine interessante berufliche Biografie, was dieses ganze Thema angeht. Und Sie haben eben auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt, am 23. April 2019 haben Sie bei autoTicket begonnen, und das Urteil des EuGH und die Kündigung kamen dann am 18.09. [sic!], also keine zwei Monate später. Jetzt haben Sie uns geschildert, auch in dem Eingangsstatement: Alle Ampeln waren auf Grün, es war kein Problem eigentlich zu erkennen bei der ganzen Projektabwicklung. - Meine Frage an Sie wäre: Wenn man jetzt zwei Monate Geschäftsführer eines Unternehmens ist, kann man tatsächlich dann so tief da reinblicken, dass man das alles überblickt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es wäre vermessen, zu glauben, Herr Abgeordneter, ich könnte alles

überblicken. Das will ich nicht sagen. Aber wenn Sie eintreten in ein Unternehmen und eben vor allen Dingen zumindest ein gewisses Maß an Erfahrung mitbringen, dann wissen Sie schon auch, gerade mit der MaB40K-Umsetzung und so, wo Sie hinschauen müssen. Und ich sagte es schon oder deutete es an: Was ich vorgefunden habe, war erwartungsgemäß.

Ein Joint Venture ist ein Unternehmenszusammenschluss, der übrigens ganz im Sinne auch der Bundesrepublik Deutschland so erfolgte. Das war sinnvoll. Und trotzdem bleibt es ein junges Unternehmen, das auch weiterhin Potenziale hat, Dinge noch mal besser zu machen. Aber es waren alle Workstreams eingerichtet, die nötig waren. Es waren Mitarbeiter vorhanden. Als ich kam, waren es schon über 200 Mitarbeiter. Dann waren es am Ende 359 Mitarbeiter, die wir zählten, die an dem Projekt arbeiteten. Wir hatten Zwischenergebnisse. Also, es war in einem guten Zustand, und es war richtig, dass die Ampel auf Grün war, was nicht bedeutet, dass es nicht noch besser sein kann. Das ist ganz normal in komplexen Projekten.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist völlig klar. - Sie haben also in den zwei Monaten immer den Eindruck gehabt: Da ist nirgendwo irgendetwas, was Schwierigkeiten macht, was so relevant ist, dass das Projekt insgesamt infrage steht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Gegen Ende Ihrer Frage ist genau das Richtige für mich gekommen: „dass das Projekt infrage steht.“ Nein, es gab nichts, was das Projekt infrage stellte. Es gab durchaus Aspekte, wo man nachschärfen musste. Es gab Entscheidungen, die noch zu treffen waren. Aber diese Entscheidungen - -

Ich nehme mal als Beispiel den Standort. Mit dem Standort wollten wir auch einer weiteren Anforderung oder einem Wunsch des Bundes, der nachvollziehbar erschien für uns, nachkommen, der vielleicht auch wirtschaftlich für uns sinnvoll war, nämlich in den vom Kohleausstieg bedrohten Gegenden einen Zweitstandort zu entwickeln. Das haben wir sehr lange analysiert, haben letztlich dort sondieren müssen und kamen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann aber rechtzeitig zu dem Ergebnis, dass wir uns für einen Standort in Berlin-Adlershof entschieden haben. Dass das natürlich ein wichtiger Punkt war, dass es ein Risiko gibt, möglicherweise eine Entscheidung zu spät zu treffen, heißt nicht, dass hier ein Incident war, also ein Problem bestand. Und wir haben rechtzeitig entschieden, wo wir hingehen.

Insofern gibt es in einem solchen Projekt immer Punkte, die wichtig sind, die dringend sind. Aber es gab keinen einzigen Punkt in diesem Projekt, der das Projekt und den Projekterfolg riskierte oder, sagen wir so, behinderte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. War ja auch unser Eindruck im Bundestag. Wir haben ja auch nie etwas davon gehört, dass es da irgendwelche Probleme gibt. Insofern deckt sich das.

Ich würde dann zum 18.06. kommen, Gerichtsentscheidung. Und wir haben hier Herrn Schulenberg gehört, der gesagt hat, da sei für den Abend des 18. eine Einladung ins Ministerium erfolgt, 19 Uhr, mit Geschäftsführung auto-Ticket - das müssten Sie ja dann gewesen sein -, und die sei eine Stunde vorher abgesagt worden. Wie haben Sie das in Erinnerung? War Ihnen da klar, dass jetzt möglicherweise nur über das Gerichtsurteil gesprochen wird oder dass da auch andere Dinge unter Umständen zur Sprache kommen? Also war der 18. für Sie schon irgendwo so ein Punkt, wo dann plötzlich die Wendung auftrat zu dem, was Sie gerade geschildert haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist sehr intensiv gewesen, der 18. Juni 2018 [sic!] - können Sie sich vorstellen. Morgens kam die Nachricht vom EuGH-Urteil. Ich bekam Meldungen auf meinem Mobiltelefon. Mein Kommunikationschef kam zu mir. Wir hatten umgehend im BMVI unseren Kunden natürlich angerufen, der wahrscheinlich genauso beschäftigt war und nicht erreichbar war. Dann habe ich die Mitarbeiter in einen großen Raum geholt; der reichte gar nicht aus. Manche kannten mich als Geschäftsführer ja noch nicht mal, also die meisten schon, aber

wenige nicht, und ich habe erst mal eine Prozesskommunikation zu dieser Krise, nämlich der Krise „EuGH-Urteil -“

Und es gab in Vorbereitung auf diesen Termin gerade auch Abstimmungen mit dem BMF, mit der Generalzolldirektion, dem KBA, dem BMVI etc., wie man jetzt damit umgehen würde, wäre ein solches Urteil ins Haus gestanden. Dann war klar, wir müssen uns mit dem BMVI abstimmen. Und Herr Schneble, mein Kollege, telefonierte mit Herrn Görrissen, wie er mir später berichtete, und bot sofort an, dass wir als Geschäftsführung mitwirken werden und können an einer Anpassung, um sozusagen das EuGH-Urteil auch in mögliche Änderungen der Pkw-Maut oder Infrastrukturabgabe zu überführen. Und das hat auch übrigens in den Kommunikationsleitlinien immer an erster Stelle gestanden, dass man in Ruhe - heißt es dort; ich zitiere - prüfe, wie man nun mit diesem EuGH-Urteil umgeht.

Und dann kam es zu einer Einladung für 19 Uhr, und um 18 Uhr wurde diese Einladung wieder storniert. Wir hatten trotzdem an dem Abend, wie ich noch erinnere - - Ich erinnere mich, wie wir uns beschäftigt haben mit einer Anpassung, ob man möglicherweise diese Pkw-Maut ökologischer orientiere oder eine durchschnittliche Entlastung - manche zahlen dann doch etwas mehr von den deutschen Fahrzeughaltern, andere etwas weniger - - ob man Derartiges hätte anpassen können. Also wir waren weiterhin konstruktiv damit beschäftigt, diese Pkw-Maut anzupassen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das heißt, zu diesem Zeitpunkt gab es für Sie noch keinen Hinweis von irgendwas von Schlechtleistung oder Kündigung aus anderen Gründen. Das kannten Sie zu dem Zeitpunkt - - war noch nichts angekommen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, ganz im Gegenteil. Am 18. Juni - ich habe, weil diese Frage immer wieder auftaucht, da auch eine E-Mail in Erinnerung - wurde sogar noch seitens des KBA - - Wir waren ja gerade dabei, diese Änderungswünsche zu vollziehen, und hatten Vereinbarungen, dass wir mit den Arbeitsgruppen -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Luksic sprach das ja gerade an - diese Anpassungen vornehmen, und erhielten auch noch am 18. von dem Projektleiter Blumenberg die Bitte, eine ganz aktuelle Schnittstelle seitens des KBA zu berücksichtigen. Also da hat weder das KBA noch haben wir damit gerechnet, dass hier Ende ist, und schon gar nicht, dass es jetzt wegen einer Schlechtleistung enden könnte. Im Gegenteil, wir waren dabei - am Abend hatte ich noch mal mit Herrn Blumenberg telefoniert -, weiterzumachen. Ich habe das Projektteam sogar noch schriftlich darüber informiert.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann nächste Fragerunde. Dann hat Herr Kollege Lange jetzt das Wort.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, Herr Blum, auch von meiner Seite: Ich mache jetzt mal wieder einen ganz großen Sprung zurück, nämlich auf den 29.11.2018. Da hatten Sie, so haben Sie es uns hier ja auch vorgelegt, ein erstes Telefonat mit dem Herrn Schulenberg. Wann hatte sich denn der gemeldet, dass er mit Ihnen telefonieren möchte?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Herr Schulenberg hat sich nachmittags, meine ich, gemeldet. Ich weiß das deshalb, weil ich unterwegs war und ihn dann zurückrief, als ich im Auto auf der Heimfahrt war.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Kannten Sie den Herrn Schulenberg, oder wussten Sie, warum er anruft, oder - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kannte Herrn Schulenberg, aber ich wusste nicht, warum er anruft.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Also Sie hatten vorher keinerlei Kontakt zu Herrn Schulenberg.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, ich kannte Herrn Schulenberg, deshalb hatte ich Kontakt zu ihm. Und Herr Schulenberg hat sich, ich weiß nicht, fünf Jahre zuvor mal in meiner Tätigkeit bei Toll Collect mit mir bekannt gemacht. Herr Schulenberg bzw. sein Unternehmen ist noch für die Toll Collect tätig.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Jetzt hatten Sie am 28.11., also einen Tag davor - da erinnern Sie sich sicher noch dran; Sie schreiben ja auch hier, dass das BMVI erwog, autoTicket irgendwann in Toll Collect zu integrieren -, da hatten Sie so eine Skizze gemacht - MAT A BMVI-8/50a-04, Blatt 10 -; da heißt es dann:

- a. Private zum gesetzten Termin starten lassen
- b. TC als Architekt einer späteren ...

(Zuruf)

- Hatte ich gerade schon - -

(Zuruf)

- Ach so. Soll ich sie noch mal - -

(Zuruf)

- Ja. Vielleicht kriegen wir es auch ohne MAT-Nummer hin. - Ich nehme mal an, Herr Blum, Sie erinnern sich an dieses Schaubild.

(Der Abgeordnete hält ein Schaubild hoch)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Sie müssten es mir bitte zeigen. Meine Augen sind auch nicht mehr so gut.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Also, dann bringen wir es Ihnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

- Ja, das ist richtig.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Also das war Gegenstand der Besprechung am 28.11.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war Gegenstand der Besprechung mit den Kollegen Eberhardt und Woithe, ja.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja. Am Tag drauf ruft dann der Herr Schulenberg an - bisher keinen Kontakt, sagten Sie. - Dann schreiben Sie hier, dass uns sicherlich bekannt war, dass man er-wog, autoTicket in Toll Collect zu integrieren. Das heißt, die Idee bestand also schon zumindest vor dem Anruf von Herrn Schulenberg. Wie haben Sie sich denn dann ausgetauscht? Berichten Sie uns mal ein bisschen über dieses Gespräch. Ich habe das extra vorher vorgelegt; ich bin fair.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist sehr freundlich. Vielen Dank. - Das Gespräch mit Herrn Schulenberg war nicht besonders lang, offen gestanden. Er berichtete mir tatsächlich eben davon, dass er wissen wollte, wie ich dazu stünde, die auto-Ticket-Geschäftsführung zu übernehmen. Und ich sprach ihn an auf das EuGH-Urteil und die Unsicherheit diesbezüglich. Dann berichtete er mir von der Position des Bundesministers und meinte, ich solle mir da keine Sorgen machen. Und dann sind wir aber aus dem Gespräch gegangen, und ich überlegte und sagte: Ich komme wieder auf Sie zurück.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Was berichtete er denn über den Stand der Verhandlungen und das Auftragsvolumen und die Differenzen im Auftragsvolumen? Was war Ihnen denn da bekannt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Schulenberg berichtete überhaupt nichts zu der Verhandlung oder zu den Preisen. Wir haben uns nicht darüber ausgetauscht.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Inwiefern kam er dann auf dieses Angebot zu sprechen? Das ist jetzt mir noch nicht ganz schlüssig. Also, warum hat er denn dann gesagt, er war beim Minister? Einfach so zum Kennenlernen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Schulenberg hat auf eine Frage meinerseits reagiert. Und meine Frage war - - Sie wissen - wir kennen uns auch aus dieser Zeit, Herr Abgeordneter -, dass ich eine attraktive und interessante Stelle ausgeübt

habe bei Toll Collect, die ich mit sehr viel Freude ausgeübt habe. Und ich wollte freilich nicht sozusagen wechseln und dann ein großes Risiko eingehen, nach dem EuGH-Urteil, wenn es dann doch negativ wäre - ich sage es mal sehr plastisch -, auf der Straße zu stehen. Deswegen habe ich ihn gefragt, wie er das einschätzen würde.

Und dann hat er berichtet, dass er Herrn Bundesminister Scheuer ja vorgeschlagen habe, zu warten bis nach dem EuGH-Urteil, dieser ihm aber erläuterte, dass in seinem Haus etliche Gutachten vorlägen, wonach das kein Problem werden würde. Und im Übrigen sagte er - das war dann der Abschluss -: Wir haben Vertragsbedingungen angeboten bekommen, die uns auch für den Fall, dass es aus Gründen der europäischen Gerichtsbarkeit dann aus ist mit der Pkw-Maut, das also nicht möglich ist - - dass wir Schadensersatz erhalten. - Das hat er mir erläutert.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ich sage jetzt mal: Eine Schadensersatzregelung ist ja nichts Außergewöhnliches. - Aber für Ihr Interesse, zu wechseln, kann ja nicht die Perspektive der Schadensersatz sein, sondern die Perspektive ist natürlich die Umsetzung des Projekts.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, aber aus der Perspektive eines Gesellschafters, seinen Geschäftsführer dann auch für die Dauer der Vertragszeit bezahlen zu können, ist der Schadensersatz dann schon erheblich.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Gut. Das lasse ich jetzt einfach mal so stehen. Das wäre jetzt nicht unbedingt meine Perspektive, aber okay.

Können Sie uns noch ein bisschen weiterberichten, wie dann die Gespräche oder der Entscheidungsprozess hin zu autoTicket verliefen? Das würde mich in dem Zusammenhang schon interessieren. Deswegen habe ich extra dieses Schaubild vom 28.11. Ihnen vorab noch mal hinlegen lassen, weil da natürlich schon ein mittel- oder unmittelbarer Zusammenhang, ein Verhältnis dann besteht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, das mache ich gerne. Also, es ist so: Am 30. November - das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

muss an dem Wochenende dann nach diesem Telefonat gewesen sein -, ich glaube, Freitag/Samstag, 30. oder 1. Dezember - weiß ich nicht mehr -, habe ich ihn zurückgerufen und habe gesagt: Ja, ich kann mir das grundsätzlich vorstellen.

Ich bin dann - und das ist in meinen Augen ja auch nur richtig und schlüssig - zu Herrn Kirchmann gegangen, mit dem ich übrigens ein sehr enges und langjähriges Arbeitsverhältnis hatte, und habe ihm berichtet, dass ich möglicherweise mich woandershin orientiere. Und daraufhin habe ich dann auch an dem 6. Dezember - das war das erste Meeting, was es gab zwischen dem BMVI, der autoTicket und der Toll Collect - an diesem Termin nicht teilgenommen.

Ich bin dann im Dezember, am 14. Dezember, erstmals in Hamburg gewesen zu einem persönlichen Gespräch und habe am 23. Januar - ich habe mir das extra noch mal rausgesucht - ein Gespräch mit Herrn Woithe und Herrn Eberhardt gehabt, in dem ich, weil es sich weiter konkretisierte - und letztlich ist Herr Schulenberg ja nur einer der beiden Gesellschafter -, den beiden Herren Woithe und Eberhardt gesagt habe, dass ich für deren Anliegen die Projektgruppe innerhalb der Toll Collect zur Zusammenarbeit mit autoTicket nicht übernehmen kann, und habe deutlich gemacht, dass ich in entsprechenden Vertragsgesprächen bin.

Wie ich vorhin schon erwähnte, habe ich dann am 14. Februar, nachdem auch der andere Gesellschafter - das ist ja die Kapsch TrafficCom - zugestimmt hat, den Geschäftsführeranstellungsvertrag unterzeichnet.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Jetzt muss ich noch mal ganz zum Anfang zurück - vielleicht habe ich jetzt einen Knopf drin -: Sie haben Herrn Schulenberg am 30.11. oder 01.12. zurückgerufen und dann gesagt: Okay, ist für mich grundsätzlich interessant. - Oder haben Sie ihm dann signalisiert: „Ja, könnte was werden“? Ich kriege die Daten noch nicht ganz zusammen. Aber vielleicht habe ich jetzt auch einen Knopf gerade in meiner Aufzeichnung, wie ich sie gerade mitgeschrieben habe.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe ihm am Wochenende nach seinem Anruf und nach unserem kurzen Gespräch mitgeteilt, dass ich mir das vorstellen kann.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Das heißt, Sie haben im Endeffekt ein, zwei Tage überlegt.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja. Das wollte ich jetzt nur noch mal - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, ja, genau.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ja, ja. Also, da war jetzt keine große Überlegungsphase, da war jetzt nichts, wo Sie gesagt haben: „Da gehe ich mal zwei Wochen in mich“ oder so, sondern da kam das Angebot, etwas überraschend, an dem 29.11., und zwei Tage später sagen Sie: Okay, das ist mein Ding, das kann ich mir vorstellen. Lass uns mal klären, ob wir dann auch vertraglich zusammenkommen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. - Dann mache ich noch mal - um nicht zu viel zu wiederholen, versuche ich jetzt, gewisse Sprünge zu machen - einen Sprung auf den 7. Juni 2019; es dreht sich ja letztlich immer um die gleichen Daten. Da sagen Sie, das war ein hartes Gespräch, aber letztlich wird es nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. So habe man sich - ich übersetze das jetzt mal - dann auch quasi zugezwinkert nach dem Gespräch. - Wenn ich mir jetzt die beiden Schreiben, zum einen des KBA vom 7. Juni und das Antwortschreiben vom 17. Juni, was der Kollege Cezanne, glaube ich, vorhin schon zitiert hat, durchlese und vor allem den letzten Satz des Schreibens vom 7. Juni: Ich meine, das ist so ein - -

Der Auftraggeber behält sich alle Rechte und Ansprüche vor, die ihm im Zusammenhang mit der erneuten nicht in vertragsgemäßer Form vorgelegten Feinplanungsdokumentation zustehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist, wenn ich jetzt ehrlich bin, nicht im ersten Schreiben, dass ich dann mit einem solchen Satz ende. Da muss es ja doch einen Vorprozess gegeben haben, bis es auch zu dieser Eskalation kam. Also, Sie sagten: Alle Ampeln stehen auf Grün. - Lasse ich mal dahingestellt, wie die Ampeln stehen. Die Frage ist: Die tatsächliche Wahrnehmung, zumindest bei dem Satz, erscheint mir ein bisschen anders.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Und Ihre Frage, Herr Abgeordneter, wäre?

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Der Vorprozess, bis es zu dieser Eskalation kam. Weil das ist ja - - Entschuldigung, also, nicht in meinem ersten Schreiben, wenn was nicht passt, schreibe ich: Ich behalte mir alle Rechte vor. - Das heißt ja auf gut Deutsch: Ich behalte mir das Recht vor, zu kündigen und entsprechende Schadensersatzansprüche geltend zu machen. - Ja, Herr Kollege, da mögen Sie so ein bisschen zwinkern: Aber so schreiben wir es dann halt meistens drunter. - Es mag floskelhaft sein, aber sicher nicht im ersten Schreiben, wir zumindest nicht - mag sein, dass es bei Ihnen so üblich ist.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Der Formel, die Sie da gerade ansprechen, ging keinerlei Eskalation voraus. Und ich empfinde diese Formel auch nicht als Eskalation, sondern das ist eine formelhafte Mitteilung, die tatsächlich Rechte vorbehält. Aber wir waren alle miteinander - und das ist leider die Projekt- und Lebenswirklichkeit zu dem Zeitpunkt - konstruktiv daran, die Wünsche der Nachbesserung umzusetzen. Insofern ist das überhaupt gar keine Kündigungsandrohung oder Eskalation, wie sie eben angemessen wäre, aus meiner persönlichen Sicht, für das, was Sie ja wahrscheinlich ansprechen, nämlich dass es eine Eskalation gewesen wäre, die einer Kündigungsandrohung gleichkommt. Das sehen wir anders; da wurde anders gehandelt. Aber ich bin kein Jurist und möchte das auch nicht juristisch bewerten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Aber es muss doch - oder so habe ich es zumindest auch verstanden - schon einen gewissen Vorprozess bzw. eine Vor-

abklärung immer wieder gegeben haben. Sie haben ja vorhin selber geschildert: Da kam man dann in großer Runde zusammen, weil - so habe ich es zumindest verstanden - sich einige Punkte aufgehäuft haben. - In der Antwort heißt es ja auch:

Insbesondere werden wir alle „Blocker“ fristgerecht beseitigen.

Das heißt, da hatte sich ja doch etwas angestaut im Detail, über das man zumindest sich intensiv austauschen musste, bis hin zur möglichen Konsequenz.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab am 5. Juni ein Vorgespräch. In diesem Vorgespräch bereits wurde klar, dass wir gemeinsam daran arbeiten, diese Wünsche des KBA umzusetzen. Es wurde in der Besprechung am 07.06. klipp und klar davon gesprochen, dass alle sich einig sind, dass man diese Anpassungswünsche, denen übrigens, wenn sie dann gemacht wurden, auch gleich mit einer Freigabe begegnet wurde, umsetzen wird. Das ist nicht der Zeitpunkt und nicht der Status, in dem eine Kündigung in Rede steht - überhaupt nicht.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Gut, lassen wir mal so stehen. Schriftlich würde ich es ein bisschen anders bewerten. - Ich habe noch -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich habe das im Blick. Noch sechs Minuten.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** - sechs Minuten. Schauen wir mal, wie weit ich in den sechs Minuten komme.

Dann gehen wir mal auf die Besprechung vom 19. Juni - auch die war ja schon mal Thema. Auch da würde mich zunächst noch mal interessieren: Es gibt ja das Protokoll mit von Ihnen. Vielleicht mal gleich zum Einstieg: Haben Sie sich mit dem Kollegen Schneble irgendwie verständigt: „Wir führen Protokoll. Wir teilen uns irgendwie die Arbeit. Wer kümmert sich um was im Vorfeld?“? Wie war denn Ihre Vorfeldabstimmung, bevor Sie ins Gespräch gegangen sind?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Unsere Abstimmung, zwischen Herrn Schneble und mir, bevor wir ins Gespräch gegangen sind: Es war klar, dass wir uns Notizen machen, um ein Protokoll anzufertigen. Wir waren schließlich mit unseren Vorständen, Gesellschaftern bei Herrn Bundesminister Scheuer.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Direkte Agenda oder wirklich nach dem Motto - ergebnisoffen -: „hat uns jetzt alle überrascht, und jetzt schauen wir mal“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ergebnisoffen war die Ladung, ja. Die Ladung war am 18.06. erfolgt, um mit den Gesellschaftern gemeinsam zu überlegen, wie wir diese Infrastrukturabgabe im Lichte des EuGH-Urteils anpassen können. Das war ergebnisoffen, und wir waren vorbereitet. Und wir hatten nicht die Agenda gemacht, weil wenn man zu Herrn Bundesminister Scheuer geht, ist es wohl an ihm, der auch lud, die Agenda zu setzen.

Wir hatten die Rollen verteilt. Die Rolle für Herrn Schneble war, aus Sicht der Gesellschafter und der autoTicket, also der Betreiberparteien, zu schildern, wie wir diese Kündigung empfinden und wie wir weiter vorgehen, und Herr Schulenberg hatte den Part der Gesellschafter übernommen. Ansonsten wissen Sie ja, wer zugegen war vonseiten des Bundes. Und da haben wir dann erst mal zugehört. - Das war die Rollenverteilung.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Ich komme jetzt noch mal auf das Antwortschreiben und auf den Termin 7. Juni und Antwortschreiben 17. Juni, im Endeffekt ja zwei Tage vor diesem Gespräch, dann zurück. Haben in Ihrer Vorbereitung und in Ihren Überlegungen das Gespräch vom 7. Juni und Ihr Antwortschreiben vom 17. Juni eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Können Sie das bitte konkreter fragen? Inwiefern das Schreiben vom 17. Juni - -

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Na ja, Sie hatten am 17. Juni geschrieben: Wir werden alles erledigen. - Das war ja noch vor dem EuGH-Urteil. Aber Sie wussten natürlich auch, wie Sie in das

Gespräch gegangen sind, dass es - ich sage das jetzt mal etwas übersetzt - neben dem Urteil auch noch weitere Baustellen gab. Deswegen habe ich gefragt. Natürlich schreiben Sie dem Minister nicht die Agenda auf, aber man macht ja für sich auch eine. Hat Sie dann das Thema „Feinplanung Schlechtleistung“, nachdem ja das Schreiben von Ihrer Seite zwei Tage davor war, in dem Zusammenhang überrascht, oder waren Sie auf dieses Thema letztlich doch vorbereitet?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wir waren von der Kündigung mehr als überrascht. Wir hatten Termine gesetzt. Und wir haben im Übrigen bis zum 21. Juni - - Wir haben zwei dieser vermeintlichen „Blocker“ - bitte in Anführungsstrichen - - hatten wir daran gearbeitet, unser Versprechen einzulösen, nämlich diese Nachbesserungen zu liefern. Wir hatten überhaupt keine Leistung verweigert, im Gegenteil. Wenn Sie das Schreiben auf der Zeile lesen, werden Sie lesen, dass wir zusagten, diese Änderungswünsche umzusetzen. Das haben wir getan. Und wir hatten noch am Abend des 18.06., wahrscheinlich sogar zu der Zeit, als im Ministerium oder vielmehr bei Greenberg Traurig die Kündigung formuliert wurde, an der Umsetzung dieser Nachbesserungswünsche gearbeitet.

**Ulrich Lange (CDU/CSU):** Okay. - Mit Blick auf die Uhr gebe ich weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Wiehle das Wort.

**Wolfgang Wiehle (AfD):** Danke schön. - Herr Dr. Blum, aus meiner Sicht sind sehr viele Fragen schon beantwortet. Aber ich möchte gerne die Zeit noch ein bisschen weiter zurückspulen und Ihnen noch eine Frage zu Ihrer Zeit bei Toll Collect stellen, und zwar zu welchem Zeitpunkt Sie davon erfahren haben, dass der Bund einen weiteren Geschäftsführer, nämlich den Herrn Stadler, zu Toll Collect schickt oder bringt nach dem Einstieg des Bundes.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Wiehle, das erinnere ich nicht. Es war im Zusam-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

menhang mit dem Eintritt in den Interimsbetrie-  
bervertrag, irgendwann in dieser Phase; aber ich  
kann Ihnen nicht sagen, wann ich davon erfuhr.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Darf ich noch fragen:  
„Haben Sie das - egal an welchem Tag - durch  
den Bund erfahren, oder haben Sie das mehr aus  
den Reihen von Toll Collect, von Kollegen erfah-  
ren?“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich bin mir ziemlich  
sicher, dass ich das über die Kollegen bei Toll  
Collect erfahren habe, namentlich Herrn Kirch-  
mann.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Danke. - Wie wurde  
denn auf der Seite des Unternehmens Toll  
Collect, der Mitarbeiter auf die Einsetzung von  
Herrn Stadler als Geschäftsführer reagiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Da müsste ich jetzt spe-  
kulieren, weil das so viele Menschen sind, wie  
die jeweils reagierten.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Also, gab es so etwas wie  
eine allgemeine Einschätzung, beispielsweise  
dass man sagt: „Das ist gut, der Bund übernimmt  
da Verantwortung“, oder dass man sagt: „Hm, da  
zweifeln wir aber. Was wird das geben?“? Meine  
Frage ist eigentlich sehr allgemein gemeint.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich hatte eher den Ein-  
druck, dass das als erwartungsgemäß empfunden  
wurde, dass das BMVI einen Vertreter in die Ge-  
schäftsführung entsendet.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Und gab es eine Ein-  
schätzung dazu, ob der Herr Stadler von den Auf-  
gaben, die er vorher gemacht hat als Referent im  
Ministerium, da jetzt dann die geeignete Schuh-  
größe mitbringt? Gab es darüber Gespräche so in  
der Kaffeeküche oder auch als offizielle Verlaut-  
barung?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, es ist, glaube ich,  
nicht an mir - Herr Vorsitzender, ich weiß nicht,  
wie ich mit der Frage umgehen soll -, die Qualifi-  
kation hier zu beurteilen. Klar ist, dass ich Herrn

Stadler viele Jahre schon erlebt habe als An-  
sprechpartner und im Übrigen als sehr kompet-  
ent empfinde.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Ich sage noch, warum  
mir die Frage wichtig ist: weil sich dann später ja  
ergeben hat, dass Herr Stadler eine recht spe-  
zielle Aufgabe in der Geschäftsführung bekom-  
men hat. Und ob es da irgendwelche Hinter-  
gründe gab, die schon im Vorfeld vielleicht sicht-  
bar waren, das wäre jetzt interessant gewesen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Dazu kann ich mich  
nicht äußern. Tut mir leid.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Brauchen Sie ja  
auch nicht.

**Wolfgang Wiehle** (AfD): Nein, selbstverständlich.  
Das war aber jetzt die Frage, die ich Ihnen noch  
stellen wollte. - Vielen Dank.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. Danke Ihnen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. -  
Dann hat jetzt die Kollegin Lühmann das Wort.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Danke sehr. - Herr  
Blum, habe ich Sie vorhin richtig verstanden,  
dass Sie gesagt haben: „Es gab Kommunika-  
tionsrichtlinien auch für den Fall eines negativen  
EuGH-Urteils“?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das ist korrekt.

**Kirsten Lühmann** (SPD): Von wem kamen die?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Es gab eine AG Infor-  
mationsmanagement, wenn ich den Namen rich-  
tig erinnere. Diese Arbeitsgruppe, die besetzt war  
aus Vertretern des Kraftfahrt-Bundesamtes, des  
BMVI, der autoTicket etc., die traf sich, um eben  
genau für diesen Tag sich abzustimmen. Wir hat-  
ten damals gerade einen Kommunikationschef  
eingestellt, der auch an einer Besprechung teil-  
nahm im Vorfeld des EuGH-Urteils. Und er be-  
richtete mir über diese Kommunikationslinien  
oder „Lines to take“, wie man sagt. Und da stand  
jeweils - das erinnere ich gut -, dass man in der  
Folge in Ruhe überprüfe.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich frage Sie deshalb, weil zumindest wir die noch nicht gefunden haben. Nun wissen Sie selber, wie viele Dokumente wir gekriegt haben; es kann durchaus sein, dass es irgendjemandem durchgerutscht ist. Aber ich gucke hier mal bei den Kollegen in die Runde: Auch sehe ich das so, dass die Kollegen das nicht gefunden haben. - Das wäre ja schon wichtig, weil wir bis jetzt immer gehört haben, dass also dieser Fall, dass der EuGH negativ für uns urteilt, von allen als so abwegig, zumindest im BMVI, angesehen wurde, dass man für diesen Fall auch nicht plante, weil er sowieso nicht eintritt. Jetzt sagen Sie uns genau das Gegenteil. Sie verstehen, dass ich da etwas erstaunt bin.

Und Sie haben eben gesagt - ich wiederhole das noch mal -: Das BMVI war an dieser Gruppe, die diese Kommunikationslinien entwickelt hat, beteiligt. - Wissen Sie noch, mit wem die beteiligt waren?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich erinnere das so. Ehrlich gesagt, müssten ja die Unterlagen bei Ihnen vorliegen, -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Genau, deshalb frage ich.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** - weil sie eben auch mit dem KBA abgestimmt waren und - - Ja. Also, es gab diese Leitlinien zur Kommunikation. Das war deshalb wichtig, weil wir hatten ja die Aufgabe, wenn ich das noch schnell sagen darf, eine Kampagne, eine Kommunikationskampagne zu machen. Wir hatten uns auch abgestimmt mit unserem Kunden darüber: Wer geht denn mit der Information raus? - Nehmen wir mal an, der EuGH hätte positiv entschieden. Dann war klar, man muss jetzt irgendwie kommunizieren. Und genauso war klar, man muss kommunizieren, wenn das EuGH-Urteil eben negativ ausfällt. Und dazu trafen sich eben die Fachleute. Das erinnere ich sehr genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie hatten bei dem ersten Mal, als Sie das erwähnten, auch das BMF genannt, das da mit beteiligt war. Habe ich Sie da auch richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das möchte ich nicht mit Sicherheit sagen - ich meine, ja. Aber es gab zwei Punkte. Es gab ja noch dieses Anhörungsschreiben. Und ich glaube, da waren insbesondere die Generalzolldirektion und das BMF beteiligt.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Was ist das Anhörungsschreiben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das Anhörungsschreiben ist ein Schreiben, welches jedem Abgabepflichtigen zugesendet wird.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ach, das, ja, ja.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Und das wurde abgestimmt, ich meine, eben auch in dieser Informationsmanagement-Arbeitsgruppe. Insofern glaube ich sogar, dass das am selben Tag besprochen wurde.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich frage noch mal nach. Wir werden suchen, die Kommunikationsrichtlinien. Wir haben sie nun nicht; keiner hat sie hier. Darum muss ich noch mal nachfragen. Es gab ein Treffen, wo diese Kommunikationsrichtlinien abgesprochen wurden, und es ist durchaus möglich, dass die nicht verschriftlicht wurden und dass es dazu kein Protokoll gibt. Oder sagen Sie: „Diese Kommunikationsrichtlinien“, wie auch immer die heißen, „sind mit Sicherheit verschriftlicht“, weil Sie ja auch die gelesen haben?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich habe sie gelesen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Sie haben sie gelesen. Also ist es verschriftlicht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann werden wir das suchen und werden das finden. Und dann haben wir eventuell dazu noch Fragen.

Ich habe aber jetzt noch eine Frage zu Dokumenten, die wir gefunden haben, und zwar: Das eine Dokument hat Ihnen schon ein Kollege vorgehalten. Das ist dieses Schreiben vom 17. Juni, wo-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

drin geschrieben wird - - wo Sie reagieren auf die Termine, die Ihnen vom KBA gesetzt werden. Sie haben gesagt, dass Ihr Rechtsanwalt dieses Schreiben aufgesetzt hat, und - Sie haben darauf hingewiesen - zu Anfang heißt es: Wir werden alle Termine einhalten, aber wir wollten noch mal darauf hinweisen, dass ... - Ist dieses Schreiben allein von dem Rechtsanwalt aufgesetzt worden, oder waren Sie oder irgendwelche anderen Fachleute daran beteiligt?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erinnere ich nicht, wie das Schreiben jetzt en détail zustande kam. Ich erinnere mich nur daran, dass unsere Rechtsanwälte eben empfahlen oder unsere Kanzlei empfahl, dass wir noch formalisiert antworten auf dieses Schreiben vom 7. Juni. Ich glaube, das war die Hauptfunktion. Und - - Ja, genau.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Dann gibt es ein Schreiben vom 26. Juni, also bereits nach der Kündigung. Und dort bewerten Anwälte des BMVI genau diese Mail vom 17. Juni wie folgt - ich sage erst die MAT-Nummer fürs Protokoll, und dann zitiere ich; MAT A BMVI-6-1a-65, Blatt 70 bis 72 -:

Mit Ihrer E-Mail vom 17. Juni 2019 ließ der Betreiber behaupten, der Prüfmaßstab für die Feinplanungsdokumentation sei nie klar gewesen und vom Auftraggeber mehrfach zulasten des Betreibers einseitig verschärft worden. Außerdem wies der Betreiber die Verantwortung für die sich aus der verspäteten und nicht vertragsgemäßen Vorlage der Feinplanung ergebende Verzögerung erstmals dem Auftraggeber zu. Mit diesen Behauptungen stellt der Betreiber die allein ihm obliegenden Leistungspflichten, insbesondere seine Hauptleistungspflicht zur Vorlage einer vertragsgemäßen Feinplanung, grundlegend in Abrede.

Wie bewerten Sie diese Interpretation Ihres Schreibens?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das fällt mir schwer. Ich bin kein Jurist. Insofern ist das, fürchte ich jetzt, weil wir in einem Schiedsverfahren sind, ja fast eine Rechtsfrage. Wenn Sie das - -

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. Dann ziehe ich die Frage zurück.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, okay.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ja, alles klar. - Die andere Frage hatten Sie schon beantwortet. Insofern habe ich jetzt keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Sie haben eben ausgeführt, dass Sie bei Toll Collect für die Strategie zuständig waren. Infolgedessen würde ich Sie gern um eine Bewertung und Einschätzung bitten zu der am 9. Januar vorgelegten theoretischen Neuberechnung von KPMG. Es war ja so, dass erst die rechnerische Vorteilhaftigkeit einer Fremdrealisierung im November 2016 festgestellt wurde und sich das dann am 19. Januar ins Gegenteil umdrehte. Da gab es ja einige Parameter, die sich vermeintlich änderten: Leistungsumfang „Erhebung“ und „Kontrolle“. Mein Eindruck ist, dass es politisch gewollt war, die Maut wieder in staatliche Hand zu bekommen, und darauf auch diese gesamte vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ein Stück weit aufbaut. Wie schätzen Sie denn diese Untersuchung ein, auch gerade diese eben genannten Parameter?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank für die Frage. Würden Sie so freundlich sein, mir - - Also, ich kenne die Studie jetzt wirklich nicht, habe die nicht vorm geistigen Auge. Aber Sie sprachen von Leistungsbestandteilen oder - -

**Oliver Luksic (FDP):** Also, eine der Annahmen war ja, dass der Leistungsumfang des privaten Betreibers der Pkw-Maut im Bereich Erhebung jährlich um 5 Prozent und im Bereich Kontrolle um 10 Prozent reduziert werden könne. Und dann wurden noch weitere Synergieeffekte genannt. Und daraufhin hat sich ja dann eine ganz andere Vorteilhaftigkeit einer Eigenrealisierung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegenüber einer Fremdrealisierung ergeben. Deswegen ist meine Frage, ob Sie diese Bewertung von KPMG für nachvollziehbar halten und wie Sie diese einordnen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter, ich muss zwei Dinge dazu sagen: Erstens. Ich erinnere eben nicht, dass die KPMG, die das offensichtlich gemacht hat, sich mit Toll Collect darüber ausgetauscht hat, inwiefern Überträge von Leistungen möglich sind. Ich habe das dann später in meiner Rolle bei autoTicket eben auch wahrgenommen, dass man hier für die Kontrolle - das war nicht unser Projekt, aber ein Kapsch-Projekt -, glaube ich, 10 Prozent Wertschöpfungsanteil übertragen könne pro Jahr und dann bei autoTicket 5 Prozent Wertschöpfung übertragen könne. Das Einzige, was ich Ihnen dazu sagen kann: Bei Toll Collect, glaube ich, gab es nie eine Überprüfung, ob das denkbar ist und wie das praktisch erfolgen kann. Bei autoTicket muss ich Ihnen auch so sagen - ich mache es mal plastisch -: Kann man sich das jetzt so vorstellen, dass man entweder montags, mittwochs und freitags dann das Callcenter der Toll Collect nutzt und an den anderen Tagen das der autoTicket, oder wie geht man damit um, mit einem 10-Prozent-Leistungsübertrag? Also, mir erschien das oder erscheint das bis heute auch noch nicht schlüssig.

**Oliver Luksic (FDP):** Also habe ich richtig verstanden, dass zu den ganzen Gutachten und den Annahmen, die wir gerade besprochen haben, die Toll Collect Ihres Wissens nach gar nicht kontaktiert wurde? Und da möchte ich meine Frage anschließen, ob Sie es dann für seriös halten, ohne den „Betroffenen“ - in Anführungszeichen - zu fragen, eine solche Annahme treffen zu können.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann zumindest sagen, dass diese Untersuchung, also wenn man das besprochen hätte mit der Toll Collect, mit Sicherheit bei mir gelandet wäre. Ich erinnere mich nicht, dass wir dazu Gespräche hatten. Insofern ist das nicht erfolgt. Und inwiefern ich das als seriös erachte, da würde ich mich gerne zurückhalten, weil ich jetzt ja nicht als Sachverständiger hier bin. Aber ich kann es mir zumindest - habe

ich ja gerade schon gesagt - aus meiner praktischen langjährigen Erfahrung nicht vorstellen.

**Oliver Luksic (FDP):** Sie waren ja noch bis ins Frühjahr 2019 bei der Toll Collect. Können Sie noch mal schildern aus Ihrer Sicht, wie in dem Zeitraum - die Toll Collect hat ja angefangen, Leistungen zu erbringen für die ISA - das innerhalb der Toll Collect diskutiert und entschieden wurde?

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich möchte Sie noch mal drauf hinweisen, die Grenzen einzuhalten, was Sie hier nicht sagen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. - Also, ich kann - - Sie geben mir schon den Hinweis. Also, wir können das gerne dann eingestuft auch machen. Ich kann - -

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Sie können hier schon öffentlich antworten. Ich möchte nur noch mal drauf hinweisen, dass wir zum Einstieg eben noch mal eine Belehrung hatten, wenn Sie jetzt antworten, dies zu berücksichtigen. Mehr will ich Ihnen damit nicht sagen. Wie Sie jetzt antworten, ist natürlich wahrheitsgemäß Ihre Sache. Ich wollte nur den Hinweis noch mal geben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja. - Ich kann vielleicht so viel sagen, dass natürlich dann, nachdem der Vertrag zwischen autoTicket und der Bundesregierung geschlossen wurde, auch die Toll Collect Unterauftragnehmerverhandlungen eben mit der autoTicket führte. Das wusste ich, auch wenn ich nicht eingebunden war. Das war ja bekannt; das ist, glaube ich, auch öffentlich. Und freilich gab es dazu Abstimmungen. Die musste es geben, weil sonst kann man nicht einen solchen Vertrag schreiben; sonst weiß man ja nicht, was man reinschreibt. Insofern gab es da natürlich in der Frühphase auch Leistungen.

**Oliver Luksic (FDP):** War Ihnen das Schreiben aus dem BMVI aus dem Januar von Frau Geese bekannt, die explizit darauf hingewiesen hat, dass ihrer Auffassung nach keine finanziellen und rechtlichen Verpflichtungen eingegangen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

werden sollen bis zu einer Änderung des Geschäftszweckes? War Ihnen das bekannt, und wie wurde das innerhalb der Toll Collect diskutiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das Schreiben ging nicht an mich, und ich war, wie gesagt, nicht tief eingebunden. Aber im Rahmen einer Geschäftsführungssitzung habe ich davon Kenntnis erlangt; das war etwas später, dass darum gebeten wurde, ja.

**Oliver Luksic (FDP):** Waren Sie mal anwesend in diesen Geschäftsführerrunden? Können Sie präzisieren, in welcher der Geschäftsführerrunden das Thema war?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das erinnere ich nicht. Ich bin regelmäßig auch in der Geschäftsführungssitzung gewesen. Aber das, tut mir leid, kann ich nicht erinnern.

**Oliver Luksic (FDP):** Da Sie ja, glaube ich, im April gewechselt sind, wird das, da das Schreiben im Januar kommt, wahrscheinlich im Februar gewesen sein.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wie gesagt, ich müsste spekulieren.

**Oliver Luksic (FDP):** Aber aus der Sitzung, jetzt mal unabhängig vom Datum, wann die war, können Sie uns da noch mal den Verlauf der Diskussion schildern? Weil ja zum einen im Januar schon erste Terminals geliefert wurden. Dann wurde ja später im März ein zusätzliches Budget genehmigt. Die Änderung des Geschäftszweckes war ja später. Wie wurde das da diskutiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Offen gestanden - das ist jetzt schwierig -: Ich weiß aus meiner auto-Ticket-Tätigkeit, weil ja ein Terminal auch bei uns in dem Projekthaus stand und eines in München bei einem Dienstleister, dass die sehr früh eben geliefert wurden. Ich kann das aber jetzt nicht zuordnen zu der Sitzung.

**Oliver Luksic (FDP):** Dann mache ich nächste Runde weiter.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Herr Cezanne.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Ich springe mal oder ich springe nicht, sondern ich gehe mal auf den 18.06. Da gibt es ein Schreiben von Herrn Steinhof, Eventim - ich nehme an, der Öffentlichkeits- oder Pressesprecher oder wie auch immer -, an Herrn Blumenberg.

Ich bitte sie, die anliegende Pressemitteilung von CTS schnellstmöglich abzustimmen, damit wir diese dem Betreiber freigeben können.

Das ist um 10.05 Uhr bei Herrn Blumenberg gelandet, der hat das dann weitergeschickt an das BMVI, und nach unseren Unterlagen ist dann gegen 16 Uhr die Freigabe erfolgt. Können Sie sich an diesen Vorgang erinnern? Waren Sie da einbezogen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielleicht können Sie freundlicherweise mir das vorlegen. Ich erinnere das jetzt nicht genau; aber vielleicht das kann ich schon sagen: Es war durchaus üblich, dass man solche Kommunikation abstimmt.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Herr Abgeordneter Cezanne, ich erinnere gut die Passage, die hier quasi zur Freigabe übermittelt wurde. Den Mailverkehr erinnere ich nicht.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Und die Freigabe kam ja dann aber sehr spät. Also, wenn man morgens um zehn eine Pressemitteilung vorschlägt und die dann nachmittags um 16 Uhr verschickt wird, sagen wir mal, freut sich die Presse normalerweise nicht. Können Sie sich erinnern, wie der Vorgang war? Gab es da Rückmeldungen, warum das so lange gedauert hat?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das waren wirklich sehr intensive und arbeitsreiche Stunden. Das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann man ja schon fast auf halbe Stunden runtertakten. Ich erinnere das nicht genau, wie sehr Herrn Steinhof, der tatsächlich eben Kommunikationschef damals von CTS Eventim war, das jetzt behindert hat möglicherweise oder nicht. Klar ist aber: Wir wollten das natürlich zur Aussage bringen, dass wir a) weiter tätig sind und interessiert sind, ebendiese Maut auch gegebenenfalls in einer anderen Form umzusetzen, und das ist letztlich - - Dahinter steht ja auch eine Ad-hoc-Verpflichtung, weil das eine Aktiengesellschaft ist.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Im Prinzip wiederholt sich der Vorgang dann aber am nächsten Tag noch einmal. Ich kann Ihnen auch das dann gerne noch mal vorlegen. Und da würde mich jetzt eben interessieren, ob Sie sich erinnern können, ob das dann abgestimmt worden ist, weil wir eben über die Bemerkung von Herrn Molitor dann gestolpert sind, dass der Versand in jedem Fall gegen den Vertrag verstoße. Auch das können Sie sich selbstverständlich gerne anschauen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, ich kann das weder rechtlich würdigen noch war ich natürlich eingebunden, weil das interner Schriftwechsel jetzt auch im KBA ist. Deshalb tut es mir leid, dass ich da keine Aussage zu machen kann.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Also, Sie können nicht sagen, ob es da eine Abstimmung gegeben hat oder ob die gescheitert ist und - -

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann Ihnen das nicht sagen, nein, weil ich nicht eingebunden war jetzt direkt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön. - Dann noch mal eine andere Frage. Am 20.06. schreibt Ihr Rechtsanwalt, Herr Dr. Frevert, für Noerr: „Vertrag über die Entwicklung, den Aufbau und den Betrieb eines Systems für die Erhebung der Infrastrukturabgabe“, und nimmt dort zu dem

Vorwurf der fehlenden oder der mangel- - der Schlechtleistung Stellung. Können Sie sich erinnern, ob es darauf eine formale Antwort oder Rückmeldung gegeben hat? Auch das Schreiben können wir Ihnen gerne vorlegen.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich bitte darum.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

Ich kann Ihnen insofern antworten, als dass zu dieser Zeit bereits diese schriftsätzlichen Pingpongspiele, nenne ich das mal, also der Austausch der Schriftsätze zwischen der Kanzlei des Bundesverkehrsministeriums und unserer Kanzlei Noerr, häufiger wechselten. Genau zu diesem Schreiben erinnere ich das nicht. Wir haben aber die Kommunikation mit unserem Kunden und auch den Rechtsvertretern, meine ich, übermittelt im Herausgabeersuchen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Also, Sie gehen davon aus, dass es darauf eine Reaktion der gegnerischen Seite ja inzwischen gegeben hat?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, ich gehe davon aus, dass die gegnerische Seite zumindest zu dem Themenkomplex geantwortet hat. Aber wo und wann, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Okay. - Na, dann wühlen wir noch ein bisschen. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit.

Eine letzte Frage noch. Das geht noch mal in die Richtung, was auch Frau Lühmann schon mal angesprochen hat, der - wie soll ich sagen? - Vorwurf, das Schreiben vom 17. Juni 2019 - auch von Frevert, Noerr - zu den Mängeln bei der Feinplanungsdokumentation stelle ein Vertrauens- - hätte das Vertrauen erschüttert. Uns wurde am 7. August auf eine Kleine Anfrage fast - - also, in ähnlichem Wortlaut geantwortet:

Die Betreiberparteien haben in  
diesem Schreiben

- das vom 17. Juni -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Behauptung aufgestellt, dass der Auftraggeber für die umfangreichen und über viele Wochen nicht beseitigten Fehler der Feinplanungsdokumentation des Betreibers verantwortlich und der weitere Aufwand zur Fehlerbeseitigung vertraglich nicht geschuldet sei. Damit haben die Betreiberparteien im Zusammenhang mit allein von ihnen zu verantwortenden Mängeln eine gravierende Fehlvorstellung über ihre vertraglichen Pflichten zum Ausdruck gebracht, die das Vertrauen des Auftraggebers in die ordnungsgemäße Vertragserfüllung im Ganzen erschüttert hat.

Jetzt haben Sie vorhin schon gesagt, das sei eine rechtliche Bewertung und da wollen Sie jetzt nichts zu sagen; aber das ist ja öffentlich geworden. Nun sind Kleine Anfragen von Oppositionsparteien sicher nicht der Renner, den man so liest. Aber haben Sie das wahrgenommen? Hat das für Sie irgendeine Rolle gespielt? Kannten Sie die Argumentation des Ministeriums zu dem Zeitpunkt schon?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Möchten Sie, dass ich zu der Kleinen Anfrage jetzt Stellung nehme? Oder - -

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Na, zu dem Argument, wann Sie dieses Argument des Ministeriums kennengelernt haben.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich meine, dass wir das Argument - das ich übrigens nicht nachvollziehen kann -, wenn überhaupt, sehr spät kennengelernt haben. Und ich kann Ihnen sagen, dass das Vertrauen schon durch die Lebenswirklichkeit gar nicht zerstört gewesen sein kann; denn wir haben weiterhin auch bis zum 21. Juni gearbeitet an den Änderungswünschen. Und wir hatten auch überhaupt - das ist vielleicht auch mal wichtig zu sagen - gar nicht die Absicht, darzulegen, dass unser - - dass wir das Vertrauen sozusagen missbrauchten oder dass wir nicht mehr leistungsbereit seien. Das Gegenteil haben wir ausgedrückt.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke schön.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Danke schön. - Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Blum, ich würde noch mal zu dem zurückkommen, was Sie eben auf meine Fragen geantwortet haben und wo die Kollegin Lühmann eben schon nachgefragt hat: die Kommunikationsleitlinien, die für uns in der Tat etwas überraschend waren. Sie haben auch eben dann auf die Nachfrage der Kollegin Lühmann gesagt, es gab da eine AG Informationsmanagement. Meine Frage dazu wäre noch mal: Gab es die jetzt für den Fall der Urteilsverkündung, also dass man die für den Termin eingerichtet hat, oder war das eine Einrichtung, die es schon über einen längeren Zeitraum gab?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Die AG - ich meine, sie heißt „Informationsmanagement“; dort wurden die ganzen Kommunikationsthemen besprochen -, die gab es schon länger. Und ursprünglich war der Kollege von CTS Eventim, Herr Steinhof, zugegen, aber zu dem Zeitpunkt eben unser neu eingestellter Kommunikationschef, Herr Kollner. Die gab es regelmäßig.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Erinnern Sie sich vielleicht daran, seit wann es die gab und ob die dann auch regelmäßig sich austauschte, also - - und wer da - - War da die Pressestelle des Ministeriums eingebunden oder wer auch immer? Also weitere Details dazu.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, sie muss schon länger existiert haben. Ich kam, wie gesagt, erst am 23. April in das Unternehmen und habe mir einen Überblick verschafft. Und das war eben eine Arbeitsgruppe von vielen Arbeitsgruppen, die es gab. Dort wurden - das war auch sinnvoll, die so anzulegen - natürlich Themen besprochen, wie man - -

Also, ein Thema war zum Beispiel: Wie gehen wir mit Anfragen um, die jetzt vor der Implementierung der Infrastrukturabgabe seitens der Abgabepflichtigen an uns herangetragen werden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dort ging es um die Markenrechte. Dort ging es um die Domains, die ja auch eingerichtet werden mussten. Wir mussten nach einem bestimmten Abkommen eben auch die Markenrechte in über 100 Ländern eintragen. Da ging es um die Informationskampagne. Vielleicht erinnern Sie noch: Als Toll Collect implementiert wurde, ging man durch die Lande und hat eben aufgeklärt, damit die Logistikbranche Bescheid weiß, dass sie irgendwann auf diese Art und Weise Maut entrichten muss. Und so hatten wir das eben auch geplant.

Das waren die Themen; die wurden dort besprochen. Und da waren natürlich alle einbezogen, die in diesem Feld Stakeholder sind, und natürlich ist das das BMVI, das KBA. Und zum Beispiel war dem KBA sehr wichtig, dass, ähnlich wie bei Toll Collect, eben autoTicket die Ansprechstelle sein sollte und auch auf dem Anhörungsschreiben eben autoTicket in Erscheinung tritt und jetzt nicht das KBA. Und das hat natürlich bei einem so großen System, das nahezu alle Bürger betrifft, eine große Bedeutung. Also, Sie sehen: Da war viel Stoff, der zu bearbeiten war. Da ich aber später hinzukam, kann ich Ihnen leider nicht sagen, wann die erstmals tagte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber damit ist klar: Also, wenn Sie - - Sie sind am 23. April dazugekommen; da gab es das schon. Und ich verstehe Sie richtig: Seitdem hat diese AG umfänglich Fragen zur Kommunikation, zur Maut bearbeitet. Also, ich verstehe Sie so, dass das sehr komplexe und umfängliche Fragestellungen waren, die da bearbeitet wurden.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ich kann Ihnen nicht sagen, wie häufig die getagt hat. Aber das, was ich Ihnen gerade berichtete - das erinnere ich -, war Thema dieser Arbeitsgruppe, die sich mit der Kommunikation befasste.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, gut. - Dann hätte ich noch eine Frage zu dem 19.06. Sie haben eben den 18.06. geschildert - abends, dieser abgesagte Termin -, dass Sie da noch davon ausgegangen sind: Es wird dran gearbeitet: Wie kann man das Projekt trotz des

EuGH-Urteils retten? Ich habe Sie eben so verstanden: Bei dem Treffen am 19.06., da waren Sie dann schon - - war klar: Es gibt jetzt eine Kündigung nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen, sondern auch wegen Schlechtleistung. Wie hat Sie denn das erreicht? Hat der Postbote da geklingelt, oder kam da eine Mail oder ein Anruf? Also, das würde mich noch mal interessieren, wie dieser Tag für Sie da abgelaufen ist.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Schildere ich Ihnen gerne, Herr Abgeordneter. Das war in etwa wie folgt: Am Morgen des 19. wurde per Boten die Kündigung, das Kündigungsschreiben in die Friedrichstraße - damals waren wir dort registriert als Unternehmen - vorbeigebracht. Und ich erfuhr - da war ich in unserem Projektbüro; das war an einem anderen Ort in Mitte, ein größerer Standort - von Herrn Schneble, der eben im Büro das dann in Augenschein nahm, diese Kündigung, dass diese Kündigung vorliegt.

~~Wir haben~~ ohnehin, weil ja am 18. schon geladen wurde für ein Gespräch mit den Gesellschaftern - - ~~waren~~ die Gesellschafter schon am 19. morgens in Berlin. Und wir konnten es nicht fassen, vor allen Dingen dass man jetzt schon kündigt, was uns bis dato überhaupt nicht irgendwie in den Sinn kam, zweitens dass man dann auch noch wegen der Schlechtleistung ~~kündigen wollte oder~~ kündigte.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So. Und dann haben Sie das zur Kenntnis genommen. Sie haben dann dagesessen und haben sich dann vorbereitet auf das Gespräch. War denn mit der Kündigung auch gleich die Einladung zum Gespräch abends da, oder kam das dann erst später? Also, wie haben Sie da unmittelbar drauf reagiert?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Also, die Einladung zum Gespräch erging meines Erachtens ja am 18. gegenüber Herrn Schneble, der das organisiert hat. Und dann war klar, dass wir am 19. einen Termin mit den Gesellschaftern im Ministerium haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Am 19. - Sie fragten, wie ging es dann weiter, als wir die Kündigung sozusagen verstanden hatten -: Wir haben uns sofort mit den Anwälten getroffen, weil wir natürlich wussten, dass das jetzt auch rechtlich zu behandeln ist. Und dann wurde viel Rechtliches besprochen, was ich im Detail jetzt auch nicht schildern kann. Aber wir haben auf jeden Fall am Morgen des 19. bereits eine Liste gemacht und überlegt: Welche Schritte müssen wir jetzt gehen? Und das ist bei einem so umfangreichen Vertrag gar nicht so einfach. Und dann müssen Sie alle Köpfe zusammenstecken und schauen, was haben Sie noch für Obliegenheiten, die Sie erledigen müssen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann kommen wir in die nächste Runde. - Die CDU/CSU-Fraktion hat keine Fragen. - Die AfD-Fraktion, Herr Kollege Wiehle? - Auch keine Fragen. - Frau Lühmann.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, ein Thema dieses Kommunikationskreises, wie auch immer er heißt, war die Frage: Wenn Ansprüche ankommen oder Fragen oder Widersprüche oder so was, hat das KBA gesagt, sie wollen das nicht machen, sondern autoTicket soll die Stelle sein, wo diese Kommunikation läuft. - Habe ich Sie so richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Das war im Zusammenhang mit dem Anhörungsschreiben eine Aussage. Ich glaube, es ging darum, ob das KBA einen Bundesadler zur Verfügung stellt, wie man auftritt nach außen. Also, es war wirklich die Frage: Soll dieses Schreiben als ein Schreiben des Kraftfahrt-Bundesamtes wahrgenommen werden, oder soll es als ein Schreiben der autoTicket wahrgenommen werden? Und das Ziel war, dass der Betreiber, der ja auch übrigens versprach, ebendiese Ansprechstelle für die Abgabepflichtigen zu sein - - dass der Zulauf auch auf die autoTicket GmbH zugespielt ist und eben nicht auf andere Behörden. Das wollte ich damit sagen.

**Kirsten Lühmann (SPD):** Danke. - Dann habe ich Sie falsch verstanden. Ich dachte, das wäre eine zusätzliche Aufgabe, die autoTicket bekommen hat, die nicht im Vertrag drinsteht.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein. - Ich glaube, das ist im Vertrag so niedergelegt, dass wir - wir haben ja auch ein Contact Center sozusagen vorgesehen - - dass das auf uns zuläuft. Aber wir haben eben in dieser Arbeitsgruppe darüber gesprochen: In welchem Erscheinungsbild muss zum Beispiel das sein, dass das so funktioniert?

**Kirsten Lühmann (SPD):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Luksic.

**Oliver Luksic (FDP):** Ich habe noch eine Frage zur AG 0; die hat ja kurz vor dem Urteil noch getagt. Und auch der Zeuge Blumenberg hat uns in öffentlicher Sitzung seinen Eindruck geschildert, dass in dieser AG 0 eigentlich mehr oder minder normal getagt wurde. Könnten Sie uns bitte darlegen, was da zur Sprache kam in dieser AG 0 und was da an diesem Tag genau diskutiert wurde? War da in irgendeiner Form von Schlechtleistung/Kündigung die Rede? Wie war da so die Stimmung, und was waren da die Themen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Ja, Herr Abgeordneter. - Wir ~~haben~~ - - Am 18.06. - diese AG-0-Sitzung ~~meinen Sie - haben wir~~ - - Ich glaube, die war nicht sonderlich lang, nach meiner Erinnerung. Ich habe einen sehr markanten Satz in Erinnerung, und zwar Herr Dr. Neumann, Rechtsberater des BMVI, hatte gesagt: Jetzt lassen wir mal nicht die Griffel fallen oder die Stifte fallen; müssen wir sehen, wie wir jetzt weiter mit diesem EuGH-Urteil umgehen. - Das war tatsächlich sehr markant, weil wir hatten ja vor, weiterzumachen. Wir wollten alle Anpassungschancen nutzen, die das EuGH-Urteil eben auch ermöglicht. Und für mich war das tatsächlich auch ein konstruktiver Hinweis an dem Tag. Und das war, ich weiß nicht, zur Mittagszeit in etwa.

**Oliver Luksic (FDP):** Vielleicht nur abschließend noch eine Einschätzung: Sie haben ja auch früher



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr viel mit dem BAG zu tun gehabt; jetzt hier mit dem KBA diese Diskussion. Gab es da völlig unterschiedliche Herangehensweisen in so einer Zusammenarbeit? War das sehr ähnlich? Wie würden Sie das Verhältnis generell mit dem KBA bis zu dem 18. Juni bezeichnen und bewerten?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Zunächst würde ich sagen, dass die Kollegen des KBA ja viel Zeit und viel Energie schon in die Infrastrukturabgabe gesteckt haben. Seit, ich nehme an, zwei Jahren waren die Herrschaften in durchaus ordentlicher Personenstärke unterwegs und haben eben an dieser Infrastrukturabgabe gearbeitet. Das war konstruktiv.

Und gleichzeitig war es so, dass natürlich die - wie soll ich sagen? - Vorstellungen davon, wie man etwas niederlegt, wie etwas gestaltet ist, abwichen vielleicht von den Vorstellungen, die ein Unternehmen - - Ich sage nur: Kapsch ist, glaube ich, Weltmarktführer in Sachen Mauttechnologien, und die haben ein bestimmtes Framework an Vorgehensmodell, Projektmanagement, wie sie das machen in vielen Ländern der Welt. Und diese Unterschiede in der Art und Weise, wie man das niederlegt, die führen dann durchaus auch zu Konflikten. Und dann sagt der eine: „Nee, ich möchte das aber bitte so aufgeschrieben haben“ oder: „Eine Detailanalyse hätte ich gerne anders“ und - - So.

Und wenn Sie fragen, inwiefern ich das mit beim BAG erlebt habe, dann sage ich: Das ist nicht nur beim BAG und beim KBA, sondern das ist auf der Welt häufig der Fall, dass die Kundenorganisation vielleicht sogar auch einen anderen Reifegrad hat. Also, wenn das KBA seit beispielsweise zwei Jahren sich mit der Thematik befasst und eine autoTicket ein junges Unternehmen ist, das jetzt gerade in der Ramp-up-Phase ist, dann ist da auch ein Unterschied. Natürlich haben diese Personen sehr viel konkretere Vorstellungen, wie sie es gerne haben möchten, und sind jetzt konfrontiert mit Angeboten an Umsetzung, die eben der Betreiber mitbringt. Also, ich würde sagen: Das ist normal, und das schreckt mich nicht.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann hat der Kollege Cezanne das Wort.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Eine letzte Frage: Wir sind in den Unterlagen auf ein Dokument gestoßen - MAT A BMVI-8-5a, -b und -c -, das den schönen Titel trägt „Abschlussbericht ISA“ und aber ein Datum „19.06.2019“ und offensichtlich zumindest in Teilen gemeinsam von autoTicket GmbH und Toll Collect GmbH stammt. Würden Sie uns das mal einordnen, was das ist und wie es zustande kam?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Wenn Sie es mir bitte vorlegen.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Ja. - Wir haben jetzt nicht die drei Ordner mitgebracht. Aber - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Herr Abgeordneter Cezanne, mir tut das leid. Ich kenne dieses Dokument nicht. Das sieht aber aus wie ein Bericht von Toll Collect.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Schade. Ich dachte, Sie könnten uns sagen, ob es sich lohnt, die drei Ordner zu lesen. Aber - -

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Lesen lohnt immer.

**Jörg Cezanne (DIE LINKE):** Danke.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Herr Kollege Krischer.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke. Keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Keine Fragen mehr.

Dann frage ich jetzt noch mal in die Runde: CDU/CSU? - Keine Fragen. - AfD? - Keine Fragen. - Kollegin Lühmann? - Auch keine Fragen. - Kollegen Luksic, Cezanne und Krischer? - Auch keine Fragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann frage ich: Gibt es jetzt Fragen, für die wir eine nichtöffentliche Sitzung durchführen müssen? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann sind wir am Ende der Fragerunde, und ich möchte mich bei Ihnen recht herzlich bedanken.

Nach der Fertigstellung, Herr Dr. Blum, wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll zugestellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet haben, kann der Abschluss Ihrer Zeugenvernehmung durch den Untersuchungsausschuss beschlossen werden. Über diesen Beschluss erhalten Sie eine separate Mitteilung.

Nach Abschluss der Vernehmung kann der Tatbestand einer falschen uneidlichen Aussage gemäß § 153 des Strafgesetzbuches vollendet sein. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Nein, Herr Vorsitzender, dazu habe ich keine Fragen.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Dann vielen Dank für Ihr Erscheinen. Auch vielen Dank an Ihren Rechtsbeistand. Und ich wünsche Ihnen dann um 21.57 Uhr noch einen schönen Restabend.

**Zeuge Dr. Michael Blum:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Das wünsche ich Ihnen auch.

**Vorsitzender Udo Schiefner:** Ich unterbreche für zehn Minuten die Sitzung, und dann kommen wir zur Befragung des letzten Zeugen.

(Unterbrechung von  
21.57 bis 22.08 Uhr)